

Clausewitz-Gesellschaft e.V.  
Jahrbuch 2011

Eine Zusammenfassung von Beiträgen  
aus der Arbeit der Gesellschaft 2011

# Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

## Band 7 Jahrbuch 2011

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2011 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg  
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg  
Internet: [www.clausewitz-gesellschaft.de](http://www.clausewitz-gesellschaft.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.  
Layout und Satz: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information  
Umschlaggestaltung: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information  
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.  
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.  
Druck: Kommando Strategische Aufklärung

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9810794-7-0

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Editorial</b>	6
<b>Der besondere Beitrag</b>	
„Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt“ Rede Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung am 9. September 2011 in Berlin.	8
<b>Kapitel I</b>	
<b>„Der vordere Orient im Umbruch – Herausforderungen und Handlungsoptionen“</b>	
Berliner Colloquium 2011 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Werner Baach Wolfgang Fett	19
<b>Kapitel II</b>	
<b>Streitkräfte und Politik</b>	
<b>Primat der Politik – Anforderung und Verantwortung</b>	
Bericht über die 45. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr Werner Baach Wolfgang Fett	35
Primat der Politik – Thesen zur Strategiefähigkeit der politischen Klasse und zur Elitefähigkeit des Militärs Dr. Klaus Naumann	48
Zum Primat der Politik in den Lehren Carl von Clausewitz' Sascha Zwick	59

### **Kapitel III**

#### **Selbstverständnis des Offiziers im 21. Jahrhundert**

Das Selbstverständnis des Offiziers im 21. Jahrhundert im Umfeld von Bündnisverteidigung und multinationalen Einsätzen zur Krisenbewältigung Zusammenfassender Bericht Werner Baach Wolfgang Fett	71
Zur Entwicklung des Selbstverständnisses des Offiziers im 21. Jahrhundert Wolfgang Otto	85

### **Kapitel IV**

#### **Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V.**

NATO mit neuem Strategischen Konzept Fortschritte und Schwierigkeiten im ersten Jahr Dr. Klaus Olshausen	104
Streitkräfteentwicklung Rückblick und Ringen um neue Wege, Ausblick Christian E.O. Millotat	116
Kriegskunst und Kriegsbegriff Gerd Roellecke	140
Clausewitz und die Schweiz Matthias Kuster	152

### **Kapitel V**

#### **Aus der Arbeit des Clausewitz Netzwerks für Strategische Studien (CNSS)**

Clausewitz' Theorie des Krieges und aktuelle Konfliktregelung Studie zu einer praxisbezogenen Anwendung seiner Denkmethode Ulrich C. Kleysner	166
Strategieanalyse „Das Kleine hängt stets vom Großen ab“: Chinas machtpolitische Rolle in Afrika Carsten Stowasser	183

## **Kapitel VI**

### **Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille**

Zwischen „Landserikonographie“ und „Postheroischem Habitus“?  
Die visuelle Inszenierung und Repräsentanz der Bundeswehr  
in den Medien  
Sven Kästner

195

### **Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2012**

235

### **Bildnachweis**

237

## EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2011, das siebte in Folge, fasst unsere zentralen Tagungen und weitere Veranstaltungen sowie Einzelbeiträge im 50. Jahr des Bestehens unserer Clausewitz-Gesellschaft e.V. zusammen.

Mit unserer neuen Chronik und der englischsprachigen Festschrift „Clausewitz goes Global“ konnten wir für unseren besonderen Geburtstag zwei wichtige Zeichen setzen. In unserer Chronik können die schwierigen Startbedingungen, die erfolgreiche Aufbauarbeit und erreichte Konsolidierung nachvollzogen werden. Sie spiegelt die verstärkten internationalen Aspekte und ihre Erweiterung als Reaktion auf die breiteren sicherheitspolitischen Herausforderungen, Risiken und Gefahren in einigen wesentlichen Facetten wider. Wir können im 51. Jahr mit

*„Hiernach kann der Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden und wenn dies ... irgendwo geschieht, werden gewissermaßen die Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding“  
(Carl von Clausewitz, Ullstein Ausgabe, S.683)*

Stolz auf fünf Jahrzehnte unserer lebendigen und lebhaften Gesellschaft zurückblicken. Unsere eindrucksvolle Festschrift hat bei unseren Mitgliedern wie auch international gebührende Aufmerksamkeit gefunden.

„Der besondere Beitrag“ ist die Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auf einer Festveranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Körber Stiftung. Jeder Leser wird für sich

die darin genannten „tragenden Fundamente“ mit den jeweils konkreten politischen Handlungen des vergangenen Jahres vergleichen können.

Unsere zentralen Veranstaltungen behandelten wieder wichtige und aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen.

- Als wir im August 2010 mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik den „Vorderen Orient im Umbruch“ als Thema wählten, war nicht absehbar, dass die Rebellion in Ländern Nordafrikas Ende März 2011 mit dem Beginn der NATO-Operation „Unified Protector“ in Libyen einen dramatischen Höhepunkt erreichen würde.
- Das Thema „Politik und Streitkräfte – Primat der Politik – Anforderung und Verpflichtung“ hatten wir bewusst für das 50. Jahr unseres Bestehens gewählt. Das Spannungsverhältnis von Loyalität der Soldaten gegenüber den politischen Entscheidungsträgern einerseits und die politische Führung, Verantwortung – ja Verpflichtung gegenüber ihren Soldaten

andererseits wurden im Vortrag unseres Bundesministers der Verteidigung und dem Beitrag von Dr. Klaus Naumann klar erkennbar. Als Zwischenfazit kann gelten: Die Kurzformel „Staatsbürger in Uniform“ betont in der heutigen Wirklichkeit das personale Zusammenbinden von „Staatsbürger und Soldat“, d.h. gestärkte Staatsbürgerlichkeit und tüchtiger Soldat.

- In diesem Sinn führte unser Forum 2011 mit der Offizierschule des Heeres in Dresden zum „Selbstverständnis des Offiziers im 21. Jahrhundert“ einige der Fragestellungen fort. Der einleitende Vortrag von Generalleutnant a.D. Wolfgang Otto und die Erörterungen in den Panels, ganz besonders auch mit den jungen Offizieren der Bundeswehruniversität Hamburg, machten viele Facetten der Entwicklung der zurückliegenden Jahre und sinnvoller Perspektiven für die erneute „Neuausrichtung“ unserer Bundeswehr erkennbar.

Neben der mit der Clausewitzmedaille ausgezeichneten Lehrgangsarbeit von Major i.G. Sven Kästner können wir in diesem Jahrbuch wieder Arbeiten junger Offiziere aufnehmen, die im Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien (CNSS) zusammenarbeiten. Sie zeigen, dass und wie Einsichten und Methodik des Carl von Clausewitz für die Erörterung heute relevanter sicherheitspolitischer Themen nützliche Anregung geben können. Mit vier Beiträgen aus der Arbeit der Gesellschaft wird in einer kleinen Auswahl die erfolgreiche Arbeit unserer Regionalkreise und unserer Schweizer Sektion unterstrichen. Deren vielfältige Vorhaben bleiben ein unverzichtbarer Teil der Identität unserer Clausewitz-Gesellschaft.

Auch in diesem Jahr gilt mein persönlicher und sehr herzlicher Dank Wolfgang Fett und Werner Baach. Beide haben erneut mit hohem persönlichen Einsatz diesem siebten Jahrbuch Gestalt und Gesicht gegeben. Mein besonderer Dank geht an alle Autoren für ihre fundierten und interessanten Beiträge.

Das Zentrum Operative Information und das Kommando Strategische Aufklärung haben maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2011 im I. Quartal fertig stellen konnten. Ich danke den Kommandeuren, Oberst Wolfgang Richter und Brigadegeneral Thomas R. Berghoff sowie ihren Mitarbeitern sehr herzlich für ihre engagierte Unterstützung.

Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

## Der besondere Beitrag

### **"Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt" Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung am 9. September 2011 in Berlin.**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker,  
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schmidt,  
sehr geehrter Herr Wriedt,  
sehr geehrter Herr Wehmeier,  
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. [...]¹

Bergedorf steht seit 50 Jahren für außen- und sicherheitspolitische Diskussionen auf höchstem Niveau. Namhafte Teilnehmer aus allen Erdteilen kommen hier zusammen, um Wissen und Erfahrung auszutauschen, um Ideen und Perspektiven für ein gedeihliches Miteinander der Völker und Nationen zu entwickeln. Vertrauen und Verständigung durch offenen Dialog – darauf gründet der Erfolg dieses außergewöhnlichen Kreises.

Seit 1994 hat sich Bundespräsident a. D. von Weizsäcker als Vorsitzender große Verdienste um den Gesprächskreis erworben. Ihm gilt heute mein ganz besonderer Dank. Natürlich möchte ich ebenso der Körber-Stiftung danken. Mit ihrer Unterstützung des Bergedorfer Gesprächskreises folgt sie der Tradition ihres Gründers Kurt Adolf Körber, immer wieder Antworten auf neue gesellschaftliche Fragen nachzuspüren. Der umtriebige Unternehmer, leidenschaftliche Stifter und visionenreiche Initiator des Bergedorfer Gesprächskreises gab von Anfang an die Leitlinie vor: "Nur in offener und selbstkritischer Zusammenarbeit aller Kräfte kann die freie Welt ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ordnung behaupten und sich gegenüber totalitären Herausforderungen bewähren."

Was damals galt, gilt auch heute – umso mehr, als wir nicht vergessen sollten, dass das Gründungsjahr des Bergedorfer Gesprächskreises, 1961, für uns Deutsche ein sehr traumatisches Jahr war. Denn am 13. August jenes Jahres versuchte die SED-Führung mit Beginn des Mauerbaus Deutschlands Teilung für immer zu besiegeln. Das in Beton gegossene Symbol von Unfreiheit und staatlicher Willkür trennte Berlin, Deutschland und Europa. Ja, mehr noch: In der Mauer manifestierte sich die Teilung der Welt in zwei Blöcke. 28 lange Jahre sollte es



dauern, bis die Mauer 1989 endlich fiel. Der Ost-West-Konflikt neigte sich dem Ende zu, die Freiheit hatte gesiegt.

Immer müssen wir uns, trotz aller Alltagsorgen und Herausforderungen unserer Zeit, bewusst sein, welch großes Geschenk ein Leben in Freiheit ist – für jeden einzelnen Menschen wie auch für unser Land. Manche hatten 1989 die Hoffnung, dass mit dem Ende des Kalten Krieges gleichsam ein goldenes Zeitalter anbrechen würde. Heute wissen wir: Diese Hoffnung konnte sich nicht erfüllen. Spannungen, die durch den Ost-West Konflikt überdeckt wurden, haben sich plötzlich entladen. Wir wurden Zeugen der Balkankriege, denen über 200.000 Menschen zum Opfer fielen. Der Transnistrienkonflikt brach aus. Die Auseinandersetzung um Nagorny-Karabach begann. Abchasien und Süd-Ossetien versuchten, sich aus dem georgischen Staat zu lösen. Der Nord-Kaukasus wurde unruhig.



Auch außerhalb Europas erfüllte sich die Hoffnung nicht, dass das Ende des Kalten Krieges Lösungen für Konfliktherde erleichtern würde – sei es im Nahen Osten, in Korea oder in Kaschmir. Im Gegenteil, die Invasion Iraks in Kuwait holte uns schon bald nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf den Boden der Realität zurück. Und damit nicht genug. Neben diese klassischen Territorialkonflikte sind völlig neue, sogenannte asymmetrische Bedrohungen getreten: Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Piraterie und Cyber-Angriffe. Zu befürchten sind künftig auch zunehmende Konflikte um Wasser und Rohstoffe.

Übermorgen jährt sich der folgenschwerste asymmetrische Angriff, den wir erlebt haben, bereits zum zehnten Mal. Die furchtbaren Bilder des 11. September aus New York und Washington haben wir alle noch vor Augen; jeder weiß vermutlich noch, wo er damals war. 3.000 Menschen verloren ihr Leben. Den Angehörigen der Opfer gilt auch heute unser Mitgefühl.

Meine Damen und Herren, nach der anfänglichen Euphorie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts machte sich also durchaus auch Ernüchterung breit. Und dennoch: Wir sollten und dürfen uns angesichts all der Krisen und Rückschläge in den letzten 20 Jahren auch an sehr, sehr viel Positives erinnern – zunächst an die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Länder. Mit ihr wur-

de nach Jahrhunderten einer allzu oft auch leidvollen Geschichte Europas ein einzigartiger Raum von Freiheit, Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. NATO und EU gelang es nach den blutigen Auseinandersetzungen in Bosnien und im Kosovo, den Balkan zu stabilisieren. Die europäische Perspektive für diese Länder auf dem westlichen Balkan wird auch die Grundlage von dauerhaftem Frieden sein. 2001 konnte der Ausbruch eines Bürgerkriegs in Mazedonien verhindert werden. 2005/2006 half die Europäische Union, den Aceh-Konflikt in Indonesien zu lösen. 2006 hat die EU mit dafür gesorgt, dass die Wahlen im Kongo friedlich verlaufen sind. Und nicht zuletzt verhindern derzeit Europäische Union und NATO am Horn von Afrika Schlimmeres, indem sie die Piraterie eindämmen.

Aus all diesen Entwicklungen, Konflikten und Engagements lassen sich für unser Handeln drei wesentliche Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens, Deutschland kann wie jedes andere Land in einer eng vernetzten Welt Konflikte nicht allein lösen. Wir – wie alle unsere Partner, auch die Vereinigten Staaten von Amerika –, sind angewiesen auf funktionierende Partnerschaften und Bündnisse. Die Entwicklungen in Libyen, in Irak, in Afghanistan, ebenso die Auseinandersetzung mit den iranischen und nord-koreanischen Nuklearprogrammen oder auch die bosnische Verfassungskrise zeigen: Es bedarf jeweils des Zusammenspiels vieler Kräfte, um Fortschritte zu erzielen.

Für Deutschlands Sicherheitspolitik gilt dabei unverändert: Unsere Partnerschaft mit den USA und das transatlantische Bündnis sind das tragende Fundament unserer Außenpolitik. Deswegen waren die Anschläge des 11. September nicht nur ein Angriff auf die Vereinigten Staaten, sondern sie waren ein Angriff auch auf uns. Mehr noch: Es waren Anschläge auf die gesamte freiheitliche Welt. Konsequenterweise hat deshalb die NATO die Beistandsklausel nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags geltend gemacht. In der Folge engagiert sich Deutschland gemeinsam mit unseren Partnern in Afghanistan, um zu verhindern, dass von dort noch einmal der Terrorismus in unsere Länder getragen wird. Seite an Seite stellen wir uns auch dem iranischen Nuklearprogramm entgegen. Ebenso gemeinsam suchen wir nach Lösungen für den Nahostkonflikt und für die Bewältigung verbliebener Probleme auf dem Balkan.

Aber unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika beruhen nicht allein auf einer Sicherheitspartnerschaft. Sie gehen sehr viel tiefer. Unsere vielfältigen transatlantischen Beziehungen sind geprägt durch gemein-

same Geschichte, Kultur und vor allem durch gemeinsame Werte. So können wir uns gemeinsam den vielen globalen Herausforderungen im 21. Jahrhundert stellen. Ich bin davon überzeugt: Angesichts einer multipolar gewordenen Welt werden Europa und Amerika durch ihr gemeinsames Werteverständnis in Zukunft noch viel stärker zusammengeschweißt, aber auch herausgefordert. Für uns Deutsche erwächst die transatlantische Partnerschaft neben der europäischen Einigung aus einem gemeinsamen Wertefundament.

Ja, es ist wahr: Deutschland und Frankreich sind in diesem Europa wahrlich nicht allein entscheidend. Niemals dürfen wir – unter Hinweis auf kleinere Partner – die anderen vergessen, schon gar nicht unseren Nachbarn Polen. Aber wahr ist auch: Ohne Deutschland und Frankreich sind in Europa kaum Fortschritte denkbar. Daran hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert; und ich glaube, daran wird sich auch so schnell nichts ändern.

Ich denke zum Beispiel daran, dass wir Ende 2005 mit dem damaligen Präsidenten Jacques Chirac den EU-Haushalt bis 2013 erfolgreich auf die Beine gestellt haben. Mit der Unterstützung Nicolas Sarkozys gelang während der deutschen Präsidentschaft die politische Einigung auf den Lissabon-Vertrag. In 2008 haben Deutschland und Frankreich in Baden-Baden, Kehl und Straßburg gemeinsam den NATO-Gipfel ausgerichtet. Auf unsere gemeinsame Initiative hin wurde das neue Strategische Konzept der NATO auf den Weg gebracht. Eine neue Qualität und Intensität der Zusammenarbeit unserer beiden Länder machte sich auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise bezahlt. Sie ist unerlässlich, nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch bei der G8 oder der G20.

*Angesichts einer multipolar gewordenen Welt werden Europa und Amerika durch ihr gemeinsames Werteverständnis in Zukunft noch viel stärker zusammengeschweißt, aber auch herausgefordert.*

Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist aber niemals gegen jemanden gerichtet, sondern stets nur auf etwas: auf eine Vertiefung der europäischen Einigungsidee, die für unseren Kontinent heute und in Zukunft über unsere Sicherheit und unseren Wohlstand entscheidet.

Deshalb ziehen wir auch in der gegenwärtigen Schuldenkrise an einem Strang, sehen wir doch gemeinsam die Verbindung von Solidarität und Solidität als richtigen Weg an, um den Euro dauerhaft zu sichern – als stabile Währung und damit als ein Garant des Zusammenhalts Europas.

Der Europäischen Union kommt neben der NATO mehr und mehr auch eine wichtige Rolle in Fragen der Krisenbewältigung zu. Das sehen wir in Georgien, im Kosovo und vor dem Horn von Afrika in der Operation ATALANTA. Dennoch: Die Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eines Europäischen Auswärtigen Dienstes bleibt noch immer hinter den Erwartungen zurück. Mehr konkretes, mehr praktisches Engagement, mehr Präsenz vor Ort wären wichtiger als andauernde institutionelle Streitigkeiten zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament.

Hinzu kommt: Es reicht nicht, dass sich die europäischen Institutionen untereinander abstimmen. Europäische Politik kann nur gelingen, wenn die Mitgliedstaaten, ihre Regierungen, Parlamente und die Öffentlichkeit einbezogen und ihre Interessen berücksichtigt werden. Dies gilt auch und besonders für die Außen- und Sicherheitspolitik, die natürlich auch zum Kernbereich nationaler Souveränität zählt.

Auf meinen ersten Punkt, dass kein Land allein die Probleme dieser Welt lösen kann, baut mein zweiter Punkt auf: Die aufstrebenden Schwellenländer müssen mehr Verantwortung übernehmen. Das gilt für Sicherheits-, Umwelt-, Klima-, Energie- und sonstige Fragen, die von globaler Bedeutung sind.

Deshalb hat Deutschland auch mit Russland, China und Indien regelmäßige Regierungskonsultationen verabredet. Es ist für uns eine wichtige Erfahrung, dass wir auch mit China und Indien in diesem Jahr zum ersten Mal solche Konsultationen abgehalten haben, um unsere Beziehungen zu vertiefen. Dabei wird uns auch die unterschiedliche Größe unserer Länder konkret bewusst: Wenn etwa die beiden Landwirtschaftsminister von Deutschland und China über ihre jeweiligen Aufgaben sprechen, dann spricht der eine von etwas mehr als einer Million Menschen und der andere von ungefähr 400 Millionen Menschen.

Es muss eine geradezu natürliche Konsequenz des wirtschaftlichen Erstarkens der Schwellenländer sein, dass sie bei regionalen Konflikten auch mehr Verantwortung übernehmen. Denn die USA und Europa würden sich weit übernehmen, wenn sie bei allen Konflikten weltweit eingreifen sollten. Operationen wie zum Beispiel zur Wahlabsicherung im Kongo vor fünf Jahren müssen die Ausnahme bleiben. Deshalb besteht unsere Aufgabe darin, Schwellenländer und Regionalorganisationen zu unterstützen. Wir tun dies unter anderem, indem wir der Afrikanischen Union in Addis Abeba helfen, eine leistungsfähige Infrastruktur zu entwickeln. Unterstützung verdienen auch Staaten wie zum Beispiel Süd-

afrika oder Angola als Vorsitzland der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, SADC, die sich um eine Lösung für den Madagaskar- bzw. den Simbabwe-Konflikt bemühen. Das gilt auch für Nigeria, das als führendes Land der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, ECOWAS, dazu beiträgt, Krisen in Liberia und in Côte d'Ivoire zu entschärfen. Durchaus verdienstvoll ist auch, wenn Saudi-Arabien als wichtigstes Land des Golf-Kooperationsrates durch die Aufnahme der jemenitischen oder tunesischen Herrscher für eine Beilegung bewaffneter Auseinandersetzungen in den jeweiligen Ländern Sorge trägt.

Wenn wir, wie zum Beispiel nach den schlimmen Erfahrungen in Somalia 1993/94, davor zurückschrecken, selbst in einen Konflikt einzugreifen, dann reicht es in der Regel nicht, an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutigung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien. Wir sollten aber versuchen, einen Schritt weiterzugehen: Wenn wir uns im Atlantischen Bündnis einig sind, dass die NATO nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regionalorganisationen mehr Verantwortung zukommt, dann sollten wir im Bündnis bei den Rüstungsexporten auch schrittweise zu einer gemeinsamen Politik kommen. Eine solche gemeinsame Politik muss und wird immer restriktiv sein. Sie muss und wird immer und in jedem Fall mit einer Außenpolitik in Einklang zu bringen sein, die auf die Achtung der Menschenrechte ausgerichtet ist. Denn sonst wird eine wertegeleitete Politik unmöglich.

*Es muss eine geradezu natürliche Konsequenz des wirtschaftlichen Erstarkens der Schwellenländer sein, dass sie bei regionalen Konflikten auch mehr Verantwortung übernehmen.*

Zu einer wertegeleiteten Politik gehören auch Sanktionen, zum Beispiel gegen Weißrussland, den Iran, Myanmar oder gegen Kuba. Zu einer wertegeleiteten Politik gehört auch, dass trotz oder gerade wegen der wachsenden Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China und Russland kein Treffen vergeht, ohne Menschenrechtsfragen und Mängel im Rechtssystem anzusprechen.

Dies führt zu meinem dritten Punkt: Der Einsatz militärischer Mittel als ultima ratio kann und darf nicht ausgeschlossen werden, aber kein Konflikt, mit dem wir heute konfrontiert sind, kann allein mit militärischen Mitteln gelöst werden.

Diese Überzeugung liegt der Europäischen Sicherheitsstrategie und dem neuen Strategischen Konzept der NATO zugrunde. So gibt es 6er- bzw. E3+3-Gespräche zum nordkoreanischen bzw. iranischen Nuklearprogramm, die 5+2-Gespräche zu Transnistrien und das Quartett zum Nahostkonflikt. Auch in Afghanistan ist zur langfristigen Stabilisierung eine politische Lösung unerlässlich, in die alle Seiten mit einbezogen werden müssen. Oder nehmen wir den aktuellen Fall Libyen: Es steht außer Zweifel, dass es der Einsatz der NATO, unserer Verbündeten, war, der entscheidend zum Ende des Gaddafi-Regimes beigetragen hat. Ich habe tiefen Respekt für diesen Einsatz. Im Übrigen bedeutete unsere Enthaltung

*Zu einer wertegeleiteten Politik gehört auch, dass trotz oder gerade wegen der wachsenden Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China und Russland kein Treffen vergeht, ohne Menschenrechtsfragen und Mängel im Rechtssystem anzusprechen.*

im UN-Sicherheitsrat zu keinem Zeitpunkt Neutralität. Jetzt gilt es, politisch dem Land beim Aufbau demokratischer Strukturen da zu helfen, wo das gewünscht ist.<sup>2</sup>

Wir sehen also: Deutschland leistet in vielen Regionen dieser Welt – vorneweg in Afghanistan – einen wichtigen militärischen Beitrag

und betont gleichzeitig die Notwendigkeit ziviler Maßnahmen wie im Übrigen auch den Wert wirtschaftlicher Sanktionen. Gezielte Sanktionen, die diejenigen treffen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sollten sogar noch viel häufiger eingesetzt werden, um Diktatoren zum Einlenken zu bewegen.

Deswegen setzt sich Deutschland im UN-Sicherheitsrat für scharfe Sanktionen gegen Syrien und den Iran ein. Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass die Staatengemeinschaft angesichts der Weiterentwicklung des iranischen Nuklearprogramms, dessen angeblich zivile Natur nur vorgeschoben ist, weitere Sanktionen ins Auge fassen sollte. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Präsidenten Ahmadinedschad und Assad spricht Bände.

Meine Damen und Herren, das sind drei Punkte, die Deutschlands außen- und sicherheitspolitisches Fundament im 21. Jahrhundert bilden: Erstens – aktuelle Konflikte lassen sich von keinem Land allein lösen, sondern nur in festen Bündnissen mit Partnerschaften; zweitens – Schwellenländern kommt immer mehr internationale Verantwortung zu; drittens – nachhaltige Krisenprävention und Krisenbewältigung erfordern ein Miteinander von diplomatischen, entwicklungspolitischen, polizeilichen, kulturpolitischen und militärischen Maßnahmen.

Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt. Unser Wohlstand, den wir uns in einer freiheitlichen Weltordnung erarbeiten konnten, unsere Interessen und unsere Werte verpflichten uns dazu, Verantwortung zu übernehmen. Demokratie und Stabilität weltweit zu stärken, liegt in einer eng vernetzten Welt in unserem ureigenen Interesse.

Das ist der Grund, warum wir heute weltweit engagiert sind: 2006 bei der EU-Operation im Kongo unter führender deutscher Beteiligung, als wichtigster Truppensteller bei der KFOR im Kosovo, bei den Seeoperationen ATALANTA und UNIFIL vor den Küsten Somalias und des Libanon, mit Soldaten oder Polizisten in Georgien, in Bosnien, im Sudan, in Uganda, bei den Bemühungen um politische Lösungen im Transnistrienkonflikt, in der bosnischen Verfassungskrise und im mazedonischen Namensstreit sowie als drittgrößter Truppensteller in Afghanistan. Die Bonner Konferenz im Dezember zu Afghanistan wird dazu beitragen, die Zukunft Afghanistans nach 2014 zu bestimmen. Wir werden Afghanistan auch nach 2014 weiter unterstützen müssen – finanziell, wirtschaftlich und gegebenenfalls auch mit Ausbildungsprogrammen für die Sicherheitskräfte.

Um die sicherheitspolitischen Anforderungen unserer Zeit umfassend, also als ultima ratio auch militärisch, bewältigen zu können, haben wir die Umwandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee vorgenommen. Dieser Wandel von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee war alles andere als unumstritten. Der Bürger in Uniform war so etwas wie ein Markenzeichen der deutschen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Für mich bleibt dieses Markenzeichen auch weiterhin von großer Bedeutung. Es wird auch nicht zuletzt mit einer Aufwertung der Rolle der Reservisten bewahrt bleiben.

Ausdrücklich unterstütze ich darüber hinaus die sogenannte Initiative "Pooling and Sharing" sowie die im Rahmen des Weimarer Dreiecks ausgearbeiteten Vorschläge zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Gerade bei "Pooling and Sharing" sind wir mit den Niederlanden auf einem sehr, sehr guten Weg. Mit beiden Initiativen bzw. Vorschlägen arbeiten wir daran, eine konsequente Arbeitsteilung unter den Bündnispartnern zu ermöglichen.

Deutschlands Beitrag im nordatlantischen Bündnis ist und bleibt von größter Bedeutung, um uns auch in der Welt von morgen behaupten zu können. EU, NATO und Vereinte Nationen sind und bleiben für uns die wichtigsten internationalen Organisationen. Parallel zu unseren Bemühungen für eine Erweite-

zung des UN-Sicherheitsrats, wobei wir auch für Übergangslösungen offen sind, fördern wir alle Bestrebungen, der Vertretung der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen mehr Rechte einzuräumen. Wenn wir in diesen Tagen nach Nordafrika blicken, dann ist dort ein Europa gefordert, das die Hand ausstreckt und Unterstützung auf dem Weg zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung anbietet. Hier ist mit der Neuausrichtung der südlichen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union ein Anfang geschafft.

*Wir in Europa sind gut beraten, uns nicht in europäischem Mittelmaß einzurichten, sondern unseren Blick zu weiten und uns mit den dynamischsten Volkswirtschaften weltweit zu messen.*

Auf der Libyenkonferenz vor einer Woche in Paris haben wir dem Übergangsrat unsere Unterstützung angeboten. Wir sind bereit, beim

Aufbau demokratischer Strukturen und Institutionen, zum Beispiel der Polizei, und bei der Instandsetzung von Infrastrukturen zu helfen.

Daneben werben wir zuvorderst in Ägypten und Tunesien für konkrete Schritte im Alltag. Denn die Erfolge der dortigen Freiheitsbewegungen sind eng mit ökonomischen Erfolgen verknüpft. Fortschritte dort haben eine besondere Signalwirkung für die ganze Region. Deshalb begrüße ich zum Beispiel den Pakt für Beschäftigung, der von deutschen Unternehmen und Auslandshandelskammern getragen wird. Mit diesem Pakt werden 5.000 Jugendlichen betriebliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten.

Auch die politischen Stiftungen sind gefragt, vor Ort den Aufbau der Zivilgesellschaft und einer vielfältigen Medienlandschaft ganz konkret zu unterstützen. Sehr viel geschieht bereits in diese Richtung. Ich bin allen Verantwortlichen dafür sehr, sehr dankbar.

Meine Damen und Herren, die Welt hat sich in den zwei Jahrzehnten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts dramatisch verändert. Neue Konflikte und Herausforderungen sind entstanden, neue Akteure auf den Plan getreten. Der wirtschaftliche Wettbewerb wird schärfer – mit allen Chancen und Risiken, die die weitere Globalisierung und internationale Arbeitsteilung mit sich bringen.

Es gibt aber auch einen Wettbewerb um Wertvorstellungen, Lebens- und Arbeitsweisen. Deshalb ist es auch so wichtig, wenn nicht sogar die größte Errungenschaft der letzten beiden Jahrzehnte, dass sich Europa zu einer Union von 500 Millionen Menschen zusammengefunden hat. Es liegt auf der Hand, dass 500 Millionen Menschen in einer Welt mit nunmehr sieben Milliarden



Menschen mehr bewegen können als 80 Millionen in Deutschland. Gemeinsam haben wir Europäer zumindest eine größere Chance, die Globalisierung unseren Werten und unseren Vorstellungen von Demokratie, Gerechtigkeit und menschlicher Würde entsprechend zu gestalten.

Wir in Europa sind gut beraten, uns nicht in europäischem Mittelmaß einzurichten, sondern unseren Blick zu weiten und uns mit den dynamischsten Volkswirtschaften weltweit zu messen. Die gegenwärtige Verschuldungskrise im Euro-Raum bietet bei allen Risiken auch die Chance, in Europa den Weg in die Schuldenunion zu verlassen und die Weichen hin zu einer dauerhaften Stabilitätsunion zu stellen.

2007 haben wir hier in Berlin zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gesagt: Wir Europäer – wir sind zu unserem Glück vereint. Und so bin ich davon überzeugt: Unser Modell von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit verbunden mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – der produktiven Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Ausgleich – dieses Modell ist auch und gerade in einer zunehmend globalisierten Welt ein Modell mit Zukunft.

*Unser Modell von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit verbunden mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – der produktiven Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Ausgleich – dieses Modell ist auch und gerade in einer zunehmend globalisierten Welt ein Modell mit Zukunft.*

Denn es ist ein Modell der Teilhabe, das niemanden ausgrenzen will, ein Modell, das keine Ideologien, sondern den Menschen mit seiner unantastbaren Würde in den Mittelpunkt stellt. Ja, es ist richtig: Wir Europäer sind zu unserem Glück vereint. Und gemeinsam mit unseren Partnern in Amerika und im transatlantischen Bündnis nehmen wir unsere Verantwortung in der Welt wahr.

In diesem Sinne wünsche ich dem Bergedorfer Gesprächskreis noch viele anregende Diskussionen und weiterhin viel Erfolg in der Pflege einer lebendigen Kultur des Austauschs und des Dialogs, einer Kultur der Weltoffenheit und Toleranz, des Voneinander- und Miteinander-Lernens.

Ich freue mich, jetzt noch Ihre Fragen beantworten zu können.

Herzlichen Dank.

**Anmerkungen:**

- 1 Der Beginn der Rede wurde leicht gekürzt. Der vollständige Text ist hier zu finden:  
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/09/89-3-bk-bergedorfer.html>
- 2 Auf die Entscheidung der Bundesregierung zu Libyen ist die Bundeskanzlerin nicht näher eingegangen

## Der vordere Orient im Umbruch – Herausforderungen und Handlungsoptionen

Berliner Colloquium 2011 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Werner Baach  
Wolfgang Fett

Der überraschende Umbruch in den nordafrikanischen Staaten und im Nahen Osten und die sich daraus ergebenden Risiken und Chancen standen im Zentrum des gemeinsamen Colloquium 2011 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 30. und 31. März in Berlin. Durch die Revolte in Libyen und den wenige Tage zuvor begonnenen Einsatz der NATO hatte das langfristig

*„Wir wollen verstehen lernen, was in der arabischen Welt geschieht, um daraus die richtigen Konsequenzen ziehen zu können.“*

geplante Colloquium zum Vorderen Orient eine besondere Aktualität gewonnen. Die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a. D. Dr. Klaus Olshausen und Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, begrüßten hochrangige Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Politik und Militär sowie mehr als 250 Teilnehmer in der Julius-Leber-Kaserne. „Wir wollen verstehen lernen, was in der arabischen Welt geschieht, um daraus die richtigen Konsequenzen ziehen zu können“, war dann auch das Leitmotiv der Veranstaltung.

Einen weiten Bogen – historisch und geographisch – spannte Professor Dr. Udo Steinbach von der Philipps-Universität Marburg. Das 20. Jahrhundert habe in der arabischen Welt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs begonnen. Mit der „arabischen Revolution“ im Januar 2011 gehe es nun zu Ende. Nach Jahrzehnten der Selbstsuche werde die arabische Welt von nun an eine eigenständigere und selbstbewusstere Rolle im internationalen System spielen.

**Seine Ausführungen fasste Steinbach in sieben Thesen zusammen.**

1. „Es ist tatsächlich eine arabische Revolution, die aus Frustration über die ökonomischen und politische Fehlentwicklungen entstand.“ Bisher habe es nur zwei erfolgreiche Revolutionen gegeben. Den Türken sei es gelungen, durch die Umwälzungen von 1919 bis 1922 zu einer selbst bestimmten Existenz zu gelangen.

Die Revolution im Iran von 1979 sei auch eine erfolgreiche Revolution gewesen, die zum Sturz des Schahs geführt habe. Diese sei aber durch das internationale System „ausgebremst“ worden, da man eine Ausbreitung in den arabischen Mittleren Osten verhindern wollte. Zudem sei es eine schiitische Revolution gewesen, die im sunnitisch geprägten arabischen Raum schwer zu akzeptieren gewesen sei. An einem Scheitern der jetzigen Revolutionen habe im Gegensatz dazu niemand ein Interesse.

### **Revolte von großer Tragweite**

2. „Wir stehen einer Revolte in der gesamten arabischen Welt von historischer Perspektive und großer Tragweite gegenüber, die aber mit unterschiedlichen Rhythmen, unterschiedlichen gesellschaftlichen Erscheinungsformen verlaufen wird.“

3. „Einige dieser Länder werden Stabilität nicht alleine erlangen können. Wir müssen uns auf eine umfassende und neue Form der Zusammenarbeit einstellen, die auch neue Formen der Interdependenz zwischen der Europäischen Union und großen Teilen Nordafrikas und des Mittleren Ostens einschließt.“ Um Frustrationen vorzubeugen, müsse wirksame Hilfe von außen geleistet werden, „nennen wir es Marshall-Plan“, nur so könnten Gesellschaften wie z.B. in Ägypten stabilisiert und eine Radikalisierung verhindert werden.

4. „Europa, der arabische Raum und der Nahe Osten insgesamt müssen endlich in einen umfassenden Kulturdialog treten.“ Bisherige Versuche seien abgebrochen worden, weil man mit Potentaten darüber nicht sprechen könne. „Die sind an Kultur nicht interessiert.“ Gemeinsam müsse man sich auch kritischen Themen zuwenden wie der Familienplanung und der Stellung der Frau. „Die Frauen haben die Revolutionen mit gemacht und in einigen Ländern werden sie entscheidend für Wandel sorgen.“

5. „Der israelisch-palästinensische Konflikt bleibt von zentraler Bedeutung.“ Das Ziel der arabischen Revolution sei, die Erniedrigung durch ihre Potentaten abzuschütteln. Die Menschen würden die Erniedrigung der Palästinenser durch eine Macht, die dem Westen nahe stehe, nicht länger hinnehmen. Der Druck auf Israel werde entschieden größer werden, nun endlich etwas zu tun. „Wir werden mit dieser neuen arabischen Welt nur kommunizieren können, wenn die doppelten Standards über Bord geworfen werden, wenn die Termini von Völkerrecht und Humanität nach allen Seiten gleich sind.“ Wenn Israel eine

Zwei-Staaten-Regelung ablehne, „dann ist es höchste Zeit, über eine Ein-Staat-Lösung nachzudenken. Aber eine Lösung muss her!“

6. „Die Politik muss gegenüber der Türkei endlich zu einer klaren Linie kommen.“ Die Türkei wolle endlich Klarheit haben und Europa müsse daran gelegen sein, die Türkei „als Partner im Boot“ zu haben. Noch nie seit 1923 sei so viel über die Türkei als Modell und Vorbild für die neuen arabischen Gesellschaften gesprochen worden wie jetzt. In dieser Situation dürfe Europa sich nicht diffus verhalten, da ansonsten Frustrationen entstehen könnten, die die türkische Führung veranlassen könnte, selbst für klare Verhältnisse zu sorgen. „Die Türkei kehrt dann zurück in ihr eigenes historisches und kulturelles Hinterland – und warum auch nicht?“

*Einige dieser Länder werden Stabilität nicht alleine erlangen können. Wir müssen uns auf eine umfassende und neue Form der Zusammenarbeit einstellen, die auch neue Formen der Interdependenz zwischen der Europäischen Union und großen Teilen Nordafrikas und des Mittleren Ostens einschließt.*

7. „Der Kaukasus ist eine Konfliktregion, die größte Aufmerksamkeit erfordert.“ Europa entdeckte erst langsam seine ökonomischen und politischen Interessen. Insbesondere für die Energieversorgung spiele die Region eine wichtige Rolle. Wenn Russland mit seiner Politik des Machterhalts die Entwicklung dauerhaft blockiere und die Instabilität aufrecht erhalte, dann müssten die Europäer sich von dem Dogma verabschieden, dass ohne Russland im südlichen Kaukasus nichts gehe, und gemeinsam mit Georgien, Armenien und Aserbeidschan nach Lösungen suchen. „Die aufstrebende Regionalmacht Türkei kann bei der Stabilisierung dieser Region eine gewaltige Rolle spielen.“

### **Atomprogramm des Iran ist Realität**

Steinbach lenkte dann den Blick auf die Lage im Iran. Europa müsse sich von der Fixierung auf den derzeitigen Präsidenten Ahmadinedschad und das Atomprogramm frei machen. Ahmadinedschad sei nur noch bis zur nächsten Präsidentenwahl ein Thema. Das Atomprogramm sei Realität, und für viele Teile der Gesellschaft das sichtbare Zeichen dafür, dass der Iran im 21. Jahrhundert angekommen sei und sich auf Augenhöhe mit den entwickelten Nationen befinde. Die Kräfte, die die Gesellschaft von innen zu wandeln versuchten, verdienen jede Unterstützung. Ein demokratischer Iran sei die beste Garantie dafür, dass die Kernenergie ausschließlich friedlich genutzt würde. Es drohe aber eine weitere Gefahr: Die Chinesen versuchten alles, um ihren Einfluss im Iran auszuweiten. „Es wäre der größte Fehler, eine Macht wie den Iran den Chinesen zu

überlassen“, so Steinbach. Steinbach beendete seinen Vortrag mit einem Appell: „Europa muss die Umbrüche im arabischen Raum und im Mittleren Osten als Chance begreifen.“

So wie die Länder dort – einschließlich der Türkei – sich neu aufstellen, so müssen auch wir uns neu aufstellen!“ In der anschließenden Diskussion stieß die Aussage Steinbachs zur „Ein-Staat-Lösung“ auf Ablehnung. Kritik wurde auch laut an der Hinnahme des iranischen Atomprogramms, ohne die davon ausgehenden Bedrohungen aufzuzeigen und zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Panels stellte der Moderator, Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, drei Fragen:

1. Ist es ein Mythos oder Realität, dass der Nahost-Konflikt die „Mutter aller Konflikte“ im Nahen Osten ist?
2. Kommen wir durch die Entwicklungen in der arabischen Welt einem Frieden näher?
3. Was sollten Deutsche und Europäer tun, um den Prozess zu stärken?

Der erste Panel-Teilnehmer Avi Primor, Botschafter a.D. und Direktor des Trilateralen Zentrums für Europäische Studien am IDC Herzliya, Israel, glaubt nicht,

dass die Turbulenzen in der arabischen Welt von dem Nahost-Konflikt initiiert worden sind. Es habe immer viele andere Gründe für Konflikte gegeben, die mit dem Konflikt Israel-Palästina nichts zu tun hatten, wie z.B. der Krieg zwischen Iran und Irak.



Libysche Frauen demonstrieren gegen Gaddafi

Aber der Konflikt schaffe eine gewisse Stimmung in der arabischen Welt und habe deshalb schon Einfluss auf die Entwicklung in diesen Ländern. Israel sehe vom Iran die größte Gefahr ausgehen: Wegen des Stre-

bens nach Atomwaffen und der offenen Androhung der Vernichtung. Der Iran benutze aber Israel auch als Propagandamittel, um seinen Einfluss in der arabischen Welt zu stärken.

Eine Lösung im Nahen Osten würde Dinge überall erleichtern. Deshalb habe Amerika auch ein großes Interesse an einem Frieden, auch wenn die Regierung Obama in diesem Sinne bisher nicht erfolgreich war.

## Israel braucht Sicherheitsgarantien

Auch Europa habe großes Interesse an einer Friedensregelung, weil die Turbulenzen im Nahen Osten sich unmittelbar auf die Sicherheit Europas auswirkten: Illegale Zuwanderung und Terroranschläge seien nur zwei Gefahren unter vielen.

Seit der Gründung ihres Staates 1948 lebten die Israelis im Kriegszustand und in „Angst und Verkrampftheit“. Für Israel sei die Frage der Sicherheit stets von vitalem Interesse gewesen. Eine Mehrheit in der Bevölkerung, aber auch in der Regierung, verfolge die Revolutionen in der arabischen Welt deshalb mit Sorge. „Was kann das für uns bedeuten? Bestimmt nichts Gutes!“ Primor persönlich sieht dagegen auch Chancen für den Nahen Osten, wenn die Länder der arabischen Welt den Weg der Demokratisierung und Liberalisierung gingen. Demokratisch regierte Länder führten keine Kriege gegeneinander. „Aber Demokratie kann man nicht erzwingen, sie muss wachsen.“

*Europa muss die Umbrüche im arabischen Raum und im Mittleren Osten als Chance begreifen. So wie die Länder dort – einschließlich der Türkei – sich neu aufstellen, so müssen auch wir uns neu aufstellen!*

Die Nicht-Anerkennung Israels durch die arabische Welt und die offene Drohung, Israel zu vernichten, habe bisher einen Frieden verhindert. Die Weigerung Israels, auf das Westjordanland zu verzichten, sei bisher aber ebenso ein Hindernis gewesen. Aber, so Primor, „wo sonst sollte ein palästinensischer Staat entstehen?“ Heute habe sich eine Mehrheit der Israelis damit abgefunden, sich vom Westjordanland trennen zu müssen. „Frieden im Nahen Osten ist heute eher möglich als je. Warum er dennoch nicht möglich ist, weiß ich nicht. Darüber müssen wir sprechen“, so das Fazit von Primor.

Auch Salah Abdel Shafi, Palästinensischer Generaldelegierter in der Bundesrepublik Deutschland, sieht momentan einen großen internationalen Konsens über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. „Und dennoch läuft der Konflikt weiter. Die Frage ist, warum?“

## Frage des Territoriums entscheidend für Palästinenser

Die Palästinenser könnten verstehen, dass die Frage der Sicherheit für Israel entscheidend sei. Sie seien deshalb zu jeder Sicherheitsgarantie bereit, einschließlich der Zustimmung zu der Stationierung von internationalen Truppen. Für die Palästinenser dagegen stehe die Frage des Landes an erster Stelle, auf dem ein lebensfähiger Staat errichtet werden könne. Vom historischen Palästina fordere

man lediglich 22 Prozent, das Territorium müsse aber zusammenhängend sein. Durch die fortdauernde israelische Siedlungspolitik, für die es keine Rechtfertigung gebe, habe der Friedensprozess an Glaubwürdigkeit verloren. Und dennoch ist Shafi verhalten optimistisch: „Es gibt keinen Grund mehr, den Prozess hinauszuzögern. Die Zeit für eine Zweistaatenlösung läuft uns sonst davon. Das ist nicht im Interesse Israels, der Palästinenser und der gesamten Region.“

Israel und Palästina würden trotz der derzeitigen Turbulenzen in der arabischen Welt bald wieder in das Zentrum des Interesses rücken. Die demokratisch gewählten Regierungen im arabischen Raum müssten Rücksicht auf die Emotionen in der eigenen Bevölkerung nehmen. Deshalb drängten sie auf eine Konfliktlösung. Die Revolutionen hätten aber auch Einfluss auf die Entwicklung in Palästina selbst. Der Ruf nach Überwindung der inner-palästinensischen Spaltung werde innerhalb der jungen Generation immer lauter. Durch diese Entwicklung sähe sich auch Hamas schließlich gezwungen, die Realitäten anzuerkennen und die Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren, zeigte sich Shafi überzeugt.

### **Selbstbestimmung auch für Palästinenser**

Skeptisch gegenüber der raschen Beilegung des israelisch-arabischen Konflikts äußerte sich Dr. Muriel Asseburg, Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Sie sieht einen Widerspruch zwischen den Bewegungen in der Region für mehr soziale Gerechtigkeit und für Selbstbestimmung einerseits und der fortdauernden Besatzung, mit der eben diese Selbstbestimmung den Palästinensern verwehrt werde. Die Besatzung in den palästinensischen Gebieten müsse deshalb schnellstmöglich beendet werden, auch um so dem westlichen Engagement Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der Konflikt müsse aber in bilateralen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien erreicht werden, die internationale Gemeinschaft solle lediglich vermittelnd eingreifen. Wie Shafi sieht sie als Voraussetzung für eine Lösung ein zusammenhängendes palästinensisches Territorium, ohne das der Staat nicht lebensfähig sei. „Wenn das dem palästinensischen Staat zur Verfügung stehende Territorium immer weiter zerstückelt wird und es keinen Kompromiss über Jerusalem geben wird, kann es auch keinen Frieden zwischen den Völkern geben“, so Asseburg. Dieser Friede dürfe nicht nur ein „Geschäft der Führungen“ sein, sondern müsse von den Gesellschaften mitgetragen werden.

Die EU müsse die Umwälzungen als Chance auf Frieden begreifen. Dazu gab sie drei konkrete Empfehlungen:



1. Die Europäer müssen zunächst selbst einen klaren, gemeinsamen Kurs finden und einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 anerkennen, wenn er denn im Herbst 2011 ausgerufen werden sollte.
2. Die Europäer sollen jetzt ein Brückpapier zur Konfliktregelung erarbeiten, das dann im Rahmen eines Anerkennungsprozesses umgesetzt werden könne, falls es nicht gelänge, vorher zu Kompromissen zu erreichen.
3. Die Europäer müssen alles tun, um eine weitere Fragmentierung des palästinensischen Territoriums zu verhindern.

„Wir sollten nicht abwarten, wie sich die Situation in der arabischen Welt entwickelt, sondern konsequenter als bisher der Dynamik in der Region einen konstruktiven und positiven Impuls geben“, schloss Asseburg ihren Vortrag.

### **EU für Zwei-Staaten-Lösung**

Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas, Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union, Brüssel, widersprach der latenten Kritik, die EU tue zu wenig, um die Entwicklung in den arabischen Ländern zu fördern. Die Europäer und auch die Bundesregierung hätten schon sehr früh konzeptionelle Beiträge erarbeitet zu „so etwas wie eine Transformationsgemeinschaft zwischen der Europäischen Union und den Umbruchländern“. Zunehmend würden die Chancen erkannt, die diese Entwicklungen für die EU und die Region böten. Positiv sei, dass die Umbrüche nicht Zeichen antiwestlichen Denkens seien, sondern ein Aufbegehren um mehr Partizipation und sozialen Fortschritt. Dies sei eine gute Grundlage für eine neue Partnerschaft.

*„Ein Durchbruch ist möglich, aber dafür verlangt es eben politischen Willen und auch ein Mindestmaß an Vertrauen auf beiden Seiten!“*

Was den Nahost-Konflikt betrifft, so habe sich die EU schon immer für die Zwei-Staaten-Lösung eingesetzt: Israel in sicheren Grenzen auf der einen und auf der anderen Seite ein demokratisches und souveränes Palästina mit klaren Grenzen und Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten. Die EU habe auch immer wieder eine grundsätzliche Neuorientierung der israelischen Politik mit Blick auf die Siedlungen und die Blockade des Gazastreifens gefordert. „Dabei sind wir uns im Klaren darüber, dass natürlich eine Überwindung der Blockade nicht zu Lasten der Sicherheit Israels gehen darf!“, so Botschafter Lucas. Allerdings sei Eile geboten, auch wegen der amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2012. „Wenn es jetzt nicht zu Fortschritten kommt, besteht die reale Gefahr, dass sich

die Lage wieder verschlechtert, mit neuer Instabilität und neuen Gefahren“, so Lucas. „Ein Durchbruch ist möglich, aber dafür verlangt es eben politischen Willen und auch ein Mindestmaß an Vertrauen auf beiden Seiten.“

In der anschließenden Diskussion wurden die unterschiedlichen israelischen und palästinensischen Auffassungen noch einmal deutlich. Primor hob hervor, dass beide Seiten Sicherheit wollten, die Palästinenser aber zu schwach seien, die Sicherheit Israels zu garantieren. Sie könnten nicht einmal die eigene Sicherheit gewährleisten. Die Bevölkerung Israels könne deshalb nur dann von einer Lösung überzeugt werden, wenn z.B. die USA die Sicherheit Israels garantierten. Das bedeute, nicht nur wie bisher zu beobachten, sondern Sicherheit notfalls auch zu erzwingen, also zu kämpfen. „Aber die Amerikaner werden das nicht tun, die EU auch nicht“, zeigte sich Primor skeptisch. „Wer also soll die politische Verantwortung für die Sicherheit übernehmen? Sollte es aber gelingen, die Sicherheitsfrage zu lösen, werden wir auch die Siedlungsfragen lösen können“.



Ministerialdirektorin Dr. Emily Haber und  
Generalleutnant a.D. Kersten Lahl

Ministerialdirektorin Dr. Emily Haber, Politische Direktorin im Auswärtigen Amt, Berlin, sprach anschließend zu dem Thema: „Die neue türkische Außenpolitik – Chancen und Risiken aus deutscher Sicht.“ (Anmerkung: Frau Dr. Haber ist seit 02.07.2011 Staatssekretärin des Auswärtigen

Amtes) Haber ging zunächst auf die Ereignisse im arabischen Raum ein. „Niemand kann ihnen sagen, wie sich das entwickeln wird – wir können nicht hochrechnen“. Alle politischen Bestrebungen müssten darauf gerichtet sein, dass es nicht zu Verwerfungen zwischen der arabischen und der westlichen Welt komme. Die Türkei könne dabei eine wichtige Rolle spielen, weil sie hohes Ansehen in der Region genieße. Das Land verknüpfe Demokratie mit dem Islam und verstehe sich auch selbst als Vorbild. Die Rolle, die die Türkei heute spiele, sei eine andere als noch vor einigen Jahren.

Während sie während des Kalten Krieges lange nur als der östlichste Vorposten der westlichen Welt wahrgenommen worden sei, habe das Land in den letzten Jahren eine eigene Agenda für seine Außenpolitik und insbesondere für die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn entwickelt. Zwar gebe es nach wie vor mit dem Westen viele gemeinsame Stabilitätsinteressen, man könne aber

nicht länger uneingeschränkt von einem Primat der Bündnispolitik gegenüber spezifisch türkischen Regionalinteressen sprechen. In einigen Fragen trete ein Dissens mit dem Westen offen zu Tage. So stagniere die türkisch-armenische Annäherung; die Ratifizierungsgespräche über die paraphierten Vereinbarungen seien ausgesetzt, die Annäherung beider Länder sei „ergebnislos verpufft“. In dieser Frage habe die Türkei „den Dissens mit großer strategischer Geduld angenommen“.

Was die Regionalpolitik betreffe, so nutze diese einige Instrumente, die der EU-Nachbarschaftspolitik ähnlich seien. Wie diese setze die Türkei auf Abkommen, Visafreiheit und freien Handel. Das Land habe eine Wende von einer defensiven zu einer offensiven und gestaltenden Politik vollzogen und führe seinen Nachbarn ein gesellschaftspolitisches Modell vor Augen, das auch im Interesse deutscher und europäischer Interessen liege. Sie setze auf Anziehungskraft statt auf Dominanz und Beherrschung der Region. Mit dieser Einschätzung unterschied sich Haber deutlich von Professor Steinbach, der von einer „neo-osmanischen Politik“ gesprochen hatte. Die Türkei nutze vielmehr ihre kulturellen und historischen Bindungen, sei sich aber bewusst, dass sie noch immer mit „historischen Altlasten“ zu kämpfen habe.

Das Verhältnis zu Israel nehme eine Sonderstellung ein, es habe sich in jüngster Zeit dramatisch verschlechtert. Der Stabilitäts- und Ansehensgewinn in der Region gehe zu Lasten der türkisch-israelischen Beziehungen. Dies sei aber auch eine Funktion der Innenpolitik und ein Ausdruck des Elitenwechsels innerhalb der Türkei.

Das alte Sonderverhältnis zu Israel, gespiegelt in der früheren Distanz zur arabischen Welt, sei durch die alten kemalistischen Eliten getragen gewesen, die heute verdrängt werden. Die türkische Politik nehme bewusst in Kauf, im Nahost-Konflikt nicht mehr als Mittler auftreten zu können. Dieser Verlust werde durch den Ansehensgewinn in der arabischen Welt ausgeglichen, zudem gewinne man so die pro-palästinensischen Wählerschichten für die AKP.

In der Iran-Politik stimmten die Europäer und die Türkei im Ziel überein, dass von einem nuklear bewaffneten Iran eine Gefahr für die Region ausgehe. Wie man aber taktisch gegen die Bestrebungen des Iran vorgehen solle, darüber gingen die Auffassungen auseinander. Auch in dieser Frage werde deutlich, dass die Türkei eigene Regionalinteressen verfolge und weniger Rücksichten auf Allianzen und Bündnisse nehme als noch vor einigen Jahren. Das Land mache zu-

nehmend eigene Gestaltungsansprüche und eine eigenständige Rolle bezüglich des Krisenmanagements geltend. Dazu komme, dass der Blick der Außenpolitik sich geweitet habe. Heute würden diplomatische Netzwerke in Afrika und Südamerika ausgebaut, zudem werde die Entwicklungshilfe ausgeweitet. Dies mache deutlich, dass die Türkei sich nicht nur als rein regionale Großmacht verstehe.

Was das Verhältnis der Europäischen Union zur Türkei betreffe, sei der Blick zu sehr auf die Beitrittsverhandlungen verengt, das wirkliche strategische Gewicht und die Bedeutung des Landes würden weniger beachtet. Die Türkei sei eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, deren Außenhandelsvolumen sich in den letzten acht Jahren vervierfacht habe. Zwei Drittel der Investitionen stammten aus der EU. Dies könne keine türkische Außenpolitik ignorieren. Eine Abwendung von Europa sei allein schon aus diesem Grunde nicht zu erwarten. Dazu komme, dass die Türkei schon heute von ihren Nachbarn als künftiges Mitglied der EU

*„Je mehr wir die politische Entwicklung in der Türkei – zum Beispiel über die Beitrittsverhandlungen – mitgestalten, umso mehr kann sie in unserem Sinne in die arabische Welt wirken“*

gesehen werde; nicht zuletzt darauf basiere die Attraktivität als Vorbild. Von einem Beitritt könne aber auch die EU profitieren.

„Je mehr wir die politische Entwicklung in der Türkei – zum Beispiel über die Beitrittsverhandlungen – mitgestalten, umso mehr kann sie in unserem Sinne in die arabische Welt wirken“, so Haber. Die Finalität der Beitrittsverhandlungen dürfe nicht in Frage gestellt werden. Sie bedauere deshalb den Stillstand in den Beitrittsverhandlungen. Die Türkei sei viel zu wichtig, als dass man den Diskurs mit ihr sozusagen auf die Kapiteleröffnungen in den Verhandlungen reduzieren dürfe. „Die Türkei sucht den Dialog mit ihren Partnern, sie kann von uns großes Interesse und Offenheit erwarten“. Wenn die Türkei aber Mitglied werden wolle, müsse sie alle Regeln einhalten, wie sie für sämtliche Mitgliedsstaaten gelten. In der nachfolgenden Diskussion wurden die Hindernisse deutlich, die einer Vollmitgliedschaft entgegenstehen: Das ungelöste Zypernproblem, das als Stachel im Fleisch der europäisch-türkischen Beziehungen bezeichnet wurde, die Kurdenfrage und der nicht ausgeräumte Zweifel am Minderheitenschutz und der Religionsfreiheit.

### **Türkei: Regionalmacht mit außen- und sicherheitspolitischen Ambitionen**

Das Thema der anschließenden, von Dr. Patrick Keller, Konrad-Adenauer-Stiftung, geleiteten Panel-Diskussion lautete „Regionalmacht Türkei: Rolle und Bedeutung für europäische und transatlantische Sicherheit“.

Als erster Panel-Teilnehmer stellte Generalmajor Heinrich Brauß, Deputy Assistant Secretary General for Policy and Planning, NATO-Hauptquartier, die herausragende Rolle der Türkei dar, die ihr nicht nur wegen ihrer geostrategischen Lage mit Blick auf den Vorderen Orient zukomme, sondern ebenso für die künftige Ausrichtung der NATO und der EU. Er verdeutlichte die (neuen) außen- und sicherheitspolitischen Ambitionen der Türkei an Hand von Beispielen aus jüngster Zeit, u.a. den zähen Verhandlungen über die Rolle der NATO in der Libyen-Krise, bei denen sich die Türkei – auch mit Blick auf ihre Reputation in der arabischen Welt – als einer der Hauptakteure und Gegenspieler Frankreichs in der Frage der Vorgehensweise erwiesen habe. Die Beispiele zeigten, dass sich die „neue Türkei“ nicht mehr „als westlicher Vorposten am Rande Europas“ verstehe, sondern eher als eine Brücke, die Europa mit dem Nahen und Mittleren Osten verbinde. Sie sehe sich als eine „Gestaltungsmacht im Zentrum einer Region zwischen der EU, der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region, Zentralasien und dem Nahen Osten“. In dieser Region träfen die geopolitischen Interessen aller großen Mächte aufeinander, die um den Zugang zu den Energieressourcen wetteiferten. Die Türkei habe dabei „als Teil eines Energietransportkorridors, Schnittstelle und Energiedrehkreuz eine Schlüsselrolle“.

Angesichts der künftigen strategischen Herausforderungen könne man deshalb sagen, dass sich „das strategische Gravitationszentrum“ der NATO nach Süden und Südosten verlagere. Nicht zuletzt aus diesem Grund wolle die Türkei die NATO-Agenda aktiv mitbestimmen. Auch von der EU erwarte sie, in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik angemessen einbezogen zu werden. Die bisherige Weigerung der EU, dies zu gewähren, hält Brauß für einen strategischen Fehler.

Die Türkei sei keine „Osmanische Ruine“, sondern ein Land mit einer „riesigen Tradition“, aus der sie großes Selbstbewusstsein ziehe. Mit diesem Eingangsstatement hob Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara, die derzeitige Grundstimmung in seinem Land hervor. Die Gesellschaft sei sehr dynamisch, das Land weise ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von nahezu 8 Prozent auf, und die innere Dynamik der Gesellschaft bringe neue Kräfte in allen wichtigen Bereichen hervor. Die Türkei sei für die Region ein „politisches Mekka“, insbesondere für die arabischen Staaten.

Auch Dr. Peter Forster, Chefredaktor der Militärzeitschrift SCHWEIZER SOLDAT und langjähriger Korrespondent der NZZ für Israel und die Nahost-Region, betonte die singuläre geopolitische und geostrategische Position der Türkei.

Das Land habe sich über lange Zeit hinweg als verlässlicher NATO-Partner erwiesen. Einzig die Zurückhaltung gegenüber der amerikanischen Absicht, im



Panel-Diskussion zum Thema: „Regionalmacht Türkei: Rolle und Bedeutung für europäische und transatlantische Sicherheit“

Irak-Krieg 2003 eine US-Brigade im Südosten der Türkei zu stationieren, sowie die anfängliche NATO-Politik im jüngsten Libyen-Konflikt hätten für Irritationen gesorgt. Insgesamt aber verhalte sich die Regierung Erdogan als „pragmatisch-realistisch zum Wohle der Türkei“. Das Land habe große Zukunftschancen, insbesondere mit Blick auf die heranwachsende junge Bevölkerung, die sich durch Aufgeschlossenheit, Bildung und liberal-demokratische Einstellung auszeichne. Hinzu kämen das wirtschaftliche Entwicklungspotential des Landes und seine

geostrategische Position, unter anderem wegen seiner wichtigen Transitrolle für die Energieversorgung Europas.

Prof. Dr. Günter Seufert, Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, untersuchte abschließend die Frage, warum die Türkei sich in so beeindruckender Weise zur wichtigsten Regionalmacht im Nahen Osten habe entwickeln können.

Er sah die Gründe vor allem in dem gleichzeitigen Machtverlust westlicher Staaten in der Region. Die jüngste Entwicklung in den arabischen Staaten habe dies deutlich gezeigt. Dort sei eine Ordnung, „die zum großen Teil noch aus dem Kalten Krieg stammt, aufgebrochen worden, [...] vor allen Dingen über Dynamiken in den Gesellschaften selbst“.

Die Türkei dagegen habe über Jahrzehnte hinweg eine kontinuierliche Entwicklung durchgemacht, die „eigentlich lang gestreckt und relativ friedlich war, eine Entwicklung, die heute in der islamischen Welt oder in der arabischen Welt eruptionsartig hervorbricht“. Dadurch sei es der Türkei gelungen, der gesellschaftlichen Elite Schritt für Schritt die Partizipation an der Politik zu ermöglichen und „aus der Gesellschaft heraus frühzeitig (notwendige) Veränderungen einzuleiten“.

Heute gründe sich der Einfluss der Türkei auf den islamischen und arabischen Raum insbesondere auf „die Wirtschaft und [...] die kulturelle Affinität“, und

die türkische Staatsführung verstehe es geschickt, diesen Einfluss in der Region zur Geltung zu bringen. Prof. Dr. Seufert erläuterte dies vor allem am (neuen) Verhältnis zum Irak und zum „Kurdenstaat“ im Norden des Irak. Inzwischen sei die Türkei sogar dabei, „mit diesem Kurdenstaat die besten Beziehungen zu pflegen“, und sie erhoffe sich, so „auch das eigene Kurdenproblem [...] zu lösen“.

Kritisch beurteilte Dr. Seufert die Spannungen, die sich, nicht zuletzt auf Grund der „neuen selbstbewussten Außenpolitik“ der Türkei über die EU-Beitrittsverhandlungen ergeben hätten und die zum Hindernis für die Sicherheitspartnerschaft mit dem Westen zu werden drohten.

Die anschließende Panel-Diskussion vertiefte die vorgetragenen Aspekte. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass der Westen das stärkere Gewicht der Türkei gegenüber NATO und EU anerkennen müsse als eine Voraussetzung, um das Land „stärker in normative Pflichten“ einzubinden.

Das abschließende Panel befasste sich mit dem Thema „Sichere Rohstoffversorgung in instabilem Umfeld – vom Kaspischen Meer bis zur Straße von Hormuz“. Die Moderation hatte Dr. Frank Umbach, Centre for European Security Studies, München.

Der erste Vortragende, Heinz Hilbrecht, Direktor in der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, Brüssel, legte den Fokus auf die Bemühungen zur Europäisierung der Energieversorgung. Deren Ziel sei es, der wachsenden Importabhängigkeit der Industrieländer und der gleichzeitig (stark) steigenden Energienachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer durch koordinierte Maßnahmen auf europäischer Ebene zu begegnen. Dabei sieht Hilbrecht u.a. folgende vorrangige Handlungsbereiche: Steigerung der Energieeffizienz; integrierter Energie-Binnenmarkt; Förderung von Innovationen in der Energietechnik. Insgesamt sieht Hilbrecht in starken internationalen Partnerschaften und einem funktionierenden Binnenmarkt die wichtigsten Garanten für politische und ökonomische Stabilität auf dem Energiesektor.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas sieht Wilko Specht vom Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. gefährdet, wenn es nicht gelingt, den Bedarf an nichtenergetischen Rohstoffen, wie z.B. seltenen Metallen und Erden, zu sichern. Er äußerte die Sorge, dass die Bedarfssicherung durch politische Eingriffe – er nannte Russland und China – gestört werde. Schon jetzt lägen hohe Exportzölle auf der Ausfuhr seltener Erden aus China. Und das

Land, das schon jetzt über ein „Quasi-Monopol“ bei seltenen Erden verfüge, sei dabei, sich zusätzliche Lagerstätten im Ausland, vor allem in Afrika, zu sichern. Um der besorgniserregenden Entwicklung zu begegnen, forderte Specht eine „ganzheitliche Strategie“. Die Industrie erwarte, dass insbesondere die EU, aber auch Deutschland, aus Eigeninteresse auf multinationaler Ebene tätig werden. Schließlich sei die Sicherung nichtenergetischer Rohstoffe kein „Randthema“, sondern ein zentrales Thema für die Zukunftsentwicklung.

Auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Erdöl und Erdgas lenkte abschließend Dr. Friedemann Müller, Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, die Aufmerksamkeit des Colloquiums. 94 Prozent des globalen Transports sei von Öl als Treibstoff abhängig, mit 33 Prozent Anteil an der Weltenergieversorgung sei es derzeit der wichtigste Energieträger. Öl sei „der einzige absolut knappe Rohstoff überhaupt“ und belaste die deutsche Handelsbilanz mehr als jeder andere Rohstoff. Hinzu komme, dass Öl bezüglich der Versorgung des Weltmarktes von einem Kartell (OPEC) abhängig sei, das über 85 Prozent der Weltreserven verfüge.

Die notwendige politische Konsequenz sei eindeutig: Langfristig gebe es keine Alternative zum Ausstieg aus dem Öl. Die Notwendigkeit hierfür bestehe sowohl aus klimapolitischen Gründen wie aus sicherheitspolitischen im Zusammenhang mit drohenden Verteilungskonflikten. Das Problem müsse „ordnungspolitisch gelöst werden, und zwar auf G7/G8-Ebene, mindestens auf europäischer Ebene, denn Europa ist der größte Ölimporteur der Welt.“

Dagegen sei Erdgas „das spezielle Versorgungsproblem Europas“. Es spiele mit einem Anteil von 21 Prozent an der globalen Energieversorgung eine geringere Rolle als Öl. In Europa dagegen, dem weltweit mit Abstand größten Importmarkt, könne die Problematik der Versorgungssicherheit kaum überschätzt werden (Leitungsbindung, Russlands Rolle, mangelhafte Transportinfrastruktur). Im Kaspischen Raum und der Golfregion liegen, so Dr. Müller, 47 Prozent der Welterdgasreserven, doppelt so viel wie in Russland. Diese Region sei damit die mit Abstand erdgasreichste der Welt. Während es zwischen Westsibirien und Europa eine extensive Leitungsinfrastruktur gebe, existiere keine durchgehende Leitung aus dem Raum Kaspischen Raum und Golfregion nach Europa. Aus sicherheitspolitischer Sicht sei daher die Schaffung einer Transportinfrastruktur für Erdgas aus dieser Region besonders dringlich.



## **Generalinspekteur: Befähigung zum Kampf und Bestehen im Gefecht zentrale Element militärischer Fähigkeiten bei Neuausrichtung der Bundeswehr**

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wierer, sprach über die bevorstehende Neuausrichtung der Bundeswehr. Aus aktuellem Anlass zunächst auf die Debatte um die Aussetzung der Wehrpflicht eingehend, stellte Wierer fest, dass dabei der „mediale Fokus“ zu sehr auf das Schlagwort „Freiwilligenarmee“ verengt worden sei. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht folge Deutschland der überwiegenden Mehrheit der Verbündeten und Partner. Es scheine auch in Vergessenheit zu geraten, dass nur ca. 17 Prozent eines Jahrganges junger Männer überhaupt Wehrpflicht leisteten und – neben der fehlenden Wehrgerechtigkeit – die sicherheitspolitische Begründung für die Wehrpflicht zunehmend schwer falle.

Zur Erläuterung der bevorstehenden Neuausrichtung der Bundeswehr stellte General Wierer eine sicherheits- und bündnispolitische Lagebetrachtung an den Anfang seiner Ausführungen. Insbesondere die aktuellen Ereignisse, unter anderem in Nordafrika, zeigten, dass „die staatliche Sicherheitsvorsorge auch ohne direkte Bedrohung unserer territorialen Integrität weiterhin in einem breiten Spektrum politischer und militärischer Fähigkeiten anzulegen“ sei. Dabei müsse ein „multinationaler, ressortgemeinsamer Ansatz“ verfolgt werden. Das neue Strategische Konzept der NATO setze in dieser Richtung einige Akzente neu und sei daher für die Neuorientierung der Bundeswehr richtungweisend.

Diese Neuausrichtung erfolge in einer „volatilen sicherheitspolitischen Landschaft“ und müsse bei laufenden Einsätzen geleistet werden. Wierer stellte fest, dass „aus soldatischer Sicht [...] die Befähigung zum Kampf und das erforderliche Bestehen im Gefecht als zentrales Element militärischer Fähigkeiten“ Kernpunkte der Neuordnung sein müssten. Eine Abstufung in Low-Intensity Stabilisierung und High-Intensity Friedenserzwingung habe sich in der Realität nicht bewährt. Und weiter: „Militärische Fähigkeiten müssen sich immer am höchsten Anforderungsprofil messen lassen.“ Zudem müsse es bei der Neustrukturierung gelingen, „eine zukunftstaugliche Balance von Anspruch und Ressourcen herzustellen“.



Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wierer

Die internationale Staatengemeinschaft habe Deutschland gegenüber eine Erwartungshaltung, die „uns als Mittelmacht mit einem gewissen Führungsanspruch in Europa auch mit Ansprüchen konfrontiert, die unserer Stellung angemessen sind“. Aus diesem Grund wäre bei der Neuausrichtung „ein rein budgetär motivierter Rückfall hinter die aktuelle Leistungsfähigkeit der Bundeswehr kaum zu vermitteln“. Andererseits sei der bisherige Eigenanspruch der Bundeswehr „an die Befähigung zur Entsendung umfangreicher Kontingente in bis zu fünf Einsatzgebiete zu ambitioniert“ gewesen.

Als Grundlage und strategischer Rahmen für die Neuausrichtung werden in Kürze neue „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) verabschiedet. Wegen der noch ausstehenden Entscheidung des neuen Verteidigungsministers Thomas de Maizière wollte General Wiekler keine Strukturdetails nennen, sondern lediglich einen entscheidenden Aspekt der Neuordnung beleuchten. Danach werden die Einsätze der Bundeswehr die Neustrukturierung prägen: Die zentrale Größe werde die Forderung nach dem gleichzeitigen Einsatz von bis zu 10.000 Soldatinnen und Soldaten in zwei Einsatzgebieten sein. Zudem gebe es noch wichtige Aufgaben im Inland, wie Überwachung der Sicherheit des deutschen Luft- und Seeraums, den Such- und Rettungsdienst oder militärische Evakuierungsoperationen. Diese vorrangig nationalen Aufgaben seien ebenso wichtig für die neue Struktur, denn „hier bewegen wir uns sehr nah am realen oder real empfundenen Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger...“ so Wiekler weiter.

Zeitgleich zu den militärischen Planungen werde auch die zivile Seite des Hauses ein Konzept für Wehrverwaltung und Rüstung vorlegen. Das Gesamtpaket soll zudem ein Begleitprogramm für die Bundeswehrreform sowie einen Vorschlag zur Struktur und Organisation des Verteidigungsministeriums enthalten.<sup>1</sup>

General Wiekler schloss seinen Vortrag mit der Bitte um Unterstützung bei der bevorstehenden sicherheitspolitischen Argumentation durch die Teilnehmer des Berliner Colloquiums.

**Zu den Autoren:** Oberst a.D. Werner Baach ist Journalist. Oberst a.D. Wolfgang Fett ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft verantwortlich für die Presse- und Informationsarbeit.

### **Anmerkungen:**

- <sup>1</sup> Einzelheiten, einschließlich des Wortlauts der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, sind im Internet unter [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de) abrufbar.

## **Streitkräfte und Politik Primat der Politik – Anforderung und Verantwortung**

### **Bericht über die 45. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr**

Werner Baach  
Wolfgang Fett

Schon für Clausewitz war es unbezweifelbar, dass die Politik alle Kriege und alle militärischen Einsätze nicht nur entscheidet und auslöst, sondern auch durchdringt. Für die internationale Krisenbewältigung heute gilt dies in noch stärkerem Maße. Die Soldaten und ihre militärischen Führer haben die Pflicht, den politisch Verantwortlichen die für ihren Auftrag benötigten militärischen Strukturen, Fähigkeiten und Ausstattungen vorzuschlagen. Die Politik auf der anderen Seite hat nicht nur Anforderungen an ihre Soldaten zu stellen und über ihren Einsatz zu entscheiden, sie verantwortet auch, dass ihnen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen ihre Einsatzbereitschaft sichergestellt und die erteilten Aufträge erfüllt werden können.

Diese Thematik – der Primat der Politik, die „civilian control“ der Streitkräfte – stand im 50. Jahr des Bestehens der Clausewitz-Gesellschaft im Mittelpunkt der diesjährigen Sicherheitspolitischen Informationstagung an der Führungsakademie der Bundeswehr. Zu der Tagung begrüßten Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, und Brigadegeneral Karl H. Schreiner für die Führungsakademie etwa 250 Mitglieder und Gäste.

### **Minister de Maizière: Streitkräfte und Politik – Herausforderungen für Bundeswehr und Gesellschaft heute und morgen**

Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière würdigte aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Clausewitz-Gesellschaft deren Arbeit. Er bat die Gesellschaft, ihren Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion in Deutschland auch in Zukunft zu leisten. Zu den Zielsetzungen der Gesellschaft stellte de Maizière fest: „Ich habe den Sinn der Clausewitz-Gesellschaft [...] immer so verstanden, dass Sie Clausewitz [...] nutzen wollen, um Beiträge für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft zu entwickeln. Und [...] da kann ich

Sie nur ermuntern“. Der Satz von Clausewitz “Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ sei ja nichts anderes als in unserer Sprache die Herleitung des Primats der Politik.

Zum Verhältnis von Politik und Streitkräften richtete der Minister den Blick insbesondere auf die Rolle des militärischen Führers. Jede Entscheidung zum Einsatz von Streitkräften – ob politisch, strategisch, operativ oder taktisch –

*„Streitkräfte sind als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik unentbehrlich, auch für Deutschland: Sie sind Grundlage der Verteidigungsbereitschaft unserer Nation und Teil unseres internationalen Gewichts und Einflusses.“*

verlange die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen: “Wer die Befugnis hat zu entscheiden, hat auch die Pflicht zur Übernahme von Verantwortung.“ Und weiter: „Ohne eine klare militärische Bewertung von Handlungsoptionen stehen politische Entscheidungen zum Einsatz von Streitkräften stets auf wack-

ligen Füßen. Es entspricht meinem Verständnis von militärischer Beratung, dass diese von höchster Qualität und aufrichtig ist. Karriere, Opportunismus oder vorseilender Gehorsam sind fehl am Platze; ebenso der Blick nur auf das militärisch Handwerkliche [...] Ein militärischer Rat als Grundlage belastbarer Empfehlungen bedarf auch der Schulung. Er bedarf auch breiter Bildung. Er bedarf einer sittlich begründeten Auffassung und er bedarf des ständigen inhaltlichen Austausches auch mit anderen Politikbereichen. Erst das erlaubt den militärischen Berater an der Schnittstelle von Politik und Militär, den Schritt von der Funktionseelite zur Verantwortungselite.“ Es entspreche aber auch seinem Verständnis vom Primat der Politik, so der Minister weiter, dass die Politik zu einer vom militärischen Ratschlag abweichenden Entscheidung kommen könne. Die militärische Führung, jedenfalls die „aktive militärische Führung“, müsse das ertragen und dürfe die politische Entscheidung nicht „presseöffentlich“ kritisieren.

### **Kein deutscher Sonderweg in der Sicherheitspolitik**

Zur Neuausrichtung der Bundeswehr stellte der Minister fest, dass diese in den letzten 20 Jahren große Veränderungen habe durchmachen müssen: „...von einer Bundeswehr, die dazu da war, einen Einsatz zu verhindern über die Armee der Einheit in eine Armee, von der alle sagen, sie muss vom Einsatz her denken“. Diese Entwicklung müsse jetzt strukturell nachvollzogen werden, und das vor dem Hintergrund eines „gewaltigen Prozesses der Veränderungen“ auf dem Feld der Sicherheitspolitik, aber auch in anderen Politikbereichen und weltweit. Das verlange eine umfassende sicherheitspolitische Debatte unter Einschluss der

Öffentlichkeit. Für die Sicherheitspolitik Deutschlands gibt es nach Auffassung des Ministers „in Zukunft in keiner Weise mehr einen deutschen Sonderweg, weder in noch neben dem Bündnis oder der EU – nicht zu unseren Gunsten und nicht zu unseren Lasten“. Streitkräfte seien als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik unentbehrlich, auch für Deutschland: „Sie sind Grundlage der Verteidigungsbereitschaft unserer Nation und Teil unseres internationalen Gewichts und Einflusses.“

Für die Neuausrichtung der Bundeswehr ergebe sich aus den sicherheitspolitischen Vorgaben und angesichts sinkender Staats- und Verteidigungsbudgets die Notwendigkeit, Prioritäten und Strategien anzupassen. Die zentralen Fragen seien: Was wollen wir können? Was können wir wollen? Und wie können wir das erreichen? Das erste (oberste) Ziel sei die Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen. „Sie ergeben sich aus der geografischen Lage, aus der Geschichte, den internationalen Verflechtungen einschließlich der Ressourcenabhängigkeit unseres Landes“, so der Minister. Das verpflichte auch, internationale Verantwortung wahrzunehmen, „wohl in stärkeren Maßen als bisher“.

Grundlage für die Neuausrichtung seien die Verteidigungspolitischen Richtlinien, sie setzten den sicherheitspolitischen Rahmen. Der absehbare Haushaltsrahmen sei „ein solides Fundament für eine nachhaltige Finanzierung“, wenn man sich, so der

Minister einschränkend, in der Umsetzung daran orientiere, was notwendig sei und wenn die durch Reduzierung und Verzicht auf alte und ineffiziente Systeme freiwerdenden Handlungsspielräume richtig genutzt würden. Die Zahlen der gerade beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung zeigten – gemessen an den Zahlen der alten Finanzplanung von durchschnittlich 27,7 Milliarden Euro jährlich – eine positive Entwicklungslinie: 2011: 31,5 Mrd. Euro; 2012: 31,68 Mrd. Euro; 2013: 31,35 Mrd. Euro; 2014: 30,94 Mrd. Euro. Kommentar des Ministers: „Ehrlich gesagt, das finde ich nicht schlecht.“

Die in elf Teilprojekte aufgegliederten Detailplanungen zur Neuausrichtung sollen im Laufe des Herbstes entschieden werden. [Anmerkung: Erste Ergebnisse wurden Ende September 2011 vorgestellt, über die Teilprojekte insgesamt ist inzwischen im IV. Quartal 2011 entschieden worden. Einzelheiten dazu ent-



Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière

hält die Website des BMVg [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)]. Die ersten Maßnahmen der Neuausrichtung sollen ab Frühjahr 2012 greifen, so auch die neue Struktur des Verteidigungsministeriums. Als wichtige weitere Teilprojekte nannte der Minister das Stationierungskonzept, das Personalmanagement, die Nachwuchsgewinnung und ein Reformbegleitprogramm für eine schnelle und sozialverträgliche Personalanpassung. Das Gewinnen qualifizierten Personals, das künftig in einer Hand liegen und mit einer neuen Organisation Anfang 2012 die Arbeit aufnehmen soll, sei von hoher Priorität. Die Bereiche Rüstung und Informationstechnologie sollen „in einem grundsätzlich neu aufzusetzenden Beschaffungsprozess“ geordnet werden, einschließlich der Überprüfung und Priorisierung der laufenden Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben mit dem Ziel, die derzeit hohen Kostenbindungen zu reduzieren und Spielraum für Neuinvestitionen zu gewinnen. Schließlich sollen die Strukturen in den Bereichen Infrastruktur und Dienstleistung neu geordnet, das Reservistenkonzept weiterentwickelt und der Steuerungs- und Controllingbereich ausgebaut werden.

Die Neuausrichtung verlange vom Führungspersonal die Besinnung auf „eine neue, oder wenn Sie so wollen, alte Mentalität: klare Verantwortung, nicht belobigen, wenn Verantwortung nach oben gemeldet wird. Möglichst wenige Verantwortliche, möglichst Verantwortung – soweit wie es geht – unten.“ Minister de Maizière schloss seine Ausführung mit Blick auf die notwendige Akzeptanz der Neuausrichtung durch die Gesellschaft. Daran müsse gearbeitet werden – nicht nur von der Bundeswehr, von allen, auch von der Clausewitz-Gesellschaft.

In der anschließenden Diskussion betonte der Minister u.a., dass eine Streitkräftereduktion nicht zwingend auch zu einem Verlust an Fähigkeiten und Sicherheit führen müsse; das zeigten auch Erfahrungen der USA.

### **Primat der Politik – Thesen zur Strategiefähigkeit der politischen Klasse und zur Elitefähigkeit des Militärs**

Der Vortragende, Dr. Klaus Naumann, Hamburger Institut für Sozialforschung, stellte einleitend fest, dass nicht nur in Deutschland, sondern auch bei einigen Bündnispartnern der Übergang von der Landesverteidigung zu internationalen Einsätzen im Interesse globaler Sicherheitsvorsorge zu Diskussionen und Veränderungen im Verhältnis von Politik und Militär geführt habe. In keinem dieser Fälle sei der Primat der Politik in Frage gestellt worden. Vielmehr sei es darum gegangen und gehe es weiter darum, die veränderten Funktions- und Wirkungsbedingungen des Primats zu überprüfen und, wo notwendig, den neuen Erfor-

dernissen anzupassen. In Deutschland, so die These des Referenten, habe diese Diskussion besonders langwierige Formen angenommen, weil hier der Übergang vom Verteidigungskonzept zum Sicherheitsparadigma noch immer nicht abgeschlossen sei. Ein Blick auf das Dreieck Primat der Politik, Strategiefähigkeit der politischen Klasse sowie Elitefähigkeit des Militärs verdeutliche diese These.

Clausewitz habe darauf aufmerksam gemacht, zwischen der analytischen Tatsache des politischen Primats und seinen historisch-empirischen Ausprägungen sorgfältig zu unterscheiden. Wenn in der aktuellen Diskussion – auch vom Verteidigungsminister – rechtfertigend darauf hingewiesen werde, die Streitkräfte seien „ein Instrument der Politik“, so werde es dagegen kaum Einwendungen geben, denn auf dieser (analytisch-normativen) Ebene gebe es kein Problem zu notieren. Die Frage, die die Debatten beschäftige, drehe sich vielmehr darum, ob und wie die konkrete deutsche Politik, die bestehenden Institutionen und Prozeduren diesen Primat zur Geltung brächten.

Das Balanceverhältnis zwischen Vertrauen und Kontrolle, so Naumann weiter, sei durch den Übergang zur Sicherheitsvorsorge ins Rutschen geraten. Mehr als je zuvor sei die Politik auf den Austausch mit dem Sachverstand der militärischen Führer angewiesen – auf politischer Beratungs- und Entscheidungsebene, im Einsatzgeschehen und in der medialen Öffentlichkeit. Als Mangel wurde vermerkt, dass Vertrauen wie Kontrolle förderliche Strukturen brauchen, die nicht hinter dem Niveau der angestoßenen Aufgaben und der anvisierten Vernetzungen zurückbleiben dürften.

Um das einzulösen, bedürfe die Politik zusätzlicher Instrumente, um der durchaus bestehenden Strategielücke zwischen allgemeinen Rahmenkonzepten und fallbezogenen Handlungskonzepten zu entgehen. Die Politik, so könne man in der Sprache Clausewitz' bilanzieren, nehme zwar ihren Primat wahr, aber sie löse ihn nicht ein.

Die Mängel erstreckten sich auch auf das Eliteprofil des Militärs. Die Frage laute, was die Besonderheit des Soldatenberufs unter Einsatzbedingungen bedeuten könnte und wie dieser Besonderheit im professionellen Handeln des Militärs auf eine Weise Ausdruck zu verleihen sei, die den Primat der Politik stärke. Dabei wäre es ein „dramatischer Kurzschluss“, darauf allein mit der Profilierung einer Kämpferidentität zu antworten. Die „politischen Kriege“ der Gegenwart, wie Barbara Tuchman sie einmal genannt habe, erforderten die Ausbildung er-

weiterer professioneller Fähigkeiten, die Wahrnehmungsmöglichkeit von Re-derechten und ein zeitgemäßes Selbstverständnis des Soldaten als „guter Staats-bürger“ (Baudissin).

Der Soldat von heute brauche neben einer hohen militärfachlichen Qualifikati-on die frühzeitige Befähigung, in komplexen, auch zivil-militärischen Kontex-ten handeln zu können. Die Beteiligung der Offiziere an der – auch öffentli-chen – Gestaltung und Begleitung von Strategieprozessen sei jenseits der bloßen Beratungsfunktion alles andere als geklärt. Es wäre dringend an der Zeit, die Riten und Regeln der viel zitierten „erforderlichen Zurückhaltung“ einer selbst-bewussten Prüfung zu unterziehen. Je enger die Auftragsbindung des Soldaten an die Staatspolitik werde, die ihn in optionale „wars of choice“ schicke (oder daraus abberuft), desto wichtiger werde es, die Staatsbürgerlichkeit des Soldaten zu stärken, die ihn zu Verantwortlichkeit, Urteilssicherheit und Unabhängigkeit befähige. Der Primat der Politik, so Naumann abschließend, werde nur dann gestärkt werden, wenn Strategiefähigkeit und Elitefähigkeit die hier skizzierte Förderung erführen.

**Hinweis des Herausgebers:** Der Vortrag von Dr. Klaus Naumann ist im An-schluss an diese Zusammenfassung im vollen Wortlaut abgedruckt.

### **“You do the fighting, I’ll do the talking”**

„Politik und Streitkräfte – Die Situation in Deutschland und bei den Verbün-deten“, unter diesem Thema stand das erste Panel, das General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann moderierte. An einem persönlichen Beispiel zeigte Naumann das Spannungsfeld auf, in dem sich Soldaten bewegen, die an der Nahtstelle zwischen Politik und Militär eingesetzt sind. So habe er bei seinem Amtsantritt als Generalinspekteur im Herbst 1991 klare politische Vorgaben vermisst, die er für den Umbau der Bundeswehr erwartet habe: „Nicht einmal der Auftrag stimmte damals noch“. Die Politik sei davon ausgegangen, dass Vorgaben wie Umfang und Haushalt genügen müssten, während die Truppe „einen Hauch von Klarheit“ erwartet habe. „In Demokratien erzeugt man politische Veränd-erungen nur durch die Öffentlichkeit, und so hatte ich mich auf das Drahtseil zu begeben und sowohl der Truppe als auch der Öffentlichkeit zu sagen, wohin die Reise gehen musste, wollte Deutschland seinen internationalen Verpflich-tungen nachkommen und ein verlässlicher und glaubwürdiger Partner bleiben“, so Naumann. Nach seiner Erfahrung könne es besondere Lagen geben, in denen die Formel von Premierminister Cameron („You do the fighting, I’ll do the



talking“), die er seinen Generälen vorgehalten hatte, schlicht nicht anzuwenden sei. Dies bedeute nicht, dass der Primat der Politik nicht gelte: „Der Oberbefehl in Frieden und Krieg ist stets eine politische Funktion!“

Die Auffassung zum Primat der Politik aus amerikanischer Sicht skizzierte anschließend Generalleutnant a.D. (US) Keith W. Dayton, Direktor des George C. Marshall Centers.

Wenn Clausewitz recht habe, dass Krieg die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln sei und zu ernsthaft, um von Amateuren betrieben zu werden, so Dayton, warum sollte dann ein General das Thema Politikern überlassen, die im Zweifelsfall Amateure seien? Worin besteht dann genau die Aufgabe der Generäle? Haben sie stets nur loyal zu sein oder können sie auch die öffentliche Auseinandersetzung mit Politikern suchen? Diese provokanten Fragen stellte Dayton zu Beginn seines Statements – um gleich darauf die Antwort zu geben. In der amerikanischen Geschichte fand die öffentliche Kritik von Generälen stets kein gutes Ende. Als Beispiel nannte er General McArthur, der im Korea-Krieg Präsident Truman kritisiert hatte, und als jüngstes Beispiel General McChrystal, dessen öffentliche Äußerungen zu seiner Entlassung durch Präsident Obama geführt hatten.

Das Verständnis von Politik und Militär habe sich in den USA schon 30 Jahre vor Clausewitz ausgeprägt und gelte bis heute. Es basiere auf historischen Erfahrungen, die in die amerikanische Verfassung eingeflossen seien. Amerikanische Soldaten würden auf die Verfassung vereidigt, und gemäß der Verfassung sei der amerikanische Präsident „Commander in Chief“. Er sei direkt vom Volk gewählt, und deshalb sei seine Autorität in den Augen des amerikanischen Militärs auch dann unantastbar, wenn er über keine militärischen Erfahrungen verfüge. „Er ist der Commander in Chief, und die amerikanischen Generale haben seine Befehle zu befolgen!“, so Dayton. Wenn Politiker versagten, dann sei es das Volk, das sie nach spätestens vier Jahren abwählen könne, und nicht die Generäle.

Nach diesem Verständnis hätten Generäle die Aufgabe, auf der Grundlage ihres Wissens und ihrer Erfahrungen die Politiker zu beraten und zu überzeugen –



Panel „Politik und Streitkräfte – Die Situation in Deutschland und bei den Verbündeten“

und zwar immer offen und ehrlich. Dies müsse aber hinter verschlossenen Türen geschehen und nicht in der Öffentlichkeit. Und wenn eine Entscheidung getroffen worden sei, gebe es die Verpflichtung, Befehle auch gegen eigene Überzeugungen zu befolgen. Der Grundsatz sei: „Du überzeugst, wenn du kannst, und du gehorchst, wenn du musst“.

Auch für Generäle im Ruhestand gelte ein klarer Grundsatz: „Wenn du keine Verantwortung mehr trägst, dann halte deinen Mund!“. Wer sich politisch betätigen wolle, der könne die Armee verlassen und sich danach politisch engagieren. Washington, Grant, Taylor und Eisenhower seien Beispiele von Generälen, die nach ihrem Ausscheiden aus der Armee eine politische Karriere eingeschlagen hätten, die sie bis ins Weiße Haus geführt habe.

Auf die spezifische Situation in seinem Land ging danach Generalmajor Mart de Kruif, Stellvertretender Befehlshaber des niederländischen Heeres, ein. Im Grundgesetz der Niederlande sei ein eindeutig nationaler Auftrag für die Streitkräfte festgelegt, das Einsatzspektrum reiche von der allgemeinen Hilfeleistung bis hin zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus. Diese grundsätzlich anderen Voraussetzungen bestimmten die Diskussion um den Primat der Politik in den Niederlanden.

Der Primat der Politik gelte auch dort uneingeschränkt: „Die Politik erteilt den Auftrag, die Soldaten führen ihn aus“. Die „Übersetzung“ in erfolgreiche militärische Operationen sei jedoch von einer Anzahl von Faktoren abhängig:

Die politischen Entscheidungsträger müssten in der Clausewitzschen Theorie ausgebildet sein und diese verstehen und anwenden können. Sie müssten definieren können, welche militärischen Wirkungen erreicht werden müssten und warum. Das „Wie“ müsse durch Soldaten festgelegt werden, deren Beratung allein auf einer militärischen Analyse basieren müsse, die politische Realisierbarkeit dürfe keine Rolle spielen. Nachdem die politische Entscheidung getroffen sei, müsse der militärische Führer feststellen, ob der Auftrag eindeutig sei und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ausgeführt werden könne. Könne er die politische Entscheidung nicht akzeptieren, müsse er die Konsequenzen ziehen. Dies alles erfordere militärische Führer, die in der Lage sein müssten, in einem internationalen und politischen Umfeld agieren zu können. Es erfordere aber auch zivile Entscheidungsträger, die in der Zusammenarbeit mit Soldaten ausgebildet seien

Auch Generalmajor Mungo Melvin, Leiter einer Arbeitsgruppe für strategische Fragen im britischen Verteidigungsministerium, hält die Kontrolle der Streitkräfte in einem demokratischen Staat für unabdingbar. Das Verhältnis zwischen Politikern und höheren Militärs sei stets komplex, heikel und von Natur aus herausfordernd für alle Beteiligten. In jeder parlamentarischen Demokratie sei dies eine ungleiche Partnerschaft, in der die Politiker demonstrativ die Verantwortung trügen, während den Militärs die Aufgabe zukäme, diese zu allen Fragen der Strategie und des Einsatzes unabhängig zu beraten. Indem die Partner Politiker und Militärs dieses Verhältnis im Gleichgewicht hielten und harmonisch gestalteten, leisteten sie einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren des Staates. Dennoch stelle sich zuweilen die Frage, wie „politisch“ kann oder sollte ein hochrangiger Soldat bei seiner Beratung sein? Er dürfe weder parteipolitisch handeln noch so, dass sein Handeln als parteiisch verstanden werden könnte, so Melvin. Die verantwortlichen Politiker dagegen hätten die Aufgabe, ihren militärischen Beratern zuzuhören, was nicht immer bedeuten müsse, mit deren Empfehlungen einverstanden zu sein. Melvin fasste seine Ausführungen wie folgt zusammen:

**Erstens:** In einer Demokratie müssen Streitkräfte einer kompetenten und genauen Überprüfung unterzogen werden, und zwar nicht nur bezüglich der vom Parlament bewilligten finanziellen Mittel, sondern auch bezüglich der Handlungsweise und der angewandten Strategie.

**Zweitens:** Die Streitkräfte sind Teil der Nation, und die Angehörigen der Streitkräfte sind ebenso Teil der Nation. Es ist nicht hinzunehmen, sie davon abzutrennen.

**Drittens:** Hochrangige Militärs müssen den Zusammenhang erkennen können, in dem ihre politischen Vorgesetzten ihre Entscheidungen treffen. Wenn sie allerdings versuchten, politisch aktiv zu werden, um Entscheidungen durch öffentliche Debatten zu beeinflussen, überschritten sie damit eine kritische Linie, die nicht überschritten werden dürfe. Wenn ein hochrangiger Soldat in Konflikt mit der politischen Richtung gerate, habe er keine andere Wahl, als von seinem Posten zurückzutreten. In einer Demokratie sei dies eine gebotene und ehrenvolle Handlung, auch wenn es selten vorkomme, stellte Melvin abschließend fest.

Bedingt durch geschichtliche Erfahrungen habe Deutschland lange gebraucht, um zu akzeptieren, dass Streitkräfte ein Instrument der Außen- und Sicher-

heitspolitik seien, so Rolf Clement, Korrespondent für Sicherheitspolitik beim Deutschlandfunk. Noch immer tue sich die Politik schwer damit, die Interessen Deutschlands eindeutig zu definieren: „Denn wer Interessen formuliert, muss auch sagen, wie er diese durchsetzen will, und da kommen Streitkräfte schnell ins Gespräch“.

Auch die Art, in der Mandate abgefasst würden, sei kritikwürdig. Wenn heute Politiker das Prinzip der „vernetzten Sicherheit“ herausstellten, dann fände man dieses jedoch in den Mandaten nicht abgebildet: „Warum wird dort nicht festgelegt, mit wie vielen Entwicklungshelfern, Polizisten und Beamten eine Mission durchgeführt werden soll?“ Um den Charakter einer Mission deutlich werden zu lassen, wäre dies aber ein Weg zu mehr Transparenz. Im Übrigen könne es noch angehen, dass das Mandat den Auftrag festlege. Wenn dort aber Obergrenzen festgelegt seien, die politisch ausgehandelt seien, aber nicht den Erfordernissen entsprächen, könne es schwierig werden, auf Entwicklungen im Einsatzland zu reagieren. „Es wäre vielleicht besser, das Parlament beschlösse eine Mission und lasse dann die Umsetzung als Regierungshandeln der Administration“, so das Fazit von Clement.

In der anschließenden Diskussion wurde die Befürchtung geäußert, dass der Parlamentsvorbehalt, wenn er so rigide wie in Deutschland gesehen würde, ein Hemmschuh zu größerer europäischer Zusammenarbeit werden könne. Ein wesentlicher Unterschied zu den Verbündeten wurde deutlich: In allen Nationen mit Ausnahme Deutschlands kommt den Generalstabschefs eine entscheidende Rolle zu. Im Bundessicherheitsrat ist der Generalinspekteur seit 1998 kein ständiges Mitglied mehr. Auch darüber müsse nachgedacht werden.

### **Studie „Streitkräfte – Politik – Gesellschaft am Beispiel Counter Insurgency Operations (COIN)“**

In einem weiteren Panel unter Leitung von Brigadegeneral Karl H. Schreiner, Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr, stellten Lehrgangsteilnehmer das Ergebnis der Studienphase 2011 vor. Deren Thema lautete: „Streitkräfte-Politik-Gesellschaft am Beispiel Counter Insurgency Operations (COIN).“ Schreiner hob einleitend hervor, dass „Vernetzte Sicherheit“ trotz der unbestrittenen Relevanz in der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben sei. Aufgrund der Globalisierung werde das Thema künftig an Bedeutung gewinnen. „COIN“ oder „Aufstandsberückichtigung“, so der deutsche Begriff, sei als Teil der Vernetzten Sicherheit zu verstehen, da statistisch gesehen

80 Prozent aller bewaffneten Konflikte zumindest Elemente von Aufständen enthielten.

Die Majore Matthias Blaesing, Maik Erb und Sascha Zwick, Lehrgangsteilnehmer am LGAN 2009, erläuterten zunächst die Methode und die theoretischen Grundlagen, um sich danach dem Thema COIN zuzuwenden. Ausführlich gingen sie dabei auf das Zusammenspiel von Gesellschaft und Politik ein. Von der demographischen Entwicklung über die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Rolle der Medien wurden wesentliche Faktoren untersucht, die sich auf Streitkräfte auswirken können. Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass über den Einsatz von Streitkräften öffentlich kaum diskutiert werde. Deshalb gebe es für die Politik auch keinen Handlungsdruck, sich Fragen einer gesamtstaatlichen Strategie zuzuwenden.“

Tendenziell dominierten Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Sicherheitspolitik spiele eine untergeordnete Rolle. Die Entscheidung für oder gegen einen Einsatz sei daher meist das Ergebnis eines anlassbezogenen Diskurses und folge weniger langfristigen Überlegungen, wie es eigentlich zu fordern sei. Ob Einsätze in Zukunft von der Politik glaubwürdig begründet und der Bevölkerung erklärt würden, bleibe fraglich. Davon hänge aber die Zustimmung der Gesellschaft ab. Zwar seien Einsätze auch bisher in den Medien präsent gewesen, eine wirkliche Begründung von deren Zweck und Zielen sei aber selten genannt worden. Die Lehrgangsteilnehmer zeigten sich skeptisch, wie sich dies in Zukunft darstellen werde, wenn sich die Bundeswehr an Einsätzen beteiligen müsse, die nicht nur direkt deutschen Interessen folgten.

Die vorzügliche Präsentation der Lehrgangsteilnehmer fand die Anerkennung der Teilnehmer und wurde mit viel Beifall bedacht.

Weitere interessante Themen der 45. Sicherheitspolitischen Informationstagung waren:

- die schon traditionelle „Information aus der Führungsakademie der Bundeswehr“, vorgetragen durch Brigadegeneral Schreiner, Direktor Lehre, sowie

- ein Panel des „Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien“ (CNSS), in welchem die „Führungsriege“ des CNSS über die Zusammenarbeit mit der Clausewitz-Gesellschaft, den Sachstand zur Entwicklung des Netzwerks sowie aus der Arbeit des CNSS vortrug. Letztere wurde an Hand von zwei Untersuchungen von Studienteilnehmern des Netzwerks näher erläutert, erstens durch die Untersuchung von Frau Yoriko Rach zum Thema „Georgienkrieg 2008 und Clausewitz“ (Beitrag veröffentlicht im Jahrbuch 2010 der Clausewitz-Gesellschaft) sowie, zweitens, durch die Untersuchung „Politik und Streitkräfte bei Clausewitz“ von Major Sascha Zwick.

**Hinweis des Herausgebers:** Der Beitrag von Major i.G. Zwick ist in diesem Jahrbuch auf den Seiten 59 bis 70 veröffentlicht.

### **Das Bild des Staatsbürgers in Uniform darf in der Öffentlichkeit nicht verblasen**

Ehrengast der 45. Sicherheitspolitischen Informationstagung war der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz. In seiner Ansprache anlässlich des schon traditionellen festlichen Abendessens am 19. August würdigte Scholz zunächst das Wirken und die weit über seine Zeit bis heute hinaus reichende Bedeutung des Namensgebers der Gesellschaft. Carl von Clausewitz sei – von Friedrich Engels bis zu den heutigen Theoretikern der Unternehmensführung – weit über das Gebiet der militärischen Strategie und Taktik hinaus aktuell geblieben. Vor allem der Primat der Politik sei auch in der heutigen Zeit Anforderung und Verpflichtung.



Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz

Carl von Clausewitz sei – von Friedrich Engels bis zu den heutigen Theoretikern der Unternehmensführung – weit über das Gebiet der militärischen Strategie und Taktik hinaus aktuell geblieben. Vor allem der Primat der Politik sei auch in der heutigen Zeit Anforderung und Verpflichtung.

Auf die Rolle und Bedeutung der Bundeswehr überleitend stellte Scholz fest, dass die noch verbliebene Stationierung der Bundeswehr für Hamburg von großer Bedeutung sei.

Die Bundeswehr müsse in der Hansestadt auch künftig sichtbar sein, das Bild des Staatsbürgers in Uniform dürfe in der Öffentlichkeit nicht verblasen. Die Wehrpflicht auszusetzen bezeichnete er als „Wagnis“, doch halte auch er die Entscheidung für unvermeidbar, auch wenn noch nicht alle Konsequenzen absehbar seien, z.B. wie zukünftig genügend qualifiziertes Personal geworben werden könne.

Den zweiten Teil seines Vortrags widmete der Erste Bürgermeister den Zielsetzungen seiner Regierung für die Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Erhalt der Infrastruktur und der Abbau des hier derzeit bestehenden Sanierungsstaus hätten hohe Priorität. Gleiches gelte für die Rückführung der Verschuldung; Ziel sei es, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. („Dass das leicht ist, glaubt niemand, dass das lösbar ist, das glaube ich!“). Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung gelte es, Hamburg als großen Industriestandort weiter auszubauen. Dabei müsse insbesondere die Entwicklung des Hafens gefördert werden, dieser müsse „weiter expandieren können, um seine Weltgeltung zu erhalten“. Schließlich nannte Scholz als wichtige Aufgabe, jungen Leuten Zukunft zu geben, auch um soziale Unruhen (wie in London) zu vermeiden. Insgesamt sei, so der Erste Bürgermeister abschließend, „die wichtigste Entwicklung in der Welt das Wachsen der Metropolen. Hamburg ist bereit, zu wachsen und die Möglichkeiten einer Metropole auch zu nutzen.“

Mit dem Dank an alle Teilnehmer und die Führungsakademie der Bundeswehr, die diese gemeinsame Tagung inhaltlich und organisatorisch maßgeblich mitgetragen hat, beendete der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Dr. Klaus Olschhausen, die 45. Sicherheitspolitische Informationstagung.

## Primat der Politik – Thesen zur Strategiefähigkeit der politischen Klasse und zur Elitfähigkeit des Militärs

Dr. Klaus Naumann

*„You do the fighting, I do the talking.“  
Premierminister Cameron, Juni 2011*

1972 hielt die bekannte Historikerin und Publizistin Barbara W. Tuchman einen Vortrag am US Army War College. Sie war gebeten worden, zum Thema „Generalship“ zu sprechen. Was sie dort ausführte, war bemerkenswert, aber vielleicht noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass diese Rede kürzlich erst im Rahmen eines Themenhefts über „Leadership“ in der amerikanischen Militärzeitschrift „Parameters“ abgedruckt wurde.<sup>1</sup> Tuchman benennt darin die Irritationen im Selbstverständnis von hohen Militärs, die durch die – wie sie sie nennt – „politischen Kriege“, allen voran der damalige Vietnamkrieg, ausgelöst wurden. Diese Irritationen haben seitdem nicht aufgehört. Die USA erlebten vor wenigen Jahren eine als „Revolt of the Generals“ bekannt gewordene Welle der Kritik ehemaliger hoher Militärs an der Kriegführung und strategischen Planung des Irak-Feldzugs. Die Umstellung der amerikanischen Strategie der Aufstandsbekämpfung, erst im Irak, dann in Afghanistan – verbunden mit dem Namen von General David Petraeus – hat wenig später erneuten Stoff zum Nachdenken geliefert. Und kürzlich erst ist der designierte Stabschef (JCS) der US-Streitkräfte mit einer offenen Kritik – übrigens abweichend von seinem noch amtierenden Amtsvorgänger – an den anstehenden Haushaltskürzungen vor einem Senatskomitee aufgetreten.<sup>2</sup>

Die Vereinigten Staaten stehen damit nicht allein. In Großbritannien häufen sich seit einiger Zeit schon die Spannungen zwischen der politischen und der militärischen Führung. Aktive wie ehemalige Militärs melden sich mit kritischen Einlassungen zur Kriegsbeteiligung am Irak-Feldzug, zur strategischen Planung wie zur operativen Führung und zu den Haushaltskürzungen zu Wort. Premierminister Cameron ist dem kürzlich mit den denkwürdigen Worten entgegen getreten, „You do the fighting, I do the talking.“<sup>3</sup> Ist in Deutschland alles ganz anders? Auf den ersten Blick schon. Und doch fallen auch hier neue Töne auf. So, wenn der vormalige Bundespräsident Horst Köhler – in seiner Rede hier an der Führungsakademie 2007 – die künftigen Generalstabsoffiziere auffordert, öffentlich mitzureden und die sicherheitspolitische Debatte mit ihrer Expertise zu bereichern.<sup>4</sup> Oder wenn Beiträge publiziert werden, die die „Verantwortung



der Generäle“ zur Diskussion stellen.<sup>5</sup> Oder auch, wenn Einsatzkommandeure sich kritisch zu Wort melden und über Engpässe beim Einsatz berichten. Oder wenn die Überlegungen des Ministeriums zur Spitzengliederung der Bundeswehr Kontroversen auslösen, wie das politisch-militärische Führungsverhältnis künftig zu gestalten sei.

Bei alledem geht es nicht um prominente Einzelfälle, sondern um eine Symptomatik. Tatsächlich befinden sich die politisch-militärischen Beziehungen insgesamt, die Militärstrukturen und die Wehrformen, die zivil-militärischen Integrationsmodelle und auch das Berufs- und Selbstverständnis des Militärs in einem langwierigen Umbruch. Will man diesen Umbruch auf eine vereinfachte Formel bringen, so geht es dabei um den Primat der Politik – aber was bedeutet das aktuell? Ich möchte die damit verbundenen Herausforderungen einleitend auf vier Punkte eingrenzen:



Dr. Klaus Naumann

1. Zuerst einmal will ich die Dimension der Veränderung nach oben und unten abgrenzen. Denn es geht einerseits nicht um die Veränderung der Wehrverfassung, und andererseits nicht mit einem bloßen „Weiter so“. Wir haben es mit Problemen der mittleren Ebene zu tun, aber gerade das macht es so leicht, in die rhetorischen Extreme der Dramatisierung oder der Bagatellisierung zu flüchten. Wer nach dem „Primat der Politik“ fragt, stellt dieses längst nicht zur Disposition; aber wer sich mit dem Primat der Politik beschäftigt, wird nicht umhin kommen, präzise Fragen zu seinen veränderten Funktions- und Wirkungsbedingungen zu stellen.
2. Wir sprechen gern von den politischen-militärischen oder zivil-militärischen Beziehungen, die hier in Frage stehen. Das ist verkürzt. Die Frage nach dem Primat der Politik umfasst die politische Ebene, das Militär und die Öffentlichkeit sowie die Medien. In diesem magischen Viereck muss sich zurechtfinden, wer diesen Primat zur Geltung bringen will.
3. Für den deutschen Fall gilt eine Zusatzbemerkung. Wir haben es hier mit einem un abgeschlossenen Übergangsprozess (seit zwanzig Jahren nun schon!) vom Verteidigungskonzept zum Sicherheitsparadigma zu tun. Der bestehende Veränderungsdruck hat Wellen von Reformen, Transformationen und Neuaus-

richtungen ausgelöst, die wiederum Beharrungskräfte und Blockaden freigesetzt haben – und das nicht etwa nur in der Entwicklung der öffentlichen Meinung. Das magische Viereck, von dem ich eben sprach, zeigt vielmehr alle Anzeichen einer gestörten, ja oft misslingenden Kommunikation, von deren Defiziten sich m.E. keine der vier Akteursgruppen freisprechen kann.

4. Eine Probe aufs Exempel bietet uns, und darum soll es im Folgenden gehen, das Problemdreieck, zu dem der Primat der Politik, die Strategiefähigkeit der politischen Klasse und die Elitefähigkeit des Militärs gehört. Um eine kurze Ausgangsthese zu formulieren, alle drei Elemente dieses Problemgefüges setzen einander gegenseitig voraus, obgleich sie – ganz Clausewitz' Gedanken folgend – durchaus nicht das gleiche Gewicht haben.

Worum geht es, wenn wir uns aktuell um den Primat der Politik sorgen?

Was bedeutet nun der Primat der Politik? Hier fangen die Verständigungsprobleme schon an, und sie sind keineswegs theoretischer oder normativer Natur! Ich beginne mit einer Bemerkung, die der Verteidigungsminister auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden vortrug. Er sagte: „Jetzt wird kritisiert, die Bundeswehr dürfe kein Instrument der Politik werden. Doch! Sie muss immer ein politisches Instrument bleiben! Gnade uns Gott, wenn sich eine Armee selbstständig und nicht mehr Instrument der Politik ist! Instrument heißt, dass Politik bestimmt, wo man hingehet und wo nicht.“ (Die Zeit, 9. Juni 2011)

Hier sind wir, glaube ich, einem der vielen Kommunikationsprobleme schon auf der Spur. Soweit ich sehen kann, wird der instrumentelle Charakter der Streitkräfte, die kein Selbstzweck sind und sein dürfen, von niemandem bestritten. Und ebenso wenig stellt irgendjemand die politische Kontrolle des militärischen Gewaltmonopols in Frage. Und doch ist der – ich sage einmal – „Instrumentalismus“ ins Gerede gekommen.<sup>6</sup> Wie passt das zusammen?

Zur Beantwortung dieser Frage will ich ausdrücklich auf Clausewitz zurückgehen. Clausewitz unterscheidet eine objektive von einer subjektiven Ebene der Politik.<sup>7</sup> Während Kriegshandlungen objektiv (und analytisch) nur als ein Ausdruck kollektiver, sozialer, und das heißt für den Militärtheoretiker letztlich: politischer Beziehungen und Bestrebungen zu begreifen sind, geht es auf der subjektiven Ebene darum, den praktisch-politischen Ausdruck dieser Relation, die Bedingungen seiner möglichen Wirklichkeiten, zu beschreiben. Während also das Wort vom Militär als Instrument auf der objektiven Ebene voll zutreffend ist, vermag es die subjektive Ebene nicht ausreichend zu beschreiben;

im Gegenteil, es blockiert die gegenseitigen Wahrnehmungen. Denn wer von den Soldaten als „Instrument“ sprechen und sie so behandeln würde, müsste sich letztlich auf den Sprachgebrauch der Römer verweisen lassen. Die redeten von einem „instrumentum vocale“, aber sie meinten damit ihre Sklaven! Genug davon. – Ich will nur sagen, dass die praktisch-politische Gestaltung des Wechselverhältnisses von Politik und Militär sich einer instrumentellen Sicht entzieht. Hier haben wir es mit Subjekten und Personen, mit Staatsbürgern zu tun – und selbst ein hierarchisches und Kontrollverhältnis wird ohne das Moment der Partnerschaft nicht auskommen. Dies umso weniger, je mehr sich die Politik auf Fragen der Sicherheitsvorsorge einlässt.

Drei Thesen zum Abschluss dieses Gedankens:

1. In einem hierarchischen Gefüge ist Partnerschaft nur denkbar, wenn sich beide Seiten auf ein Gleiches beziehen: Das ist der gemeinsame Status des Staatsbürgers (citizenship), und mehr noch, das ist die gemeinsame Verpflichtung auf einen allgemeinen Begriff von politischem Handeln, etwas, was ich den gemeinsamen Primat des Politischen nennen möchte. – Besteht dieses partnerschaftliche Verhältnis zwischen Politik und Militär?
2. Partnerschaft ist keine bloße Frage gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung, sie braucht Formen der Kooperation, des Austauschs, der Offenheit und der Rederechte.
3. Der Primat der Politik begründet gegenseitige Verpflichtungen der politischen und der militärischen Akteure. – Wie weit, wäre hier zu fragen, lässt sich die Politik auf das spezifische Medium („die Grammatik“, würde Clausewitz sagen) des Militärischen ein, wie weit ist das Militär mit der „Logik“ des politischen Denkens professionell (nicht nur als Wahlbürger!) vertraut?

### **Das Verhältnis von Kontrolle und Vertrauen**

Nun kann man wieder – Stichwort: misslingende Kommunikation – darauf hinweisen, dass für dies alles ausreichend Vorkehrungen getroffen seien – in der Wehrverfassung, im Parlamentsbeteiligungsgesetz und nicht zuletzt mittels der Inneren Führung. Auch dieses Argument riskiert, an der Problematik – Stichwort: die mittlere Ebene – vorbeizugehen. Wie kann, so lautet die aktuelle Frage, was normativ eindeutig ist und als „praktisch bewährt“ gilt, jetzt auf einmal problematisch werden?

Erlauben Sie mir einen kurzen Abstecher in die Untergründe der bundesdeutschen Wehrverfassung. Das parlamentarisch-demokratische Gewaltmonopol verbindet zwei Prinzipien, das der Kontrolle und das des Vertrauens. Steht die Wehrverfassung, vereinfacht gesagt, für die gesetzliche Kontrolle der bewaff-

*Steht die Wehrverfassung, für die gesetzliche Kontrolle der bewaffneten Macht, so trägt die Staatsbürgerlichkeit des Soldaten ein Element des Vertrauens in diese Beziehung hinein.*

neten Macht, so trägt die Staatsbürgerlichkeit des Soldaten ein Element des Vertrauens in diese Beziehung hinein. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Beide Konzepte stehen in einem fein austarierten, aber politisch sensiblen Balanceverhältnis. In der alten Bundesrepublik sorgten die gesellschaftliche Integration der Soldaten, die rechtliche und soziale Nivellierung des Militärberufs zu einem „Beruf wie jeder andere“ sowie die Risikogemeinschaft der Abschreckung für die notwendige Balance – auch wenn dies heftige Konflikte nicht ausschloss. Dieses „Erfolgsmodell“ der Bonner Republik gab es nicht umsonst, denn im Ergebnis wurde das Verhältnis Militär – Politik als eine Art Nullsummenspiel verstanden, bei dem die eine Seite nur das gewinnt, was die andere verliert.<sup>8</sup>

Das konnte auch deshalb geschehen, weil Kontrolle zwar als Aufsicht und Lenkung, aber sehr viel weniger und unentschlossener als Führung, Weisung und Richtungsgebung, kurzum als strategische Aufgabe verstanden wurde.

Dieses Balanceverhältnis ist mit dem Übergang von der Landesverteidigung zur globalen Sicherheitsvorsorge ins Rutschen geraten, obwohl einige Akteure glauben möchten, lediglich die Kontrollmacht der Politik habe sich infolge des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vermehrt. Zugleich ist jedoch die Angewiesenheit der Politik auf die Militärs (und ich meine jetzt nicht: das Militär als Instrument!) ebenso dramatisch gestiegen wie der Druck auf die Politik, sich mit den militärpolitischen Aspekten der Sicherheitsvorsorge auseinanderzusetzen.

Dieses Balanceverhältnis ist mit dem Übergang von der Landesverteidigung zur globalen Sicherheitsvorsorge ins Rutschen geraten, obwohl einige Akteure glauben möchten, lediglich die Kontrollmacht der Politik habe sich infolge des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vermehrt. Zugleich ist jedoch die Angewiesenheit der Politik auf die Militärs (und ich meine jetzt nicht: das Militär als Instrument!) ebenso dramatisch gestiegen wie der Druck auf die Politik, sich mit den militärpolitischen Aspekten der Sicherheitsvorsorge auseinanderzusetzen.

Ich möchte nur drei Punkte benennen: Die Bedeutung der militärischen Komponente in den verschiedenen Auslandsmissionen; das schwierige Mischungs- und Kooperationsverhältnis zwischen politischen, militärischen und zivilen Akteuren („vernetzter Ansatz“) in den komplexen Missionen (in denen das Militär das Übergewicht hat, während alle Beteiligten beteuern, militärisch seien Erfolge nicht zu erringen); und schließlich die wachsenden Performanzanforderungen an das militärische Führungspersonal, dessen Auftreten im Einsatz wie in der medialen Öffentlichkeit unwillkürlich zu einem entscheidenden Legitimationsfaktor der Sicherheitspolitik wird.

Wieder drei Thesen zu diesem Abschnitt:

1. Analytisch gesprochen: Es findet eine tektonische Verschiebung zwischen den Polen „Kontrolle“ und „Vertrauen“ statt. Oder anders gesagt, aus dem bisherigen Nullsummenspiel droht bei Nichtbeachtung dieser Veränderungen ein Minussummenspiel zu werden, bei dem beide Seiten verlieren.
2. Vertrauen kann man nicht anordnen! Vertrauen braucht seine eigenen Voraussetzungen in der politischen Führungskultur und in den gegenseitigen Befähigungen zum Zusammenwirken, d.h. (in der Sprache der alten „neuen Ostpolitik“ der 70er Jahre) sie braucht vertrauenbildende Strukturen.
3. Kontrolle i.S. von Führung hingegen bedarf gegenseitiger Kompetenz, ebenengerechter Einwirkung und eines Zuschnitts, der nicht hinter dem angestrebten Niveau der Interdependenz, der Vernetzung und der Whole-of-Government-Ansätze zurück bleibt.

### **Der Gebrauch des politischen Primats – Strategiefähigkeit**

Als er sich über den praktischen Gebrauch des politischen Primats Gedanken machte, sprach Clausewitz von der „Intelligenz des personifizierten Staates“.<sup>9</sup> Heute kann man das vielleicht mit angewandter Staatsklugheit übersetzen, und dabei geht es um zwei Komponenten: kluge Institutionen und kluge Akteure.<sup>10</sup> Haben wir beides?

Ein zentrales Problem der Sicherheits- und Militärpolitik will ich im Folgenden als diagnostische Sonde benutzen, nämlich die Frage nach der Strategiefähigkeit der politischen Klasse. Wenn ich recht sehe, haben wir vier Lücken in der strategischen Ausstattung des Primats der Politik zu beklagen, die dringend geschlossen werden sollten:<sup>11</sup>

1. Ich beginne mit den Leitdokumenten. Es klafft m.E. eine empfindliche Lücke zwischen den strategischen Rahmenbeschreibungen der Weißbücher und den „nationalen Zielvorgaben“ (level of ambition) der Verteidigungspolitischen Richtlinien<sup>12</sup> einerseits und den konkreten, fallbezogenen strategischen und Willensäußerungen der Regierungskonzepte und -berichte (z.B. zu Afghanistan). Wir verfügen über kein integrierendes und orientierendes politisches Dokument von hinreichend konkretem Charakter, um die Entwicklungen der tatsächlichen deutschen Sicherheits- und Militärpolitik (und ihre „Priorisierungen“, de Mai-

zière) zu dirigieren, zu begleiten und zu bewerten. Die Mängel, die das nach sich zieht, zeigen sich in der Qualität der politischen Leitung, der öffentlichen Begründung und Legitimation und der politischen Bilanzierung des Erreichten.

*Vertrauen braucht seine eigenen Voraussetzungen in der politischen Führungskultur und in den gegenseitigen Befähigungen zum Zusammenwirken.*

Ein solches Leitliniendokument der Bundesregierung, in regelmäßigem Abstand vorgelegt, hätte einen mehrfachen Zweck. Es fixiert die aktuelle Lage und Verpflichtungen und zwingt zu strategischer Klarheit; es trägt dazu

bei, die politischen Akteure (bspw. des Parlaments) in die Pflicht zu nehmen; es befördert militärpolitische Kompetenzen; es richtet sich an die politische Öffentlichkeit und macht Politik nachvollziehbar; und es „erzieht“ zur politischen Aufmerksamkeit in strategischen Fragen der Sicherheitspolitik.

2. Diese Lücke spiegelt sich in einem weiteren Defizit auf der Ebene des politischen Handelns. Willensäußerungen, zu einem „integrierten“ oder „vernetzten Ansatz“, einem „Comprehensive Approach“ oder „Whole-of-Government“-Approach“ zu kommen, begleiten die drei Kernministerien (die drei D's) seit mehr als zehn Jahren. Dem steht jedoch, trotz aller Nachbesserungen, eine unterentwickelte politisch-militärisch-zivile Leitungs- und Führungsstruktur gegenüber. Dreimal hinter einander wurde die Chance vertan, zu einem arbeitsfähigen, planenden und beratenden strategischem Zentrum der Sicherheitspolitik zu kommen (Stichwort: Bundessicherheitsrat). Auch wenn die Bundespolitik, im Unterschied zu anderen Bündnisstaaten, vorwiegend auf die vernetzte Koordination und horizontale Kooperation eines Schnittstellen-Managements setzt, macht dies verantwortliche Steuerungsreferate und zentrale Planungs- und Beratungsinstanzen noch lange nicht überflüssig.

3. Auch dieses Manko zieht ein weiteres nach sich. Die deutschen politischen Eliten werden weder im strategischen Denken geschult, noch in strategischer Kommunikation und Kooperation geübt.<sup>13</sup> Die horizontale Vernetzung spielt in der Elitensozialisation noch immer eine geringe Rolle. Bisweilen hat man den Eindruck, als hafte den vernetzten Tätigkeiten der Ruch von „Nebenbeschäftigungen“ an, die dem Berufsprofil und dem organisationskulturellen Selbstverständnis nicht entsprechen.<sup>14</sup> Der Karriereablauf sieht in den meisten Sparten, soweit ich sehe, keine laufbahnfördernden Anreize für Kooperation vor – schon gar nicht, wenn dies die Sicherheitspolitik betrifft.

4. Zu beklagen ist nicht nur ein „Civil-Military Gap“, sondern zugleich ein „Civil Gap“, nämlich das empfindliche Zurückbleiben der zivilen Komponente

hinter der militärischen – obwohl alle programmatischen Aussagen das Gegenteil beschwören. Dadurch büßt die Politik die Fähigkeit zur problemgerechten Steuerung der von ihr selbst formulierten Aufgaben und Aufträge ein!

Wir können uns also nicht wundern, wenn das strategische Profil der deutschen Politik schwach bleibt und wenn operative Konzepte wie „Multilateralismus“, „Bündnisfähigkeit“ oder „vernetztes Handeln“ auf einmal den Rang von strategischen Ersatzformeln erlangen. Politik erscheint dann als Getriebene; sie agiert defensiv, reaktiv, begründungsschwach und bleibt unter ihren Möglichkeiten. Umso mehr schieben sich dann innenpolitische Kalküle in den Vordergrund. Und die ohnehin komplizierten Fallentscheidungen der „Wars of Choice“, der Beteiligung oder Nichtbeteiligung, geraten ins Zwielficht. Politik, so könnte man – Clausewitz folgend – sagen, bewahrt ihren Primat, aber sie löst ihn nicht ein.

*Die deutschen politischen Eliten werden weder im strategischen Denken geschult, noch in strategischer Kommunikation und Kooperation geübt.*

### **Das Militär der Politik – Elitefähigkeit**

Mag sein, dass der Verteidigungsminister in seiner Rede zur Begründung der „Neuausrichtung der Bundeswehr“ (am 18. Mai 2011) manchen überrascht hat mit der Bemerkung, „Soldat zu sein, ist kein Beruf wie jeder andere.“ (S. 26) Immerhin gehörte die gegenteilige Behauptung zu den jahrzehntelang geteilten Glaubenssätzen der alten Wehrpflicht- und Abschreckungsarmee und stellte eine ihrer Integrationsformeln dar. Wie dem auch sei, noch mehr konnte man überrascht sein, dass diese doch recht weit tragende Bemerkung offenbar nur deshalb platziert wurde, um mehr gesellschaftliche Unterstützung für die Einsatz- und Freiwilligenarmee einzuklagen, denn diese müsse „mehr öffentlich diskutiert und getragen werden“ (ebd.) als die alte Bundeswehr.

Die Besonderheiten des Soldatenberufs unter Bedingungen laufender Einsätze, komplizierter Missionen, langfristiger Engagements oder – mit den eingangs zitierten Worten Barbara Tuchmans gesprochen – „politischer Kriege“ zu diskutieren, verdient etwas mehr Aufmerksamkeit. Wenn oben gesagt wurde, die Politik brauche das Militär nicht nur als Instrument, sondern in den Militärs zugleich einen Partner, so stellt sich die Frage, welchen besonderen Beitrag der Soldat, speziell der Offizier und militärische Führer bei der praktischen Einlösung des Primats der Politik spielen soll und kann.

Dabei geht es m.E. um vier verschiedene Anforderungen, die zusammen genommen das Eliteprofil des Militärs verändern werden: um die Ausbildung bestimmter professioneller Fähigkeiten, um die Wahrnehmung von Rederechten, um ein zeitgemäßes Verständnis des Soldaten als „guter Staatsbürger“ (Graf Baudissin) sowie um die Frage, was es für die Militärelite bedeutet, Vorbild zu sein.

1. Der Soldatenberuf bleibt von der Paradoxie der zeitgenössischen Einsätze nicht unberührt, dass der militärische Beitrag zwar unverzichtbar, schwergewichtig und folgenreich ist, aber der Erfolg einer Mission sich nicht primär militärischen „Siegen“ verdanken wird („we cannot kill our way to victory“). Die Ausbildung militärischer Führer braucht eine hohe militärfachliche Qualität, aber zugleich die Vermittlung der Fähigkeit zu politisch-strategischer Urteilsfähigkeit, zum Zusammenhandeln in nicht hierarchischen Strukturen, zur Reflexion der Grenzen des eigenen Beitrags. Gemeinsame zivil-militärische Ausbildungsgänge oder -phasen sind m.E. dringend erforderlich. Die Führungsakademie der Bundeswehr und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik bieten hier einiges, aber auf sich gestellt noch viel zu wenig.<sup>15</sup>

2. Wenn Sicherheitspolitik ein öffentliches Geschäft und Strategie ein Prozesshandeln ist, das seine eigenen Zweck- und Zielsetzungen in veränderten Lagen stets neu prüfen, begründen und rechtfertigen muss; wenn die Legitimation der Aufgaben und Aufträge nicht zuletzt am Auftritt der eingesetzten Offiziere (nicht nur der Kommandeure!) hängt; und wenn die professionelle Ausrichtung und Erfahrung des Militärs dazu berechtigt, in den Angelegenheiten seines Metiers ein öffentliches Wort mitzureden, dann sollten wir die Verteilung der Rederechte einer Prüfung unterziehen. Neben den fachmilitärischen Berater tritt der Militär als mitdenkender Akteur und Interpret des sicherheitspolitisch Gebotenen. Es wäre eine lohnende Debatte, die Riten und Regeln der sog. „erforderlichen Zurückhaltung“ (§ 10 Soldatengesetz.) einmal einer Prüfung zu unterziehen!

3. Eine entscheidende berufsethische Legitimationsquelle des militärischen Selbstverständnisses speist sich aus dem Status des Staatsbürgers und aus der Unmittelbarkeit und Unaufkündbarkeit der hieraus erwachsenden Bindungen. Sie verweist den verantwortlich handelnden Soldaten stets auf den Abgleich von Aufträgen und den dafür angebotenen „guten Gründen“, von Aufgaben und den dafür eingesetzten Mitteln, von Recht und Moral; sie hält an zur Prüfung der Verhältnismäßigkeit von politischen Zwecken und militärischen Zielen und der Vereinbarkeit des Nutzens mit der Nützlichkeit des militärischen Gewalteinsetzes (use and utility of force). Wenn also das Militär zunehmend zum opti-



onalen Instrument staatlicher Sicherheitsvorsorge wird, ist es dringend geboten, die Staatsbürgerlichkeit des Offiziers und des militärischen Führer zu stärken!

4. Die Weiterentwicklung der militärischen Elitefähigkeit ist auch aus militärischen Gründen dringend geboten. Die Kritik des amerikanischen Lt.Col. Paul Yingling mit dem unmissverständlichen Titel „A failure in generalship“<sup>16</sup> signalisierte beispielhaft, dass eine Militärführung, die nach innen wie nach außen eine offene Sprache scheut, auch in den eigenen Reihen ihren Kredit verspielt.

Das alles sind keine Herausforderungen, die von denen des aufgeklärten und verantwortlichen Staatsbürgers grundverschieden wären. Gewiss handelt es sich um komplizierte Fragen, aber, wie Barbara Tuchman abschließend bemerkte: „Ich kann nur sagen, dass es immer eine Herausforderung war, General zu sein; seine Rolle wird nicht einfacher, aber diejenige des Bürgers auch nicht.“ Und, an die amerikanische Adresse gewandt, aber aufschlussreich auch für uns, hatte sie dem vorangeschickt: „Wenn der Militär beginnen muss, sich die gleichen Fragen zu stellen und die gleichen moralischen Entscheidungen zu riskieren, wie der Zivile, kann er dann seine Besonderheit noch aufrecht erhalten?“<sup>17</sup>

*Die Ausbildung militärischer Führer braucht eine hohe militärfachliche Qualität, aber zugleich die Vermittlung der Fähigkeit zu politisch-strategischer Urteilsfähigkeit, zum Zusammenhandeln in nicht hierarchischen Strukturen, zur Reflexion der Grenzen des eigenen Beitrags.*

Wir sehen, alles drei greift ineinander. Der Primat der Politik wird praktisch nur dann gestärkt werden, wenn die politische Klasse sich die Verfahren und Kompetenzen schafft, strategiefähig zu werden, und wenn die Militärs – allen voran die Generalstabsoffiziere – sich dafür engagieren, mehr zu sein als eine Fach- und Funktionselite.

**Zum Autor:** Dr. Klaus Naumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Arbeitsbereich Die Gesellschaft der Bundesrepublik.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Babara W.Tuchman, Generalship, in: Parameters, 40, 4/2010, S. 13-22.
- 2 Vgl. Martin L. Cohen, Revolt of the Generals: A Case Study in Professional Ethics, in: Parameters, 38, 1/2008, S. 4 -15; David Cloud/Greg Jaffe, The Fourth Star. Four Generals and their Epic Struggle for the Future of the United States Army. New York 2009; Daniel Gouré, The Revolt of the Generals (And Admirals), Le-

- xington Institute, 27. Juli 2011.
- 3 Vgl. Telegraph, 21. und 22. Juni 2011; vgl. Hew Strachan, Want to understand the war? Ask the generals, in: Times 17.3.2010.
  - 4 Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler an der Führungsakademie der Bundeswehr, 14. September 2007.
  - 5 General Friedrich Hessel, Die Verantwortung der Generäle, in: Innere Führung, 1/2008, S. 39-41; Karl H. Schreiner, Die Militärelite und die Transformation der Bundeswehr, in: Elmar Wiesendahl (Hg.), Eliten in der Transformation. Paderborn 2007, S. 117-134.
  - 6 Vgl. Klaus Naumann, Soldaten sollen denken. Gestern Kosovo, heute Afghanistan: die Bundeswehr darf nicht zum bloßen Instrument der Politik werden. In: Die Zeit, 4.2.2010.
  - 7 Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege. 18. Auflage, Bonn 1973, S. 993; 212. Dazu vgl. Raymond Aron, Clausewitz – Den Krieg denken. Frankfurt/Mai 1980; Andreas Herberg-Rothe, Das Rätsel Clausewitz. Politische Theorie im Widerstreit. München 2001, S. 226ff.
  - 8 Vgl. Naumann, Einsatz ohne Ziel?, Hamburg 2008, Kap. II.
  - 9 Clausewitz, Vom Kriege, S. 221.
  - 10 Vgl. Wilhelm Hennis, Parteienstruktur und Regierbarkeit, in: Ders./Peter Graf Kielmannsegg/Ulrich Matz (Hg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung. Band 1, Stuttgart 1977, S. 150-195, hier S. 195.
  - 11 Zur europapolitischen Diagnose mangelnder Strategiefähigkeit vgl. Ulrike Guérot, Welches Deutschland braucht Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2011; daran anschließend zu Sicherheitspolitik und Bundeswehrreform vgl. Klaus Naumann, Ohne Strategie und Leitbild: Die neue deutsche Berufsmarine, in: ebd., 7/2011, S. 68-76.
  - 12 Rede des Verteidigungsministers Thomas de Maizière vom 18.5.2011, S. 7.
  - 13 Vgl. Quandt-Stiftung (Hg.), 23. Sinclair-Haus-Gespräch: Mut zur Führung – Zumutungen der Freiheit. Bad Homburg v.d. Höhe, 2004.
  - 14 So Philipp Rotmann, Built on shaky Ground: the Comprehensive Approach in practice. NATO, NDC-Research Paper No.63, Rom, Dezember 2010, S. 6.
  - 15 Hingewiesen sei ausdrücklich auf Initiativen wie jene des 1. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster mit der Übung „Common Effort 2011“.
  - 16 Paul Yingling, A failure in generalship, in: Armed Forces Journal, Mai 2007.
  - 17 Tuchman, Generalship, S. 22.

## **Zum Primat der Politik in den Lehren Carl von Clausewitz'**

Sascha Zwick

### **Vorbemerkung**

Der vorliegende Text ist der bearbeitete Vortrag zur Vorstellung des Theorieclusters CNSS zur 45. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft.

Das Theoriecluster des Clausewitz Netzwerkes für Strategische Studien (CNSS)<sup>1</sup> führt den wissenschaftlich interdisziplinären und institutionell übergreifenden Diskurs zur Theorie Carl von Clausewitz und folgt dabei der Absicht,

- sowohl die ideengeschichtliche Einordnung seiner Lehren,
- die Exegese seiner Schriften
- als auch die praxisorientierte Anwendung seiner Gedanken voranzutreiben.

Die vorliegende Ideenskizze soll zur Verdeutlichung der Arbeitsweise und Anregung weiterführender Diskussionen die Gedanken Carl von Clausewitz' zum Primat der Politik erläutern und in kritischer Betrachtung der aktuellen Empirie kontrovers entfalten.

### **Zum Primat der Politik**

Nähern wir uns in Form einer Textexegese dem Primat der Politik in den Schriften Carl von Clausewitz' an, so kann als Ausgangspunkt die Formel vom Krieg, also die Formulierung im ersten Kapitel des ersten Buches seines Werkes „Vom Kriege“<sup>2</sup> dienen, in welcher er feststellt, dass der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.<sup>3</sup> Spezifischer gelingt uns allerdings der Einstieg durch einen Rückgriff auf das VIII. Buch. In ihm reflektiert er über die Beziehung zwischen militärischem und politischem Standpunkt und begründet den Vorrang der Politik, bevor er diese Gedanken in seinen argumentativen Aufbau des ersten Kapitels des ersten Buches in theoretischer Abstraktion einbindet oder im Sinne Hegels aufhebt. Im VIII. Buch resümiert Clausewitz zum Primat der Politik:

*„Die Frage bleibt also nur, ob bei Kriegsentwürfen der politische Standpunkt dem rein militärischen weichen, (...) oder ob er der herrschende bleiben und*

*der militärische ihm untergeordnet werden müsse. (...) Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt, (...).*<sup>4</sup>

Der Primat der Politik scheint sich demnach nach Clausewitz aus dem Erzeugen des Krieges abzuleiten, einen Vorgang den er wie folgt erläutert:

*„Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlung hinab.“*<sup>5</sup>

Bereits dieses anfängliche Aufgreifen der Lehren Carl von Clausewitz' kann dazu dienen, unser heutiges Handeln in Deutschland zu überdenken und es mit Blick auf die aktuelle Einsatzrealität kritisch zu hinterfragen:

- Bestimmen wir vor jedem Krieg, was wir mit ihm und in ihm erreichen wollen?
- Richten wir danach den Umfang der Mittel und das Maß der Energie für unser Handeln aus?
- Kann ein Hauptgedanke in unserem politischen System in Deutschland alle Richtungen vorgeben und seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlung ausüben?
- Und wenn Politik Krieg nicht in diesem Sinne erzeugt, auf welcher Grundlage fordert Politik dann ihren Primat ein?

Allein die Diskussion zur Abstellung von deutschen Polizisten nach Afghanistan verdeutlicht die Grenzen in der Umsetzung eines Hauptgedankens im politischen System Deutschlands. Richtlinienkompetenz, Ressortverantwortung, föderale Sicherheitsarchitektur bezeichnen Schlagworte einer sicherheitspolitischen Debatte, die seit Jahren das Strategiedefizit in Deutschland und damit auch die mangelnde Fähigkeit zur kohärenten Ausrichtung der staatlichen Instrumente anprangert.<sup>6</sup>

Betrachtet man die Entwicklung der deutschen Einsatzkontingente ISAF, dann haben sich auch der individuelle Umfang und das Maß der Energie der eingesetzten Mittel in Afghanistan bis heute stärker an innen- und bündnispoli-

tischen Erwägungen ausgerichtet, als an den postulierten Zwecken und Zielen des deutschen Afghanistanengagements. Der Wandel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus hin zur Demokratisierung Afghanistans, Regionalisierung der Bedrohung, Transition und Exfiltration der militärischen Kräfte und zukünftig zu einer möglichen ISAF- Folgemission kann nur schwerlich an den rechtlichen und, teilweise bis heute nicht vorhandenen, konzeptionellen Grundlagen der deutschen Kontingente nachvollzogen werden.<sup>7</sup> Es bleibt in diesem Zusammenhang auch abzuwarten, ob die geplante Kontingentreduzierung der Jahre 2012/2013 durch den NATO Strategic Plan for Afghanistan (NSPA), den Truppenabzug der US Streitkräfte mit seinen Auswirkungen auf den deutschen Verantwortungsbereich RC(N), die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in weiteren Provinzen an die Afghanen 2012, die hohe logistische Relevanz des RC (N) für die Operationsführung ISAF, die deutsche Führungsverantwortung im Norden und die Entwicklung der Sicherheitslage beeinflusst werden wird, oder vom innenpolitisch motivierten Reduzierungsstreben parteipolitischer Interessengruppen.



Major i.G. Sascha Zwick (2.v.l.) während seines Vortrages in Hamburg

Dies sind überspitzt formulierte Überlegungen, die einen zwingend notwendigen sicherheitspolitischen Diskurs zur aktuellen Entwicklung unterstützen sollen.

Vertiefen wir in einem nächsten Schritt unser Verständnis zum Primat der Politik in den Lehren Carl von Clausewitz', so lässt sich erkennen, dass dieser den politischen Zweck nicht als despotischen Gesetzgeber beschrieben hat, vielmehr müsse er sich „der Natur des Mittels fügen und wird dadurch oft ganz verändert, (...). Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zulässt.“<sup>8</sup>

An dieser Stelle des I. Buches formuliert Clausewitz eine Begrenzung des Primates der Politik und leitet daraus in seinen Reflexionen unterschiedlichste Anforderungen an die Ausgestaltung der erkannten Wechselbeziehung ab:

- „Dass die Politik an den Krieg Forderungen macht, die er nicht leisten kann, wäre gegen die Voraussetzung, dass sie das Instrument kenne, welches sie gebrauchen will, also gegen eine natürliche, ganz unerlässliche Voraussetzung.“<sup>9</sup>
- „Dass die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern.“<sup>10</sup>
- „Soll ein Krieg ganz den Absichten der Politik entsprechen, und soll die Politik den Mitteln zum Kriege ganz angemessen sein, so bleibt, wo der Staatsmann und der Soldat nicht in einer Person vereinigt sind, nur ein gutes Mittel übrig, nämlich den obersten Feldherrn zum Mitglied des Kabinettes zu machen, damit dasselbe teil an den Hauptmomenten seines Handelns nehme.“<sup>11</sup>
- „(...) der Feldherr wird dann zum Staatsmann, aber er darf nicht aufhören, das erstere zu sein; er umfasst mit einem seinem Blick auf der einen Seite alle Staatsverhältnisse, auf der anderen ist er sich genau bewusst, was er mit den Mittel leisten kann, die in seiner Hand liegen.“<sup>12</sup>

Verwenden wir auch die Erkenntnisse aus dieser exemplarischen Auswahl an Textpassagen, um daran kritisch die aktuelle Empirie zu spiegeln:

- Bilden wir heute militärische Führer aus, die Feldherr und Staatsmann zugleich sind?
- Erfüllen unsere militärischen Führer die Anforderungen Carl von Clausewitz'?
- Kennt die Politik ihre Instrumente, so dass schädliche Folgen vermieden werden können?
- Haben wir den Gedanken des Primates der Politik im Sinne einer wechselseitigen Interdependenz institutionell eingerichtet?

Mögliche Antworten, sowie den offensichtlichen Diskussionsbedarf dazu, lassen sich unmittelbar aus Grundsatzreden von Bundesminister a.D. zu Guttenberg und Bundesminister de Maizière ableiten.

Am 26.05.2010 stellt der ehemalige Bundesminister der Verteidigung zu Guttenberg an der Führungsakademie der Bundeswehr fest: „In diesem Sinne wünsche ich, dass eine gewissen Kultur des Weichzeichnens, auch gelegentlich der „Schönfärberei“, auf dem Dienstweg bald ausgedient hat. Wir brauchen ein klares Lagebild. Und wir brauchen mehr Mut, wo inhaltliche Auseinandersetzungen“

zung, respektwährend, ein klares, offenes Wort gegenüber dem eigenen Vorgesetzten geboten ist. (...) An dieser neuen (...) Kultur der Transparenz und Offenheit nach innen gemeinsam zu arbeiten, ist eine der vorrangigsten Aufgaben der Gegenwart und für die Zukunft.(...) Was wir heute und für die Zukunft bedürfen, sind Offiziere und Soldaten, die zu einem solchen Dialog fähig und bereit sind.“<sup>13</sup>

Am 18.05.2011 formulierte Bundesminister der Verteidigung de Maizière bei der Vorstellung der Verteidigungspolitischen Richtlinien kritisch: „Die Zuständigkeiten in diesen Führungsstrukturen sind oft unklar; es gibt Parallelstrukturen, zu viel Aufsicht für zu wenig Arbeit. Verantwortung wird oft geteilt und zu wenig gebündelt. Dadurch wird zu viel Verantwortung von unten nach oben geschoben und von oben nach unten verweigert, oder bestenfalls im Wege von Einzeleingriffen korrigiert. Und: wir haben zu viele Vorschriften und zu wenig Entscheidungen ohne Vorschrift.“<sup>14</sup>

Beide Aussagen bezeugen den weiterführenden Diskussionsbedarf zur aktuellen Ausgestaltung der Wechselbeziehung Politik – Militär in Deutschland.

Doch folgen wir den Gedanken Clausewitz' zu unserem Thema einen Schritt weiter.

In gleicher Weise, wie das gesamte Werk durch unterschiedliche Reflexionsstufen seines Denkens geprägt ist, so unterliegt auch der Politikbegriff in den Schriften Carl von Clausewitz' einer gewissen Veränderung. Formuliert er in der Nachricht aus dem Jahre 1827 noch, „ dass der Krieg nichts ist als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln“,<sup>15</sup> so scheinen seine späteren Ausführungen im VIII. Buch durch ein gänzlich anderes Politikverständnis beeinflusst zu sein: „Dass die Politik alle Interessen der inneren Verwaltung, auch die der Menschlichkeit, und was sonst der philosophische Verstand zur Sprache bringen könnte, in sich vereint und ausgleicht (...) können wir die Politik hier nur als Repräsentanten aller Interessen der ganzen Gesellschaft betrachten.“<sup>16</sup>

Müssen wir unsere Leitfragen vor dem Hintergrund dieser Evolution des Politikbegriffes bei Carl von Clausewitz nicht umformulieren?

- Ist der Primat der Politik nicht vielmehr als ein Primat des Zivilen zu verstehen?
- Beraten unsere Feldherren in militärischen Dingen staatspolitisch oder

gesellschaftspolitisch?

- Sind unsere Kriegsentwürfe im Interesse der Staatspolitik oder der Gesellschaft formuliert?
- Folgt die Ausgestaltung unserer Streitkräfte dem Interesse der Gesellschaft oder dem der Regierungspolitik?

Die aktuelle Relevanz dieser erweiterten und differenzierteren Betrachtung erschließt sich nicht zuletzt aus den Debatten zur Verlängerung der deutschen Afghanistanmandate und Neuausrichtung der Bundeswehr. Erhalten die Mandatsvorlagen der Bundesregierung im Parlament stets breite Mehrheiten, so stehen die Menschen in Deutschland dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zunehmend ablehnend gegenüber.<sup>17</sup> Will die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach den aktuellen Umfragen des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr die deutschen Streitkräfte vor allem mit Katastrophenhilfe sowie Evakuierungs- und Befreiungsmissionen im In- und Ausland betraut sehen, so fristen besonders diese Aufgabenfelder in der konzeptionellen, personellen und materiellen Ausgestaltung der Bundeswehr seit Jahren ein Schattendasein.<sup>18</sup> Der breiten Zustimmung der Bevölkerung für „Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr auch in Deutschland“<sup>19</sup> können die deutschen Sicherheitsbehörden auch nach Jahren im Anti-Terror-Krieg keine konzeptionelle und strategische Grundlage zur Terrorismusbekämpfung entgegensetzen.<sup>20</sup>

Auch hier zeigt sich die Notwendigkeit weiterer Diskussionen, aus denen sich vor dem Hintergrund des terroristischen Bedrohungspotentials in Deutschland Handlungserfordernisse ergeben.

### **Doch zurück zu Clausewitz**

Dieser entfaltet, der Interpretation Raymond Arons folgend,<sup>21</sup> sein Politikverständnis über zwei unterschiedliche Dimensionen. Die objektive Politik, die als Gesamtheit der sozio-politischen Bedingungen zu verstehen ist und die subjektive Politik, die Aron als Intelligenz des personifizierten Staates umschreibt. Beiden Auffassungen ist in der höchsten Reflexionsstufe der Gedanken Clausewitz' allerdings der instrumentelle Charakter des Krieges und somit die Subsumtion desselben unter die Politik gemein. Clausewitz stellt dazu fest, dass eben diese Ansicht uns zeigt „wie verschieden die Kriege nach der Natur ihrer Motive und der Verhältnisse, aus denen sie hervorgehen, sein müssen. (...) den Krieg, welchen er (Anm.: der Staatsmann und Feldherr) unternimmt, in dieser Beziehung richtig“ zu erkennen. „Dies ist also die erste, die umfassendste aller strategischen Fragen (...)“.<sup>22</sup>



Auch dieses Verständnis zu der Entwicklung der Gedanken Clausewitz' zum Primat der Politik führt uns zu kritischen Nachfragen:

- Haben wir diese erste aller strategischen Fragen in der Vergangenheit ordnungsgemäß beantwortet?
- Richten wir unser „Gegenhandeln“ an diesen Erkenntnissen aus?

Präsident Kennedy erklärte im Jahr 1962 in einer Rede vor Kadetten in Westpoint den Kampf gegen Guerilla, Subversion, Insurgenten und Attentäter als zukünftig bestimmende Art des Krieges.<sup>23</sup> Die US-Streitkräfte haben in der Aufarbeitung der Natur der Motive und Verhältnisse, aus denen diese Erscheinungsform des Krieges resultiert, die sozialen Hintergründe der genannten Phänomene näher untersucht und leiten daraus Vorschriften und Strukturen ab, die zum Beispiel Spezialkräfte, ABC-Abwehrkräfte, Kräfte zur psychologischen Kriegsführung und Kräfte zur zivil-militärischen Kooperation strukturell verbinden und damit „militärisches Handeln“, „Handeln im Informationsraum“, „entwicklungspolitisches Handeln“ und „Handeln gegen Proliferation“ kohärent auszurichten versuchen. Auch wenn die US-Streitkräfte einige Erfahrungen in den Kriegen in Afghanistan und im Irak wieder schmerzhaft erlernen mussten, gehen diese Ansätze doch weit über die Formulierung der deutschen Debatte hinaus, dass Afghanistan nicht strukturbestimmend ist.

Das übergeordnete Phänomen dieser Fragestellung muss allerdings für die aktuelle Entwicklung in der Globalisierung erkannt werden. Im sicherpolitischen Diskurs in Deutschland hat man darauf bereits seit den 1980iger Jahren mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes und der Erarbeitung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit reagiert. Unser Gegenhandeln in den Einsätzen musste sich über den joint-, combined-, interagency- bis hin zum interactor approach entwickeln, um dieser neuen Bedrohungsqualität adäquat zu begegnen. Spätestens mit den aktuellen Ereignissen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hätte eine Transferleistung der Erkenntnisse auf das Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfolgen müssen. Betrachtet man dagegen die internationale Entwicklung in diesem Politikfeld, so kann eher eine Renationalisierung der Vorgehensweisen verzeichnet werden. Die deutsche Haltung in der Libyenfrage, das französisch-britische Kooperationsstreben, das Ringen

*Spätestens mit den aktuellen Ereignissen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hätte eine Transferleistung der Erkenntnisse auf das Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfolgen müssen. Betrachtet man dagegen die internationale Entwicklung in diesem Politikfeld, so kann eher eine Renationalisierung der Vorgehensweisen verzeichnet werden.*

um Fortschritte in den Debatten zu „pooling & sharing“ oder „smart defense“, oder der drohende Ausstieg Kanadas aus NATO-AWACS sind Ausdruck dieses Trends.<sup>24</sup> Auch die Neuausrichtung der Bundeswehr erfolgt in der Anfangsphase ohne internationale Harmonisierung und sieht nicht die Implementierung einer interactor- oder zumindest joint Struktur, sondern eine Fragmentierung in unterschiedlichste TSK-gleiche Organisationselemente vor.<sup>25</sup> Obwohl dies lediglich ein Lagesplitter zur aktuellen Entwicklung ist, bereichert er das ernüchternde Bild zum Stand der Umsetzung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit in Deutschland um eine weitere Facette.<sup>26</sup>

### **Ein letzter Schritt in unserer Textexegese**

Mit den Formulierungen zur Wunderlichen Dreifaltigkeit bildet Clausewitz eine Synthese all seiner Gedanken und entfaltet darin die höchste Reflexionsstufe seiner Lehren:

*„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltbarkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalles, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen Verstand anheimfällt.*

*Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet. Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalles bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab, die politischen Zwecke gehören der Regierung allein an.“<sup>27</sup>*

Er konzipiert darin ein diskursives Spannungsfeld aus drei gegensätzlichen Seiten, zwischen denen sich der Krieg aufgrund des wechselnden Einflusses dreier Tendenzen ständig bewegt und seine Erscheinungsform dynamisch anpasst. Clausewitz macht insofern die Wandelbarkeit des Krieges zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur Wunderlichen Dreifaltigkeit und nähert damit seine

Theorie der dynamischen Entwicklung der Kriegsempirie an. Die Veränderungen im Erscheinungsbild ergeben sich dabei aus dem permanent veränderten Zusammenspiel der hier tabellarisch aus den Formulierungen abstrahierten und in Beziehung gesetzten Einflussfaktoren:<sup>28</sup>

	<b>Tendenz / Seite</b>	<b>Tendenz / Seite</b>	<b>Tendenz / Seite</b>
Relation 1	Hass / Feindschaft	Wahrscheinlichkeiten / Zufall	Politisches Werkzeug
Relation 2	Naturtrieb	Freie Seelentätigkeit	Verstand
Relation 3	Volk	Streitkräfte	Regierung
Relation 4	Leidenschaft	Kreativität	Zweckrationalität

Die Gedanken zur politisch-instrumentellen Subsumtion des Krieges und somit zum Primat der Politik finden in der Wunderlichen Dreifaltigkeit ihre Einbindung in eine Wechselbeziehung dreier gleichberechtigter und eigenständiger Tendenzen, die einen fortwährenden Einfluss auf den Krieg ausüben und zwischen denen Clausewitz der Theorie eine schwebende Position zuweist.

Vor diesem Hintergrund hat die Clausewitzforschung die Frage nach der Wertigkeit des Primates der Politik in der höchsten Reflexionsstufe seiner Lehren noch einmal grundsätzlich zu untersuchen. Aber bereits jetzt ergeben sich daraus für die aktuelle Diskussion zur Ausgestaltung des Primates der Politik in Deutschland Fragen von besonderer Relevanz:

- Erkennen und akzeptieren wir stringent die Eigenständigkeit der Tendenzen?
- Bilden wir unsere Streitkräfte zur Kreativität aus?
- Sozialisieren wir unsere Streitkräfte zur freien Seelentätigkeit?

Diese Fragen knüpfen unmittelbar an die Inkompatibilitätsthese von Auguste Comte an und führen uns nochmals den Spannungsbogen zwischen dem zivilen und militärischen Gefüge vor Augen.<sup>29</sup> Exemplarisch dazu:

- Konsensorientierung versus Konfliktorientierung des Militärs
- Verfahrenorientiertheit moderner Bürokratien versus Umweltorientierung militärischer Hierarchien
- Kultur des Machtkonsensus versus Verantwortungskultur
- Kollegialitätsprinzip versus Kameradschaft

Grundsätzlich sollte die Auftragstaktik deutsche Streitkräfte zur freien Seelentätigkeit und Kreativität befähigen. Allein – sie zählt nicht mehr selbstverständlich zur Erfahrungswelt des deutschen Einsatzsoldaten. Konzeptionell dient die Innere Führung der Überwindung des Spannungsbogens zwischen der Gesellschaft, den Streitkräften und dem Primat der Politik zur Kontrolle des Militärs im demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tatsächlich ist seit Entwicklung der Bundeswehr zur Armee im Einsatz und spätestens seit der Aussetzung der Wehrpflicht ein Diskurs auf breiter gesellschaftlicher Basis zur Anpassung dieser konzeptionellen Grundlagen in Deutschland erforderlich. Ein weiterer Diskussionsbedarf der derzeit noch aussteht.

Wie wenig uns eine sachlich begründete Eigenständigkeit des militärischen Komplexes vertraut scheint, zeigt der langjährige Versuch der Streitkräftebasis der Bundeswehr (SKB), prozessorientiertes Denken in die Streitkräfte zu implementieren, ohne bisher beantworten zu können, wie der Zielpunkt aller Prozesse – einsatzbereite Streitkräfte – zu operationalisieren ist und welche Art des Denkens und daraus gewonnenen Könnens der militärische Führer im Krieg benötigt. Auch dazu könnte uns Clausewitz eine militärspezifische Auskunft geben, fänden wir nur die Zeit, ihn zu lesen, zu studieren und aus seinen Lehren Folgerungen für das Heute und Morgen zu ziehen.

Diese Form der Textexegese und praxisorientierten Anwendung der Erkenntnisse kann selbstverständlich über weitere Reflexionsstufen der Lehren Carl von Clausewitz' fortgesetzt und in wesentlich substantielleren Argumentationslinien entfaltet werden. Dies würde uns immer

*Grundsätzlich sollte die Auftragstaktik deutsche Streitkräfte zur freien Seelentätigkeit und Kreativität befähigen. Allein – sie zählt nicht mehr selbstverständlich zur Erfahrungswelt des deutschen Einsatzsoldaten.*

tiefer in seine Gedanken eintauchen lassen und uns nicht zuletzt die Oberflächlichkeit manch aktueller Diskussion zum Primat der Politik in Deutschland vor Augen führen. Die vorliegende Ideenskizze soll dazu eine Vorge-

hensweisen des Theorieclusters CNSS verdeutlichen und im Kern den, auch mit Blick in die Rezeptionsgeschichte als zwingend notwendig erscheinenden, weiterführenden Diskussionsbedarf zum Thema kontrovers anregen. Moltke, Ludendorff, Schlieffen, Bismarck, Cochenhausen, Beck, Hitler – wann immer in der deutschen Geschichte die Balance im Wechselspiel von militärischem und politischem Standpunkt in der Ausgestaltung des Primates der Politik aus dem Gleichgewicht geriet, hatte dies erhebliche, teilweise existentielle Konsequenzen für die Zukunft Deutschlands. Die gelungene Formulierung Naumanns zur „Politikbedürftigkeit des Militärischen“ ist in diesem Sinne zu ergänzen, um die

Feststellung zur Militärbedürftigkeit des Politischen und die Ausgestaltung dieses Wechselspiels ungleicher Elemente.<sup>30</sup> Die Entscheidungshoheit der Politik, aber vor allem auch die spezifische Verantwortung des militärischen Ratgebers in der Entscheidungsfindung können an dieser Stelle in ihrem gesamten Umfang lediglich als Forschungsausblick aufgezeigt werden. Die Beschäftigung mit Clausewitz durch junge Akademiker und Generalstabsoffiziere der Bundeswehr ist dabei kein schmückendes Beiwerk der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, sondern das Streben nach Ausbildung und die Suche nach Antworten in einer als krisenhaft empfundenen Praxis.

**Zum Autor:** Major i.G. Sascha Wolfgang Zwick ist Absolvent des 6. General- und Admiralstabsdienstlehrganges SK, Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und des Clausewitznetzwerkes für Strategische Studien (CNSS).

### **Anmerkungen:**

- 1 Vgl. dazu ferner: [www.clausewitznetz.de](http://www.clausewitznetz.de)
- 2 Vgl.: Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Hrsg. von Hahlweg, Werner, Bonn 1991.
- 3 Von Kriege: I, 1, S.210.
- 4 Vom Kriege: VIII, 6b, S.993.
- 5 Vom Kriege: VIII, 2, S.952.
- 6 Vgl. dazu: Souchon, Lennart: Einleitungsvortrag zum CNSS Symposium. Hamburg 2010. vgl. dazu ferner: Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg 2008.
- 7 Vgl. dazu die noch ausstehende Entwicklung der konzeptionellen Grundlagen COIN und CT. (COIN: Counter Insurgency und CT: Counter Terrorism)
- 8 Vom Kriege: I, 1, S.210.
- 9 Vom Kriege: VIII, 6b, S.994.
- 10 Vom Kriege: I, 1, S.210.
- 11 Vom Kriege: VIII, 6b, S.995f.
- 12 Vom Kriege: I, 3, S.251.
- 13 Vgl.: Presse und Informationsstab BMVg, unter: [www.cdu.de/doc/pdfc100526-Rede-Guttenberg.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdfc100526-Rede-Guttenberg.pdf)
- 14 Vgl.: Rede des Bundesministers der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière am 18. Mai 2011, unter: [www.asfrab.de/fileadmin/user\\_upload/media/pdf/20110518-BMVg-Rede.pdf](http://www.asfrab.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/20110518-BMVg-Rede.pdf)
- 15 Clausewitz, Carl von: Nachricht. Hrsg. von Hahlweg, Werner, Bonn 1991, S.179ff.
- 16 Vom Kriege: VIII, 6b, S.993.
- 17 Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr: Forschungsbericht 94: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik

- Deutschland, unter: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de) Link: Bevölkerungsumfrage.2010-farbig Forschungsbericht 94\_2011-06-22.pdf
- 18 a.a.O.; Vgl. dazu ferner die öffentlichen Debatten zur Lufttransportfähigkeit der Bundeswehr und zum Einsatz der Bundeswehr im Innern.
- 19 a.a.O.
- 20 Vgl. dazu: Steinberg, Guido: Im Visier von Al- Qaida: Deutschland braucht eine Anti-Terror Strategie. Hamburg 2009.
- 21 Vgl. dazu umfassend: Herberg-Rothe: Staatenkrieg und nicht-staatlicher Krieg in Clausewitz Vom Kriege, unter: [www.clausewitz.com/reading/Herberg-Rothe/ClausewitzUndNicht-StaatlicheKriege2.htm](http://www.clausewitz.com/reading/Herberg-Rothe/ClausewitzUndNicht-StaatlicheKriege2.htm)  
vgl. dazu im Original: Aron, Raymond: Clausewitz. Den Krieg denken. Frankfurt am Main u.a., 1980.
- 22 Vom Kriege: I, 1, S.212.
- 23 Kennedy, John F.: 226- Remarks at West Point to the Graduating Class of the U.S. Military Academy. 1962, unter: [www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8694#axzz1hB657CuT](http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8694#axzz1hB657CuT)
- 24 Vgl. dazu: [www.acus.org/natosource/canada-dropping-out-nato-awacs-program](http://www.acus.org/natosource/canada-dropping-out-nato-awacs-program)
- 25 Vgl. dazu: <http://aussen-sicherheitspolitik.de/6344/bundeswehr/die-neue-grobstruktur-der-bundeswehr-steht>
- 26 Vgl dazu Ergebnisse der Studienphase LGAN 2009.
- 27 Vom Kriege:I, 1, S.2192f.
- 28 ebd.
- 29 Vgl. dazu Leonhard,N., Werkner I.-J.:Militärsoziologie. Eine Einführung. Wiesbaden 2005. S.204ff.
- 30 Vgl.: Naumann, Klaus: a.a.O.

## **Selbstverständnis des Offiziers im 21. Jahrhundert im Umfeld von Bündnisverteidigung und multinationalen Einsätzen zur Krisenbewältigung**

### **Zusammenfassender Bericht über das Forum 2011 der Clausewitz-Gesellschaft und der Offizierschule des Heeres**

Werner Baach  
Wolfgang Fett

Der Auftrag der Bundeswehr hat sich verändert, multinationale Krisenbewältigung bestimmt den Einsatz der Streitkräfte, die Aufgabe des Soldaten ist komplexer geworden. Den Herausforderungen, die diese Veränderungen an das Selbstverständnis des Offiziers stellen, war das Forum 2011 der Clausewitz-Gesellschaft und der Offizierschule des Heeres am 21. und 22. Oktober gewidmet. Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, und der Kommandeur der Offizierschule des Heeres, Brigadegeneral Jürgen Weigt, konnten zu der Veranstaltung in der Dresdner Albertstadt-Kaserne rund 150 Teilnehmer begrüßen.

### **Zur Entwicklung des Selbstverständnisses des Offiziers im 21. Jahrhundert**

Generalleutnant a.D. Wolfgang Otto, bis 2009 Befehlshaber des Heeresführungskommandos, führte in die Thematik des Forums ein. Durch die substantielle Veränderung des Streitkräfteauftrages sei der Einsatz zum wesentlichen Faktor von Bewusstseinsänderungen im soldatischen Selbstverständnis geworden. Das verdeutliche, dass in Afghanistan, dem Einsatzgebiet mit der höchsten Gefährdung, die Soldaten unter Lebensgefahr und angesichts des Todes nahestehender Kameraden zusammenrückten. Diese Soldaten fühlten sich von ihrem Selbstverständnis her im Krieg.

Die Fähigkeit und der Wille zum Kampf, so der Vortragende, seien nach seiner Überzeugung die Grundvoraussetzung soldatischen Handelns. Sie seien das „Alleinstellungsmerkmal“ des Soldatenberufes. Er sieht die Gefahr, dass diese Kernfähigkeiten im Bewusstsein der Soldaten ihren Stellenwert verlieren, je umfassender die Anforderungen im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes der vernetzten Sicherheit werden.

General Otto untersuchte verschiedene Bereiche, die sich in dem gerade stattfindenden Veränderungsprozess auf das Selbstverständnis des Soldaten auswirkten, insbesondere die Bereiche Führung, Organisation, Ethik, Recht, Politik und Gesellschaft. Die ständigen organisatorischen Veränderungen der Bundeswehr hätten, so General Otto, keine zivile Organisation ausgehalten. Die Soldaten hätten ein Selbstverständnis gezeigt, „das eine gewisse Einmaligkeit besitzt und als hohes Gut (...) gepflegt werden sollte.“ Auf dem Gebiet der militärischen Führung entwickelte sich nach seiner Beobachtung „die Kultur der militärischen Führung zwischen der Führung im Einsatz und der Führung im Frieden in der Heimat zunehmend auseinander“, so Otto weiter. Als eine besondere Gefahr sieht er auch das zunehmende Absicherungsdenken im Handeln militärischer Führer. Das stehe im Widerspruch zu dem im Berufsbild des Offiziers geforderten eigenverantwortlichen Handeln.

Im Verhältnis der Politik zum Militär diagnostizierte General Otto „ein politisches Handeln, das häufig eher durch Unbehagen im Umgang mit militärischer Macht als durch eine klare Umsetzung der definierten Sicherheitsinteressen gekennzeichnet ist“. Schließlich würden zunehmender Individualisierung, des Verfalls von Werten und Bindungen und Entsolidarisierung in der Gesellschaft sich auch auf die Einstellung der Soldaten auswirken. Zusammenfassend stellte General Otto fest, dass bei allen Eingriffen in die Struktur der Bundeswehr die Auswirkungen auf die aktiven Soldaten im Blickfeld stehen müssten. „Den Menschen mitnehmen“, das dürfe nicht nur als Schlagwort im Raum stehen, sondern müsse mit Inhalten gefüllt werden.

**Hinweis des Herausgebers:** Der Vortrag von Generalleutnant a.D. Otto ist im Anschluss an diese Zusammenfassung auf den Seiten 85 bis 103 im vollen Wortlaut veröffentlicht.

### **Tapferkeit verlangt Anerkennung**

„Heeressoldaten in multinationalen militärischen Einsätzen mit verschiedenen Offizierbildern – geht das?“ lautete das Thema eines ersten Panels, in dem unter Leitung von Dr. Olshausen Brigadegeneral Jürgen Weigt, Prof. Dr. Donald Abenheim, USA, und Oberst Gran Niv, Kommandeur der Offizierschule „LTG Haim Laskow“ aus Israel diskutierten.

Die nachdenklichen Betrachtungen von Brigadegeneral Jürgen Weigt zum Bild des Offiziers im Einsatz spiegelten seine sehr persönlichen Erfahrungen aus zu-



rückliegenden Einsätzen in unterschiedlichen Funktionen wider. Weigt entwickelte an Hand erlebter Situationen im Afghanistan-Einsatz – Tod und Verwundung, Umgang mit Trauer, Anwendung militärischer Gewalt, Berichterstattung der Medien und Umgang der Politik mit dem Phänomen Gewalt – drei Thesen, die insbesondere die unterschiedliche, ja zum Teil gegensätzliche Wahrnehmung des Einsatzes in Deutschland und bei den Soldaten selbst zeigen.

Das einführende Beispiel, das Gespräch mit einem Kompaniechef nach einem Einsatz, bei dem ein Zugführer tödlich und mehrere Soldaten schwer verwundet worden waren, hatte der Vortragende gewählt, „um den Referenzrahmen, die Hintergrundkulisse eines Krieges [...] zu verdeutlichen, die in den Zeitungsberichten und den Sonntagsreden so stark in den Vordergrund gestellt werden, aber nur in einem verschwindenden Maß das konkrete Motiv für die Deutungen und Handlungen von Soldaten im Einsatz darstellen“.

In einer ersten These leitete General Weigt ab, dass aus der Sicht des Soldaten „zeit-, aber nicht zwangsläufig nationenspezifische Prägungen“ zu erkennen seien.

Innerhalb der deutschen Streitkräfte habe sich das Verständnis einsatzerfahrener Soldaten in Bezug auf Begriffe wie Härte und Opfer unter dem Einfluss des Afghanistan-Einsatzes stark verändert. Auch ließen sich zwischen den Generationen „unterschiedliche Konstruktionen über den Sinn eines Einsatzes feststellen“. Im internationalen Vergleich könne man zwar „unterschiedliche Wertesignaturen“ im Hinblick auf das Verständnis von Tapferkeit, Gehorsam oder Pflichterfüllung zwischen den Armeen feststellen, aber in konkreten Gefechtssituationen auf unterster taktischer Ebene spielten derartige Unterscheidungen keine Rolle: „Tapferkeit bleibt Tapferkeit – und wird als solche anerkannt, ungeachtet der nationalen Besonderheiten.“ Tapferkeit verlange aber auch Anerkennung, „vor allem durch diejenigen, die einen Soldaten, der im Glauben an den Primat der Politik handelt, in den Einsatz schicken“.



Dresdener Forum 2011 an der Offiziersschule des Heeres – Blick in das Foyer

Ausgehend von einem weiteren Beispiel – einem Fernsehinterview, bei dem ein Politiker der Frage nach dem Tod von Soldaten im Einsatz durch verklausulierte Antworten auswich –, leitete General Weigt eine zweite These ab: „Um Soldaten

in Einsätzen zu verstehen, muss man versuchen, den Einsatz auch mit den Augen der Soldaten zu sehen.“ Der Afghanistaneinsatz werde in Deutschland deutlich anders wahrgenommen als von den Soldaten im Einsatz. In der deutschen Berichterstattung erscheine er überwiegend als „grausam“. Betrachte man dieselbe Welt aus Soldatensicht, so werde „die Ausübung von Gewalt durchaus plausibel und nachvollziehbar“. Der Einsatz habe eben andere Referenzrahmen als der Frieden in der Heimat. Dieser andere Rahmen lasse andere Entscheidungen und Begründungen als angemessen erscheinen, verschiebe bisweilen die Maßstäbe dafür, was richtig und was falsch sei. Und weiter: „Umso schwieriger ist damit aber das Verständnis einer im Frieden befindlichen Gesellschaft darüber, was, wann und mit wem ein Soldat im Einsatz etwas tut, denn es obliegt nicht immer der Wahrnehmung, Deutung und Entscheidung dieses einzelnen Soldaten.“

An einem weiteren Beispiel – der ungewollten Tötung von Zivilisten im Einsatz – verdeutlichte Weigt das Dilemma, in das Soldaten bei der Erfüllung ihres

*„Die europäische Währungsunion wurde 1998 unter Bedingungen eingeführt, wo jeder, der sich mit der Materie beschäftigt hatte, wusste, dass das nicht gutgehen kann“*

Auftrages gestürzt werden können. Seine dritte These lautete deshalb: Gewalt existiert für die Soldaten im Einsatz jederzeit als Faktum und als Möglichkeit und spielt in ihrem Lebensalltag trotzdem nicht die beherrschende Rolle. Begriffe wie „Tod“ und „Verwundung“

kämen in den Alltagsgesprächen der Soldaten eher selten vor. Dafür gebe es viele Gründe, einer liege wahrscheinlich darin, dass der Einzelne im Einsatz wenig Einfluss darauf habe, ob er töten müsse oder selber sterbe. Für viele Menschen in Deutschland erscheine das verwunderlich: „Sie halten – nicht zuletzt durch die häufig reißerische Medienberichterstattung – ‚Tod‘ oder ‚Töten‘ für die zentrale Angelegenheit im Einsatz.“

Seine Folgerungen für das Berufsbild des Soldaten und die Forderungen an Erziehung und Ausbildung, insbesondere der Offiziere, fasste Brigadegeneral Weigt in acht Punkten zusammen:

1. Berufsbilder/Leitbilder helfen mit, Soldaten auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Sie müssen vor allem auf die Entwicklung von Charaktereigenschaften, von geistigen Fähigkeiten und von handwerklichen Fähigkeiten und Fertigkeiten zielen.
2. Ziel muss es sein, dabei mitzuwirken, „leaders of character“ heranwachsen zu lassen.
3. Das „level of ambition“ – z.B. einer Offizierschule – muss es sein, die

Eigenschaften eines „leaders of character“ zu fördern, z.B. die Verinnerlichung von Werten wie Loyalität, Respekt, selbstloses Dienen, persönliche Integrität, Ehrgefühl.

4. Ein zentral definiertes Selbstverständnis kann nicht befohlen werden; es entwickelt sich in der Ausbildung, in der Erziehung, vor allem aber im Einsatz.
5. Das Selbstverständnis jedes einzelnen Soldaten ist auch im Einsatz immer noch unterschiedlichen Referenzrahmen u.a. ihrer verschiedenen Wirkungsstätten unterworfen.
6. Die Weise, wie der Soldat seine Aufgaben wahrnimmt, spiegelt seine subjektive, verinnerlichte Auffassung über seinen Beruf wider.
7. Die Bedingungen und Erfahrungen des Einsatzes bestimmen maßgeblich das individuelle Selbstverständnis als Soldat und Offizier.
8. Das Berufsbild des Offiziers wie des Soldaten muss Raum für die Anpassung an die unterschiedlichen Referenzrahmen von Einsatz bzw. Friedensdienst lassen.

Professor Dr. Donald Abenheim, der u.a. an der Naval Postgraduate School in Monterey, USA, lehrt, zeichnete die Entwicklung im Selbstverständnis des Offiziers, insbesondere der US Army, seit den großen Herausforderungen des letzten Jahrzehnts nach. Insbesondere die Umstellung auf die Doktrin der counterinsurgency operations (COIN) habe das Berufsethos nachhaltig verändert. Das Denken der US-Army werde zunehmend von einer „Wir-Betonung“ geprägt, die sich insbesondere in den Insurgency-Einsätzen nach dem 11. September 2001 herausgebildet habe.

Für die israelischen Streitkräfte ist die Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Einsatzes gelebte Realität, so Oberst Gran Niv, Kommandeur der Offizierschule der Israelischen Landstreitkräfte. „Dies zwingt uns dazu, das eigene Handeln ständig zu überdenken und auf den Prüfstand zu stellen“. Allerdings habe Israel auch immer wieder schmerzlich erfahren müssen, dass das Verlorengehen wichtigen militärischen Führungskönnens zu vermeidbaren Friktionen und Verlusten geführt habe – schon im Yom-Kippur-Krieg, vor allem aber im letzten Libanonkonflikt.

Das habe seinen Niederschlag in Ausbildung und Lehre gefunden. In der Lehre würden u.a. die Gedanken von Carl von Clausewitz genutzt, und zwar so, als seien sie „gerade gestern niedergeschrieben worden“. Niv erläuterte dies an Hand des clausewitzschen Phänomens der Friktion. Der Krieg sei nun einmal

„das Königreich der Unsicherheit“, und zur Vorbereitung auf den Umgang mit Friktionen und Überraschungen durch den Gegner stütze man sich u.a. auf die clausewitzschen Lehren. Als wichtige Ziele von Ausbildung und Lehre an den israelischen Offizierschulen nannte Oberst Niv:

- eine gemeinsame Sprache und gemeinsames Denken zu schaffen,
- Professionalität, gemeinsame Wertevorstellungen und Führungskönnen zu fördern,
- körperliche Fitness und physische Belastbarkeit zu sichern,
- das Meistern von Friktionen zu üben („Don't be surprised to be surprised“).

In der Zusammenfassung des Panels stellte Dr. Olshausen fest, dass trotz mancher historisch gewachsener Unterschiede in den Offizierbildern der betrachteten Nationen viele Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Wertevorstellungen zu beobachten seien. Die Diskussion mache aber auch deutlich, dass Teile der Gesellschaft in ihrem Verständnis militärischer Einsätze oft weit von den Auffassungen der Soldaten entfernt sind, die sich im Einsatz der gefährvollen Wirklichkeit stellen müssen.

### **Betrachtungen über die Herausforderungen an die Gesellschaft von heute**

Bei dem schon traditionellen festlichen Abendessen im Rahmen des Forums sprach der Ehrengast, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, über die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft, die alle eine Gemeinsamkeit aufwiesen, nämlich dass es zu deren Bewältigung keine Erfahrungen gebe. Diese Herausforderungen seien so tiefgreifend anders, dass Strukturen grundlegend überdacht und geändert werden müssten: „Ob das die sozialen Systeme sind, der Föderalismus, das Bildungssystem oder die Globalisierung, überall haben wir es mit Phänomenen zu tun, die uns herausfordern und uns zwingen, neu zu denken.“ Eine dramatische Veränderung sieht er im demographischen Wandel, der die Gesellschaft vor vielfältige Probleme stelle. Die Änderung der Altersstruktur mache eine Änderung der sozialen Systeme unumgänglich, weil diese unter völlig anderen Bedingungen entwickelt worden seien. Aber gerade im sozialen Bereich seien notwendige Reformen wegen des ausgeprägten Besitzstanddenkens besonders schwierig: „Jeder Versuch der Umgestaltung wird auf erheblichen politischen Widerstand stoßen“, so die Einschätzung von Biedenkopf. Mindestens ebenso wichtig sei die Frage, ob eine alternde Gesellschaft genügend Innovationskraft aufbringen könne, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Zur Globalisierung äußerte sich Biedenkopf ebenfalls kritisch. Europa habe über

mehr als 500 Jahre einen wesentlichen Einfluss auf andere Regionen dieser Erde genommen. Im 19. Jahrhundert sei der Aufstieg durch die Industrialisierung hinzugekommen. Europa sei die führende gestaltende Kraft in der Welt gewesen. Dazu sei es aber nach zwei Weltkriegen – Biedenkopf sprach von zwei europäischen Bürgerkriegen – nicht mehr in der Lage gewesen. Heute sei Europa nicht länger Subjekt, sondern Objekt der Globalisierung, eine Situation, mit der Europa sich noch nicht angefreundet habe. Der Blick der Europäer sei auf die Erschließung von Märkten fixiert. Dies sei aber ein verengter Blick, weil diese Märkte sich in immer leistungsfähigere Ökonomien verwandelten, die Europa in Zukunft vor immer größere Herausforderungen stellten.



Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Auch auf die politische und wirtschaftliche Krise in den Ländern der Europäischen Union ging Biedenkopf ein. Diese Krise sei nicht eine Krise des Euro, sondern eine wirtschaftliche Krise von Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion. In der Überzeugung, dass ohne beständiges Wachstum die Erwartung der Bevölkerungen nicht erfüllt und der soziale Friede nur mit einer Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts erhalten werden könne, habe man immer größere staatliche Ausgaben gerechtfertigt. Wachstum sei nicht mehr, wie zu Zeiten Ludwig Erhards, als Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik gesehen worden, sondern als Voraussetzung dafür. In dieser völligen Umkehrung liege die Ursache dafür, dass spätestens seit den 70er Jahren das Wachstum mit immer höherer Verschuldung der westlichen Industrienationen einhergegangen sei.

„Die europäische Währungsunion wurde 1998 unter Bedingungen eingeführt, wo jeder, der sich mit der Materie beschäftigt hatte, wusste, dass das nicht gutgehen kann“, kritisierte Biedenkopf. Es habe die Überzeugung vorgeherrscht, die Währungsunion werde den notwendigen Druck erzeugen und Haushaltsdisziplin auch in jenen Ländern erzwingen, die die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nicht erfüllten. Der Druck habe aber nichts bewirkt, in der Finanzkrise sei deutlich geworden, dass einzelne Länder nicht mehr solvent gewesen seien. Der aktuell beschlossene Pakt für Stabilität und Wachstum trage ein unauflösliches Dilemma in sich: Stabilität sei nur durch Sparsamkeit zu erreichen, gleichzeitig solle die Wirtschaft durch Schulden angekurbelt werden. Die Rechnung ginge nicht auf, mehr Schulden zu machen, um damit Wirtschaftswachstum zu er-

zeugen, das wiederum zur Schuldentilgung genutzt werden könne. Eine Lösung sei nur möglich, wenn sich in der Politik und bei den Bürgern die Einsicht durchsetze, dass nur die Vermeidung von Schulden zur Lösung der Krise führen könne. Dazu seien aber wiederum Eingriffe in Besitzstände unumgänglich. Ob dies in einer Demokratie überhaupt möglich sei, sei fraglich. Gelingen dies jedoch nicht, sei die Demokratie selbst gefährdet: „Wir müssen versuchen, mit dem, was die Bevölkerung erwirtschaftet, auch auszukommen. Das kann die Politik nur in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung erreichen“. Die notwendigen Kräfte würden aber erst dann frei gesetzt, wenn die Krise als existenziell begriffen würde. „Ich glaube aber, dass das geht“, zeigte sich Biedenkopf vorsichtig optimistisch.

### **Gemeinsames Fundament – mit Raum für Anpassung an die Erfordernisse der Teilstreitkräfte**

Nachdem am ersten Tag des Forums das Offizierbild bei den Landstreitkräften im Mittelpunkt gestanden hatte, ging es am zweiten Tag zunächst um die Vorstellungen vom Bild und dem Selbstverständnis der Offiziere der See- und Luftstreitkräfte. Fernab der gängigen Klischeevorstellungen sollten das dem Offizierbild aller Teilstreitkräfte (TSK) zugrunde liegende gemeinsame Fundament, aber auch die Unterschiede im Selbstverständnis herausgearbeitet werden. Das Panel moderierte Generalleutnant a.D. Wolf-Dieter Löser.

Zunächst beschrieb Konteradmiral Czeslaw Dyrzc, Superintendent der Polnischen Marineakademie, seine Erfahrungen als U-Bootfahrer und an Bord eines Segelschiffes. Das lange und enge Zusammenleben an Bord und die Auseinandersetzung mit den Elementen hätten ihn zutiefst geprägt. Er ging dann auf die Ausbildung der Marineoffiziere an der Marineakademie ein, die eine zivile Akademie und zugleich eine militärische Marineschule sei. Von den derzeit 8000 Studenten strebe der weit überwiegende Teil eine zivile Karriere an.

Das Studium dauere fünf Jahre, darin eingeschlossen ein Jahr an Bord eines Schiffes, und ende mit einem Masterabschluss in Navigation und Schiffstechnik. Seit dem NATO-Beitritt Polens vor zwölf Jahren sei der internationale Erfahrungsaustausch ein wesentliches Element in der Ausbildung polnischer Marineoffiziere. „Die jungen Menschen gewinnen dabei nicht nur an beruflicher Erfahrung, sie erleben auch die typischen Probleme in einem gemeinsamen Europa“, schloss Dyrzc seinen Beitrag.

Nach Auffassung von Kapitän z.S. Joachim Schmidt-Skiopiol, Leiter Lehre an

der Marineschule Mürwick und Stellvertretender Kommandeur, gibt es bei allen Gemeinsamkeiten in den Anforderungen an den Offizier wie Charakterzüge, Eigenschaften und Qualifikationen sehr wohl Besonderheiten. Auffälligstes „Alleinstellungsmerkmal“ eines Marineoffiziers sei, so trivial es sich auch anhöre, die innige Beziehung zur See. Die pure Macht der See als Lebensraum und Einsatzgebiet präge das Denken und Handeln. „Ein Offizier, der diese Besonderheit der See als Umgebung, in der er handeln und leben muss, nicht jeden Moment seines taktischen und operativen Denkens berücksichtigt, wird scheitern, sich und die ihm anvertrauten Soldaten in Gefahr bringen und seinen Auftrag nicht erfüllen können“, zeigte sich



Kapitän z.S. Joachim Schmidt-Skipiol

Schmidt-Skipiol überzeugt. Diese Erkenntnis sei einer der zentralen Gründe, warum die Ausbildung der Seekadetten auch heute noch auf fast archaische Weise auf der Gorch Fock stattfinde. Die Ausbildung und das Leben an Bord seien ein Charaktertest. Wer hier versage, werde höchstwahrscheinlich auch an Bord einer Kampf Einheit und unter dem Stress des Einsatzes nicht so leistungsfähig sein, wie es von einem Marineoffizier erwartet werden müsse. Marinesoldaten leisteten oft viele Jahre Dienst an Bord von schwimmenden Einheiten. Dies bedeute Trennung von der Familie und dem privaten Umfeld. Nur charakterlich gereifte Männer und Frauen ertrügen diese Belastungen dauerhaft.

### **Der junge Offizier muss seine Grenzen kennenlernen**

An Bord von Schiffen und Booten der Marine habe jeder über Dienstgradgrenzen hinweg seine Rolle und alle seien direkt voneinander abhängig. Ein Offizier erwerbe sich den Respekt und die Gefolgschaft seiner Soldaten ausschließlich aufgrund seiner täglich nachgewiesenen Kompetenz und seines gelebten Vorbildes. Die Herausforderungen der Marineschule Mürwick lägen darin, neben der reinen Fachkompetenz Eigenschaften und Persönlichkeitsmerkmale, sogenannte „soft skills“, zu wecken und auszuformen, die sich auf die Gesamtpersönlichkeit der Kadetten und jungen Offiziere positiv auswirkten.

Brigadegeneral Rainer Keller, Kommandeur Ausbildungskommando der Luftwaffe, definierte zunächst die Rollen des Offiziers der Luftwaffe. Zu den traditionellen Rollen als Vorgesetzter (Führer, Ausbilder und Erzieher) sowie als

militärische Fachkraft kämen die besonderen Anforderungen, die nur im Einsatz wahrzunehmen seien. Zu den „klassischen“ Rollen trete zunehmend die des Managers, der Sorge dafür trage, dass die verfügbaren Ressourcen effektiv und effizient zur Auftragerfüllung eingesetzt werden. Die Luftwaffe sei arbeitsteilig organisiert und fachlich sehr heterogen; daraus resultiere eine Vielzahl fachspezifischer Rollen.

Traditionell stehe die Vorgesetztenfunktion des Offiziers im Vordergrund. In modernen Streitkräften mit ihren komplexen Aufgabenfeldern und dem hohen Grad an Spezialisierung werde zunehmend auch auf höheren Ebenen der Fachmann mit intensiver Detailkenntnis gebraucht. Dies sei in der Luftwaffe besonders ausgeprägt. Eine Besonderheit sei auch, dass heute die Alltagswelt des Grundbetriebes und die Lebenswelt in den Einsätzen weit auseinanderklafften.

*„Wir müssen uns auf ein Offizierbild verständigen, das als gemeinsames Fundament für alle Teilstreitkräfte gelten kann, das aber Raum für teilstreitkraft-spezifische Erfordernisse und Identifikationsmerkmale lässt“.*

Der Offizier der Luftwaffe müsse in der Lage sein, alle Rollen wahrzunehmen und in seiner Persönlichkeit zu vereinigen.

Zum Selbstverständnis in der Luftwaffe gehöre auch der „Luftwaffen-Spirit“, ein Teamgedanke, der über die Dienstgrade und Funktionsebenen hinweg ein besonderes Gemeinschaftsgefühl schaffe, das neben der komplexen Technik, der Multinationalität und der Faszination der dritten Dimension kennzeichnend für die Luftwaffe sei.

Keller nannte dann die Persönlichkeitsmerkmale, die ein Offizier erfüllen müsse. Uneingeschränkte Einsatzfähigkeit und Belastbarkeit seien unabdingbar. Die fachlichen Aufgaben müsse der Offizier ebenso beherrschen wie die für den Einsatz erforderlichen allgemein-militärischen Fertigkeiten. Darüber hinaus müsse er durch Handeln, Haltung und Einstellung seinen Soldaten ein Vorbild geben, an dem sie sich orientieren könnten. Um der Verantwortung für andere gerecht werden zu können, sei die „Fähigkeit zum Selbst- und Belastungsmanagement“ erforderlich. Gerade im Einsatz seien Selbstsicherheit und Selbstgewissheit einer starken Persönlichkeit mit einem stabilen ethischen Grundgerüst ebenso vonnöten wie ein tief reflektiertes Verantwortungsgefühl.

Keller nannte dann die Persönlichkeitsmerkmale, die ein Offizier erfüllen müsse. Uneingeschränkte Einsatzfähigkeit und Belastbarkeit seien unabdingbar. Die fachlichen Aufgaben müsse der Offizier ebenso beherrschen wie die für den Einsatz erforderlichen allgemein-militärischen Fertigkeiten. Darüber hinaus müsse er durch Handeln, Haltung und Einstellung seinen Soldaten ein Vorbild geben, an dem sie sich orientieren könnten. Um der Verantwortung für andere gerecht werden zu können, sei die „Fähigkeit zum Selbst- und Belastungsmanagement“ erforderlich. Gerade im Einsatz seien Selbstsicherheit und Selbstgewissheit einer starken Persönlichkeit mit einem stabilen ethischen Grundgerüst ebenso vonnöten wie ein tief reflektiertes Verantwortungsgefühl.

Der Offizier müsse aber zusätzlich über soziale, kommunikative und interkulturelle Kompetenz verfügen, sich aber seiner eigenen kulturellen Identität bewusst sein und bleiben. Schließlich müsse er sich zu einem ethisch-moralischen Fundament und zu unserer Rechtsordnung bekennen und bereit sein, diese im



Einsatz wenn nötig gegen Widerstand durchzusetzen. „Wir müssen uns auf ein Offizierbild verständigen, das als gemeinsames Fundament für alle Teilstreitkräfte gelten kann, das aber Raum für teilstreitkraft-spezifische Erfordernisse und Identifikationsmerkmale lässt“, so das Fazit von Keller. Professor Dr. Donald Abenheim von der U.S. Naval Postgraduate School in Monterey stellte die Frage, ob man überhaupt von einem einheitlichen Offizierkorps in den amerikanischen Streitkräften sprechen könne. Die Offiziere selbst identifizierten sich zuvorderst über ihre jeweilige „Community“, also eine eher kleine Gruppierung wie z.B. F-16-Piloten oder U-Boot-Fahrer. Zwischen diesen Gruppierungen entwickelten sich zuweilen Spannungen, die oft nicht leicht zu überwinden seien. Deshalb sei es schwierig, so Abenheim, von einem gemeinsamen Offizierkorps zu sprechen. Luftwaffe und Marine gemeinsam sei neben einem Elitegedanken eine starke Prägung durch die Technologie. Unter dem Einfluss von „Business-Schools“ habe sich der Management-Gedanke entwickelt, den Typ des Offiziers heute beschrieb Abenheim er als „manager and warrior“. Zum Aufgabenfeld des Offiziers gehöre inzwischen auch der Aufbau von Streitkräften anderer Länder wie derzeit in Afghanistan und im Irak. Der Offizier allgemein genieße in der amerikanischen Gesellschaft ein hohes Ansehen, das sei aber nicht unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen.

Auch zur Entscheidung, die Wehrpflicht in Deutschland auszusetzen, äußerte sich Abenheim. Diese Entscheidung mache eine selbstverständliche Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Er äußerte die Befürchtung, dass die Bundeswehr Gefahr laufe, am Rande der Gesellschaft marginalisiert zu werden.

In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, dass der Offizier gleich welcher TSK in der Lage sein muss, in den Vorstellungen und Kategorien des anderen mitzudenken. Dazu gehöre, dass Deutschland als Kontinentalmacht verstärkt in weltweiten Kategorien denken müssen. So habe z.B. die Bedeutung der Freiheit der Seewege noch nicht den für eine Exportnation unverzichtbaren Stellenwert erlangt. Bedauert wurde, dass im Zuge der öffentlichen Debatten um die Ausbildung auf der Gorch Fock nicht über die Anforderungen an einen Offizier diskutiert wurde. In den Medien sei es nicht darum gegangen, wozu man dieses Schiff brauche. Es dürfe nicht sein, dass ein junger Offizier, der Verantwortung für das Leben anderer trage, seine Grenzen erst in der Gefahr kennenlerne und dann möglicherweise versage. Er müsse sich

vielmehr schon in der Ausbildung belastenden und gefahrenträchtigen Herausforderungen stellen und beweisen, dass er ihnen gewachsen ist. Dies müsse ehrlich und offen ausgesprochen und von der militärischen Führung gegenüber der Politik auch vertreten werden. Nach den Beiträgen von und Erörterungen mit Generalen und Admiralen erwarteten die Teilnehmer mit Spannungen zum Abschluss der Veranstaltung ein Panel unter dem Thema: „Zum Selbstverständnis der jungen Offiziere – Standpunkte, Erwartungen, Verantwortung“, das Oberst Dr. Uwe Hartmann moderierte.

Der Leiter des Studentenfachbereichs der Helmut-Schmitt-Universität stellte einleitend konkrete Fragen an die Diskussionsteilnehmer Hauptmann Ntagahorabo Burihabwa, Hauptmann Stefan Zinke, Leutnant Anne Külow, Leutnant Christof Stein und Leutnant (FR) Antoine Buat. Alle Offiziere sind oder waren Studenten der Helmut-Schmidt-Universität.

Hartmann ermutigte die jungen Offiziere, frei und offen über ihr Selbstverständnis als Offizier zu sprechen. Zunächst ging es dabei um die Beziehung junger Soldaten zur Inneren Führung, einem Begriff, um den es eher vordergründig ruhig geworden sei. Innere Führung biete die Gelegenheit, das Spannungsverhältnis zwischen zunehmender Individualisierung und Verselbständigung auf der einen Seite und den Erfordernissen des militärischen Dienstes andererseits abzuschwächen. Innere Führung werde heute praktisch gelebt. „Wir sind groß geworden damit, wir haben sie als Führungsverhalten erlebt, nicht als akademische Debatte“, so Leutnant Stein. Leutnant Anne Külow fügte hinzu, sie empfinde Innere Führung als eine Hilfe: „Innere Führung ist eine Stütze, die meine Wertevorstellungen unterstreicht.“ Im Übrigen könne Innere Führung zum Kämpfen motivieren, weil sie eine Antwort darauf gebe, wofür es sich zu kämpfen lohne.

Kampfmotivation könne aber zudem über einen Ehrbegriff entstehen; dabei spiele der Begriff der Nation eine besondere Rolle. Der neue Slogan der Bundeswehr „Wir. Dienen. Deutschland.“ gefalle ihr besser als der alte „Karriere mit Zukunft“, der nur auf die Karriere abgezielt habe, so Külow. Die neue Werbung stelle dagegen die Nation als Referenzgröße heraus und sage, wofür die Soldaten dienten. So werde auch in gewisser Weise der Patriotismus angesprochen. Befragt zum Führungsverständnis in der französischen Armee erläuterte Leutnant Buat, dass der Begriff Innere Führung dort so nicht existiere, dennoch habe der Soldat Rechte und erfahre Fürsorge. Einige dieser Rechte wie z.B. die freie Meinungsäußerung seien allerdings eingeschränkt. Dies sei aber für die Soldaten

selbstverständlich. Ein spezifischer Unterschied zur Bundeswehr bestehe in der größeren Distanz der Dienstgradgruppen untereinander.

### **Soldaten mit Migrationshintergrund haben sich bewusst entschieden**

Die Probleme der Migration wurden in der Runde nicht ausgespart. Burihabwa, dessen Eltern aus Burundi nach Deutschland gekommen waren, stellte fest: „Soldaten mit Migrationshintergrund haben sich bewusst für Deutschland entschieden, sie sind bereit, für Deutschland ihr Leben zu lassen. Meine Eltern kamen als Flüchtlinge. Ich bin dankbar, dass Deutschland mir das Leben ermöglicht, das ich leben möchte.“



Hauptmann Ntagahorabo Burihabwa und Oberst Dr. Uwe Hartmann (v.l.)

Danach kamen die jungen Offiziere auf den Begriff des Krieges zu sprechen. Die Soldaten erlebten ihren Einsatz in Afghanistan als Krieg. Krieg allein als Aufgabe bestimmte den Soldatenberuf aber nur unzureichend, er könne und werde aber einzelne Aufgabenfelder treffend beschreiben. Mehr als der Gedanke an den Tod belastete die Vorstellung einer schweren Verwundung und die Befürchtung, sein Leben danach nicht mehr selbständig führen zu können. Ebenso belastend sei das Nachdenken über das „Töten müssen“. „Aber darüber sollte man sich Gedanken machen, bevor man den Beruf ergreift“, so Stein.

Der Wert des Studiums als Teil der Ausbildung wurde von allen jungen Offizieren übereinstimmend hervorgehoben. Das „rein handwerkliche“ des Offizierberufs zu erlernen genüge allein nicht. „Das Studium hat mich zum Reflektieren erzogen. Ohne Studium könnte ich nicht dem gerecht werden, was ein Offizier leisten muss“, war sich die Runde einig. Zum Traditionsverständnis meinten die Offiziere, die Leistungen der Soldaten der Bundeswehr, insbesondere in den letzten zehn Jahren, verdienten es, stärker herausgestellt zu werden. Was die Wehrmacht betreffe, so müsse man klar trennen zwischen den militärischen Leistungen einerseits und den Verbrechen andererseits, an denen Soldaten der Wehrmacht beteiligt waren.

Besorgt zeigten sich die jungen Offiziere darüber, dass es den politisch Verantwortlichen nicht hinreichend gelinge, die Öffentlichkeit vor einer Mandats-

erteilung intensiver zu beteiligen. Der Sinn, d.h. der Zweck und das Ziel des Auftrages, müsse den Bürgern besser erklärt werden, um deren Zustimmung erlangen zu können. Es könne nicht Aufgabe der Soldaten sein, sich für ihren Einsatz rechtfertigen zu müssen.

Auch fühlen die Soldaten sich und ihren Beruf in den Medien nicht immer angemessen dargestellt. Über das Fehlverhalten Einzelner werde ausführlich berichtet, wohingegen die Leistungen der Soldaten, wenn überhaupt, dann nur am Rande erwähnt würden. Von den Generalen ihrer Bundeswehr wünschten sich die jungen Offiziere, dass sie sich öfter in den Medien zu Wort meldeten und ihren fachlichen und militär-politischen Sachverstand in der öffentlichen Erörterung für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. „Soldaten geben klarere Antworten als Politiker“, stellte ein Diskussionsteilnehmer fest.

Auch über die Bedeutung der Religion für Soldaten, insbesondere unter Einsatzbedingungen, wurde gesprochen. Die Militärseelsorge erfahre im Einsatz regen Zuspruch, im Standortdienst nehme das Interesse aber wieder ab. „Für mich ist Religion sehr wichtig. Im Judentum, meiner Religion, ist die Selbstverantwortung bedeutsam“, sagte Külow. Ihr Glaube helfe ihr, die Verantwortung tragen zu können. Auch die Frage, ob und wann Imame Teil der Militärseelsorge in der Bundeswehr sein könnten, kam zur Sprache. „Wenn jede Glaubensrichtung einen Vertreter haben soll, dann brauchen wir auch Imame“, so die Meinung eines Teilnehmers. Die erfrischend offene und freie Diskussion und die Argumente der jungen Offiziere überzeugten die Teilnehmer des Forums. General a.D. Hans-Henning von Sandrart, CINCENT von 1987 bis 1991, brachte seinen positiven Eindruck mit dankenden Worten zum Ausdruck und schloss: „Nach ihrer Runde fahre ich beruhigt [über die Zukunft unserer Bundeswehr] nach Hause.“ Der Wunsch nach einer Wiederholung solcher Begegnungen wurde von vielen Teilnehmern geäußert.

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere an die Offiziersschule des Heeres als Mitveranstalter und Gastgeber, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft Dr. Olshausen das Dresdener Forum 2011. Am Nachmittag nutzten zahlreiche Teilnehmer der Tagung einen angebotenen Besuch des eine Woche zuvor neu eröffneten Militärhistorischen Museums der Bundeswehr. In einer vom Direktor des Museums, Oberst Dr. Rogg, mit seinen Mitarbeitern gut vorbereiteten Führung konnten sie sich nicht nur von dem gelungenen Konzept der Ausstellungen, sondern auch von dem beeindruckenden Anbau, einem Werk des Architekten Daniel Libeskind, überzeugen.

## **Zur Entwicklung des Selbstverständnisses des Offiziers im 21. Jahrhundert**

Vortrag, gehalten anlässlich des Forums 2011 der Clausewitz Gesellschaft an der Offizierschule des Heeres in Dresden, 21. Oktober 2011

Wolfgang Otto

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Olshausen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn ich für die Gelegenheit, zum Themenbereich des Forums mit dem ersten Vortrag einen Beitrag leisten zu können, danke, dann erfolgt dies nicht nur pflichtgemäß, sondern ich habe zwei Gründe. Persönlich ist es natürlich eine Freude, an das Pult zurückkehren zu können, von dem ich häufiger versucht habe, zur weiteren Entwicklung des Selbstverständnisses der angehenden Heeresoffiziere und speziell der Kommandeure beizutragen. Da ich nicht weiß, ob ich mich jemals in der Tiefe mit dem gestellten Thema auseinandergesetzt hätte, wie ich es nach meiner Zusage auf die Anfrage des Präsidenten tun musste, danke ich zweitens für die persönliche Bereicherung.

### **Einführung in das Thema**

Lassen Sie mich zum Einstieg in unser Thema mit einem Erlebnis beginnen. Als Befehlshaber galt meine Aufmerksamkeit u.a. der Frage, wie Soldaten nach Rückkehr aus dem Einsatz im Erhalt der Kernfähigkeiten ihrer Truppengattungen ausgebildet und wieder auf Stand gebracht werden können. Da die Anforderungen im Einsatz nur einen Teil des Spektrums an Fähigkeiten abbilden, die der ausgebildete Soldat beherrschen muss, nahm ich im Rahmen der Dienstaufsicht an einer Nachtgefechtsausbildung von einsatzerfahrenen Fallschirmjägern teil. Das Ausbildungsthema war der Spähtrupp bei Nacht. Ich stieß dabei auf einen Spähtrupp, der in Bezug auf seine Ausrüstung und Bekleidung darauf schließen ließ, dass der Trupp auf dem Weg zu einem Banküberfall sei. Jeder Soldat trug eine andere Bekleidung von schwarzen Masken mit Sehschlitzen über Barett bis Baseballcaps



Generalleutnant a.D. Wolfgang Otto

aller Art. Auch der Waffenmix entsprach offenkundig eher den Vorlieben des Einzelschützen, als dass eine geordnete Befehlsgebung und Führung erkennbar war. Nachdenklich machte mich nicht diese Augenblicksaufnahme, sondern das anschließende Gespräch. In Gestik, Mimik und Körpersprache zeigten mir die Soldaten, die mit ungeheurem Selbstbewusstsein auftraten, dass sie nach zweimaligem Afghanistan-Einsatz quasi Kriegserfahrung hätten und mit Ausnahme der eigenen unmittelbaren Vorgesetzten kein anderer Soldat überhaupt über die Kompetenz verfüge, zu beurteilen, was richtig oder falsch sei. Unausgesprochen war das der Hinweis, dass auch ich mich zurückzuhalten hätte. Diese Erfahrung zeigte mir sehr deutlich, dass sich offenkundig durch die Einsatzerfahrungen das Selbstverständnis der Soldaten so gravierend ändert, dass es nicht nur aller Ehren wert, sondern zwingend notwendig ist, dieses Thema zu durchdringen und – wo geboten – Fehlentwicklungen gegenzusteuern.

Als der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft mich bat, diesen Vortrag zu übernehmen, habe ich gerne zugesagt, weil ich mir im Status des Ruhestandes davon versprach, mit Muße die Publikationen zum Thema lesen und mit den eigenen Erfahrungen vergleichen zu können. Meine Erwartung war, dass es natürlich aktuelle dienstliche Dokumente zu dem Themenbereich „Selbstverständnis und/oder Berufsbild“ gibt. Folglich wendete ich mich in einem ersten Schritt an meinen ehemaligen Führungsstab und bat um das aktuellste Papier zum Thema. Das Resultat der Suche bewertete selbst ein Referatsleiter als überraschend. Ich hätte drastischer formuliert: Das aktuellste Dokument stammt aus dem Jahre 1994, wurde von Generalleutnant Bagger herausgegeben und trägt den Titel „Anforderungen an den Offizier des Heeres“. Damit war deutlich, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema das Studium einer Vielzahl von Veröffentlichungen aus dem politischen, militärischen und wissenschaftlichen Bereich erforderte. Für einen ehemaligen Befehlshaber, dessen Truppenverwendungen schlichtweg nicht die Zeit ließen, sich mit intensiven Quellenstudien zu beschäftigen, eine durchaus reizvolle Herausforderung.

### **Definition Berufsbild und Selbstverständnis**

Grundlage jeder thematischen Auseinandersetzung sollte die Klarheit der Begriffe sein, die die Truppenführungsvorschrift des Heeres fordert, die aber selten in den Veröffentlichungen anzutreffen war. Die Begriffe Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten stehen in einem so engen Zusammenhang, dass sie gemeinsam behandelt und abgegrenzt werden müssen.

Ein Berufsbild ist vorgegeben. Es ruht auf zwei Säulen. Zum Einen werden die Aufgaben und Tätigkeiten aufgelistet, die der Soldat zu erfüllen hat. Zum Anderen werden die Kenntnisse und Fähigkeiten beschrieben, die der Soldat haben oder erwerben muss, um seinen Beruf auszuüben. Stichworte wie Menschenwürde, Recht, Freiheit, Tapferkeit, Kameradschaft seien exemplarisch genannt. Das Soldatenbild reflektiert also das normative Verständnis des Dienstherrn vom Soldatsein im Sinne eines Forderungskataloges. Daraus folgt, dass dieser Katalog, dieses Bild des Soldaten, die Grundlage für die Führung, Ausbildung und Erziehung bildet.

Das Kennzeichen des Selbstverständnisses ist dagegen seine Subjektivität. Es spiegelt eine individuelle, verinnerlichte Wahrnehmung des Berufsbildes wider. Anders als beim SOLL des Berufsbildes stellt das Selbstverständnis als IST fest, welche Fertigkeiten, Einstellungen und Eigenschaften der Berufsinhaber an sich selber stellt, wenn er seiner beruflichen Tätigkeit nachgeht. Das Selbstverständnis entwickelt sich aus Erziehung und Ausbildung, aus eigenen beruflichen Erfahrungen und dabei besonders durch erlebte positive wie negative Beispiele. Da es stark individuell geprägt ist, muss es zwangsläufig von Soldat zu Soldat verschieden sein. Idealtypisch wäre die Deckungsgleichheit zwischen Berufsbild und Selbstverständnis.

Realistisch erscheint es, von einer Schnittmenge auszugehen, die im Sinne sowohl des Dienstherrn als auch des einzelnen Soldaten möglichst groß sein sollte. Wegen der Individualität des Selbstverständnisses kann es auch kein pauschales soldatisches Selbstverständnis geben. Es zeichnet die Unternehmenskultur aus, wenn es eine hohe Übereinstimmung zum Berufsbild gibt. Unterschiede die aus Herkunft, Bildung, Dienstzeit oder Verantwortungshöhe, sprich Dienstgrad, herrühren, werden aber immer – bei noch so viel Gemeinsamkeit – vorhanden sein. Diese Unterschiede können in der Wahrnehmung von Einzelaspekten gravierend sein. Mit Blick auf das Thema des Forums und des Vortrages ist es also geboten, sich dessen bewusst zu sein. Die auch von mir durchgeführte pauschale Erörterung ist wegen der Individualität im beruflichen Selbstverständnis zu relativieren.

Ich werde im Folgenden die Entwicklungen in unterschiedlichen Bereichen beschreiben. Entwicklungen, denen gemeinsam ist, dass sie Auswirkungen auf das Selbstverständnis gehabt haben oder haben könnten. Bevor ich meine persönlichen Wahrnehmungen und Folgerungen darstelle, möchte ich jedoch noch einen Blick auf das dienstliche Schrifttum werfen.

## **Dienstliche Grundlagen**

Der Generalinspekteur hatte kurz nach Beginn des Afghanistan-Einsatzes die Direktorenkonferenz im Aufgabenverbund Innere Führung beauftragt, ein streitkräftegemeinsames Verständnis über Qualifikationsmerkmale des Soldaten zu erstellen. Es ging also um die Aufnahme aktueller Entwicklungen in das Berufsbild des Soldaten. Brigadegeneral Dr. Wittmann, als Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr tätig, beschrieb die Ausgangslage: „Bemühungen in der Bundeswehr, ein Berufsbild oder ein Bild des Offiziers zu formulieren oder gar einvernehmlich zu verabschieden, sind in der Vergangenheit stets gescheitert, weil die Diskussionen immer ideologisch aufgeladen waren, weil historische Brüche und Belastungen rasch virulent wurden oder weil fast zwangsläufig sehr konträre Positionen aufeinanderprallten.“ Dem erneuten Ansatz folgte eine intensive Arbeit, die zu vier Gruppen von Anforderungsprofilen führte, die jeweils in Schlüsselmerkmale unterteilt und so ausdifferenziert wurden, dass letztlich über 90 Merkmale herauskamen. Im Ergebnis fanden sich die Teilstreitkräfte mit ihren spezifischen Anforderungen nicht abgebildet, und der Generalinspekteur verwarf in der Folge den Ansatz auch wegen der Nichthandbarkeit. Trotz einer Reduzierung auf die Hauptqualifikationen wurde die Arbeit mit ihrer durchaus interessanten Systematik auch nicht in die in Erarbeitung befindliche Vorschrift der Inneren Führung als Bild des Soldaten übernommen. Ganz im Gegenteil verwundert bei der Anfang 2008 herausgegebenen Vorschrift bereits der Titel, der lautet: „Innere Führung - Selbstverständnis und Führungskultur“. Da das Vorwort u.a. noch einmal betont, dass die Vorschrift „prinzipielle Aussagen zum Selbstverständnis der Soldaten...“ macht, erscheint mit Blick auf das vorher zu den Definitionen Ausgeführte, die begriffliche Unschärfe zum - wahrscheinlich gemeinten – Berufsbild des Soldaten, das zweifellos in eine Vorschrift gehört, offenkundig.

## **Militärische Entwicklungen**

### **Einsatz**

Entwicklungen mit Auswirkungen auf das Selbstverständnis gibt es natürlich zuvörderst im militärischen Bereich. Aber auch auf den in der Vorschrift genannten Grundlagenfeldern Ethik, Recht, Politik und Gesellschaft finden Entwicklungen statt, die mit Blick auf das Thema der vertieften Erörterung bedürfen. Ich beginne mit dem militärischen Bereich und stelle meine persönlichen Wahrnehmungen und Folgerungen dar, die im Wesentlichen auf Eindrücken



bei den regelmäßigen Besuchen in den Heereinsatzgebieten und der Dienstaufsicht zu Hause beruhen. Pars pro toto gehe ich nur auf die Bereiche Einsatz, Organisation und Führung ein.

Die innerhalb von knapp 10 Jahren stattfindende substantielle Veränderung des Streitkräfteauftrages von der Heimatverteidigung zur Verteidigung Deutschlands am Hindukusch brauche ich vor diesem Kreis nicht zu wiederholen. Der Einsatz ist zum wesentlichen Faktor von Bewusstseinsänderungen geworden. Aktuell (Stand: 12. Oktober 2011, Quelle BMVg) nehmen 7.328 Soldaten der Bundeswehr auf drei Kontinenten und in zwei Seegebieten in 11 verschiedenen Missionen mit unterschiedlicher Stärke Einsatzaufträge wahr. Alle Einsätze haben bestimmte Gemeinsamkeiten. Dazu gehören die Trennung und längere Abwesenheit vom vertrauten sozialen Umfeld, vergleichsweise starke Einschränkungen und Belastungen in den Lebensumständen oder Aufenthalt und Handeln in fremden Kulturkreisen. Gemeinsam ist auch die geänderte Feindlage. Es geht nicht um die Auseinandersetzung mit militärischen Gegnern, sondern um asymmetrische Kampfführung, um Unterstützung des Aufbaus staatlicher Strukturen, um die "Hearts and Minds" der lokalen Bevölkerung. Der größte Unterschied in den Einsatzgebieten ist der Grad der Bedrohung und damit der Gefährdung des höchsten Gutes des Menschen, seines eigenen Lebens. Um den Einfluss auf das Selbstverständnis zu verdeutlichen, verkürze ich die Betrachtung auf die Lage mit der höchsten Gefährdung, also auf meine Beobachtungen in Afghanistan.

*Diese Soldaten waren von ihrem Selbstverständnis im Krieg, dass ihr Einsatz, ihr Mut und ihre Tapferkeit in der Heimat nicht ausreichend wahrgenommen, geschweige denn gewürdigt wurde, führte zu dem Gefühl, einer kleinen, zwar unverstandenen, aber leistungsstarken Elite anzugehören.*

Wie reagieren Soldaten, wenn sie selbst in Lebensgefahr waren und den Tod nahestehender Kameraden unmittelbar miterlebten? Ich habe bei Soldaten des Bataillons mit den meisten Gefallenen aller Verbände vor Ort erlebt, wie sie zusammenrückten, nachdem sie Kameraden bei hinterhältigen Anschlägen verloren hatten. Die Betten der Gefallenen blieben bis zum Einsatzende leer, aber drei Tage nach dem Hinterhalt war der Zug wieder mit gleichem Auftrag und gleicher Wegstrecke unterwegs. Das Signal war der unbedingte Wille, sich nicht unterkriegen zu lassen, schon der Sinnhaftigkeit des Todes der Kameraden willen. Diese Soldaten waren von ihrem Selbstverständnis im Krieg. Dass ihr Einsatz, ihr Mut und ihre Tapferkeit in der Heimat nicht ausreichend

*Der größte Unterschied in den Einsatzgebieten ist der Grad der Bedrohung und damit der Gefährdung des höchsten Gutes des Menschen, seines eigenen Lebens.*

wahrgenommen, geschweige denn gewürdigt wurde, führte zu dem Gefühl, einer kleinen, zwar unverstandenen, aber leistungsstarken Elite anzugehören. Nach meiner Wahrnehmung fühlten sich diese Soldaten im Sinne einer von

*Nach meiner festen Überzeugung ist die Fähigkeit und der Wille zum Kampf die Grundvoraussetzung soldatischen Handelns. Sie ist das Alleinstellungsmerkmal des Soldatenberufes.*

Professor Wiesendahl eingeführten Begrifflichkeit zunehmend als Spartaner. Für den Spartaner ist der Kampf der Kern des militärischen Handelns. In seinem Selbstverständnis bezieht er seine Identität, seine Sinnerfüllung und seinen beruflichen Stolz aus der existentiellen

Ausnahmesituation des Kampfes. Er empfindet sich als Krieger. Diese Einstellung meine ich gespürt zu haben. Das Gegenteil des Spartaners – und ich folge der Systematik von Professor Wiesendahl weiterhin – ist der Athener. Dieser Soldatentyp versteht sich, weit über die klassische Rolle des Kämpfers hinausreichend, auch als Schützer, Helfer oder Vermittler. Das Anforderungsprofil ist erweitert um soziale, kulturelle, polizeiliche und diplomatische Kompetenzen. Dieses Berufsbild entspricht sowohl dem letzten Weißbuch als auch der Vorschrift „Innere Führung“. Es ist die geistige Grundlage für die Umsetzung des Konzeptes der vernetzten Sicherheit, das weit über das Besiegen des Gegners im Kampf hinausgeht.

Nach der Schilderung des punktuell Erlebten und der akademischen Differenzierung drängt sich geradezu die Frage auf, wo sich denn nun die Soldaten der Bundeswehr in der Entwicklung des Selbstverständnisses einzuordnen haben? Nach meiner festen Überzeugung ist die Fähigkeit und der Wille zum Kampf die Grundvoraussetzung soldatischen Handelns. Sie ist das Alleinstellungsmerkmal des Soldatenberufes. Je umfassender die Anforderungen an den Soldaten im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes der vernetzten Sicherheit werden, umso größer wird die Gefahr, dass die Kernfähigkeit im Bewusstsein ihren Stellenwert verliert.

Wenn die Bundeswehr in der Nachwuchswerbung mit Sicherheit Arbeitsplatzsicherheit meint, wenn bei der Bundeswehrpräsentation beim Deutschlandfest vor wenigen Wochen in Bonn Katastrophenschutzübungen und sanitätsdienstliche Fähigkeiten im Vordergrund stehen, wenn bei dieser Präsentation keine einzige Waffe zu sehen ist, dann ist das ein sichtbarer Ausdruck einer schleichenden Akzentverschiebung weg vom soldatischen Kernauftrag. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Fähigkeit zum Kampf ist und bleibt der Kern, reicht für die Bewältigung der geänderten Anforderungen jedoch nicht mehr aus. Ohne die Fähigkeiten des Atheners, der in seinen Wertvorstellungen und

seiner Motivation dem Idealbild des Staatsbürgers in Uniform entspricht, ist ein Konzept der vernetzten Sicherheit nicht umzusetzen.

Ich war als Befehlshaber verantwortlich für die einsatzvorbereitende Ausbildung. Meine anfängliche Sorge war, dass bei einer Fülle von Ausbildungsmodulen der Blick für das soldatisch-handwerkliche, nämlich die Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen und anderen notfalls auch mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen, verlorenzugehen drohte. Je länger die Einsätze dauerten, je häufiger Tod und Verwundung zu beklagen waren, desto mehr wurde deutlich, dass das Selbstverständnis der Soldaten abhängig vom Erlebten im Einsatz immer weiter auseinanderzudriften drohte. Anders ausgedrückt: Je weiter man von Duellsitu

ationen entfernt war, desto mehr geriet das Bewusstsein über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Kernfähigkeiten in den Hintergrund. Nehmen Sie eine beliebige Anzahl von Stabsoffizieren aus dem vielfältigen Ämterbereich der Bundeswehr und lassen Sie diese mit ihren Handwaffen schießen und die Waffe zerlegen. Sie würden sich über die Ergebnisse wundern. Warum? Weil das Selbstverständnis des Soldaten, der im Friedensbetrieb seinen Dienst leistet, sich zwangsläufig verschiebt. Er

macht die tägliche Erfahrung von Dienstzeitregelung, Zeiterfassung, Diskussion über Beteiligungsrechte, Antidiskriminierung, Familie und Beruf, Attraktivitätssteigerung – alles Themen, die sich natürlich nur auf den Friedensbetrieb beziehen. Ich habe mit Fortdauer der Einsätze im Heer die positive Erfahrung gemacht, dass sich das Selbstverständnis wieder in dem Maße annäherte, wie die Einsatzteilnahme für nahezu alle Soldaten des Feldheeres zur Routine wurde und die Unterschiede zwischen Stab und Linie sich in Bezug auf diese Erfahrungen immer mehr verwischten.



Familie und Beruf – nicht leicht zu vereinbaren

## Organisation

Bei der Klärung der Begriffe habe ich verdeutlicht, dass das berufliche Selbstverständnis des Soldaten subjektiv ist. Wenn es eine tragende Säule für die Identifikation mit dem Beruf bildet und zu Berufsstolz und -zufriedenheit führen soll, stellt sich die Frage, wie der Soldat das Unternehmen Bundeswehr erlebt? Die Wahrnehmung ist dabei auch eine Frage des Dienstaltes. Der ältere Stabsoffizier

hat die geordnete Zeit des Kalten Krieges erlebt. Geordnet, weil neue, vorrangig technische Entwicklungen und Beschaffungen im Abstand von Jahrzehnten zur Änderung von Strukturen führten. Seit 1990 erleben wir eine dramatische Veränderung. Fünf Reformen hatten die Menschen im Unternehmen Bundeswehr seitdem zu verkraften. Allen war gemeinsam, dass sie mit Reduzierungen und damit in der Folge mit Eingriffen in die individuelle Lebensplanung verbunden waren. Ihnen war auch gemeinsam, dass sie stets als effizienzsteigernd und

*Ich habe mit Fortdauer der Einsätze im Heer die positive Erfahrung gemacht, dass sich das Selbstverständnis wieder in dem Maße annäherte, wie die Einsatztteilnahme für nahezu alle Soldaten des Feldheeres zur Routine wurde und die Unterschiede zwischen Stab und Linie sich in Bezug auf diese Erfahrungen immer mehr verwischten.*

zukunftssichernd bezeichnet wurden. Als ein Beispiel sei nur die sogenannte Jahrhundertreform, die mit Minister Scharping verbunden war, genannt. Allen Reformen war ebenfalls gemeinsam, dass sie das Problem der Unterfinanzierung der Streitkräfte nicht lösten und damit immer schneller obsolet wurden. Die sechste Reform mit dem Namen „Neuausrichtung“ ist in der Einführung und wird mit der in fünf Tagen angekündigten Verkündung

der Stationierungsentscheidungen in ihrer Dimension sichtbar werden. Vor drei Wochen berichtete jedoch schon ein gewöhnlich vorzüglich informiertes Nachrichtenblatt über erste Überlegungen in Parteien, die sich die Übernahme der Regierungsverantwortung nach der nächsten Wahl ausrechnen, Überprüfungen der Höhe des Verteidigungsetats vornehmen zu müssen. Die Haltbarkeit einer Struktur und damit ein Stück individueller Planungssicherheit verkürzt sich immer mehr. Mathematisch hält eine Reform in der Bundeswehr weniger als vier Jahre. Die Initiativen kommen inzwischen ausnahmslos aus dem politischen Raum und werden ausschließlich durch finanzielle Aspekte ausgelöst. Sicherheitspolitische Begründungen fehlen oder folgen mit Rechtfertigungscharakter. Professor Fleckenstein schrieb dazu schon bei der letzten Reform, die den Namen „Transformation“ trug, dass das „vorgelegte Tempo und die Radikalität des Umbaus nur im Militär möglich war. Keine zivile Organisation hätte das ausgehalten beziehungsweise sich darauf eingelassen.“

Wenn das so ist, hat die Bundeswehr bisher ein Selbstverständnis gezeigt, dass eine gewisse Einmaligkeit besitzt und als hohes Gut wahrgenommen und gepflegt werden sollte. Die aktuelle Wahrnehmung der Soldaten ist nach meiner Beobachtung – als inzwischen Außenstehender – durch zwei Dinge wesentlich gekennzeichnet: zum einen durch das zunehmende Empfinden von aus der finanziellen Notlage geborenen materiellen Mängeln und zum anderen aus der Besorgnis über die eigene Zukunft. Einer Zukunft, deren Kennzeichen fortlau-

fende Strukturveränderungen bei gleichzeitig relativ steigender Einsatzbelastung ist. Dieses führt zu Unsicherheiten in Bezug auf die persönliche Lebensplanung und beeinflusst so das berufliche Selbstverständnis nachhaltig. Diese Entwicklung ist schleichend. Sie beginnt beim unmittelbar betroffenen Individuum, setzt sich fort über Gruppen und kann, wenn nicht durch Änderung der Umstände reagiert wird, weite Bereiche des Personals erfassen. Der Prozess ist deshalb gefährlich, weil er substanzbedrohend ist. Er endet letztlich in dem Verlust von Vertrauen in das Unternehmen und seine Führung. Deshalb ist die Mitnahme der Menschen bei den Änderungsprozessen wichtiger denn je.

## **Führung**

Lassen Sie mich den Abschnitt der Entwicklungen mit Auswirkungen auf das Selbstverständnis im militärischen Bereich mit Anmerkungen zur Führung abschließen. Meine Beobachtung ist, dass sich die Kultur der militärischen Führung zwischen der Führung im Einsatz und der Führung im Frieden in der Heimat zunehmend auseinanderentwickelt hat. Das unserem Menschenbild und unserer deutschen Militärtradition entsprechende Führen mit Auftrag wird im Einsatz noch am ehesten praktiziert. Je tiefer die Verantwortungsebene, desto eher ist zu beobachten, dass den Untergebenen nicht nur das Ziel bei entsprechendem Handlungsspielraum vorgegeben wird, sondern dass ihnen auch die entsprechenden Mittel zugewiesen werden. Wenn Auftrag und Mittel weit auseinanderklaffen, findet das angestrebte Führungsverfahren der Auftragstaktik mangels Fundament nicht statt. Im Heimatland haben die letzten strukturellen Veränderungen das Wahrnehmen von Auftragstaktik als Führungsverfahren immer mehr reduziert. Durch Maßnahmen wie dem Outsourcing von militärischen Leistungen, der Zusammenarbeit mit Unternehmen in der private public partnership sowie Erweiterungen und Aufgabenverlagerungen der militärischen Organisationsbereiche ist eine Situation entstanden, die Auswirkungen auf das Selbstverständnis haben musste. Die Anforderungen an militärische Führung haben sich durch diese Organisationsmaßnahmen geändert.

*Meine Beobachtung ist, dass sich die Kultur der militärischen Führung zwischen der Führung im Einsatz und der Führung im Frieden in der Heimat zunehmend auseinanderentwickelt hat.*

Lassen Sie mich diese Entwicklung am erlebten Beispiel der Führung einer Heereskompanie darstellen. Der Kompaniechef verfügte vor gut zwei Jahrzehnten weitgehend über die seinem Auftrag und seiner Ebene entsprechenden Mittel. In der Personalgewinnung warb er für die Besetzung der Stellen in seiner Kom-

panie, in der Materialerhaltung stand ein Wartungstrupp zu seiner Verfügung, sein Sanitätstrupp war zumindest bei Übungen in der Einheit und sein Feldküchenstrupp war für die Verpflegung und entsprechendes Lob und Tadel zuständig. Überwiegend aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen stellt sich die Situation heute so dar, dass Nachwuchswerbung und Stellenbesetzung zentral über Stellenbörsen koordiniert werden, dass Instandsetzung in einem gesonderten Unternehmen der Heeresinstandsetzungslogistik durchgeführt wird, dass Nutzungsanforderungen für Truppenübungsplätze auf dem Lande an einen Organisationsbereich außerhalb des Heeres – die Streitkräftebasis – gerichtet werden müssen, dass der Organisationsbereich Sanitätswesen auf Anforderung Sanitätstrupps aus den verfügbaren Möglichkeiten stellt und dass der Einheitsführer nahezu jeden Einfluss auf das outgesourcte Verpflegungswesen verloren hat.

Um nicht falsch verstanden zu werden. Ich kritisiere nicht die einzelnen Maßnahmen, die betriebswirtschaftlich sinnvoll gewesen sein können und deren Wirksamkeit ich nicht beurteilen kann. Ich betrachte die Auswirkungen dieser geänderten Rahmenbedingungen auf die Führungserfordernisse. Der heutige Kompaniechef, der seine Soldaten gut ausbilden will, muss seine Absichten mit einer zunehmenden Zahl von Stellen abstimmen. Alle externen Unterstützungsleistungen müssen zeitgerecht schriftlich angefordert und häufig begründet werden. Ob er diese Leistung zügig und vollständig erbringt, lässt sich hervorragend kontrollieren, wenn Controlling als Detailkontrolle falsch verstanden wird. Auftrag und Mittel entwickeln sich – und das nicht nur auf dieser unteren Ebene – immer weiter auseinander. Die Folge dieser Entwicklung wird im Einsatz sichtbar. Von dem gleichen Führer, besser: Manager, der eine Vielzahl von Koordinierungen externer Stellen durchführen musste, um seinen Auftrag durchführen zu können, wird im Einsatz Entschlussfreude, zupackendes Handeln usw. verlangt, da die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Dieser Diskrepanz, diesen unterschiedlichen Anforderungen in Frieden und Einsatz mit ihren Auswirkungen auf die Führungskultur müsste bei allen Strukturveränderungen mehr Gewicht beigemessen werden. Wenn das Selbstverständnis des Atheners das Ziel ist und bleiben soll, sollte die Wirkung organisatorischer Maßnahmen auf die Aufgabenwahrnehmung und damit auf das Selbstverständnis sehr bewusst bei Entscheidungen Berücksichtigung finden.

An den Bereichen Einsatz, Organisation und Führung habe ich versucht, Entwicklungen darzustellen, die im Ergebnis Änderungen des Selbstverständnisses zur Folge hatten oder haben können. Für den militärischen Bereich der Rahmenbedingungen fasse ich zusammen: Einsatzerfahrungen können das Selbst-

verständnis als Spartaner fördern. Die Diskrepanz zwischen einsatzerfahrenen und nichteinsatzerfahrenen Soldaten kann durch das gravierend unterschiedliche Selbstverständnis Identitätsprobleme im Unternehmen Bundeswehr zur Folge haben. Das immer höhere Tempo an Strukturveränderungen kann wegen seiner Auswirkungen auf das Selbstverständnis substanzbedrohend sein und letztlich wäre es für das Selbstverständnis insgesamt hilfreich, wenn Auftragstaktik nicht nur als Markenbegriff mit Stolz gebraucht werden würde, sondern mit allen Facetten auch das Führungshandeln bestimmen würde.

## **Ethische Entwicklungen**

Der militärische Bereich ist zwar wesentlich, aber nicht ausschließlich für die Bildung des Selbstverständnisses relevant. Es gilt, auch die Bereiche Ethik, Recht, Politik und Gesellschaft in ihren Entwicklungen auf die möglichen Auswirkungen zu prüfen. Ich wende mich als Erstes der Ethik zu.

Die Forderung des Berufsbildes ist kurz und knapp in der Vorschrift der Inneren Führung festgehalten. Das Grundgesetz ist die Grundlage des Wertesystems und die Achtung der Menschenwürde höchste Verpflichtung aller Soldaten. Wenn Selbstverständnis aber Ausdruck eines Bewusstseins ist, stellt sich die Frage, wie bewusst sind diese Werte eigentlich? Als in Afghanistan Soldaten mit Totenschädeln spielten, war dies in der Medienwahrnehmung ein weiterer Skandal in der Geschichte der Bundeswehr. Geradezu reflexartig und vorhersehbar kam aus der politischen und militärischen Führung auch als Reaktion auf den medialen Druck die Frage nach Maßnahmen, die einen solchen Sittenverfall künftig verhindern. Die Ermittlungen ergaben ein anderes Bild. Die Hauptursachen für das Geschehen lagen in gravierenden Führungsfehlern von jungen Vorgesetzten. Die Frage nach Dauer, Inhalten und gegebenenfalls Defiziten in der Ausbildung des Offiziersnachwuchses wurde jedoch nicht gestellt. Es ging ausschließlich um den Teilaspekt der Wertevorstellung unserer Soldaten und deren Vermittlung in der Ausbildung. Die Soldaten, die mit ihrem Tun die Aufregung ausgelöst hatten, waren sich nicht im Geringsten bewusst, dass ihre Handlungen stil- und würdelos, schlicht unanständig waren. Die Männer waren nicht menschenverachtend, sondern schlicht ungebildet. Hier gilt es anzusetzen.

Sehr zu Recht stellt das Weißbuch 2006 fest, dass eine intensive ethisch-moralische Bildung nicht nur dazu beitrage, ein reflektiertes Selbstverständnis zu entwickeln, sondern auch die Fähigkeit zum eigenverantwortlichen Handeln fördere. Die Annahme, dass diese Feststellung in einer erkennbaren Systematik

bei der Erziehung und Ausbildung der Anwärter aller Laufbahnen ihren Niederschlag gefunden hätte, ist jedoch irrig. Wenn zunehmend ein Werteverfall in der Gesellschaft beklagt wird und der wertegebundenen Bewusstseinsbildung ein hoher Stellenwert für das berufliche Selbstverständnis zukommt, gilt es, diesem Sachverhalt ein besonderes Augenmerk zu widmen. Es darf eben nicht nur darum gehen, bei Effizienz ausschließlich vom Einsatz her zu denken, sondern ebenso gewichtig müssen Änderungen vom Menschen her gedacht werden. Ich sehe eine gewisse Einseitigkeit im bisher wahrgenommenen Vorgehen und warne vor möglichen Auswirkungen auf das Selbstverständnis.

### **Rechtliche Entwicklungen**

Neben den ethischen sind auch die rechtlichen Grundlagen im Kern langfristig. Sie sind die Pfeiler im Berufsbild. Für die Betrachtung des Selbstverständnisses gilt es jedoch auch beim Recht, die Entwicklung der Wahrnehmung zu betrachten. Die rechtlichen Grundlagen soldatischen Handelns sind festgelegt. Völkerrecht, Grundgesetz, Wehrgesetze, um nur die wesentlichen Rechtsgrundlagen zu nennen, legen die Rechte und Grenzen soldatischen Handelns ebenso fest wie die Stellung im Staat. Dieser rechtsstaatliche Rahmen ist nach meinen Erfahrungen tief im Bewusstsein verankert. Problematisch wird es in dem Augenblick, in dem Entwicklungen so dynamisch verlaufen, dass sie dem rechtlichen Rahmen vorausseilen.

Aus der Vielzahl der einsatzbedingten Beispiele möchte ich einige herausgreifen. Wenn am Anfang der Einsätze auf dem Balkan ein einsatzbedingter Unfall mit tödlichem Ausgang in der Heimat behandelt wird wie ein Verkehrsunfall auf dem Weg zum Arbeitsplatz, war dies als Grundlage des Verwaltungshandelns damals rechtlich korrekt aber an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Die Rules of Engagement, die den Handlungsrahmen des Soldaten besonders im Falle der Gewaltanwendung regeln sollen, waren am Anfang des Afghanistaneinsatzes so einengend, dass sie die Soldaten besonders in Duellsituationen vor die Entscheidung stellten, rechtlich einwandfrei oder im Sinne der Auftragsbefüllung zu handeln. Beides ging häufig nicht. Auch die Übertragung heimatlicher Regeln – von Mülltrennung bis zum Verbot, mit den sehr wirksamen Bildverstärkerbrillen nachts zu fahren – trug zum Unverständnis bei. Für mich wurde die Diskrepanz zwischen dem Einsatz und der Heimat am deutlichsten, als Verteidigungsminister Jung bei einer Trauerfeier in Zweibrücken von tödlichen Verwundungen sprach und den Ausdruck „Krieg“ aus rechtlichen Gründen ver-



mied. Die Trauerfeier wurde in den Einsatz übertragen, und die Kameraden der Gefallenen reagierten – auch lautstark – mit derartiger Empörung, dass ein Einschreiten von Vorgesetzten geboten gewesen wäre und aus nachvollziehbaren Gründen nicht stattfand.

Als letztes Beispiel sei genannt, dass der von Oberst Klein befohlene Luftangriff einen Untersuchungsausschuss zur Folge hatte, der nach sage und schreibe mehr als einem Jahr der Bewertung zu unterschiedlichen Ergebnissen kam. Ein Rechtsberater vertrat die Auffassung, Oberst Klein hätte zwingend in der nächsten Entscheidungssituation seinen Rechtsberater einschalten müssen.

Wenn der rechtliche Rahmen, der die Grundlage soldatischen Handelns darstellt, im Einzelfall veraltet, wirklichkeitsfern oder so komplex ist, dass er den unter Zeitdruck Handelnden lähmt, sind die Auswirkungen absehbar. Ich habe Soldaten erlebt, die Einsatzlagen und ihr rechtliches Fehlverhalten so schilderten, dass ich ihre Handlungen im Nachhinein nur billigend zur Kenntnis nehmen konnte. Diese Entwicklung hielt ich für äußerst bedenklich. Ich gebrauche die Vergangenheit, weil natürlich mit den üblich langen Zeitabläufen rechtliche Veränderungen vorgenommen wurden, die die größten Defizite in Bezug auf Rechtssicherheit beim Handeln in Einsatz beseitigt haben.

*Je mehr der Gedanke an Fehlervermeidung Teil des Selbstverständnisses wird, desto größer wird der Widerspruch zum vom Berufsbild geforderten eigeninitiativ und -verantwortlich handelnden Offizier.*

Welche Folgen kann das exemplarisch Geschilderte auf das Selbstverständnis haben? Zuerst gilt es festzustellen, dass der Soldat, der sich mit seinen Handlungen auf unsicherem rechtlichen Boden fühlt, das Vertrauen in die Führung verliert. Je nach seinem Selbstverständnis wird er vermeintliche rechtliche Behinderungen ignorieren, was in das Bild des Spartaners passen würde, oder er wird mit schlechtem Gewissen oder gar nicht im Sinne des Auftrages agieren, was im Sinne der Sache ebenso fatal wäre. Es gilt also, auch auf dem Rechtsgebiet wahrzunehmen, dass der Soldat die Regelungen seines Rechtsstaates im Kleinen bei den Vorschriften, Verordnungen und Regeln erlebt und es hier ebenso bedeutsam ist, dass das Berufsbild sich nicht mit dem aus dem Erlebten entstandenen Selbstverständnis auseinander entwickelt.

Der rechtliche Aspekt kann nicht ohne Blick auf den Friedensdienst beendet werden. Die Verrechtlichung und daraus folgende Regelungsdichte in unserem Land nimmt natürlich auch den Bereich der Streitkräfte nicht aus. Die Zahl der

von einem Führer zu beachtenden Regelungen konnte ich nicht mehr überblicken. Von Datenschutz über Umweltschutz über Hygienebestimmungen über Kraftfahrregelungen über, über, über. Mir ist kein Bereich bekannt, in dem Regelungen gestrichen, verkürzt oder vereinfacht wurden. In der Folge wird die Gefahr, dass Absicherungsdenken Geist und Taten militärischer Führer bestimmt, immer größer. Je mehr der Gedanke an Fehlervermeidung Teil des Selbstverständnisses wird, desto größer wird der Widerspruch zum vom Berufsbild geforderten eigeninitiativ und -verantwortlich handelnden Offizier.

### **Politische Entwicklungen**

Die Betrachtung der Entwicklungen auf den Gebieten Ethik und Recht soll zumindest aufgezeigt haben, dass bei diesen Pfeilern des Berufsbildes durchaus Entwicklungen festzustellen sind, die auf das Selbstverständnis einwirken. Wie viel ausgeprägt muss dann die Wechselwirkung zwischen politischem Handeln und soldatischen Auswirkungen auf das Selbstverständnis sein?

Die politischen Grundlagen soldatischen Handelns sind knapp und eindeutig in der Vorschrift „Innere Führung“ zusammengefasst. Der Primat der Politik, die Festlegung der Prinzipien und Interessen deutscher Sicherheitspolitik durch die Verfassungsorgane sind offenkundig. Nicht ganz so eindeutig verhält es sich mit der inhaltlichen Ausgestaltung der Interessen der deutschen Sicherheitspolitik. Wo die Interessen liegen, ist in der zitierten Vorschrift über das Weißbuch und die Verteidigungspolitische Richtlinien mit Unterscheidungen nur in Nuancen veröffentlicht. Die Handlungen in der Umsetzung berühren Soldaten als Teil gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge natürlich besonders. Wenn politisches Handeln für die von den Auswirkungen Betroffenen nicht nachvollziehbar wird, beginnt der Einfluss auf das Selbstverständnis zu wirken.

Ich nenne Ihnen erlebte Beispiele. Im Verlauf der Jahre 2008/2009 war in Afghanistan durch wiederholte Raketenangriffe auf die Feldlager und das zunehmend militärisch geordnete Agieren der Taliban deutlich, dass der gestiegenen Bedrohung mit einer Eskalation der Reaktionsmöglichkeiten aus militärischer Sicht zu antworten war. Konkret ging es um die Verlegung und den Einsatz von Panzerhaubitzen. Die Ablehnung aller Anträge enthielt den wahren rein politischen Grund nicht. Es war nicht opportun, im Vorfeld einer Bundestagswahl und danach anstehender Mandatsverlängerung den durch den Einsatz von schweren Waffen sichtbaren Wandel des Einsatzes von der Friedensstabilisierung zur Friedenserzwingung zu vollziehen. Wenn politische Führer oder Gremien

über Waffenkaliber im Einsatz entscheiden, wird den verantwortlichen militärischen Führern mit der Entscheidungsfreiheit auch ein Teil der Verantwortung entzogen. Noch schlimmer wäre es, wenn die Spitze der militärischen Führung, politisch vorausseilend denkend, die Politik gar nicht vor militärisch gebotene Entscheidungssituationen stellt. Wer entscheidet trägt bekanntermaßen auch die Verantwortung für sein Tun. Der militärische Rat hat sich ausschließlich an militärischen Erfordernissen auszurichten. Die abweichende politische Entscheidung mag wegen der Berücksichtigung anderer Faktoren begründet sein, es muss nur eindeutig und nachvollziehbar sein, wer die Verantwortung trägt.

Was empfinden eigentlich deutsche AWACS-Besatzungsmitglieder, die jahrzehntelang in tiefer Integration gemeinsam mit den verbündeten Kameraden Dienst leisten, wenn deutsche Politik die AWACS-Beteiligung am Afghanistaneinsatz ablehnt, später die Beteiligung am Bündniseinsatz in Libyen ablehnt und nach den ersten heftigen Reaktionen umgehend mit großer Schnelligkeit der Afghanistanbeteiligung zustimmt. Was empfindet der deutsche Soldat im Bündnis? Wie ist sein Selbstverständnis vom Primat der Politik? Wie soll eigentlich Vertrauen entstehen, wenn es auch um die geringste deutsche Beteiligung an Aktionen des Bündnisses politische Debatten mit hoher Ungewissheit über den Ausgang gibt? Je höher die militärische Verantwortungsebene ist, desto klarer werden diese Zusammenhänge deutlich.

*Wenn politische Führer oder Gremien über Waffenkaliber im Einsatz entscheiden, wird den verantwortlichen militärischen Führern mit der Entscheidungsfreiheit auch ein Teil der Verantwortung entzogen.*

Deshalb sind die Folgen für das Selbstverständnis nicht zu generalisieren, sondern in Bezug auf das Handlungsfeld Politik sicher wesentlich vom Einblick in Abläufe und Mechanismen abhängig.

In der Bundeswehr gab es einen Soldaten, der über die höchste Kompetenz in der Beurteilung der Lage in Afghanistan verfügte. Er war als Befehlshaber des „Joint Forces Command“ in Brunssum nicht nur mehr als 20 Mal in allen Regionen des Landes, sondern trug auch Führungsverantwortung für die ISAF-Mission. Der Verteidigungsausschuss hat diesen General zur eigenen Meinungsbildung nicht ein einziges Mal angehört.

Ich will es bei diesen wenigen Beispielen bewenden lassen. Gemeinsam ist ihnen ein politisches Handeln, das häufig eher durch Unbehagen im Umgang mit militärischer Macht als durch eine klare Umsetzung der definierten Sicherheitsinteressen gekennzeichnet ist. Es gilt deshalb auch auf dem Feld der Politik, die

Auswirkungen von Entwicklungen oder eher Entscheidungen auf das Selbstverständnis sorgfältig zu beobachten.

## **Gesellschaftliche Entwicklungen**

Die von mir wahrgenommenen und beschriebenen jüngsten Entwicklungen mit ihren Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Soldaten können nicht beendet werden, ohne abschließend auf Entwicklungen in der Gesellschaft einzugehen. Die Vielfalt unserer freiheitlichen Gesellschaft mit ihren Überzeugungen, Lebensentwürfen, religiösen und weltanschaulichen Bekenntnissen, Meinungen und Interessen spiegelt sich naturgemäß auch bei den Soldaten wider. Die Vorschrift der Inneren Führung postuliert, dass die Pluralität auch zwischen den Soldaten anerkannt wird und im Dialog zu Kameradschaft und Vertrauen beitragen

*Wenn Kennzeichen für die Entwicklung in unserer Gesellschaft eine zunehmende Individualisierung, Verfall von Werten und religiösen Bindungen und Entsolidarisierung ist, um nur einige aktuelle Schlagworte zu nennen, dann werden diese Tendenzen auch bei den Soldaten ihren Niederschlag finden. Wer sich nicht getragen fühlt, wird die Intensität seines persönlichen Einsatzes im Beruf entsprechend anpassen.*

soll. Diese unstrittige Forderung beschränkt sich auf die interne Kommunikation. Mehr kann eine Vorschrift für die Streitkräfte billigerweise auch nicht leisten. Mindestens ebenso entscheidend für das Selbstverständnis des Soldaten ist jedoch die Wechselwirkung mit der Gesellschaft. Der Soldat fühlt sich seinem Land verpflichtet, er schwört, dass er ihm treu dienen will. Die Differenzierung zwischen der Bindung an das Land und der Abhängigkeit von der Politik ist am amerikanischen Beispiel

der Reaktion auf den Irak-Krieg deutlich geworden. Die Mehrheit der Bürger hat das amerikanische Engagement abgelehnt, ihre Soldaten aber vorbehaltlos unterstützt. Eine vergleichbare emotionale Bindung der Gesellschaft an ihre Soldaten ist in der Bundesrepublik nicht zu erkennen. Die Beschreibung als „wohlwollendes Desinteresse“ trifft nach meiner Beobachtung den Kern. Mögen Entscheidungen noch so gravierende Auswirkungen für die Menschen in den Streitkräften haben, es gibt keine breite, gesellschaftliche Diskussion. Mit Blick auf die bisherige Wehrpflichtarmee, die mehrere Millionen junge Männer in ihren Reihen hatte, ein Armutszeugnis. Bei diesem Sachverhalt ist es nachvollziehbar, dass Politik als auf Zeit verliehene Macht dieses gesellschaftliche Desinteresse aufnimmt und entsprechend agiert. Das Verhalten im Streit um knappe Ressourcen oder um die militärische Beteiligung an Bündniseinsätzen sei pars pro toto als politisches Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklungen genannt. Die bisher eher abstrakte Beschreibung findet ihren konkreten Niederschlag auf das Selbstverständnis durch Wahrnehmungen und Erlebnisse des Einzelnen.

Lassen Sie mich meine Beispielschilderungen abschließen mit der Beschreibung einer Situation in der Intensivstation des Bundeswehrzentralkrankenhauses. Am Bett eines schwerstverwundeten, im Gesicht ziemlich entstellten Soldaten saß seine junge Ehefrau, das Kleinkind wurde betreut. Die junge Frau war beeindruckend gefasst, empfand den Zustand ihres Mannes als schlimm, erzählte aber freimütig, dass sie bei der Heirat gewusst habe, worauf sie sich als Soldatenfrau einließe. Sie sah optimistisch in die Zukunft. Als tief verletzend habe sie aber die Reaktion ihrer Bäckersfrau empfunden, die das Bekanntwerden des Schicksals der jungen Familie mit der Frage kommentierte: „Was macht der Mann auch in Afghanistan?“. Unausgesprochen klang durch, dass er schließlich selbst schuld an seinem Schicksal sei. So ein Einzelerlebnis wirkt nachhaltig auf das berufliche Selbstverständnis. Die Überzeugung, dass die Geisteshaltung, die in dieser Äußerung zum Ausdruck kam, nur vereinzelt anzutreffen sei, habe ich nach vielen Gesprächen mit Einsatzrückkehrern nicht mehr. Aus solchen Begebenheiten, wenn sie denn Ausdruck einer Entwicklung sind, müssen Zweifel im beruflichen Selbstverständnis an der Sinnhaftigkeit des Dienens erwachsen.

Ich komme noch einmal auf die von Professor Wiesendahl eingeführte Unterscheidung im Selbstverständnis zwischen dem Athener und dem Spartaner zurück. Das Kennzeichen des Atheners ist seine sittliche Bindung an das Gemeinwesen. Er lebt dessen Werte und ist bereit, sie zu verteidigen. Der altmodische Begriff des Dienens an der Gemeinschaft hat hier den Kern seiner Bedeutung. Der 5. Nationale Generalstabs-/Admiralstabslehrgang an der Führungsakademie hat im vergangenen Jahr die Rolle der Generalstabsoffiziere unter den geänderten Rahmenbedingungen reflektiert, als Teil des Berufsbildes verstanden und in einem lesenswerten Papier 10 Thesen aufgestellt. Bemerkenswerterweise lautet die erste These: „Kern des Selbstverständnisses des Offiziers im Generalstabs-/Admiralstabsdienst ist das Dienen. Sein Streben besteht darin, seinem Land auf dem höchsten Niveau seiner Fähigkeiten zu dienen.“

Wenn Kennzeichen für die Entwicklung in unserer Gesellschaft eine zunehmende Individualisierung, Verfall von Werten und religiösen Bindungen und Entsolidarisierung ist, um nur einige aktuelle Schlagworte zu nennen, dann werden diese Tendenzen auch bei den Soldaten ihren Niederschlag finden. Wer sich nicht getragen fühlt, wird die Intensität seines persönlichen Einsatzes im Beruf entsprechend anpassen. Es mag sein, dass bei den Soldaten die gesellschaftlichen Entwicklungen nur individuell das Selbstverständnis Einzelner berührt haben, die Gefahr, dass die Auswirkungen übergreifend Stimmung und Einstellung des Personals als Ganzes erfassen, ist jedoch nicht auszuschließen.

## Zusammenfassung

Lassen Sie mich abschließend eine Klarstellung vornehmen. Es war nicht meine Absicht und entsprach auch nicht meiner thematischen Vorgabe, den Ist-Zustand der Befindlichkeit der Soldaten zu beschreiben. Ich habe mich mit Entwicklungen auf den unterschiedlichsten Gebieten auseinandergesetzt und meine ganz persönliche Auffassung mit Ihnen geteilt. Es ist allerdings so, dass ich glaube eine Vielzahl von Entwicklungen beobachtet zu haben, die das berufliche Selbstverständnis zwar individuell unterschiedlich stark berühren, aber Auswirkungen auf die dienstliche Leistungsbereitschaft haben können. Deshalb müssen diese Entwicklungen aufmerksam verfolgt werden.

Aktuell ist ein starkes Bemühen auf dem Gebiet der Nachwuchssicherung zu erkennen. Die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte hängt jedoch wesentlich von den im Dienst befindlichen Soldaten ab. Wenn diese Tatsache im Bewusstsein verankert ist, wird bei grundlegenden Eingriffen in die Struktur ein Hauptaugenmerk auf der Wirkung auf die aktiven Soldaten liegen. Wir erleben jedoch zum wiederholten Male, dass das Schlagwort Effizienzsteigerung dominant im Vordergrund steht. Wie die Menschen in Uniform jedoch zu überzeugen sind, wie ihnen Orientierung zu geben ist, findet allenfalls als Nebenbetrachtung, die häufig wie Pflichtübungen wirkt, stets am Ende entsprechender Begründungen statt. „Den Menschen mitnehmen“ sollte nicht nur als Schlagwort im Raum stehen, sondern muss mit Inhalten gefüllt werden.

Ich schließe mit einem Zitat der Herausgeber eines berufsethischen Bandes des Institutes für Theologie und Ethik der Bundeswehruniversität München, das unter der Überschrift „Vom Menschen her denken“ ausführt: „Das Selbstverständnis der Bundeswehr erscheint heute fragwürdig, weil ihm (sic) die sicherheitspolitischen Fakten und die daran hängenden militärischen Herausforderungen enteilt sind. Es erscheint fragwürdig, weil sich die gesellschaftlichen und individuellen Selbstverständlichkeiten, auf die sich dieses Selbstverständnis

*„Den Menschen mitnehmen“ sollte nicht nur als Schlagwort im Raum stehen, sondern muss mit Inhalten gefüllt werden.*

stützt, weitgehend verflüchtigt haben. Und es erscheint fragwürdig, weil die Haltepunkte des Konstrukts von Wirklichkeit und Mensch, aus dem die Innere Führung ihre Inhalte schöpft,

inzwischen erheblichen Verunsicherungen ausgesetzt sind und daher neuer Vergewisserung bedürfen.“ So gesehen, ist das Thema des diesjährigen Forums sehr aktuell. Ich danke für die Möglichkeit, mit meiner Sicht der Dinge einen Diskussionsbeitrag liefern zu können, und ich danke Ihnen für ihre Geduld.

**Zum Autor:** Generalleutnant a.D. Wolfgang Otto, Eintritt in die Bundeswehr (Panzergrenadiertruppe) 1967, Teilnahme am 21. Generalstabslehrgang, war in seinen zahlreichen Verwendungen u.a. Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 41, Eggesin, sowie – in letzter aktiver Verwendung bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 2009 – Befehlshaber Heeresführungskommando, Koblenz. O. ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

## Kapitel IV

### Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

#### NATO mit neuem Strategischen Konzept – Fortschritte und Schwierigkeiten im ersten Jahr

Dr. Klaus Olshausen

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, gehalten bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit chinesischen Universitäten, in Peking

#### 1. Einleitung

Die Nordatlantische Allianz ist mit ihrem Grundanliegen, ihrem Kernauftrag und ihrem erweiterten Engagement im siebten Jahrzehnt ihres Bestehens als politische Organisation mit der Bündelung militärischer Fähigkeiten so wichtig wie je zuvor, allerdings mit neuen, zusätzlichen Aufgaben.

Vor zehn Monaten wurde in Lissabon das Neue Strategische Konzept (N.S.K.) der Nordatlantischen Allianz von allen Gipfelteilnehmern gemeinsam beschlossen mit wesentlichen neuen Aspekten zur

- kollektiven Verteidigung und Abschreckung,
- Sicherheit durch Krisenbewältigung und
- kooperativen Sicherheit.

Zu allen Zukunftszielen und Aufgabenfeldern wurden im Kommuniqué des Gipfeltreffens zum Teil umfangreiche Folgearbeiten festgelegt. Zugleich galt es, alle laufenden Operationen politisch und militärisch weiter erfolgreich zu führen und ein günstiges Ergebnis zu erreichen.

Die Monate nach dem Gipfeltreffen der NATO in Lissabon waren und sind von zwei Themen besonders geprägt worden:

Zum einen die kritischen Lage bei der Mehrzahl der Verteidigungsbudgets in den Mitgliedstaaten mit zahlreichen neuen Reformen mit deutlichen Reduzierungen der Umfänge, Strukturen und Fähigkeiten, zum anderen die Art und Weise der Krisenbewältigung vor, während und nach dem Einsatz von Luft- und



Seestreitkräften der Allianz gegen die Kräfte des Gaddafi-Regimes in Libyen, das mit dessen Tod Mitte Oktober endete.

Daneben steht eine Reihe wichtiger Aufgaben, die beim Gipfeltreffen beauftragt worden sind, wie die Raketenabwehr der NATO, die Konzepte zur Abwehr von Cyberangriffen oder die Mitwirkung der NATO für die Energiesicherheit der Mitgliedstaaten.

Nach den Ergebnissen des Gipfels im November 2010 war klar, dass die Praxis zeigen musste, ob erstens alle Nationen aus dem N.S.K. 2010 die gleichen Schlussfolgerungen ziehen und zweitens auch bereit sind, in kritischen Lagen gemeinsam zu handeln. Denn die Wirksamkeit der Texte misst sich daran, im konkreten Fall gemeinsame Interessen zu formulieren und dann mit kollektivem, solidarischem Willen und natürlich den jeweils erforderlichen Fähigkeiten entschlossen zu handeln.

*“Words [...] don't define policy. It's going to have to be translated into action”.  
Senator John Kerry, bei dem Besuch des  
chinesischen Präsidenten Hu Jintao in  
Washington Anfang 2011*

An Beispielen aus den drei Schlüsselaufgaben der Allianz werden einige offene Fragen, Herausforderungen und Debatten aufgezeigt, bei denen Stärken und Schwächen deutlich geworden sind. Damit wird erkennbar, dass das N.S.K. eine gemeinsame Basis bildet und sinnvolle Orientierung leistet. Zugleich gilt es aber im konkreten Handeln immer wieder, die individuellen Sichtweisen und Blickrichtungen von 28 Nationen auf den speziellen Fall hin zu bündeln.

## **2. Kollektive Verteidigung und Abschreckung**

Im N.S.K. werden 13 Aufgabenfelder abgesteckt, um auch künftig eine glaubwürdige Abschreckung und eine wirksame Verteidigung zu erhalten. Dies schließt u.a. ein:

- ein geeignetes Verhältnis von konventionellen und nuklearen Kräften,
- den Schutz der Bevölkerung und des Territoriums gegen Angriffe mit ballistischen Raketen,
- das zügige Erarbeiten und Entwickeln von Konzepten und wirksamen Fähigkeiten gegen Cyber-Angriffe,
- das Identifizieren und Bereitstellen von Fähigkeiten als Beitrag zu künftiger Energiesicherheit und, nicht zuletzt,
- das Sicherstellen ausreichender Ressourcen aller 28 Nationen für die

Streitkräfte, um in diesen Herausforderungen bestehen bzw. ihren wirkungsvollen Beitrag leisten zu können.

Zurzeit konzentrieren sich die Erörterungen und teilweise kontroversen Diskussionen auf

- die künftige Rolle der Nuklearwaffen sowie – damit verknüpft – den Nutzen und den Aufbau einer Raketenabwehr der NATO,
- den Erhalt nationaler/multinationaler Fähigkeiten bei knappen, ja sinkenden Budgets und reduzierten Streitkräften,
- die schwierige und mühsame Abstimmung zu den komplexen Aspekten einer Verteidigung gegen Cyber-Angriffe und – ähnlich schwierig und kontrovers –
- die Konkretisierung der Rolle der NATO für den Erhalt der Energiesicherheit aller Mitgliedstaaten.

2.1 Zurzeit laufen die Arbeiten am Defense and Deterrence Posture Review (DDPR) mit Hochdruck. Er basiert auf der im März 2011 gebilligten Politischen Weisung des Nordatlantikrates. Über die Gewichtung und den Zusammenhang zwischen konventionellen und nuklearen Fähigkeiten für eine moderne Abschreckung, über die nukleare Rolle bei gleichzeitigem Streben nach einer Rückführung bis zur „Nulllösung“ der Nuklearpotentiale, über eine Neufassung der Erklärungs politik durch sog. negative Sicherheitsgarantien, über alle Fragen der substrategischen Nuklearwaffen in Verbindung mit der künftigen Rolle von „Dual Capable Aircraft“ bei möglichst breiter Beteiligung der Mitgliedstaaten und über die Bewältigung des prominenten Gipfelauftrags, Raketenabwehr zu einem integralen Bestandteil des Verteidigungsdispositivs zu machen. Über all dies bestehen durchaus (noch) unterschiedliche Auffassungen in der Allianz. In all diesen Bereichen rückt immer wieder die Sicherheitsgarantie der USA für die gesamte NATO in den Blick. Aber auch die beiden Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien wollen keine Relativierung ihrer eigenen Nuklearwaffen im Verteidigungsdispositiv der Allianz. Zusätzlich wirken einerseits die Betonung aller Ansätze zur Abrüstung und Rüstungskontrolle bei Allianzmitgliedern und andererseits die strittigen Positionen mit Russland hinsichtlich der Abwehr weitreichender ballistischer Raketen auf diesen umfassenden DDPR ein. Es ist deshalb offen, ob zum Außenministertreffen im Dezember 2011 oder dem Treffen der Verteidigungsminister im Februar 2012 schon abschließende Ergebnisse erreicht sein werden. Gelingt dies nicht, wird es ein Gipfelthema im Mai 2012 in Chikago werden!

2.2 Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ und der deshalb in den NATO-Nationen durch drastische Reduzierungen „eingefahrenen Friedensdividende“ hat sich die Abwärtsspirale oder zumindest Stagnation der Verteidigungshaushalte schon über viele Jahre fortgesetzt. Als dann mit der Finanzkrise 2008 und der Schuldenkrise in Europa und den USA 2010 die Einschnitte erneut zunahm und erhebliche Verringerungen der Streitkräfte, v.a. der verfügbaren Fähigkeiten und der Mittel für Innovation und Modernisierung, erkennbar wurden, mahnte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bereits im Februar 2011 bei der Sicherheitskonferenz in München alle NATO-Nationen, dass aus dieser Doppelkrise keine Krise der Sicherheit werden dürfe. Da aber keine Nation in der Lage und/oder willens ist, diesem Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik höhere Priorität einzuräumen, erleben nun seit Jahren erörterte Ideen und Konzepte für eine stärkere multinationale Zusammenarbeit bei Ausstattung, Ausbildung und Organisation der Streitkräfte größere Aufmerksamkeit. Aber neben vielen praktischen Begrenzungen (Sprachen, verschiedenartige Industriepolitik, militärische Kultur und Strukturen) verlangen durchgreifende Fortschritte bei der synergetischen Zusammenfassung fragmentierter Verteidigungsstrukturen vor allem den gemeinsamen und beständigen politischen Kompass aller Mitglieder. Nur wenn Gemeinsamkeit in Zweck, Ziel und Ausrichtung der – bisher vor allem national bestimmten – Sicherheitspolitik gewährleistet ist, werden multinationale Vernetzung und/oder Rollenspezialisierung auch in Kernbereichen militärischer Fähigkeiten erreichbar und dann auch solidarisch einsetzbar werden.

*Nur wenn Gemeinsamkeit in Zweck, Ziel und Ausrichtung der – bisher vor allem national bestimmten – Sicherheitspolitik gewährleistet ist, werden multinationale Vernetzung und/oder Rollenspezialisierung auch in Kernbereichen militärischer Fähigkeiten erreichbar ...*

2.3 Bei der Herausforderung durch Risiken und Gefahren im Cyber Space wird der Schwerpunkt vorrangig auf Cyber Security gelegt; d.h. Maßnahmen zum Schutz gegen Cyber-Angriffe aus kriminellen, nachrichtendienstlichen oder terroristischen Motiven, egal ob Einzeltäter, Gruppen oder staatlich gesteuert, stehen im Mittelpunkt. Zwar hat die Allianz Cyber-Angriffe im Abschnitt kollektive Verteidigung als Gefahr für die transatlantische Sicherheit und Stabilität eingestuft, aber die Verantwortung liegt auch hier – wie beim Kampf gegen den Terrorismus – in erster Linie bei den Nationen. Die NATO wird sich deshalb zunächst auf die Erarbeitung allgemeiner Konzepte sowie Maßnahmen zum Schutz ihrer eigenen IT-Strukturen im Cyber-Raum konzentrieren. Fragen der Kompatibilität und Interoperabilität werden dabei großen Raum einnehmen.

Die Frage einer offensiven Komponente für den Erhalt oder die Wiederherstellung von Cyber Security wird in den Nationen sehr unterschiedlich beurteilt und steht als NATO-gemeinsames Projekt absehbar nicht zur Diskussion, ganz zu schweigen von einem „Erstschlag“ gegen gegnerische Cyber-Systeme.

**2.4** **Energiesicherheit:** Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass in einer globalisierten, ökonomisch sehr verschränkten Welt Zugang und Nutzung von Energieträgern nicht nur überragende ökonomische Relevanz haben, sondern auch politisch in nicht-kooperativer Art genutzt werden können. Dies kann nicht nur zu erheblichen negativen Folgen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch für die soziale Stabilität betroffener Staaten führen. Energiesicherheit verlangt also nach Versorgungssicherheit in einem politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmen, aber auch hinsichtlich der physischen Sicherheit der Energieinfrastruktur und der Transportwege, insbesondere von Pipelines, Seewegen und Umschlagplätzen. Das N.S.K. erhebt den Beitrag der NATO zur Energiesicherheit zu einer wesentlichen Herausforderung der kommenden Jahre, auch indem es diese unter die Kernaufgabe Verteidigung und Abschreckung einordnet. Wegen der überwiegend ökonomischen und politischen Fragen sehen die der NATO angehörenden EU-Nationen keine primäre Rolle für die Allianz, sondern für die EU. Die Diskussion in der NATO konzentriert sich deshalb auf den zusätzlichen Nutzen, den sie bei der Überwachung von Risiken (z .B. failing, failed states, Terrorismus), beim Schutz kritischer Infrastruktur und möglichen Maßnahmen in Transitregionen erbringen kann. Unter welchen Bedingungen sich Gefahren für die Energiesicherheit zu einer echten Artikel 5-Frage zuspitzen können, wird derzeit nicht einmal vage angedeutet. Bis zum NATO-Gipfel in Chikago im Mai 2012 werden dazu konkretere Einschätzungen erforderlich werden.

### **3. Sicherheit durch Krisenbewältigung**

Das N.S.K. sieht ein Engagement der NATO über das gesamte Krisenspektrum vor, also Prävention, Bewältigung und Nachsorge. Es enthält keine konkreten geographischen Angaben, sondern formuliert, dass ein Engagement in einer sich entwickelnden Krise eine „potenzielle Beeinträchtigung“ der Sicherheit der Allianzmitglieder voraussetzt und ein Eingreifen in einen Konflikt, wenn dieser die Sicherheit der Allianz-Mitglieder tatsächlich beeinträchtigt.

Der Verlauf der Krise und des Bürgerkrieges in Libyen und die Debatten und das Handeln der Allianz sind ein beredtes Beispiel dafür, wie schwierig es im

konkreten Fall ist, über die potenzielle/tatsächliche Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen der Allianz einen Konsens der 28 zu erreichen und dann mit allen erforderlichen und verfügbaren Mitteln/Fähigkeiten tatkräftig zu handeln.

**3.1** Nach erfolgreicher Beendigung der Operation PROTECTOR Ende Oktober 2011 kann festgestellt werden, dass die NATO erheblichen Anteil daran hat, dass die „Rebellen“ in Libyen nicht nur nicht von Gaddafis Truppen und Schergen massakriert worden sind, sondern dass sie nach schweren Kämpfen die Kontrolle über das Land erlangt haben. Nachdem sich der Staub um die heftigen Diskussionen zu diesem Einsatz innerhalb und außerhalb der NATO nach dem 18. März gelegt hat, haben die 28 Nationen diesen Auftrag politisch angenommen und militärisch erfolgreich ausgeführt. Und dies auch dann, als die USA sich wesentlich auf wichtige Unterstützungsaufgaben konzentriert und einige Nationen gar keine eigenen Mittel für die Operation bereit gestellt haben sowie sich die anfänglichen Einschätzungen eines kurzen Einsatzes nicht erfüllt hatten.

Allerdings ist dieser Einsatz aus mehreren Gründen keine Blaupause für künftige Aufgaben der Allianz mit militärischen Mitteln. Zweck, Ziel und Mittel im Clausewitzschen Sinn müssen im Licht der gemachten Erfahrung frühzeitig analysiert, definiert und solidarisch entschieden werden. Botschafter Volker, ehemaliger Ständiger Vertreter der USA bei der NATO, hat dies an drei Problemfeldern des Libyen Einsatzes aufgezeigt: Bestimmung des Einsatzzwecks, die Führung als Koalition der Willigen und durch die NATO sowie das erforderliche Maß an Solidarität:

**Bestimmung des Einsatzzwecks:** Zwar hatten viele Stimmen der internationalen Gemeinschaft und der Nationen sehr früh die Abdankung Gaddafis gefordert, aber zu einer Sicherheitsresolution kam es unter dem Eindruck der dramatischen Lage in Benghasi nur für das Waffenembargo, die Flugverbotszone und den Schutz der zivilen Bevölkerung. Um einen Konsens in der Allianz zu erreichen, musste sich die NATO auf diese Zwecke begrenzen, was nicht unerheblich zur Dauer der Operation beigetragen hat.

Nur und erst als einige Nationen außerhalb des NATO-Einsatzes Berater und Spezialkräfte nach Libyen entsandten, wodurch Kommunikation, Nachrichtenaustausch und Zielkoordinierung für NATO-Luftangriffe verbessert wurden, konnten die Rebellen als Bodentruppen im Land zügigere Fortschritte erzielen. Grundsätzlich fanden diese nationalen Maßnahmen aber nicht wegen, sondern trotz des NATO-Einsatzes statt. Fazit: Während das N.S.K. keine explizite Au-

torisierung durch die UN zwingend vorsieht, haben in Libyen Russland und China die UN genutzt, um die Grenzen des NATO-Einsatzes zu bestimmen.

**Führung als Koalition der Willigen:** Aufgrund der dramatischen Zuspitzung der Lage in Libyen, insbesondere um die Stadt Benghazi, die die UNSCR 1973 schließlich möglich gemacht hatte, einerseits und der Tatsache, dass es zwar in der NATO militärische Planungen und politische Konsultationen gab, aber die Entscheidungsfindung erst begonnen hatte, erfolgten die ersten Einsätze zur Durchsetzung der Flugverbotszone und des Schutzes der Zivilbevölkerung vor Benghazi unter Führung einer Koalition der Willigen in Umsetzung der UNSCR 1973. Während Amerika und Großbritannien die politische und militärische Führung rasch in die Hände ihrer Allianz, der NATO, legen wollten, hatten die Franzosen die eigenwillige Idee, für die politische Führung ein besonderes Kollegium zu schaffen, das sich dann allerdings der operativen und taktischen Führung der NATO-Kommandostruktur bedienen sollte. Dieser Ansatz war ebenso unrealistisch wie die Wortwahl der USA von einer Abgabe der Führung an die NATO eigenartig war, so als ob die USA gar nicht die führende Macht in dieser Allianz seien. Diese Diskussionen und die Vorstellungen der



B-2 Bomber landet nach Einsatz in Libyen

Türkei zu erheblichen Änderungen, ja Einschränkungen hinsichtlich der Maßnahmen für die Flugverbotszone bedeuteten einen längeren Weg zur Entscheidung über die Gesamtoperation. Nach der schrittweisen Übernahme der Verantwortung zunächst über das Waffenembargo, dann über die Flugverbotszone und schließlich der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Angriffen der Gaddafi Truppen am 27. März konnte die NATO die Operation PROTECTOR ab 31. März verantwortlich

führen. Auf der Grundlage des N.S.K. sollten alle Nationen in der Krisenbewältigung dem Grundsatz folgen, dass es dem gemeinsamen Erfolg dient, wenn man weder die Führung abgibt noch sie unilateral wahrnimmt, sondern dem bewährten Grundsatz gemeinsamer politischer Führung und integrierter militärischer Führung folgt. Dies ist nun – nach kurzer, heftiger Debatte – über sechs Monate mit gutem Ergebnis erfolgt.

**Maß an Solidarität:** Die Entscheidung der Allianz vom 12. September 2001, erstmals den Art. 5 des Washingtoner Vertrags als Reaktion auf den Terror-

angriff gegen die USA zu erklären, und die Wortwahl des N.S.K. zu Verteidigung und Abschreckung lassen erkennen, dass der Grundsatz „Alle für einen, einer für alle“ im Falle tatsächlicher Angriffe oder existenzieller Bedrohungen die glaubwürdige Vertragsgrundlage bleibt. Die NATO hatte allerdings schon mit dem ersten strategischen Konzept nach Ende des „Kalten Krieges“ im Jahr 1991 erkannt, dass in der Krisenbewältigung mit sog. friedensunterstützenden Einsätzen diese gegenseitige Verpflichtung nicht in derselben Klarheit besteht und eingefordert werden kann. Die Ereignisse rund um den Libyeneinsatz im März zeigen überdeutlich, dass in allen Fragen eines militärischen Einsatzes zur Krisenvorbeugung, -eindämmung und -nachsorge unterschiedliche Interessenslagen und sehr verschiedene innenpolitische Stimmungslagen der Nationen jeden Entscheidungsprozess komplizieren und die Konsensbildung erschweren und ggf. verzögern. Solidarität ist aber nicht nur in Gefahr, wenn der Konsens ausbleibt. Wenn die Umsetzung des Konsenses in der Führung der Operation durch Vorbehalte hinsichtlich der Art der Mittel, der Begrenzung der Einsatzgebiete, der Bereitstellung von Unterstützungsfähigkeiten, selbst in einer schwierigen Kampfsituation für andere Truppen, eingeschränkt wird, gefährdet dies die Solidarität der Operation und nagt an der Glaubwürdigkeit der Solidarität. Auf diese wird es aber in einer Welt mit ansteigenden ideologischen, militärischen, ökonomischen, politischen, ja rein chaotischen Risiken und Gefahren zwischen Amerika und Europa, aber auch innerhalb der EU, künftig eher mehr ankommen als weniger. Das verlangt u.a., dass über Krisenregionen kontinuierlich konsultiert wird, um das Maß gemeinsamer Einschätzungen und Handlungsoptionen zu erhöhen und dann im Falle einer nicht kooperativen Entwicklung ein Vorgehen mit Beteiligung möglichst aller Mitgliedstaaten und wenigen Caveats zu erreichen.

**3.2** Für den bereits seit 2003 laufenden Einsatz der NATO in Afghanistan werden Vorbereitung und Durchführung der Übergabe der Verantwortung schon in den Monaten nach der Bonner Afghanistan Konferenz im Dezember 2011 noch erhebliche politische Kraftanstrengungen erfordern, um den Grundsatz „in together – out together“ so praktikabel und konsequent umzusetzen, dass eine sog. „selbsttragende Stabilität“ in Afghanistan noch erreicht werden kann. Dabei hat die NATO die Ziele ihres Einsatzes seit Anfang 2010 so weit zurück genommen, dass die Mitglieder jetzt darauf abzielen, ein erneutes Festsetzen des Al Qaida-Terrors dort zu verhindern und hinreichende Fähigkeiten afghanischer Sicherheitskräfte aufzubauen. Ob die NATO-Staaten für den Fall einer ungünstigeren Entwicklung die Geschlossenheit und Entschlossenheit herstellen können, den ISAF-Einsatz neu über 2014 hinaus zu bestimmen, ist eine offene

und mit Blick auf die innenpolitische Stimmung in den meisten Mitgliedstaaten mit großer Skepsis zu stellende Frage.

#### **4. Internationale Sicherheit durch Partnerschaft**

##### **4.1 Grundlagen und Praxis des NATO-Russland-Rates: “Relationship without harmony”**

Ein vernünftiges, tragfähiges Verhältnis der NATO mit Russland gewann nach der Implosion der Sowjetunion und der beginnenden Öffnung der Allianz für neue Mitglieder rasch an Bedeutung. Seit 1997 gab es mehrere Ansätze und Vereinbarungen, um zwischen der NATO und Russland eine sicherheitspolitische Partnerschaft aufzubauen und zu festigen. Fortschritte wurden gerade auch in der militärischen Kooperation durchaus erzielt. Aber es gab wiederholt längere Unterbrechungen, einmal 1999 – 2002 als russische Reaktion auf die NATO „Air Campaign“ gegen das Jugoslawien von Milosevic aufgrund dessen Vorgehen im Kosovo und dann als Reaktion der NATO nach dem Krieg zwischen Russland und Georgien von 2008 – 2010.

Nach dem NATO-Russland-Gipfel im November 2010 sind erneut viele Aktivitäten eingeleitet bzw. wieder aufgenommen worden. Zuletzt wurde dies beim NATO-Russland-Rat (NRR) auf Botschaferebene in Sotschi diesen Sommer bestätigt. Das gilt insbesondere für die verstärkte Zusammenarbeit für den Einsatz in Afghanistan, aber auch für weitere Projekte, z. B. in der Terrorismusabwehr oder der taktischen Raketenabwehr. Außenminister Lawrow nannte es sogar einen Fortschritt mit „7-Meilenstiefeln“.

Aber ein besonders kritischer Streitpunkt bleibt ungelöst: Bei der geplanten Raketenabwehr der NATO verlangt Russland gleichberechtigte Beteiligung und/oder Sicherheitsgarantien der USA, dass sich diese nicht gegen Russland richten wird. Die Raketenabwehr in und für Europa hat eine lange Geschichte. Sie wurde als wesentliches Element für die Sicherheit der Mitgliedstaaten offiziell aber erst mit dem N.S.K. und den Gipfelaufträgen in Lissabon beschlossen. Die ersten Arbeiten führten zu einem „Missile Defense Action Plan“, den die Verteidigungsminister Anfang Juni 2011 gebilligt haben. Operative und politische Planungen werden vorangetrieben. Führungsstrukturen und -verfahren, vorgeplante Einsätze, Einsatzregeln, Autorität zur Waffenfreigabe, Anforderungen für den Schutz von bedeutenden Anlagen und Räumen stehen dabei ebenso im Blickpunkt wie politische und rechtliche Konsequenzen eines „Intercept“. Ob es gelingt, bis zum



NATO-Gipfel in Chikago im Mai 2012 schon eine erste operative Fähigkeit zu erreichen, wird von den Beiträgen der Nationen zum Gesamtsystem abhängen.

Im NATO-Russland-Rat werden eine angestrebte „Joint Analysis“ und darauf aufbauende politische Prinzipien und Zielsetzungen weiter kontrovers diskutiert. Aus diesem Grund steht auch der vorgesehene Fortschrittsbericht noch aus. Die entscheidenden Schritte werden

zwischen den USA und Russland erörtert werden müssen. Denn Russland verknüpft eine akzeptable Kooperation bei der Raketenabwehr mit dem Fortbestand des neuen START-Vertrages vom Januar 2011. Die weitreichenden Angebote der USA sind bisher von Moskau nicht aufgegriffen worden. Allerdings scheint es, dass die Russen ihr maximales Ziel eines gemeinsamen NATO-Russland-System strategischer Raketenabwehr nicht mehr für aussichtsreich halten, da der NRR auch die Definition und die Ausgestaltung von zwei kooperativ zu betreibenden Systemen in einem multilateralen Ansatz bearbeiten soll. Die Hauptschwierigkeit der Zusammenarbeit liegt

nicht so sehr in der angeblichen Untergrabung russischer Nukleardoktrin, sondern darin, dass erneut – wie in Bosnien und Kosovo – kein „Co-Management“ in einem wichtigen sicherheitspolitischen Wirkungsbereich durchgesetzt werden kann.

Gegenüber diesem schwierigen nuklearstrategischen Disput tritt die Kritik Russlands an der Durchführung des NATO-Einsatzes in Libyen zurück. Nach seiner Enthaltung bei der UNSCR 1973 hat sich Russland sehr früh über den NATO Einsatz der Luftstreitkräfte gegen Gaddafi mit harscher Kritik geäußert. Nach russischer Auffassung gingen insbesondere die Einsätze der Luftstreitkräfte weit über die Resolutionsbeschlüsse hinaus.

Schon an der strittigen Behandlung des Verhaltens des Assad-Regimes in Syrien im UN Sicherheitsrat werden politische Langzeitwirkungen ablesbar. Ein Eingreifen unter Berufung auf die von der UN-Vollversammlung angenommene Verpflichtung der sog. „responsibility to protect“ (R2P) wird es absehbar nicht



Patriot-Rakete beim Start

geben können. Und viele westliche Staaten werden das einerseits beklagen und andererseits aus vielerlei innenpolitischen Gründen froh sein, dass diese ablehnende russische und wahrscheinlich auch chinesische Haltung sie davor bewahrt, selbst konkrete Entscheidungen vorbereiten zu müssen.

#### 4.2 Bereitschaft zur Partnerschaft „around the globe“

Das Beispiel der Beziehungen zwischen NATO und Russland – so wichtig sie sind – darf nicht den Blick dafür verstellen, dass die NATO mit allen Nationen zusammenarbeiten will, die dazu bereit sind, um die internationale Sicherheit zu verbessern.

Diese Partnerschaften gründen auf Reziprozität, wechselseitigem Nutzen und gegenseitigem Respekt. Sie reichen deutlich über eine Beteiligung an NATO-geführten Operationen hinaus, wenngleich bei ISAF ca. 20 Nicht-NATO-Staaten in unterschiedlicher Weise aktiv beteiligt sind. Das bedeutet, dass neben den vielfältigen und weitreichenden bilateralen Beziehungen von NATO-Mitgliedstaaten, z.B. mit der Volksrepublik China, auch die NATO für partnerschaftliche Beziehungen mit China offen ist. Erste Schritte dazu sind ja auch bereits erfolgt.

Während bis vor kurzem Berichte über die Sorgen in der NATO über die erheblichen Steigerungen der chinesischen Verteidigungsausgaben eine größere Rolle spielten, haben in diesem Jahr eine Reihe von sicherheitspolitischen Beiträgen die Chancen für verbesserte Beziehungen der NATO zu China eröffnet.

NATO-Generalsekretär Rasmussen hat am 12. April 2011 vor der Außenministerkonferenz auf China und Indien beispielhaft, aber sicher absichtsvoll hingewiesen. Erst am 23. August 2011 war Dirk Brengelmann als Assistant Secretary General Plans & Policy zu jährlichen Konsultationsgesprächen in Peking. Hierbei stehen Vertrauensbildung durch Information und Gedankenaustausch über gemeinsam interessierende Herausforderungen im Mittelpunkt, aber auch über die unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der jeweiligen sicherheits- und verteidigungspolitischen Absichten und Maßnahmen.

Dabei beginnt man nicht bei null. Schon 2009 hat der damalige Stellvertretende Generalsekretär auf die chinesische Teilnahme an Seminaren und Konferenzen hingewiesen. Themen wie die Entwicklung in Afghanistan, die Freiheit der Meere, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind dabei schon im Blickfeld. Aber auch zur Verteidigung gegen transnationalen Terrorismus

und die Gefahren im Cyberraum kann es Ansätze für Konsultation und ggf. Kooperation geben.

## **5. Zwischenbilanz nach einem Jahr**

Das N.S.K. trifft in allen Kernaufgaben klare Positionsbestimmungen auf hohem Abstraktionsniveau und formuliert die wichtigen künftigen Aufgabenfelder der Allianz.

Es sind aber 28 Nationen, die dieses Dokument für jeden konkreten Fall mit ihren Augen lesen, deuten und versuchen, für ihre Schlussfolgerungen und Ziele in den Gremien der NATO Zustimmung zu gewinnen. Das bedeutet, dass in allen Aktionsfeldern auch künftig durchaus heftige Debatten und auch länger dauernde Abstimmungen entstehen können und werden.

Mit Blick auf eine bereits über 60 Jahre währende erfolgreiche Geschichte der Allianz mit ihren Höhen und Tiefen ist aber Zuversicht gestattet, dass die „konstruktive Ambiguität“ der Dokumente und die großen Ziele der Allianz genug Ansporn geben, an dem jeweils erforderlichen Konsens mitzubauen und so auch im 21. Jahrhundert mit Einigkeit, Solidarität, Stärke und Entschlossenheit den Anspruch nach „aktivem Engagement und moderner Verteidigung“ erfolgreich einzulösen.

**Zum Autor:** Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

## **Streitkräfteentwicklung Rückblick und Ringen um neue Wege, Ausblick**

Bewertungsmaßstäbe für die Verteidigungsplanungen und Gefechtsfähigkeit in den Jahren des Kalten Krieges und für heutige internationale Krisenreaktionseinsätze

Christian E.O. Millotat

Im Zuge und nach der Auflösung des Warschauer Paktes sind die Strategien, militärischen Einsatzgrundsätze und Strukturen der NATO neuen politischen sowie geostrategischen Entwicklungen angepasst worden. Auf welchen Grundlagen sie weiterentwickelt wurden und welche Herausforderungen an Streitkräfte in unserer Zeit herantreten, um für bewaffnete Konflikte sowie internationale Krisenreaktionseinsätze gerüstet zu sein, und welche Elemente ihre „Raison d’être“ begründen sollten, wird im Folgenden exemplarisch untersucht. Entwicklungen in Deutschland stehen dabei im Mittelpunkt.

Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe und wurde wie die USA Atommacht. Das hatte Auswirkungen: Die nuklearen Waffen erzwangen im Kalten Krieg, mit politischen Mitteln sowie durch Androhung des Einsatzes von Streitkräften, die Gefechtsfähigkeit der Truppen der NATO im Kampfeinsatz nachweisen zu müssen. Was früher über deren Qualität im Einsatz zu Tage getreten wäre, musste im Kalten Krieg mittels den Warschauer Pakt von politischer Erpressung und Waffengang abschreckend Strategien sowie in Stabs- sowie Truppenübungen der NATO- Streitkräfte im Frieden glaubhaft vermittelt werden. Manöverbeobachter aus dem Warschauer Pakt sollten erkennen, ob die Truppen der NATO auf der Grundlage einer realistischen Strategie gefechtsfähig ausgebildet, modern ausgerüstet und für den Kampf bereit waren. Die Ergebnisse der Spionage trugen hierzu ebenso bei wie Propagandakampagnen in den Medien. Der Friede war der Ernstfall. Soldaten sollten kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, wurde damals dieser Sachverhalt in einem Slogan ausgedrückt.<sup>1</sup>

Es soll zunächst der Frage nach Beurteilungskriterien nachgegangen werden, mit denen die Kräfte, Entwicklungen sowie Friktionen in der NATO bewertet werden können, welche die Ausgestaltung der Strategie der Flexiblen Reaktion („Flexible Response“), die von 1967 bis 1991 erfolgreich den Warschauer Pakt abgeschreckt hat, gefördert und gehemmt haben. Auch für die ihr folgenden

strategischen Konzepte von 1991 und 1999, in denen zur kollektiven Verteidigung im Spannungs- und Verteidigungsfall als Hauptaufgabe, Krisenmanagement, Einsätze in den Randgebieten des Bündnisterritoriums sowie außerhalb von ihm („Out of Area“-Einsätze) traten, gibt es keine Beurteilungskriterien auf der Grundlage von Erfahrungen im Kampf. Es gibt sie jedoch in zunehmendem Maße für die internationalen Krisenreaktionseinsätze unserer Zeit. Über die Auswirkungen der NATO- Strategie von 2010 in den Einsätzen mit ihren gleichgewichtig gewordenen Kernfunktionen Kollektive Verteidigung, Krisenmanagement, Kooperative Sicherheit sowie ihrem ganzheitlichen zivilmilitärischen Ansatz, dem „Comprehensive Approach“, und ihren angestrebten Partnerschaften mit dem Ziel einer „Global Connectivity“ gibt es für die Bereiche erste Erfahrungen, die auf Einsatzerfahrungen gründen.<sup>2</sup>

In den Jahren nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes verschwand das stützende Korsett, an dem sich die Verteidigungsplanungen und Übungen der NATO mit dem Schwerpunkt „Schlachtfeld Deutschland“ im Kalten Krieg orientiert hatten. In Deutschland wurde die Nationale Volksarmee der früheren Deutschen Demokratischen Republik aufgelöst. Die Stärke der Bundeswehr war von 580 000 auf 370 000 Soldaten zu reduzieren, und Politiker forderten eine finanzielle „Friedensdividende“ ein. Zugleich tastete sich die Bundeswehr an die Bedingungen von internationalen Krisenreaktionseinsätzen in Kambodscha, Somalia, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Kongo und in anderen Krisenherden heran. Das war eine gewaltige Aufgabe. Dabei sind Pannen und Fehlentwicklungen nicht ausgeblieben.

Bei der Verteidigungsplanung der NATO in den Jahren des Kalten Krieges und in den Jahren danach konnten nie alle im Bereich der Verteidigungsetats, der Ausrüstung und der Truppenstärken sowie auf der politisch- strategischen Ebene vorhandenen Defizite ausgeräumt werden. In den alle zwei Jahre zwischen 1971 und 1989 stattfindenden NATO - Kommandostabsübungen WINTEX sowie ABLE ARCHER und CRESTED EAGLE , die einen eskalierende Ost-West Konflikt zunächst mit konventionellen, dann auch nuklearen Waffen in Verfahrensübungen simulierten, wurden sie ebenso deutlich wie bei den großen Heeresübungen mit Volltruppe der Bundeswehr und der Verbündeten jener Jahre.<sup>3</sup>

In den heutigen internationalen Krisenreaktionseinsätzen ohne und mit Kampf kann das Geschehen auf der taktischen Ebene deshalb zutreffend entschlüsselt werden, weil Mängel in den Bereichen Ausbildung, Ausrüstung sowie Befähigung

gung zu Aufgabenerfüllung und Kampf offen zu Tage treten, auch durch Verwundete und Gefallene. Für die Ebenen der militärstrategischen Führung und die politisch-strategische Ebene waren und sind solche Beurteilungskriterien jedoch noch immer nicht vorhanden oder unscharf. Die vielen auf Autosuggestion beruhenden, autistischen Lobpreisungen von angeblichen Erfolgen in solchen Einsätzen, wie sie in Deutschland für die Einsätze auf dem Balkan und vor allem in Afghanistan verbreitet waren, haben sich zur Analyse sowie Bewertung

*Krieg ist die schärfste Form der Sicherheitsvorkehrungen von Staaten und Bündnissen unter dem Primat und Dach handelnder Politik. Sie bestehen aus den Elementen Abschreckung durch militärische Verteidigungsfähigkeit, diese glaubhaft vermittelnde Politik und Diplomatie, prophylaktisches und aktives Krisenmanagement mit Hilfe der Streitkräfte und, im äußersten Fall, durch ihren Kampfeinsatz.*

darüber, ob bei ihrer Planung, Durchführung sowie Nachbereitung oberhalb der taktischen Ebene professionell und friktionsarm geplant und gehandelt wurde, als untauglich erwiesen.

Diese Lücke auf der militärstrategischen sowie politisch-strategischen Ebene schließt Generalmajor Carl von Clausewitz mit seinem unvollendet gebliebenen Werk „Vom Kriege“, das seine Frau nach seinem Tod 1832 herausgegeben hat. Es bietet die intellektuellen

Werkzeuge zum Entschlüsseln des Handelns der verantwortlichen Politiker, Diplomaten, Soldaten sowie sonstigen Akteure, die für internationale, multinational strukturierte Krisenreaktionseinsätze verantwortlich sind und in ihnen agieren sowie den sie der Öffentlichkeit vermittelnden Medien an. Dazu müssen und können seine Begriffe und Axiome für unsere Zeit übersetzt werden.

Sein Kriegsbegriff kann wie folgt für die heutigen Verhältnisse erweitert werden: Krieg ist die schärfste Form der Sicherheitsvorkehrungen von Staaten und Bündnissen unter dem Primat und Dach handelnder Politik. Sie bestehen aus den Elementen Abschreckung durch militärische Verteidigungsfähigkeit, diese glaubhaft vermittelnde Politik und Diplomatie, prophylaktisches und aktives Krisenmanagement mit Hilfe der Streitkräfte und, im äußersten Fall, durch ihren Kampfeinsatz.

Clausewitzens Erkenntnisse und Axiome, mit denen er „manchen Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner“ ausbügeln und zeigen wollte, „was bei einem Kriege“, also der schärfsten Form der Sicherheitsvorkehrungen, „in Betracht zu ziehen ist“ sind in Deutschland bislang zu wenig beachtet worden.<sup>4</sup> Zum Ausfüllen der aufgezeigten Lücke können folgende Erkenntnisse und Axiome aus seinem Werk herangezogen werden:

**Erstens:** Das Militär ist der Politik untergeordnet, die politisch- strategische Ebene bestimmt die „ Hauptlineamente“ des Krieges. Die politisch-strategische Ebene, fordert Clausewitz, dringt jedoch nicht „ in die Einzelheiten“ eines Einsatzes ein. Politiker stellen keine Feldwachen auf und führen keine Spähtruppen und verhalten sich ebenengerecht. Der oberste Soldat, Clausewitz nennt ihn „ Feldherr“, muss Mitglied des „Kabinetts“, also der politisch- strategischen Entscheidungsebene sein.<sup>5</sup>

**Zweitens:** Die Politik stellt an die Soldaten keine Forderungen, die sie nicht zu leisten vermögen. <sup>6</sup>

**Drittens:** Der „ Kriegsplan“ - wir sagen heute das strategische und militärstrategische Konzept, das einem Einsatz von Streitkräften zugrunde liegt, muss den „ganzen kriegerischen Akt zusammenfassen“. Nur wenn dies gelingt, hat Clausewitz erkannt, wird der „kriegerische Akt“ zu einem Gesamtkonzept für alle an ihm beteiligten Akteure. „Man fängt keinen Krieg an“, führt er aus, „ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Ein Krieg, heute Einsatz, sagt der General, hat ursprünglich nur „den Sieg als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck.“ Aber, fordert er, eine militärische Operation darf „kein bloßes Morden“ werden. „Ihre Wirkung“ soll „mehr ein Totschlagen des feindlichen Mutes als der feindlichen Krieger“ sein.<sup>7</sup>

**Viertens:** Truppenführung in Einsätzen, fordert er, ist eine freie, schöpferische Tätigkeit, für die keine reglementierenden sowie rezeptartigen Doktrinen und Einsatzgrundsätze vorgegeben werden können, die in Weisungen sowie Dienstvorschriften niedergelegt sind. Nur aus Schlachten und Gefechten der Vergangenheit und Gegenwart destillierte Grundsätze können in Doktrinen und Dienstvorschriften aufgenommen werden. Sie müssen von Truppenführern durch Führungskunst mittels des Prinzips der Auftragstaktik umgesetzt werden.<sup>8</sup>

## **Die Verteidigungsplanungen- und Vorbereitungen in der Zeit des Kalten Krieges und der deutsche Beitrag**

Bis 1991 galt in der NATO die Strategie der „Flexible Response“ von 1967, die auf den beiden Pfeilern des sogenannten Harmel- Berichts von 1967 gründete: Die NATO wollte Sicherheit durch Abschreckung mittels ihrer konventionellen Streitkräfte und amerikanischer sowie britischer Nuklearwaffen gewährleisten sowie durch aktive Entspannungspolitik mit politischen Mitteln festigen und gestalten.

In ihrer „Central Region“ (Zentralregion) zwischen Hamburg bzw. Mecklenburg-Vorpommern und den Alpen, in der die meisten NATO- und Warschauer Paktkräfte konzentriert waren, galt es nach dieser Strategie, nach kurzer Vorwarnzeit bei einem Angriff des Warschauer Paktes, die Verteidigung grenznah aufzunehmen und verlorengegangenes Bündnisgebiet wieder zu nehmen. Das aus der Strategie der „Flexible Response“ abgeleitete operative Konzept der Vorverteidigung, das nach jahrelangem Ringen im Bündnis die deutsche Forderung berücksichtigte, die Verteidigung grenznah und nicht wie in früheren Jahren erst an Weser und Rhein aufzunehmen, war detailliert im „NATO Top Secret“ eingestuften „General Defence Plan“ des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte (CINCENT), seit dem Verlassen der militärischen Integration der NATO durch Frankreich 1966 immer ein deutscher General, geplant. Die dem CINCENT nachgeordneten Bereiche entwickelten auf seiner Grundlage bis auf die taktische Ebene eigene Operationspläne, die in Kommandostabs- und Truppenübungen ständig überprüft und verbessert wurden.

Die sofort verfügbaren acht Korps der NATO in der Zentralregion sollten nach ihrem Aufmarsch auf einer Front von etwa 800 Kilometern in der ersten Schlacht die erste operative Staffel des Gegners so grenznah wie möglich zurückwerfen. Einbrüche in den Korpsgefechtsstreifen sollten mit Reserven der Korps und der beiden Heeresgruppen Mitte („Central Army Group, CENTAG“) und Nord („Northern Army Group, NORTHAG“) im Zusammenwirken mit den beiden taktischen Luftflotten der „2 Tactical Airforce (2 ATAF)“ und „4 Tactical Airforce (4 ATAF)“ unter Führung des dem CINCENT unterstehenden Hauptquartiers „Allied Airforce Central Europe (AAFCE)“ bereinigt werden. An früh verfügbaren operativen Reserven standen dem CINCENT das IV. US- Korps, von dem zunächst nur eine Brigade in Deutschland stationiert war, und nach Entscheidung des französischen Staatspräsidenten alle oder Teile der 1. Französischen Armee und die etwa 400 Kampfflugzeuge der taktischen französischen Luftstreitkräfte zur Verfügung. Die 1. Französische Armee hatte die Stärke eines Korps der NATO. Kanada verstärkte ab 1989 seine in Süddeutschland stationierte mechanisierte Brigade mit zwei weiteren Brigaden, die wie die Masse des IV. US Korps sowie weiterer amerikanischer Kräfte mittels Luft- und Seetransport herangeführt werden sollten.<sup>9</sup>

Mit diesen Reserven beabsichtigte der CINCENT, im Verlauf der ersten Schlacht eingebrochene Kräfte der ersten operativen Staffel des Angreifers in dessen Haupteinfallspforten, die durch die Reserven der Heeresgruppen nicht hatten zurückgeworfen werden können, durch Gegenangriffe zu zerschlagen.



Für ihren Einsatz wurden Aufmarschpläne in die Korpsgefechtsstreifen geplant, in denen ihr Einsatz vorgesehen war. Die Verfahren zur Freigabe amerikanischer und britischer Nuklearwaffen wurde in den streng geheimen Kommandostabübungen WINTEX sowie ABLE ARCHER und CRESTED EAGLE der NATO geübt. Dabei kam es 1983 zu Friktionen, als die Staats- und Regierungschefs erstmals persönlich ihre Aufgaben im Verteidigungsfall übten und sich nicht vertreten ließen.

Die damaligen Truppenführer und ihre Gehilfen wurden in diesen NATO-Übungen, in den Heeresübungen der Bundeswehr und den Übungen der Verbündeten vor allem für das Bewältigen der ersten Schlacht geschult. Das ungleich schwierigere Operieren in der zweiten Schlacht mit zurückgeworfenen Kräften aus der ersten Schlacht, mit angeschlagenen operativen Reserven des CINCENT sowie der beiden Heeresgruppen und mittlerweile aus den USA und Kanada eingetroffenen Verstärkungskräften sowie Kräften des Deutschen Territorialheeres wurde nur einmal im großen Rahmen in der Heeresübung „Landesverteidigung 88“ geübt, die vom damaligen Territorialkommando Süd angelegt und geleitet wurde. An den Befehlshaber des Territorialkommandos Süd trat die Aufgabe des Führens militärischer Operationen in der Rückwärtigen Kampfzone heran. Das war bereits ein „Comprehensive Approach“, der heute als Neuerung für alle Einsatzformen der NATO in ihrer Strategie von 2010 gefordert wird.<sup>10</sup>

Die Planungen der NATO sahen keine Operationen auf dem Territorium des Warschauer Paktes mit Landstreitkräften vor.

Auf der politisch-strategischen Ebene des Bündnisses, dem Nordatlantikatrat unter Vorsitz des Generalsekretärs, dem höchsten Entscheidungsgremium der NATO mit seinen hochrangigen politischen Konsultationen sowie alle zwei bis drei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und im „Defence Planning Committee (DPC)“, dem zentralen Gremium für militärpolitische Angelegenheiten, das zweimal im Jahr auf der Ebene der Außenminister tagt, wurde und wird die politische Konsultation und Koordination des Bündnisses geleistet. Der „Supreme Allied Commander Europe (SACEUR)“, bisher immer ein amerikanischer General, hat hingegen die Entscheidungsgewalt über die militärischen Verteidigungsplanungen sowie die Operationen im Verteidigungsfall.

Wie von Clausewitz gefordert, bestimmten in den Jahren des Kalten Krieges die Politiker ebenengerecht die „Hauptlineamente“ der Verteidigungsvorberei-

tungen. Die Strategie der „Flexible Response“ fasste den „ganzen kriegerischen Akt“ zusammen. Die Säulen Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbemühungen bildeten ein wirkungsvolles Konzept. Glaubhafte Abschreckung lähmte

*Durch ausreichend lange Wehrdienstzeiten in den Armeen mit Allgemeiner Wehrpflicht, durch ständiges, multinational verflochtenes Üben der Verteidigungsplanungen auf allen Führungsebenen und mit ausreichend ausgebildeten Reservisten standen Soldaten zur Verfügung, die ihren Mann im Gefecht gestanden hätten.*

im Kalten Krieg „den feindlichen Mut“ zu politischer Erpressung und Angriff des Warschauer Pakts. Die Politik stellte an die Soldaten keine Forderungen, die sie nicht zu leisten vermochten. Durch ausreichend lange Wehrdienstzeiten in den Armeen mit Allgemeiner Wehrpflicht, durch ständiges, multinational verflochtenes Üben der Verteidigungsplanungen auf allen Führungsebenen und mit

ausreichend ausgebildeten Reservisten standen Soldaten zur Verfügung, die ihren Mann im Gefecht gestanden hätten.

Auf deutscher Seite gab es jedoch Versäumnisse der politisch-strategischen Führung, die sich aber, so unglaublich dies anmutet, positiv auf die Verteidigungsplanungen und Übungen jener Zeit ausgewirkt haben.

In seinem Buch, „In der Pflicht“, von 1989 beklagte der Generalinspekteur der Bundeswehr von 1966 bis 1972, General de Maizière, die CINCENTs seien nie in Deutschland ihrer Bedeutung gemäß von der politisch-strategischen Ebene wahrgenommen worden, also als die Generale, welche die Verteidigung planten und im Krieg alle Truppen in der Zentralregion geführt hätten.<sup>11</sup> Die deutschen verantwortlichen Politiker überließen die Verteidigungsplanungen und ihr Üben den CINCENTs und ihren nachgeordneten Truppenführern. Für diesen, aber auch die wenigen deutschen Generalstabsoffiziere, die in der „Land Ops Branch“ des Hauptquartiers in Brunssum / Niederlande den „General Defence Plan“ bearbeiteten und in den Übungen sowie im Verteidigungsfall auf den Gefechtsständen die beurteilenden Teile des Lagevortrags zur Entscheidung des CINCENT zu erarbeiteten und später die Befehle auszufertigen hatten, zwei deutsche Generale, zwei Obersten und vier Oberstleutnante i. G., konnten auf den Grundlagen der deutschen Militärkultur, dem preußisch-deutschen Generalstabssystem und der Auftragtaktik, professionell arbeiten.

Dieser Sachverhalt setzte dem Verteidigungsbeitrag der damaligen Bundesrepublik Deutschland einen Januskopf auf: Die politisch-strategische Ebene, das Verteidigungsministerium, der Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages sowie der Verteidigungsausschuss beschäftigten sich in den Jahren

des Kalten Krieges vor allem mit Interna der Bundeswehr wie der Traditionspflege, der anwachsenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer, der sogenannten Wehrgerechtigkeit, den Folgen der Hetze der „Friedensbewegung“ gegen NATO und Bundeswehr, dem Protest gegen den Nachrüstungsbeschluss der NATO und den ungeprüften Konzepten von Sozialwissenschaftlern sowie Pädagogen, die ihre auf tradierwürdigen Grundlagen beruhende militärische Substanz auslöschen wollten.

Im Mittelpunkt dieser Aktivitäten stand das Wohlergehen der Grundwehrdienstleistenden. Die Abwehr und Kanalisierung dieser Einflüsse hat bei den militärischen Führern der damaligen Bundeswehr Kräfte, Zeit und Mittel absorbiert, die der professionellen Sphäre entzogen wurden. Sie empfanden sich als NATO-Offiziere und haben den Schwerpunkt „Ausbildung zur Befähigung im Einsatz“ nie aus dem Auge verloren.

Diese Vorgänge tangierten die deutschen Generale in hohen Stellungen der NATO und die deutschen Offiziere in den Hauptquartieren der Zentralregion bei ihrer Arbeit ebenso wenig, die Vorsitzenden des Militärausschusses, die CINCENs, die Chefs der Stäbe der Heeresgruppen, bei AAFCE und in den Luftflotten des Kommandobereichs Europa Mitte sowie die deutschen Offiziere, die an den Verteidigungsplanungen arbeiteten. Die Abstinenz der damaligen politisch-strategischen Ebene im Bereich der Verteidigungsplanungen für das „Schlachtfeld Deutschland“ hätte jedoch immer dann folgenreich sein können, wenn durch dieses Verhalten unterlassen wurde, deutsche vitale Interessen zu vertreten. Hierzu ein Beispiel, das nur wenigen bekannt ist:

Die Franzosen hatten damals ihre konventionellen und sogenannten prästrategischen Atomwaffen unlösbar miteinander in einer eigenen Doktrin der Abschreckung verkoppelt. Beim Einsatz der 1. Französischen Armee in der Zentralregion als operative Reserve des CINCENT nach ihrer Freigabe durch den französischen Staatspräsidenten hätte es daher früher zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen auf dem Boden der damaligen Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei kommen können, als von der NATO beabsichtigt. Das wurde in Deutschland hingenommen, als die CINCENs in die Korpsgefechtsstreifen des verzahnten Dispositivs immer neue Aufmarschpläne für die 1. Französische Armee planen ließen.<sup>12</sup>

Die deutschen Oberbefehlshaber der Zentralregion und ihre Untergebenen kannten die künstlichen Elemente des „General Defence Plan“, die aus Bünd-

nistrücksichten entstanden waren, und ihnen war bewusst, dass bei einem Angriff des Warschauer Paktes der Krieg seine Gesetze diktiert hätte und die Operationen freier hätten geführt werden müssen, als es die Planungen vorsahen.

Diese Erkenntnis löste deutsche Initiativen aus, die großen Einfluss auf den geplanten Ablauf der Vorverteidigung haben sollten. 1988 gab General von Sandrart als CINCENT der bisher vernachlässigten zweiten Schlacht das ihr gebührende Gewicht, und er trieb das Konzept voran, die zweite operative Staffel des Warschauer Paktes mit Luftstreitkräften zu verzögern und abzunutzen, bevor sie in der Zentralregion eingreifen konnte.

Nach langen Verständigungsdebatten wurde dieses „Follow-on- Forces Attack“ oder „FOFA- Konzept“ in den letzten Jahren des Kalten Krieges zu einem „Combined Joint Operations Concept“ ausgestaltet.

Hinzu kam, dass Initiativen der deutschen CINCENTs den NATO- und nationalen Stabs- und Truppenübungen ihr vom Bewältigen der ersten Schlacht allzu oft geprägtes Schnittmuster genommen haben: Verzögerung über geringe Tiefe, danach Verteidigung mit starken Kräften und schließlich Gegenangriff mit Reserven, die oft die Stärke von einem Drittel der Kräfte hatten, die insgesamt zur Verfügung standen.

Der Höhepunkt im Bereich der Grundsätze zum Führen der ersten und zweiten Schlacht in der Zentralregion in den letzten Jahren des Kalten Krieges waren die „Operational Principles for the Employment of Land and Air Forces in Defence of the Central Region“, die General von Sandrart als CINCENT 1988 herausgab. Sie haben auf militärischem Gebiet die Jahre des Kalten Krieges professionell für den Bereich des militärischen Führens gekrönt.<sup>13</sup>

„As operational thinking is a continuous process“, führte von Sandrart in der Einleitung aus, „these Principles will need further refinement in the future as doctrine and experience is gained.“

Das war prophetisch formuliert: Die der „Flexible Response“ folgenden Strategien der NATO konnten auf der Grundlage dieser „Principles“ für die militärstrategische und operative Ebene umgesetzt werden. Damals wurde das Fundament für das multinationale Zusammenwirken in der NATO von heute gelegt, und die Bundeswehr befand sich mit den Amerikanern auf Augenhöhe.

## Umsetzen neuer Nato-Strategien und Herantasten der deutschen an internationale Krisenreaktionseinsätze

Am 8. November 1991 wurde die Strategie der „Flexible Response“ durch neue „Strategic Principles“ abgelöst, die auf der Triade Dialog, Kooperation und Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit gründeten. Für die Landes- und Bündnisverteidigung wurde im NATO-Dokument MC 400/1 das Prinzip der militärstrategischen Gegenkonzentration für Krisenmanagement und bei dessen Scheitern Kampfeinsätze festgelegt, das bis heute gilt. Es wurde als „the massing of significant military force at a particular time and place with sufficient capability to counter an aggressor’s force concentration“ definiert und gefordert: „NATO’s armed forces must be able to counter- concentrate in order to defend as close as possible to threatened borders.“<sup>14</sup>

Dort, wo Krisen sich entwickeln, Angriffe auf NATO- Gebiet sich abzeichnen, sollen die aufmarschierten Kräfte des Bündnisses beim Scheitern ihrer „Crisis Management“-Aufgabe in allen Gefechtsarten eingesetzt werden. Das war die strategische Defensive mit allen ihren Elementen und Stärken, wie sie Clausewitz als stärkste Form des Einsatzes von Streitkräften erkannt hat.

1992 erklärte die NATO darüber hinaus ihre Bereitschaft zu „Out of Area“- Einsätzen nach einer Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder die OSZE mittels der Militärstrategie der Gegenkonzentration. 1994 wurde der NATO- Kooperationsrat (NAKR) für die Zusammenarbeit in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen gegründet. Die Nato suchte eine enge Partnerschaft zum Programm „Partnership for Peace“, an dem auch frühere Angehörige des Warschauer Paktes und neutrale Staaten, z.B. beim IFOR und SFOR-Einsatz in Bosnien und Herzegowina, ab 1999 auch im Rahmen der KFOR auf der Grundlage von Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen teilnahmen. Mit der Resolution 1386 der Vereinten Nationen vom Dezember 2001 wurde der friedenser-



B52 Bomber – Mittel der atomaren Abschreckung im Kalten Krieg

zwingende internationale Krisenreaktionseinsatz in Afghanistan in Gang gesetzt. Er wird vom deutschen Oberbefehlshaber der „Allied Joint Force“ in Brunssum, der Nachfolgeorganisation von AFCENT, geführt.

Im „Strategic Concept“ von 1999 wurden Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in „Out of Area“-Einsätzen, auch zur prophylaktischen Gefahrenabwehr, Schwerpunkt der NATO. Ende der 1990er Jahre schuf sie sich als Kampfinstrument mit dem CJTF- Konzept schnelle Eingreifkräfte und nahm eine neue Struktur ein. Am 18. März 2009 kehrte Frankreich in die militärische Struktur der NATO zurück, die es 1966 verlassen hatte.

Mit dem Abzug der meisten verbündeten Truppen von deutschem Boden, dem Wegfall nationaler deutscher Korps, der Konzentration auf internationale Krisenreaktionseinsätze und nach Aufgabe der bisherigen großen Übungen mit Volltruppe zerbröckelte das eng geknüpfte Netz des multinationalen Zusammenwirkens, der Interoperabilität der Zeit des Kalten Krieges.

Die damit einhergehenden berufsfachlichen Defizite für Truppenführer und ihre Gehilfen veranlasste im Herbst 1993 den damaligen SACEUR, General Shalikavili, eine Übung anlegen und durchführen zu lassen, an der Generale ab der sogenannten Zweisterneebene systematisch in Fragen der operativen Führung in jährlich stattfindenden Planübungen, durch kriegsgeschichtliche Beispiele unterstützt, geschult werden sollten. Der SACEUR führte in seiner Weisung, die zur Anlage der Übung führte, aus:

„In the new environment in Europe, I am concerned that, for obvious reasons, the requirement for NATO commanders to concentrate on peace support operations rather than war- fighting could mean that we shall lose a whole spectrum of command skills, particularly at senior level [...]. The end of the threat from the Warsaw Pact has reduced the incentive and opportunity for improving competence in military command. New roles throw extra political emphasis on senior commanders competencies. Constant reductions and reorganisations require managerial rather than operational skills. [...] Lack of coordinated operational thinking and education throughout Nato cannot help but reduce coherence in our approach to standardisation, interoperability and weapon procurement”.

Dann forderte er für den Inhalt der Übung: „Concentrate on what the Commanders need to think about their operational level – it should therefore not follow the WINTEX formulae with much time devoted to political/ military problems.”<sup>15</sup>

Eine aus deutschen, amerikanischen und britischen Offizieren zusammengesetzte Arbeitsgruppe legte die Übung an. In Übereinstimmung mit der Militärstra-

ategie der Gegenkonzentration wählte sie einen „Out of Area“-Einsatz und eine Lage der strategischen Defensive, die an Clausewitzens Gedanken angelehnt war. Die Übung wurde vom SACEUR gebilligt und findet seither statt. Sie ist ständig neuen Entwicklungen angepasst worden. Diese Aushilfe des SACEUR als Ersatz für die weggefallenen Übungen der NATO in der Zeit des Kalten Krieges zur Schulung hoher Truppenführer und ihrer Gehilfen gilt als fordernd, weil die Teilnehmer ohne ihre Stäbe arbeiten müssen. Sie hat sich bewährt, kann aber die operative Professionalität nicht zurückgewinnen, die im früheren Übungsgehehen erworben werden konnte.<sup>16</sup>

Am 12. Juni 1994 legte das Bundesverfassungsgericht fest, dass für die Bundeswehr internationale Krisenreaktionseinsätze, die nicht unter Artikel V des NATO-Vertrags fallen, jeweils nach der Darlegung der genauen Einsatzbedingungen und Einsatzstärken mandatiert werden dürfen. Nach einem Jahrzehnt Erfahrungen mit solchen Einsätzen legte das deutsche Parlament die genauen Abläufe in verschiedenen Abstufungen für die Intensität der Bundestagsbefassung 2005 im „Parlamentsbeteiligungsgesetz“ fest. Im Mai 2008 stärkte das Bundesverfassungsgericht diese parlamentarischen Rechte abermals, indem es auch Routineaufgaben im Zusammenhang mit Bündnisverpflichtungen immer dann unter Zustimmungsvorbehalt stellte, wenn eine bewaffnete Auseinandersetzung konkret zu erwarten ist.

Die Absorbierung der Kräfte der NATO für die Einsätze auf dem Balkan verlangsamte den Prozess, aus ihrer Militärstrategie der Gegenkonzentration konkrete operative Vorgaben und Konzepte abzuleiten. Während der SACEUR „Contingency Operation Plans“ mit dem Charakter von Aufmarschplänen für die Flankenregionen der NATO entwickeln ließ, begann der CINCENT mit dem „Schnüren“ von „Kräftepaketen“ von Expeditionstreitkräften für alle Einsatzformen. Die 2002 geschaffene „NATO Response Force“ aus Land-, Luft- und Seestreitkräften und einer Stärke von 25 000 Soldaten ist aus diesem Ansatz entstanden. Planungen für die Verteidigung deutschen Bodens sind seitdem unterblieben.

In diesen Jahren der Transformation der NATO mit ihren nicht immer genügend deutlich werdenden Veränderungen und Parametern wurden in der Bundeswehr immer häufiger Einsätze nach Artikel V des NATO-Vertrags im Bünd-

*In diesen Jahren der Transformation der NATO mit ihren nicht immer genügend deutlich werdenden Veränderungen und Parametern wurden in der Bundeswehr immer häufiger Einsätze nach Artikel V des NATO-Vertrags im Bündnisfall und internationale Krisenreaktionseinsätze, wenn in Deutschland Frieden herrscht, von der Lehre und der Truppe vermischt.*

nisfall und internationale Krisenreaktionseinsätze, wenn in Deutschland Frieden herrscht, von der Lehre und der Truppe vermischt. Dies führte zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen bei der Aus- und Weiterbildung der Führer der Bundeswehr und zu fehlerhaften Übungen.

Eine Auswertung der Übungen des Jahres 1995 im Führungsstab des Heeres zeigte, dass ihre Anlage und Durchführung das Denken in den Dimensionen der aneinander gereihten Korpsgefechtsstreifen in der Zentralregion in den Jahren des Kalten Krieges noch nicht überall überwunden hatte. Das militärstrategische Prinzip der Gegenkonzentration und die notwendige Neugewichtung der operativen Faktoren Kräfte, Raum und Zeit bereiteten bei seiner Umsetzung große Probleme.

Es wurde noch nicht von allen Truppenführern, Führergehilfen und in der Lehre eingesetzten Offizieren verstanden, dass Führen von Truppen in die militärstrategische Gegenkonzentration vor allem Aufmarsch mit allen seinen Herausforderungen in nationaler Verantwortung, ihre

*Das Zusammenwirken der politisch-strategischen, militärstrategischen, operativen und taktischen Ebenen bei Artikel V-Einsätzen und den neuen internationalen Krisenreaktionseinsätzen war vielfach unbekannt, der Gang des Zusammenwirkens zwischen Vorgesetzten und untergebenen Truppenführern aus dem Auge verloren worden: Der Truppenführer erhält einen Auftrag. In ihm befinden sich Auflagen. Er bekommt Mittel und Kräfte zugewiesen. Er stellt Anträge. Diese werden beschieden. Dann hat er seinen Auftrag durchzuführen, d.h. zu gehorchen.*

Unterstellung unter den Bündnisbefehlshaber und Gliederung der Truppen zum Einsatz nach seinem Operationsplan sowie ihr Einsatz in allen Gefechtsarten verlangt. Auch nicht, dass der Befehlshaber im Rahmen der Freiheit, die ihm die militärstrategische Weisung gibt, in allen Gefechtsarten beweglich operieren soll, wobei der operative Faktor Raum eine neue Dimension erhielt.

Es wurde auch deutlich, dass Missverständnisse zum Maß des Einwirkens und Eingreifens der deutschen politisch-strategischen und militärstrategischen Führung in Artikel

V- Operationen entstanden waren, die im Spannungs- und Verteidigungsfall von der NATO in Übereinstimmung mit den Nationen geführt werden. Die Möglichkeit, dass bei den neuen internationalen Krisenreaktionseinsätzen der Bundeswehr ggf. der Bundesminister der Verteidigung, im Frieden der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, deutsche Truppen am kürzeren Zügel führt, wurde mit den Verhältnissen in Artikel V- Einsätzen gemäß NATO-Vertrag vermischt. Die bei internationalen Krisenreaktionseinsätzen ohne Kampf geltenden rechtlichen Leitlinien wie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der



Mittel beim Waffeneinsatz oder die sorgfältige Beachtung von Notwehrrecht, Elementen des Polizeirechts und den Einsatz bestimmende, von den Truppenstellern vereinbarte „Rules of Engagement“ wurden auf Artikel V- Einsätze sowie Krisenreaktionseinsätze mit Kampf übertragen. In diesem Zusammenhang wurde auch vielfach die Auffassung vertreten, das Prinzip Führen mit Auftrag werde bei internationalen Krisenreaktionseinsätzen immer mehr eingeschränkt. Das Zusammenwirken der politisch-strategischen, militärstrategischen, operativen und taktischen Ebenen bei Artikel V-Einsätzen und den neuen internationalen Krisenreaktionseinsätzen war vielfach unbekannt, der Gang des Zusammenwirkens zwischen Vorgesetzten und untergebenen Truppenführern aus dem Auge verloren worden: Der Truppenführer erhält einen Auftrag. In ihm befinden sich Auflagen. Er bekommt Mittel und Kräfte zugewiesen. Er stellt Anträge. Diese werden beschieden. Dann hat er seinen Auftrag durchzuführen, d.h. zu gehorchen. Die Auffassung, der Truppenführer habe ständig bei der politisch-strategischen Führung vorstellig zu werden, um Kräfte, militärisch verfügbare Vorbereitungszeit usw. direkt dort einzuklagen, ist verbreitet und falsch.

Der Einsatz der neu geschaffenen bi- und multinationalen Korps, wie sie im Gefecht zu führen sind, insbesondere ihr Kampf in der Tiefe, der Einsatz luftmechanisierter Kräfte und das Gewinnen von Reserven aus dem unterstellten Bereich war für viele Truppenführer und ihre Gehilfen noch schattenhaft.

Die zu dieser Zeit entstehenden neuen Dienstvorschriften der Reihe HDv 100 des Deutschen Heeres und wieder eingeführte Truppenführerreisen sollten die entstandene Begriffsverwirrung im Bereich der Einsatzgrundsätze Zug um Zug beseitigen.<sup>17</sup>

Von 1994 bis 1998 wurden unter der Leitung des Stabsabteilungsleiters III im Führungsstab des Heeres durch eine Arbeitsgruppe die neue Dienstvorschriftenreihe der Reihe HDv 100 für das Deutsche Heer geschaffen und mit den anderen Teilstreitkräften sowie den Verbündeten abgestimmt. Die Entwürfe wurden ab 1996 in den nachgeordneten Bereich als Ausbildungshilfen gegeben, um dort rasch wieder doktrinäre Sicherheit zu erreichen. Ihre Inhalte wurden in der Militärpresse des In- und Auslandes veröffentlicht.

Die Arbeit erfolgte auf Grundlagen und Leitlinien, die an Clausewitz sowie den Erfahrungen deutscher und ausländischer Truppenführer der Vergangenheit und Gegenwart sowie militärischer Denker ausgerichtet waren. Wie von Clausewitz gefordert und in der deutschen Militärkultur weiter entwickelt, wurden in die

neuen Dienstvorschriften nur Grundsätze aufgenommen, die den Truppenführern Handlungsfreiheit bei ihrer Umsetzung durch individuelle Führungskunst anbieten.<sup>18</sup>

In der Vorlage an Verteidigungsminister Rühle vom 04. September 1998, die zur Billigung der Leitvorschrift der Dienstvorschriftenreihe, der HDv 100/ 100, „Truppenführung 2000“ führte, wurde formuliert:

*„Die zwischen 1987 und 1990 erlassenen und bisher geltenden Dienstvorschriften der Reihe HDv 100 waren auf den Einsatz der Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung zur Zeit des Ost- West- Gegensatzes ausgerichtet. Die neuen zusätzlichen Aufgabengebiete des Deutschen Heeres, Krisenbewältigung und Verteidigung im Bündnis außerhalb Zentraleuropas sowie internationale Krisenreaktions- sowie Rettungs- und Evakuierungseinsätze sowie Hilfeleistungen, sind darin noch nicht behandelt worden, weil es sie noch nicht gab. Seit 1994 sind eine Reihe von politisch-strategischen, militärstrategischen, planerischen, strukturellen und juristischen Grundlagen für die Bundeswehr erlassen worden, die in den Vorschriften zu berücksichtigen waren.“*

Dann folgen die leitenden Gedanken, die in der Dienstvorschriftenreihe umgesetzt wurden:

- „Den Primat der politisch-strategischen Ebene bei jedem Einsatz von deutschen Streitkräften und deren uneingeschränkte Rechtsbindung sowie die Kompetenzen und das Ineinandergreifen der politischen und militärischen Führungsebenen bei allen Einsatzformen darstellen.
- Die Unterschiede zwischen „klassischen“ Einsätzen von Streitkräften im Kampf und die für das Deutsche Heer neuen internationalen Krisenreaktionseinsätze ohne und mit Kampf in Zusammenarbeit mit den Verbündeten und den Vereinten Nationen entwickeln, harmonisieren und darstellen.
- Die in internationalen Krisenreaktionseinsätzen geltenden Besonderheiten wie eine mögliche engere Anbindung der Kräfte im Einsatz an die politisch-strategische Ebene verdeutlichen.
- Die aus der modifizierten Strategie der neuen Flanken- sowie „Out of Area“- Einsätze im Spannungs- und Verteidigungsfall gem. Artikel V NATO- Vertrag und der Militärstrategie der Gegenkonzentration abzulei-

tenden Anforderungen an die Truppenführung entwickeln und darstellen.

- Die im gesamten Aufgabenspektrum notwendigen teilstreitkraftübergreifenden Einsätze („Joint Operations“) und den Weg in die multinationale Integration ebenso herausstellen wie das Zusammenwirken von Streitkräften verschiedener Nationen („Combined Operations“).
- Das dem Leitbild vom mündigen Staatsbürger in Uniform angemessene Führungsprinzip der Auftragstaktik sowie die Beratungspflicht des deutschen Generalstabsoffiziers mit dem Recht, von seinem Vorgesetzten vor dessen Entscheidung gehört zu werden, deutlicher als in den früheren Dienstvorschriften der Reihe HDv 100 behandeln und mögliche Einschränkungen des Prinzips der Auftragstaktik in internationalen Krisenreaktionseinsätzen herausstellen.“<sup>19</sup>

Das Zusammenwirken der politisch-strategischen Ebene und ihr Zusammenwirken mit den anderen Führungs- und Entscheidungsebenen wurden aus Clausewitzens Forderungen und Axiomen abgeleitet. Für die Ebenen der militärstrategischen und operativen Führung sowie der Taktik wurden die Erkenntnisse bedeutender deutscher Soldaten der Vergangenheit, für die Gegenwart verbündeter Truppenführer herangezogen, die nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem im ersten Irakkrieg von 1991 Erfahrungen gesammelt hatten. Sie sind in den späteren Dienstvorschriften des Deutschen Heeres beibehalten sowie fortgeschrieben worden.

In den 1998 erschienenen „Gedanken zur Operationsführung im Deutschen Heer“ hat der damalige Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Helmut Willmann, die neue Vorschriftenreihe für die Praxis von Ausbildung und Truppenführung griffig interpretiert und die Anforderungen an heutige Führer in allen Einsatzformen verdeutlicht. In der von ihm 1998 erstmals seit langer Zeit wieder durchgeführten Generalstagung, einer Nachfolgerin der früheren Truppenführerreisen, hat er die modifizierten und neuen Einsatzgrundsätze des Deutschen Heeres mit internationaler Beteiligung in einer mehrtägigen Planübung vertiefen lassen. In einer deutsch-britischen Doktrinkonferenz 1996 in Berlin hat Willmann auf meinen Vorschlag hin vor Vertretern von 33 Nationen die modifizierten und neuen Einsatzgrundsätze des Heeres vorgestellt.<sup>20</sup>

### **Defizite in heutigen Einsätzen – Gründe und Wege der Abstellung**

Viele der aus heutiger Sicht aktionistischen, ins Ungewisse zielenden, durch die modifizierten Strategien der NATO zweimal überholten und in vielen Bereichen

fehlgeschlagenen Veränderungen in der Bundeswehr vom Ende der neunziger Jahre bis heute werden zur Zeit von Verteidigungsminister de Maizière in einer neuen Struktur abgebaut. Eckwerte der zukünftigen Bundeswehr, die vor allem von den Anforderungen des Einsatzes abgeleitet werden, liegen vor.<sup>21</sup>

Mit dem neuen, dem Generalinspekteur der Bundeswehr unterstehenden Einsatzführungskommando in Potsdam wurde für das Vorbereiten, Nachbereiten, die logistische Unterstützung und Personalführung eines deutschen Kontingents in einem internationalen Krisenreaktionseinsatz, bei dem in Deutschland Frieden herrscht, ein leistungsfähiges Führungsinstrument geschaffen.

Zu den Fehlentwicklungen ab den frühen 1990er Jahren gehören die Verkürzung des Grundwehrdienstes auf neun Monate, dann auf sechs, die Einteilung des Deutschen Heeres in Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräfte, dann in 35 000 Soldaten der Eingreifkräfte für multinationale und vernetzte Operationen hoher Intensität aus Elementen von Heer, Marine und Luftwaffe, 70 000 Soldaten der Stabilisierungskräfte bei Operationen niedriger und mittlerer Intensität im Spektrum von internationalen Krisenreaktionseinsätzen unterhalb der Form eines bewaffneten internationalen Konflikts und 137 000 Soldaten der Unterstützungskräfte für das Aufrechterhalten des Grundbetriebs der Bundeswehr. Sie erwiesen sich im Afghanistaneinsatz als praxisfern und nicht durchführbar. Die Kategorisierung in Kämpfer, Halbkämpfer und Nichtkämpfer trug auch dazu bei, dass der bisherige Ausbildungshorizont für alle Soldaten, „Befähigung zum Gefecht der verbundenen Waffen“, verschwamm. Verteidigungsminister de Maizière wird diesen Irrweg für die zukünftige, aus Freiwilligen, Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwilligen Reservisten bestehenden bis zu 185 000 Soldaten und 55 000 zivilen Mitarbeitern starken Bundeswehr im Zuge der eingeleiteten Reformen korrigieren.<sup>22</sup> Die Bundeswehr soll zu einer interoperablen Expeditionsarmee werden, die sich in das Streitkräftenreservoir der NATO für alle ihre möglichen Einsätze einpasst, zwei große und sechs kleinere militärische Operationen unterschiedlicher Intensität im gleichen Zeitrahmen.

Die „Sargnägel“, die das Aussetzen der Allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland im Jahre 2011 mit derzeit noch nicht absehbaren Folgen bewirkte, waren nicht nur professionellen Argumenten hohnsprechende, von der militärischen Führung aber hingegenommene Verkürzungen des Grundwehrdienstes, die von der politisch-strategischen Ebene der Bundeswehr oktroyiert wurden, sondern vor allem das Verbot, Grundwehrdienstleistende in Einsätze außerhalb Deutschlands zu schicken sowie die immer dringlicher werdende Forderung von Ju-

risten, dass von deutschen Staatsbürgern kein Zwangsdienst wie die Allgemeine Wehrpflicht länger verlangt werden könne, wenn Deutschland nicht mehr unmittelbar bedroht sei.<sup>23</sup>

Die von Clausewitz geforderte Zurückhaltung der politisch-strategischen gegenüber den militärischen Ebenen, die in den Jahren des Kalten Krieges zum Vorteil der Verteidigungsfähigkeit der NATO gewahrt wurde, ist in den zurückliegenden Jahren für die derzeitigen internationalen Krisenreaktionseinsätze der Bundeswehr immer häufiger missachtet worden. Dagegen regte sich – wenn überhaupt – von der Seite der militärischen Führung nur lauer Protest. Die politisch-strategische Ebene hat bis Ende 2009 propagiert, die deutschen Soldaten in Nordafghanistan befänden sich in einem internationalen Krisenreaktionseinsatz ohne Kampf zum Aufbau dieser Region, als dort bereits die Verhältnisse eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts, also Krieges, herrschten. Sie hielt viel zu lange an dieser autistischen Beurteilung fest. Die Folge war, dass den deutschen Soldaten lange die Kampfmittel verweigert wurden, die dort für das Gefecht der verbundenen Waffen gebraucht werden, also die Ausrüstung für aus allen Waffen zusammensetzbare Gefechtsverbände, die lagegerecht von den Kommandeuren vor Ort gegliedert und eingesetzt werden können.

*Viele der aus heutiger Sicht aktionistischen, ins Ungewisse zielenden, durch die modifizierten Strategien der NATO zweimal überholten und in vielen Bereichen fehlgeschlagenen Veränderungen in der Bundeswehr vom Ende der neunziger Jahre bis heute werden zur Zeit von Verteidigungsminister de Maizière in einer neuen Struktur abgebaut.*

Clausewitzens Mahnung missachtend, verlangte die politische Führung viel zu lange von den deutschen Soldaten, sich in einem Einsatz zu bewähren, den es nach dem „Mission Creep“ im deutschen Verantwortungsbereich in einen bewaffneten Konflikt längst nicht mehr gab. Sie forderte von den Soldaten, was sie nicht leisten konnten, nämlich als bewaffnete Entwicklungshelfer zu wirken, als längst ihre Kräfte in täglichen Kampfhandlungen standen. Dies wurde erst nachgebessert, nachdem amerikanische Soldaten in den Bereich der Deutschen als Verstärkung verlegt worden waren, weil sich die Lage dort ständig verschlechterte. Das alles zeigt, dass in Deutschland die praktische Abgrenzung zwischen den politisch Verantwortlichen und den militärisch Handelnden schwierig ist, die in den Jahren des Kalten Krieges nur auf den Ebenen der NATO-Konferenzen und in den WINTEX-Übungen von nur wenigen Politikern sporadisch und oft ohne großes Engagement geübt worden ist. Von den Politikern verlangt das Befolgen dieser Forderung von Clausewitz Selbstzucht und Bildung in militärischen Fra-

gen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundeswehr zur Parlamentsarmee erklärt. Viele Parlamentarier sehen sich seitdem in der Rolle eines Oberbefehlshabers über die Streitkräfte. Das führt einige von ihnen in die Versuchung, die Kräfte der Bundeswehr im Einsatz für innenpolitische Felder zu instrumentalisieren und sich kommentierend sowie laienhaft in Belange der Truppe im Einsatz einzumischen. Das ist bei der Behandlung des „Falles Oberst Klein“ in Deutschland ebenso deutlich geworden wie beim Gezänk um den Einsatz von AWACS- Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan im Deutschen Bundestag.

In Afghanistan sind die internationalen Handlungs- und Machtstrukturen weit komplizierter als auf dem Balkan. Dort wirken der ISAF-Kommandeur der NATO mit einem Mandat der Vereinten Nationen, der zugleich nationaler Vorgesetzter von der ISAF nicht unterstehenden nationalen US- Truppen ist, Beauftragte der truppenstellenden Länder und der Afpak- Sonderbeauftragte friktionsanfällig sowie oft in Konkurrenz zueinander nebeneinander her. Daneben wirken „Non- Governmental Organizations (NGOs)“ und andere Akteure, von denen viele eine Zusammenarbeit mit der Truppe vehement ablehnen.

Solange diese Organisationen und Akteure nicht – wie es Clausewitz fordert – von einer leitenden Hand orchestriert werden, gibt es in Afghanistan keinen funktionierenden „Comprehensive Approach“. Es gründete auf purer Autosuggestion, als die deutsche Bundeskanzlerin und der frühere Verteidigungsminister Jung vollmundig behauptet haben, er sei eine deutsche Erfindung und funktioniere bereits erfolgreich.<sup>24</sup>

„Nur wer klare Begriffe hat kann befehlen“, sagte Goethe einmal. Bei der Planung, Leitung und Unterstützung der multinationalen Balkan- und Afghanistaneinsätze ist auch deshalb so häufig gegen die Erkenntnisse und Axiome von Clausewitz verstoßen worden, weil vielen Verantwortlichen in Deutschland das ebenengerechte Verständnis nationaler, internationaler und multinationaler Kompetenzen, Verantwortlichkeiten sowie Handlungsebenen noch immer versiegelt ist. Politisches und militärisches Handeln in unserer Zeit sollte angesichts nie ausschließbarer zukünftiger bewaffneter Konflikte sowie bei internationalen Krisenreaktionseinsätzen der folgende „rote Faden“ durchziehen, der aus Erkenntnissen und Axiomen von Clausewitz gesponnen werden kann:

**Erstens:** Die politisch-strategische Führung behält in bewaffneten Konflikten und in internationalen Krisenreaktionseinsätzen immer die Führung. Vor Abschluss eines von einer internationalen Koalition geführten bewaffneten Kon-

flikts oder eines internationalen Krisenreaktionseinsatzes mit einem Mandat der Vereinten Nationen muss die politisch-strategische Ebene, d.h. die Vereinten Nationen, die NATO, die Europäische Union und / oder andere internationale Organisationen im Konsens mit den am Einsatz beteiligten Nationen bereits bei der Planung seines militärischen Teils den angestrebten Friedenszustand definieren. Sie wird dabei durch die verantwortlichen Soldaten beraten. Sie entwickelt hierzu zusammen mit den Soldaten ein den gesamten Einsatz umfassendes strategisches Konzept, das von den nachgeordneten Führungsebenen umgesetzt werden muss. Sie vermeidet weitestgehend, über Führungsebenen hinweg in die Durchführung der Operationen einzugreifen.

**Zweitens:** Die Führung und Unterstützung eines bewaffneten Konflikts oder eines internationalen Krisenreaktionseinsatzes muss ständig von der Lage im jeweiligen Einsatzgebiet beeinflusst werden. Wenn es notwendig wird, sind Planungen und Weisungen der politisch-strategischen Ebene der tatsächlichen Lage im Einsatzgebiet anzupassen und die Triade Ziel, Zweck und Mittel muss neu austariert werden. Immer lenkt die politisch-strategische Ebene und ihre Zielsetzung die Durchführung eines Einsatzes.

**Drittens:** Internationale Akteure in bewaffneten Konflikten und in internationalen Krisenreaktionseinsätzen, ob Politiker, Diplomat, Soldat, Polizist oder Angehöriger einer anderen, in ihr eingebundenen Organisation müssen mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den Bedingungen im jeweiligen Einsatzgebiet vertraut sein. Außerdem müssen sie geschult und gewillt sein, zusammenzuarbeiten, komplexe Sachverhalte gemeinsam zu analysieren, Lösungen gemeinsam zu entwickeln und – jeder nach seiner Kompetenz – ressort- und ebenengerecht zu handeln.

Wann und ob alle Akteure, die bei der Planung, Führung und Nachbereitung eines bewaffneten Konflikts gemäß der neuen NATO- Strategie von 2010 oder eines multinational strukturierten internationalen Krisenreaktionseinsatzes beteiligt sind jemals diese für alle Verantwortungsebenen geltenden Axiome von Clausewitz befolgen werden, steht in den Sternen. Wer dies fordert, stößt vor allem auf Widerstände von Vertretern der politisch-strategischen Ebene.

Die NATO hat in den Jahren des Kalten Krieges den Grundstein für ihre Verwirklichung gelegt. Ihre Strategien von 1991, 1999 und 2010 konnten und können auf seine professionelle sowie multinationale Substanz aufbauen, die für die militärische Sphäre im Kern unverändert geblieben ist.

## **Raison d'être“ heutiger Streitkräfte**

Die „Raison d'être“ der Bundeswehr kann wie folgt beschrieben werden:

Die Bundeswehr ist ein Instrument der Staatsführung, das, unberührt von innenpolitischen Entwicklungen, seiner Aufgabe als militärischer Arm der Sicherheitsvorsorge für Deutschland und seiner Bündnispartner gerecht werden muss.

Die eingeleitete Reform der Bundeswehr steht unter dem Leitgedanken „vom Einsatz her denken.“<sup>25</sup> Der Einsatz ist für sie der gewichtigste Orientierungspunkt und nicht mehr der Schatten von Stalingrad, der lange über ihr lag, sowie die ungeprüften Konzepte von Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Politikern, die auf sie einwirkten und manchen Irrweg zu verantworten haben. Die internationalen Krisenreaktionseinsätze, an denen mittlerweile mehr als 300 000 deutsche Soldaten teilnehmen konnten, haben einen zukunftsweisenden Prozess eingeleitet, der die „Raison d'être“ der zukünftigen Armee bestimmen wird.

Das ständige Zusammenwirken deutscher Soldaten in Einsätzen mit Kameraden aus anderen Militärkulturen hat bereits ihr Selbstverständnis verändert. Bisherige Prägungen auf der Grundlage der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und den Jahren des Kalten Krieges werden im Zuge dieses Prozesses weiter an Bedeutung verlieren. Das Empfinden und Handeln vieler deutscher Soldaten wird sich durch täglich erlebte Multinationalität im Einsatz auf das weltweit ausgerichtete, pragmatischere und in ungebrochene historische Kontinuität eingebettete französisch-angelsächsische Selbstverständnis soldatischer Existenz zubewegen. So entsteht eine multinational geprägte Soldatenfamilie, die von dem gemeinsamen Auftrag, von täglich erlebter Kameradschaft und dem Miteinander im Einsatz zusammengehalten wird.

Die Führung der Bundeswehr muss das tradierwürdige Erbe deutscher soldatischer Existenz neu akzentuieren und in die Erziehung ihrer Soldaten einbringen. Die in den deutschen Streitkräften von vielen Soldatengenerationen entwickelte militärische Führungskultur erhält so aktuelle Konturen. Dies gilt vor allem für das unverzichtbare, in Deutschland entwickelte Prinzip der Auftragstaktik und die dieses überwölbende Konzeption der Inneren Führung mit ihren Säulen „Staatsbürger in Uniform“, „Integration in die Gesellschaft“ sowie „zeitgemäße Menschenführung“. Wenn erreicht werden soll, dass dieser Prozess ohne Umwege und unerwünschten „Wildwuchs“ verläuft, bedarf es rasch klarer Zielvorgaben durch die Führung der Bundeswehr. Konturen werden in einigen



Bereichen bereits deutlich. Sie müssen aber noch abschließend formuliert und zu einem unsere heutige soldatische Existenz tragenden Fundament zusammengefügt werden.<sup>26</sup>

Vieles von dem ist in der Bundeswehr bereits eingeleitet worden, vieles bleibt aber noch als Voraussetzung einer tragfähigen „Raison d'être“ der zukünftigen Armee im Einsatz zu tun. So gibt es 2011 noch immer kein schlüssiges Bild der Führung über den Offizier und den Unteroffizier der Bundeswehr.

Denjenigen, die der Bundeswehr der Jahre des Kalten Krieges Tränen nachweinen und sich der Mitgestaltung der neuen Armee durch Rat und Tat verweigern, wird die folgende Erkenntnis Goethes entgegengehalten:

*„Es gibt kein Vergangenes, das man zurücksehnen dürfte, es gibt nur ein ewig Neues, das sich aus den erweiterten Elementen des Vergangenen gestaltet, und die echte Sehnsucht muss stets produktiv sein, ein neues Besseres zu schaffen.“<sup>27</sup>*

**Zum Autor:** Generalmajor a. D. Christian E. O. Millotat war von 1963 – 2004 Angehöriger der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Military War College. Nach zahlreichen nationalen und internationalen Verwendungen, u. a. als Stabsabteilungsleiter Füh III im BMVg, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. Korps sowie Stellvertreter des Kommandeurs der Kosovo Force, war er zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich II, Mainz. Nach seiner Zuruhesetzung war der Autor 2006/ 2007 „Director of the Department of Security Cooperation“ der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beaufragten für Bosnien-Herzegowina. Millotat leitet den Regionalkreis Südwest der Clausewitz-Gesellschaft.

### **Anmerkungen:**

- 1 Der Slogan stammt vom Generalinspekteur der Bundeswehr von 1966 – 1972, General Ulrich de Maizière.
- 2 Die behandelten NATO- Strategien: C- M (91) 88, Das neue strategische Konzept des Bündnisses (The Alliance's New Strategic Concept) vom 15.11.1991. The Alliance's Strategic Concept Approved by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington D.C. on 23rd and 24th April 1998, NATO Press release NAC- S (99) 65-24.4.1999. Strategic Concept For the Defence and Security of the Members

- of the North Atlantic Treaty Organisation Adopted by Heads of State and Government in Lisbon 2010”.
- 3 Vgl. Heeresmanöver der Bundeswehr, Herausgeber Gerhard Brugmann in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr, Verlag der Gesellschaft für Militärökonomie e.V., 2004.
  - 4 Carl von Clausewitz hinterlassenes Werk „Vom Kriege“, 18. Auflage mit Erweiterter, historischer Würdigung von Professor Der. Werner Hahlweg, Bonn 1973, S. 180.
  - 5 Derselbe, S. 992.
  - 6 Derselbe, S. 994 f.
  - 7 Derselbe S. 952 und S. 239.
  - 8 Derselbe S. 208.
  - 9 Zur Vorverteidigung vgl. Christian E.O. Millotat, Operative Führung aus deutscher Sicht, in: Österreichische Militärische Zeitschrift ( ÖMZ) 3/2000, S. 283- 290. Auf S. 285 befindet sich eine Skizze der NATO- Kräfte in der Zentralregion und der des Warschauer Pakts (WP) am Ende des Kalten Krieges.
  - 10 Vgl. Heeresübungen der Bundeswehr, a.a.O., S. 185 – 202.
  - 11 Vgl. Ulrich de Maizière, In der Pflicht, Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford; Bonn; Mittler 1989, S. 297.
  - 12 Zur die konventionellen und nuklearen Elemente untrennbar verknüpfenden Strategie der Französischen Armee vgl. Général d’Armée Lacaze, French Military Doctrine, in: Armées d’aujourd’hui 72, Juli/ August 1982.
  - 13 Headquarters Allied Forces Central Europe Brunssum, The Netherlands, Operational Principles For the Employment of Land and Air Forces in Defence of the Central Region, CINCENT’s Operational Principles 1988. Vgl. ebenso Christian Millotat, Operative Führung aus deutscher Sicht, a.a.O., S. 283 – 290.
  - 14 MC Directive for Implementation of Alliance Strategy, MC 400/1 vom 14. 6. 1996.  
Vgl. ebenso Christian E.O. Millotat, Operative Führung aus deutscher Sicht, a.a.O., S. 286 f.  
Ein überzeugendes historisches Beispiel zur Überlegenheit der strategischen Defensive nach Clausewitz hat Günter Hochauer vorgelegt: Die zwölfte Schlacht am Isonzo und Clausewitz, in: Clausewitz- Gesellschaft, Band 6, Jahrbuch 2010, Herausgeber und Copyright Clausewitz- Gesellschaft e.V. Hamburg, S. 296 - 309.
  - 15 Weisung SACEUR an die von mir geleitete „ACE High Level Working Group“ vom 01. September 1993.
  - 16 Senior Mentors“ der Übung waren u.a. die früheren CINCENTs General

- a.D. Hans Henning von Sandrart und General a.D. Helge Hansen.
- 17 Die Analyse des Übungsgeschehens im Deutschen Heer von 1995 und der Vorschlag, Defizite in wieder eingeführten Generalstagungen zu überwinden, erfolgte in meiner Vorlage als Stabsabteilungsleiter III im Führungsstab des Heeres an den Inspekteur des Heeres vom 19. Januar 1996.
  - 18 Zum Entstehungsgang der Dienstvorschriftenreihe HDv 100 von 1994 bis 1998 vgl. Christian E.O. Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst, Wurzeln, Erbe, persönliche Erfahrungen, Stegen/ Ammersee 2009, S. 256- 259.
  - 19 Meine Vorlage als Stabsabteilungsleiter Füh III an Minister Volker Rühle zur Billigung der HDv 100/100, „Truppenführung 2000“, vom 04. September 1998.
  - 20 Vgl. Der Inspekteur des Heeres, Gedanken zur Operationsführung im Deutschen Heer, herausgegeben anlässlich der Generalstagung des Heeres 1998, Bonn, 1998.
  - 21 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Nationale Interessen wahren - Internationale Verantwortung übernehmen - Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, 18. 05. 2011.
  - 22 Vgl. Christian E.O. Millotat, Eliten der Bundeswehr im Einsatz, a.a.O., S. 264f.
  - 23 So der deutsche Bundespräsident Roman Herzog bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr 1996 in München.
  - 24 Zur Bedeutung von Carl von Clausewitz zum Entschlüsseln zukünftiger bewaffneter Konflikte und internationaler Krisenreaktionseinsätze vgl. Christian E.O. Millotat, Generalmajor Carl von Clausewitz- Erbe und Einfluss heute. Annäherung an Clausewitz, in: Clausewitz Jahrbuch 2010, a.a.O., S. 46 – 68.  
Vgl. ebenso Christian E.O. Millotat, Clausewitz und der Balkankonflikt, in: Military Power Revue der Schweizer Armee Nr. 3- 2008, S. 4- 11.
  - 25 Vgl. Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr Oktober 2010, Vom Einsatz her denken, Konzentration, Flexibilität, Effizienz.
  - 26 Gedankenführung auf der Grundlage meines Erfahrungsberichts: „Einsatzsatz als Deputy Commander der Kosovo Force vom September 2001 bis Oktober 2002“, Headquarters Kosovo Force, im September 2002, S. 12 f.
  - 27 Johann Wolfgang von Goethe an die Pianistin Szymanowska 1823.

## Kriegskunst und Kriegsbegriff

Gerd Roellecke

### I. Zweikampf und Kriegsgegner

Im Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft<sup>1</sup> nagen zwei Publikationen von verschiedenen Standpunkten aus am Kriegsbegriff Carl von Clausewitz'. Herfried Münkler<sup>2</sup> meint, in neuen, asymmetrischen Kriegen stünden nicht mehr nur Staaten einander gegenüber, sondern auch Staaten auf der einen und quasi-private Kriegsökonomen, fanatische Aufständische und Terroristen mit gewaltigen moralischen Ansprüchen auf der anderen Seite. Beatrice Heuser<sup>3</sup> beschreibt, wie US-amerikanische Militärs versuchen, Aufstandsbekämpfungen kriegstheoretisch zu erfassen: die Besatzungstruppen müssten die einheimische Gesellschaft verstehen, ihre Unterstützung gewinnen und so den Aufständischen Kraftquellen abschneiden.



US Special Forces in der Operation Enduring Freedom

Wir wollen uns nicht mit logischen Quisquilien aufhalten, etwa fragen, wie die Einheit "Krieg" zu beschreiben wäre, auf

der die Unterscheidung zwischen symmetrischen und asymmetrischen Kriegen beruht. Clausewitz ist jedenfalls nicht auf den Gedanken gekommen, Armeen müssten in besetzten Gebieten die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung gewinnen. Er konnte es auch nicht, weil ihm sein Kriegsbegriff diesen Gedanken verbot. "Der Krieg", schreibt er, „ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen".<sup>4</sup> Gewalt evoziert Gegengewalt, je roher sie ist, umso stärkere.

Damit wird Krieg zu einem Konflikt, zu einem System<sup>5</sup>: „Krieg ist nichts als ein erweiterter Zweikampf", in dem allerdings nicht jede Schädigung des Gegners tunlich ist: „Finden wir also, dass gebildete Völker den Gefangenen nicht den Tod geben, Stadt und Land nicht zerstören, so ist es, weil sich die Intelligenz in ihre Kriegführung mehr mischt und ihnen wirksamere Mittel zur Anwendung der Gewalt gelehrt hat als diese rohe Äußerungen des Instinkts".<sup>6</sup> Die zivilisatorische Hegung des Krieges ist eine Frage des Bildungsstandes, heute würden wir sagen: der Kultur.

Das Bild vom Zweikampf zeigt, dass dieser Begriff als Kriegsgegner Einheiten voraussetzt, die in etwa gleich organisiert und gleich stark sind und deshalb gegeneinander kämpfen können. Gemeint sind natürlich Staaten, wie sie sich seit dem Westfälischen Frieden von 1648 herausgebildet hatten. Bei krass unterschiedlicher Stärke wäre die schwächere Seite unvernünftig, wenn sie sich auf einen Kampf einließe. Kämpfe benötigen Zeit. Für die Dauer dieser Zeit lassen sich Regeln entwickeln. So werden – von der kämpfenden Einheit aus gesehen – nach innen politische Kriegsplanung, die Planung ihrer Umsetzung in der Praxis, die Strategie, und die Umsetzung der Strategie in kriegerische Handlungen, die Taktik,<sup>7</sup> möglich, und nach außen das moderne Kriegsvölkerrecht, vor allem die Haager Landkriegsordnung von 1907 (HLKO).<sup>8</sup>

Die Differenzierung nach innen schließt ein, dass man grundlegende Unterscheidungen trifft, etwa die zwischen politischer Organisation und Bevölkerung. Dann kann man über eine allgemeine Wehrpflicht nachdenken, aber auch darüber, ob man nur das politische System oder auch die Bevölkerung bekämpfen soll. Oder die Unterscheidung zwischen Politik und Militär. Dann kann man der Politik den Vorrang einräumen. Oder zwischen Militär und Wirtschaft. Dann kann man überlegen, wie man die Ordnung im Lande aufrechterhalten und sich trotzdem neue Finanzmittel beschaffen kann.

Ein Kriegsvölkerrecht wird denkbar, lässt sich aber nicht ohne Brüche konstruieren. Darauf hat bereits Beatrice Heuser<sup>9</sup> aufmerksam gemacht. Freilich hat sie dabei mehr an die Kriminalisierung der Aufständischen, die sich natürlich alle auf ihre Freiheit berufen, als an den Schutz der Zivilbevölkerung gedacht. Dass Art. 43 HLKO den jeweiligen Besatzungsmächten wegen ihrer tatsächlichen Gewalt die Verantwortung für die öffentliche Ordnung überträgt, lässt Aufständische in der Tat zu Kriminellen werden. Es zieht sie in den Binnenbereich der öffentlichen Ordnung, und dort darf es keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr geben, sondern nur noch Bestrafungen.<sup>10</sup>

Immerhin zwingt die Anwendung des Strafrechtes zu regelrechten Verfahren, wenn auch manchmal nach dem Prinzip: "Hang him, but give him a fair trial". Normen über die Anwendung von Strafrecht könnten dem nicht abhelfen, weil die Landkriegsordnung den kriegerischen Konflikt mit seinen Einseitigkeiten, Vorurteilen und Animositäten nicht aufheben, sondern nur domestizieren kann. Was wäre auch die Alternative? Erhielten die Aufständischen den Status von Kriegführenden, könnten sie ohne weiteres gefangen genommen oder getötet werden.

Außerdem sollte man den Schutz nicht unterschätzen, den ein quasi-innerstaatliches Strafrecht der Zivilbevölkerung bietet. Bei einer feindlich gesinnten Bevölkerung ist die abschreckende Wirkung von Besatzungs-Strafrecht zwar besonders gering, weil die Verlierer eines Konfliktes ein solches Strafrecht als "Siegerjustiz", das heißt als unrechtmäßige Gewaltanwendung zu interpretieren pflegen. Die Kriminalisierung der Verlierer des Ersten Weltkrieges bietet ein lehrreiches Beispiel.<sup>11</sup> Andererseits bietet die Anwendung von Strafrecht den Verlierern Chancen der Verteidigung und der Propaganda. Deshalb dürfte es doch die Zahl der kriegerischen Aufstände vermindern und dadurch der Zivilbevölkerung einiges ersparen.

## II. Bestimmung des Gegners

Dieses Gebäude hat Jahrzehnte als vollkommen sicher gegolten. Jetzt erschüttern es die asymmetrischen Kriege<sup>12</sup> in seinen Grundfesten. Kriegsvölkerrecht ist nicht mehr möglich, gilt jedenfalls nicht mehr allgemein, weil der Feind nicht mitspielt. Kriegsplanung auch nicht, weil der Feind keine oder völlig andere Regeln verfolgt, weil ihm das Menschenleben buchstäblich nicht der Güter

*Bei einer feindlich gesinnten Bevölkerung ist die abschreckende Wirkung von Besatzungs-Strafrecht zwar besonders gering, weil die Verlierer eines Konfliktes ein solches Strafrecht als "Siegerjustiz", das heißt als unrechtmäßige Gewaltanwendung zu interpretieren pflegen. Die Kriminalisierung der Verlierer des Ersten Weltkrieges bietet ein lehrreiches Beispiel.*

höchstes ist und er deshalb Leben gegen Leben verrechnen kann, etwas einen Selbstmordattentäter gegen zwanzig bis fünfzig Tote. Seine Kampfweise erscheint als Terror. Aber diese Betrachtungsweise führt in die Irre.

Rein theoretisch ist das Problem leicht zu lösen. Man braucht den Kriegsbegriff Clausewitz' nur um eine Definition des Gegners zu ergänzen, also etwa sagen: Krieg ist ein Akt der

Gewalt, um einen definierten Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.<sup>13</sup> Müsste man den Gegner in asymmetrischen Kriegen vorab beschreiben, würde klar, dass grundlegende Clausewitzsche Regeln nicht gelten können.<sup>14</sup> Wie sich ein Soldat verhalten soll, wenn er auf einen Gegner trifft, der hinter Frauen und Kindern in Deckung geht, darüber wird man bei Clausewitz nichts finden. Gleichwohl kommt es in asymmetrischen Kriegen vor. Trotzdem wird, soweit ersichtlich, nirgendwo gefordert, den Feind ausdrücklich zu bestimmen.

Das ist zunächst aus strategischen Gründen verständlich. Die Zeiten des Kalten Krieges, in denen klar definierte Gegner einander gegenüber standen, sind vorbei. Heute verfolgt die NATO eine Friedensstrategie, und der dient es nicht,

wenn man Feinde ausdrücklich als solche bezeichnet. Die Nennung von „Schurkenstaaten“ hat sich auch als dysfunktional erwiesen. Außerdem kann man es mit rechtlich-moralischen Gründen erklären. Kriegsgegner sind nicht einzelne Personen, sondern immer Gruppen von Menschen. Anerkannte Gruppen würden aber mit einer Feinderklärung diskriminiert. Diskriminierungen sind nicht nur nach Art 2 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ausdrücklich verboten: "Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand". Auch Art. 3 Abs. 1 GG lässt kaum die Zusammenfassung kriegerischer Gruppen unter unfreundlichen Überschriften zu. Vor allem hindern aber die allgemeine Menschengleichheit und das allgemeine Inklusionsgebot<sup>15</sup>, also das Gebot alle Menschen an allen gesellschaftlichen Möglichkeiten und Vorteilen teilhaben zu lassen, daran, in ruhigen Zeiten oder wenigstens bei Gefahr Feinde zu definieren.

*Die Zeiten des Kalten Krieges, in denen klar definierte Gegner einander gegenüberstanden, sind vorbei. Heute verfolgt die NATO eine Friedensstrategie, und der dient es nicht, wenn man Feinde ausdrücklich als solche bezeichnet. Die Nennung von „Schurkenstaaten“ hat sich auch als dysfunktional erwiesen.*

Andererseits kann man schlecht leugnen, dass sich im Kriege Feinde gegenüber stehen und gegenseitig definieren müssen. Deshalb versucht man, genauere Definitionen dadurch zu entgehen, dass man Kriegsursachen offen oder in "schwer durchschaubaren Gemengelagen"<sup>16</sup> aufgehen lässt oder dass man sie Akteuren wie Warlords, Guerillagruppen, Söldnerfirmen und internationale Terrornetzwerken<sup>17</sup> zurechnet, bei denen es kein Diskriminierungsverbot gibt und gegen die man alle Guten dieser Welt zusammentrommeln kann. Sollten die Neuen Kriege allerdings doch auf ethnisch-kulturellen Gegensätzen beruhen, wären die Akteure die falschen Gegner und würde ihre Vernichtung praktisch nichts ändern.

### **III. Nichtdiskriminierende Unterscheidungen**

Die Frage ist freilich, wie man Beschreibungen möglicher Kriegsgegner oder Feinde so anlegt, dass sie nicht unter das Diskriminierungsgebot fallen. Die Antwort lautet: indem man die Beschreibungen mit hochabstrakten nicht diskriminierenden Unterscheidungen beginnt. Eine solche Unterscheidung ist die nach der Struktur der Weltgesellschaften. Dafür hat die Systemtheorie ein unverdächtiges Raster angeboten.

Niklas Luhmann<sup>18</sup> beschreibt Gesellschaft als Kommunikation, weil nur diese Annahme Entwicklungen der Gesellschaft erklären kann. Denn Kommunikationen können Kommunikationen generieren oder ändern. Kommunikation lebt. Sie kann unterscheiden, auswählen oder differenzieren. Am leichtesten ist und am nächsten liegt die Unterscheidung nach gleich und ungleich, oder härter: nach ähnlich oder unähnlich. Aus der gleich/ungleich-Unterscheidung haben sich vier Typen von Gesellschaften<sup>19</sup> entwickelt:

Erstens segmentäre Gesellschaften, die in gleiche Segmente, etwa Familien, Clans oder Stämme unterschieden sind und deren Mitglieder in allen Zweifelsfällen nach der Zugehörigkeit zu einer Familie, einem Clan oder einem Stamm fragen. In einer solchen Gesellschaft ist es beispielsweise prinzipiell nicht möglich, politische Parteien zu bilden. Sie würden nur die Clan- oder Stammeszugehörigkeit abbilden.

Zweitens Gesellschaften, die nach Zentrum und Peripherie differenzieren und sich in allen Zweifelsfällen am Zentrum orientieren. So muss man sich wohl die Struktur alter Großreiche denken, die nur vage Vorstellungen von ihren Grenzen hatten.

Drittens stratifizierte, geschichtete Gesellschaften, in denen in allen Zweifelsfällen nach Rang und Herkunft gefragt wird. Wichtigstes Beispiel ist die mittelalterliche europäische Ständegesellschaft. In Deutschland mussten die Generale der Reichsarmee bis in die frühe Neuzeit fürstlichen Geblüts sein. Militärische Fähigkeiten gaben nicht den Ausschlag.

Schließlich viertens die funktionsorientierte Gesellschaft, die in allen Zweifelsfällen zwischen gleich und ungleich unter dem Aspekt von Problemlösungsvergleichen unterscheidet, grob gesagt unter dem Aspekt: Was ist das Problem und wie lösen wir es am besten? Offensichtlich entwickelt eine Gesellschaft mit dieser Grundfrage eine unglaubliche Problemlösungskapazität.<sup>20</sup> Bisher gibt es nur ein Beispiel: die von Europa ausgehende westliche Gesellschaft, deren Modernität gerade in ihrer Funktionsorientierung besteht.

Die Reihung von Typen könnte – besonders im Hinblick auf die europäische Geschichte – vermuten lassen, dass es sich um eine lineare historische Abfolge handelt. Das wäre ein Missverständnis.<sup>21</sup> In Schwarzafrika gibt es heute noch segmentäre Gesellschaften, und sie sind wahrscheinlich älter als die europäischen. Der Gewinn der Typologie Luhmanns besteht vielmehr gerade darin,



dass man Gesellschaften unabhängig vom Zeitablauf, besonders von ihrem Alter, analysieren und vergleichen kann. Wie das Beispiel Schwarzafrikas zeigt, muss man davon ausgehen, dass heute noch alle vier Typen vorkommen. Aber man kann die Typen bei einzelnen Gesellschaften natürlich auch historisch verorten. Dann zeigt sich, dass es in Europa vor der modernen eine stratifizierte und davor eine segmentäre Gesellschaft gab. Beide Gesellschaftsstrukturen sind Ahnen der Moderne. Das erschwert es, die älteren Formen abzuwerten.

*segmentäre, aber auch geschichtete Gesellschaften ... kennen nicht die allgemeine Menschengleichheit und nicht das Gebot, alle an den gesellschaftlichen Errungenschaften teilhaben zu lassen. Deshalb können sie ohne schlechtes Gewissen Fremde hassen und ihre Religionen verfolgen.*

An Neuen Kriegen sind besonders segmentäre, aber auch geschichtete Gesellschaften beteiligt. Ein Gesellschaftsvergleich lehrt, was bei ihnen anders ist als in der modernen funktionsorientierten Gesellschaft, in der wir leben. Sie kennen nicht die allgemeine Menschengleichheit und nicht das Gebot, alle an den gesellschaftlichen Errungenschaften teilhaben zu lassen. Deshalb können sie ohne schlechtes Gewissen Fremde hassen und ihre Religionen verfolgen. Überhaupt unterscheiden sie nicht zwischen politischem Apparat und Bevölkerung, zwischen Politik und Militär und Wirtschaft. Deshalb gehört Nepotismus und Korruption bei ihnen zur Gesellschaftsstruktur, und deshalb kennen sie keine moderne Arbeitsteilung und können keine moderne Infrastruktur entwickeln.

#### **IV. Konsequenzen für Ressourcen und Bevölkerung**

Von den Konsequenzen für Kriegsrecht und Kriegsplanung können hier nur zwei besonders gravierende genannt werden.

In segmentären und stratifizierten Gesellschaften sind die Ressourcen für den Krieg grundsätzlich ein besonderes Problem, weil die Produktion dieser Gesellschaften nicht besonders groß ist. Natürlich nicht rechtlich. Was eine Armee benötigte, requirierte sie einfach, häufig auch im eigenen Land, in der Regel aber in besetzten Gebieten. Der Krieg ernährt sich selbst, meinte man bis etwa 1800. Noch Napoleon ließ an seinen General Marmont schreiben, "dass in den Bewegungs- und Invasionskriegen, welche der Kaiser führt, es keine Magazine gibt; es ist Sache der kommandierenden Generale der Korps, sich die Mittel zur Verpflegung in den Ländern zu beschaffen, die sie durchschreiten".<sup>22</sup> Aber diese Mittel waren endlich, und nur für etwa die Hälfte der Kriegführenden war der Krieg ein Invasionskrieg. Deshalb mussten die Ressourcen in nichtmodernen

Gesellschaften zu einem wirtschaftlichen Problem werden. Irgendwann gingen sie einfach zu Ende. Für nichtmoderne Zeiten bedeutete das, Kriege mussten entweder als schnelle Vernichtungskriege oder als längere Ermattungskriege<sup>23</sup> geführt werden. Aber auch bei Ermattungskriegen war – wie bei einer Belagerung – in etwa vorauszusehen, wann das Ende der Ressourcen eine Beendigung des Krieges erzwang, es sei denn, es traten wie im Dreißigjährigen Krieg immer neue Kriegsparteien auf den Plan. Jedenfalls, in nichtmodernen Gesellschaften setzt die Knappheit an Ressourcen Kriegen natürliche Grenzen.

Heute hat sich das grundlegend geändert.<sup>24</sup> Infanteriewaffen bis zu Panzerfäusten sind auf dem Weltmarkt leicht und preiswert zu erwerben. Man kann sie ohne lange Ausbildung nutzen. Deshalb gibt es Kindersoldaten. Sogar ein Tausch gegen einheimische Produkte ist möglich. Angesichts des ausgezeichneten Weltgüterverkehrs ist auch die Beförderung kein Problem. Das bedeutet, nichtmoderne Gesellschaften leiden nicht mehr so unter der Knappheit an Ressourcen wie vor der rasanten Entwicklung der Technik im 19. Jahrhundert. Diese Entwicklung hat auch für sie Grenzen des Möglichen beträchtlich erweitert und dadurch die Kriege in und mit nichtmodernen Gesellschaften. Asymmetrische Kriege dauern länger als früher, manchmal sehr lange.<sup>25</sup>

*Soweit diese (asymmetrischen) Kriege die modernen Staaten ärgern oder schädigen wie der Krieg in Afghanistan, liefern die modernen Staaten im Ergebnis die Hilfsmittel – natürlich nicht geschenkt, obwohl auch das vorkommt – die gegen sie angewandt werden.*

Meist wird diese Erscheinung unter der Überschrift "Globalisierung" abgehandelt. Aber das ist ungenau. Dass sich der internationale Handelsverkehr so vorzüglich entwickelt hat,

ist natürlich nicht das Verdienst der nichtmodernen Gesellschaften, sondern der modernen, funktionsorientierten Gesellschaft. Es sind ihre Infrastrukturleistungen, die asymmetrische Kriege erst ermöglichen. Soweit diese Kriege die modernen Staaten ärgern oder schädigen wie der Krieg in Afghanistan, liefern die modernen Staaten im Ergebnis die Hilfsmittel – natürlich nicht geschenkt, obwohl auch das vorkommt – die gegen sie angewandt werden. Das Schlimmste ist, die modernen Staaten können die Weltinfrastruktur nicht einfach zurücknehmen, auch nicht teilweise und wenn es praktisch überhaupt möglich wäre. Der freie Welthandel gehört seit Adam Smith zu ihren Glaubenssätzen und tatsächlich zu ihren Existenzbedingungen. Dass sich ihre „eigenen“ Mittel gegen sie wenden, müssen die modernen Staaten daher jetzt und in Zukunft hinnehmen. Waffenlieferungsverbote haben sich bisher als nicht sehr wirksam erwiesen. Freilich könnte man einwenden – und das betrifft die zweite Konsequenz – wenn schon die modernen demokratischen Staaten ihren Kriegsgegnern

die Infrastruktur, die sie selbst geschaffen haben, zur Verfügung stellen müssten, so könnten sie sich doch so verhalten wie es 1453 der kaiserliche Rat Georg von Puchheim in seiner Fehdeansage an den römisch-deutschen Kaiser Friedrich III. angekündigt hat. Er, Puchheim, wolle des Kaisers Land und Leuten, seinen Untertanen und Dienern und ihrem Gut zu Wasser und zu Land, hinter Mauern Zäunen und Gräben Feind sein und nach ihrem Schaden trachten, so viel er nur immer vermöchte.<sup>26</sup> Puchheim wollte also das Volk des Kaisers vernichten, um ihn zu schädigen. Wie der Völkermord der Hutu an den Tutsi in Ruanda 1994 zeigt, scheint dergleichen in Schwarzafrika immer noch vorzukommen.

In Europa bis zur polnischen Ostgrenze wäre ein Krieg gegen eine Bevölkerung heute unmöglich. Das wirkt sich natürlich auf die Kriegsführung aus. Herfried Münkler<sup>27</sup> berichtet: "Werden [afrikanische] Warlords

mit Friedenstruppen der Vereinten Nationen konfrontiert, so schicken sie mit Vorliebe Kindersoldaten vor, was die Blauhelme regelmäßig in arge Bedrängnis bringt: Sie zögern, auf die bewaffneten Kinder das Feuer zu eröffnen, und kapitulieren eher, als dass sie sich auf Kampfhandlungen einlassen". Das dürften allerdings schwarze Friedenstruppen gewesen sein. Europäer hätten den Einsatz von Kindersoldaten wohl anders gewürdigt. Ein anderes Beispiel: Wenn Selbstmordattentäter fünfzig oder mehr Zivilisten mit sich in den Tod reißen, ist das der deutschen Presse kaum noch eine Zeile wert. Als in Afghanistan ein deutscher Oberst – nach meiner Einschätzung taktisch richtig – befahl, zwei entführte, aber stecken gebliebene, voll beladene Tanklastzüge zu bombardieren, und das Bombardement an die hundert Zivilisten, die Benzin abzapfen wollten, das Leben kostete, schlugen in Deutschland die Wellen der Empörung bis in den Bundestag. Das erste Beispiel zeigt die Schwierigkeit, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten angemessen zu vermitteln, das zweite die ungleiche Bewertung der Tötung von Zivilisten, Frauen und Kindern. Wir wollen nüchtern fragen: Wie sind die beiden Fälle zu erklären? Im deutschen Mittelalter konnten sie noch nicht vorkommen, und Kriegsvölkerrecht scheidet als Erklärung offenkundig aus.

Die also dürfte in der Struktur der von Europa ausgehenden, also unserer westlichen Gesellschaft liegen.<sup>28</sup> Sie orientiert sich in allen Zweifelsfällen an der Fra-

*Wenn Selbstmordattentäter fünfzig oder mehr Zivilisten mit sich in den Tod reißen, ist das der deutschen Presse kaum noch eine Zeile wert. Als in Afghanistan ein deutscher Oberst – nach meiner Einschätzung taktisch richtig – befahl, zwei entführte, aber stecken gebliebene, voll beladene Tanklastzüge zu bombardieren, und das Bombardement an die hundert Zivilisten, die Benzin abzapfen wollten, das Leben kostete, schlugen in Deutschland die Wellen der Empörung bis in den Bundestag.*

ge: Was ist das Problem und wer löst es am besten? Um diese Frage, bezogen auf die gesamte Gesellschaft optimal beantworten zu können, schaltet die westliche Gesellschaft allen Unterscheidungen zwei Grundunterscheidungen vor. Einmal die gleich/ungleich-Unterscheidung, weil sie eine sachliche Auslese gebietet,

*Asymmetrische Kriege sind für westliche Staaten kaum zu gewinnen. Westliche Staaten könnten einen ungleichartigen Gegner zwar materiell vernichten, aber nur, wenn sie auch die Bevölkerung dezimierten. Das aber können sie faktisch nicht, weil sie damit gegen grundlegende eigene Werte verstießen.*

also die Möglichkeit, individuelle Person und generelle Qualifikation zu verbinden, wie etwa beim gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ (Art. 33 Abs. 2 GG). Diese Auslese lässt aber notwendig Ungeeignete übrig, die für die Lösung anderer Probleme geeignet sein könnten. Auf diese Schwierigkeit antwortet die zweite, die Inklusion/Exklusion-

Unterscheidung. Sie besetzt Exklusionen negativ, weil sie von vornherein Menschen von Problemlösungsmöglichkeiten ausschließt, und läuft darauf hinaus, Ausschließungen unmöglich zu machen. Das Exklusionsverbot ist aber keine Rechtsnorm, sondern eine Bedingung der Funktionsorientierung. Menschenrechte und Sozialstaatsprinzip unterstützen es nur. Wer dagegen wo auch immer verstößt, beschädigt die Struktur, das Sosein der Gesellschaft. Das kann die westliche Gesellschaft nicht einfach hinnehmen, nirgendwo. Ein allgemein bekannter Beleg ist der Krieg in Afghanistan. Dort versuchen die westlichen Staaten die Frauen zu emanzipieren und den Opiumanbau einzuschränken. Damit verärgern sie die männlichen Muslime und die Bauern, zeigen wenig Verständnis für die einheimische Gesellschaft und gewinnen deren Unterstützung natürlich nicht. Andererseits verlangen das Inklusionsgebot die Frauenemanzipation und die Volksgesundheit eine Einschränkung des Opiumanbaus. Verstöße gegen diese Gebote gelten als Verrat an den Werten des Westens, würden den Westen aber bei den Einheimischen akzeptabler machen.

## **V. Folgerungen für die Kriegsplanung und Strategie**

Die wichtigste Forderung an die Kriegsplanung ist die genaue Bestimmung und Analyse des Gegners. Als gleichartig kann man den Gegner verstehen, wenn er dem eigenen Kulturkreis angehört, als ungleichartig, wenn er aus einer Gesellschaft mit einer anderen Struktur stammt. Kriege mit ungleichartigen Gegnern werden asymmetrische Kriege genannt.

Asymmetrische Kriege sind für westliche Staaten kaum zu gewinnen. Westliche Staaten könnten einen ungleichartigen Gegner zwar materiell vernichten, aber

nur, wenn sie auch die Bevölkerung dezimierten. Das aber können sie faktisch nicht, weil sie damit gegen grundlegende eigene Werte verstießen. Also sind gewaltsame Auseinandersetzungen mit ungleichartigen Gegnern nach Möglichkeit zu vermeiden. Das gilt auch für humanitäre Interventionen.<sup>29</sup> Sie sind ohnehin ein schwieriges normatives Problem. Einmal hat jedes Volk die Regierung, die es verdient. Zum anderen richtet eine Intervention häufig größere Schäden an als das Volk an Freiheit gewinnen kann.

Möglich sind politische Maßnahmen auf internationaler Ebene. Sie müssten im Rahmen der vereinten Nationen darauf abzielen, den Gegner zu isolieren. Auf Isolierung reagieren asymmetrische Gegner empfindlich gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft mit einer anderen Struktur.

Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, ist bei asymmetrischen Gegnern unmöglich. Nicht, weil der Gegner zu stark wäre, sondern weil er nach den eigenen Maßstäben des Westens nicht angemessen bekämpft werden kann. Man kann auch Auseinanderentwicklungen, die sich möglicherweise über Jahrhunderte vollzogen haben, nicht gewaltsam in ein paar Jahren rückgängig machen. Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzukrempeln, ist daher kein vernünftiges Kriegsziel.

**Zum Autor:** Gerd Roellecke (13. Juli 1927 – 30. Oktober 2011) hatte Nationalökonomie und Rechtswissenschaften studiert. Er war Mitarbeiter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe und Redakteur einer juristischen Fachzeitschrift. Nach seiner Habilitation 1969 wurde er im gleichen Jahr an die Universität Mannheim berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie innehatte. Seine Stellungnahmen in der FAZ zu Rechtsproblemen fanden große Beachtung. Gerd Roellecke war Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Der hier abgedruckte Aufsatz ist kurz vor seinem Tod entstanden und konnte vom Autor nicht mehr überarbeitet werden. Wegen der Bedeutung der grundlegenden Gedanken ist er dennoch in das Jahrbuch 2011 aufgenommen worden.

### **Anmerkungen:**

- 1 Beatrice Heuser: Band 3 der Jahrbücher, Hamburg 2007 (CG-Jahrbuch). In diesem Zusammenhang ist auch Sebastian Stamm, Zwischen humanitärer Intervention und Neuen Kriegen, Neue Herausforderungen für die Bundeswehr, CG-Jahrbuch 2007, S. 144 - 163, zu nennen
- 2 Vom jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg, CG-Jahrbuch 2007, S. 133 - 143, 142.; dazu derselbe, Die neuen Kriege, 4. Aufl. 2010, bes. S. 7 f.
- 3 Guerillakrieg, Volksaufstand, Bürgerkrieg und ihre Bekämpfung: Neue Debatten um die "Counterinsurgency", CG-Jahrbuch 2007, S. 164- 166; dazu dieselbe, Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike. Paderborn 2010.
- 4 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein-Taschenbuch, 4. Aufl. 2003, S. 27 f.
- 5 vgl. Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1997, S. 466 ff.
- 6 Clausewitz, Vom Kriege S. 29.
- 7 Clausewitz, Vom Kriege S. 93, formuliert in etwas anderer Perspektive: Es ist nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges."
- 8 Gute Zusammenstellung der Folgen bei Münkler, Neue Kriege S. 68 - 74.
- 9 Guerillakrieg, CG-Jahrbuch 2007, S. 164, 166 f.
- 10 Näher Gerd Roellecke, Der Rechtsstaat im Kampf gegen den Terror, JZ 2006 S. 265 - 270, 265 f.
- 11 Im einzelnen Frank Neubacher, Kriminologische Grundlagen einer internationalen Strafgerichtsbarkeit. Tübingen 2005, zum Ersten Weltkrieg S. 306 - 314.
- 12 Allerdings ist das Phänomen nicht neu. Um 1800 sprach man von "Kleinen Kriegen" und meinte damit Guerillakriege und Beobachtungszüge mit "Leichten Truppen", also mit Husaren, Panduren, Jägern und Kosaken. Clausewitz hatte als Lehrer an der Allgemeinen Kriegsschule unter anderen die Aufgabe, Lehren für den Kleinen Krieg darzustellen, und hat zu diesem Gegenstand Vorlesungen gehalten (abgedruckt in: Carl von Clausewitz, Schriften, Aufsätze. Studien. Briefe, hgg.von Werner Hahlweg, Erster Band Göttingen 1966, Zweiter Band Göttingen 1990; näher Dietmar Schössler, Carl von Clausewitz, 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg 2005, S. 92 ff.) Aber Clausewitz hat den Kleinen Krieg nur als Annex des Großen Krieges betrachtet: "Der kleine Krieg unterscheidet sich von dem großen nur in zwey Dingen. Erstlich wird er mit kleinen Streitmassen geführt, zweitens ist der Zweck des Krieges nicht auch unmittelbar sein Zweck, sondern er wird selbst als Mittel für untergeordnete Zwecke gebraucht." (Clausewitz, Schriften, Zweiter Band, S. 98). In: „Vom Kriege“ taucht der Kleine Krieg denn auch nicht auf. Wir vernachlässigen deshalb Clausewitz' eigene Stellungnahme.
- 13 Vorsichtshalber: Eine Definition des Gegners hat mit der bekannten Freund/

Feind-Unterscheidung Carl Schmitts nicht das Geringste zu tun. Sie ist kriegstheoretisch bedingt und bezieht sich nicht auf Politik.

- 14 Clausewitz hat das selbst so gesehen: Schriften, Zweiter Band S. 98 f.; Schössler, Clausewitz S. 93.
- 15 Dazu Gerd Roellecke, Menschenrechte und Souveränität erneut bedacht, in: Hans-Christof Kraus und Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.), Souveränitätsprobleme der Neuzeit, Freundesgabe für Helmut Quaritsch anlässlich seines 80. Geburtstages, Berlin 2010, S. 71 -93, 78
- 16 So Münkler, Neue Kriege S.16
- 17 Münkler, Neue Kriege S. 7; vgl. auch S. 16 f.
- 18 Vgl. besonders Gesellschaft S. 24.
- 19 Luhmann, Gesellschaft S. 613 ff.; im einzelnen siehe S. 634 ff. (segmentäre Gesellschaften); S. 663 ff. (Zentrum und Peripherie); S. 678 ff. (stratifizierte Gesellschaften); S. 743 ff. (funktional differenzierte Gesellschaften).
- 20 Demographische Probleme werden ausgeklammert. Sie gelten als Schicksal und spielen eine Rolle wie Seuchen oder ungünstige Witterung. Aber es gibt sie natürlich. Vgl. Herwig Birg, demographische Zeitenwende. 4. Aufl. München 2005, S.9 ff.
- 21 vgl. Luhmann, Gesellschaft S. 615.
- 22 Hans Delbrück, Geschichte der Kriegskunst. Die Neuzeit. Vom Kriegswesen der Renaissance bis zu Napoleon, Nachdruck der Neuausgabe von 2000, Hamburg 2008, S. 577 Fußnote 1
- 23 Unterscheidung von Delbrück, Geschichte des Krieges. Neuzeit, S. 495 -.501: Zur Geschichte des Strategie-Streites.
- 24 Dazu eingehend Münkler, Neue Kriege, S. 131 ff: Die Ökonomie der Gewalt, freilich mit einer Überbetonung des Wirtschaftlichen.
- 25 Im einzelnen Münkler, Neue Kriege, S. 24 - 42.
- 26 Nach Otto Brunner, Land und Herrschaft, 5. Aufl. Wien 1965, Nachdruck Darmstadt 1973, S. 12 bis 14. Auf S. 14 die Erklärung, was Mauern, Zäune und Gräben bedeuten: Sonderfriedensbezirke.
- 27 Neue Kriege S. 141.
- 28 Folgendes nach Luhmann, Gesellschaft, S. 611 – 618; vgl. auch Roellecke, Quaritsch-Freundesgabe, S. 78 f.
- 29 Dazu insbesondere Stamm, CG-Jahrbuch 2007, S. 146 ff., besonders zum Kosovo-Krieg

## Clausewitz und die Schweiz

Matthias Kuster

### Einleitung

Mit der Schweiz verbinden Carl von Clausewitz mehrere Bezugspunkte. Einerseits weilte Clausewitz ab August bis Oktober 1807 in der Schweiz auf dem Schloss Coppet am Genfersee und hatte damit Gelegenheit, Land und Leute kennenzulernen, andererseits befasste er sich in jungen Jahren intensiv mit der schweizerischen Kriegsgeschichte. Schliesslich übten zwei wichtige Schweizer Persönlichkeiten, der Pädagoge Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827) sowie der Kriegstheoretiker Antoine-Henri Jomini (1789 - 1869), einen nicht unerheblichen Einfluss auf ihn aus. Diese Aspekte sollen nachfolgend beleuchtet werden.

### Besuch in der Schweiz

Nach dem für Preussen nachteiligen Frieden von Tilsit 1807 durften Prinz August von Preussen (1779 - 1843) und sein Begleiter Carl von Clausewitz, die sich in Frankreich in der Verbannung aufhalten mussten, den engeren Kreis von Paris verlassen, mussten sich aber weiterhin im Machtbereich der Franzosen aufhalten. Dazu gehörten seit 1798 auch grosse Teile der heutigen Schweiz, darunter der am Genfer See gelegene Kanton Waadt.<sup>1</sup> Prinz August, begleitet von Clausewitz, beschloss daher, Madame de Staël auf dem Schloss Coppet im Kanton Waadt zu besuchen.

Über diesen Aufenthalt schreibt Clausewitz am 5. Oktober 1807 an seine Verlobte, Marie von Brühl, folgendes:

*"Jetzt ein paar Worte über meinen Aufenthalt hier. Die Gegend des Genfer Sees gehört zu den schönsten in der Welt und ist auch in der Schweiz einzig in ihrer Art. In meinem Tagebuch habe ich mich aller Beschreibungen soviel als möglich enthalten und zuweilen gar getadelt, daher kann ich mir nicht versagen, hier ein paar Pinselstriche zur Ehre dieser schönen Natur zu tun. Zwischen dem Jura und der grossen Masse der Schweizer Alpen zieht sich bekanntlich in der Richtung von Nordosten nach Südwesten ein breites Tal, ein Bild des gelobten Landes an Fruchtbarkeit und Anbau. In der Mitte liegt der Genfer See, der mit seiner himmelblauen Spiegelfläche fast die ganze Breite des Tales ein-*



nimmt, so daß an beiden Seiten nur einige Stunden flaches Land übrigbleibt. Von Coppet aus übersieht man den See seiner ganzen Länge nach auf der einen Seite bis Genf, auf der anderen fast bis da, wo aus dem allerheimlichsten Winkel der Erde von Pforten, aus den Wohnungen ewiger Nacht der Fluss Rhodan<sup>2</sup> seine Fluten hervorwältzt (Geschichte der Schweiz), nach dem Ausdrücke derer, welche zuerst die Schweiz vom Jura aus sahen. Und wie ein Garten ist das Land zu schauen, sagt Wilhelm Tell seinem Sohne vom Elsaß, und ich gehe nie spazieren, ohne mir dies von der hiesigen Gegend zu wiederholen. Kein Fleck einer Handbreit findet sich unangebaut, alles ist eingehegt mit grünen, lebendigen Hecken, die häufigen Weinfelder, wo der Wein nach italienischer Weise in Festons aufgebunden ist, vermehren die Zierlichkeit des reichen Anbauens. Von der wunderbaren zarten Beleuchtung der weißen Alpenhäupter und vor allem des Wasserspiegels in diesen schönen Herbsttagen wage ich nicht ein Wort zu sagen; der Landschaftsmaler kennt die Schwierigkeit, welche hier der Pinsel findet; wieviel mehr die Feder. Wie die üppige Kraft der Natur hier alles bevölkert, gewahrt man in der Schar von Vögeln, welche auf allen Wegen dem einsam Wandelnden zu frohen Begleitern dienen. Die Lerchen rufen, als wollten sie im süßen Betrüge der schönen Sonnentage, die uns beglücken, einen zweiten Frühling verkünden; fast alles ist hier noch so grün und selbst in der Fülle des Lebens, daß den kleinen Tierchen die unschuldige Täuschung wohl verzeihlich ist; denn selbst der Menschen gibt sich diesem süßen Wahne hin, und ich weiß, daß auch die traurigsten unter ihnen zuweilen einen beruhigenden, erleichternden Strahl dieses so freundlichen Lichtes in die dunkle Brust einsaugen.

*Die Menschen sind wirklich hier, wie Du sagst, noch Halbfranzosen und ähnlich jenen, die Du in Deinem Briefe nennst; indessen hab' ich so wenig Verkehr mit ihnen, dass es mir weiter nicht unangenehm auffällt; ohnehin komme ich ja aus Frankreich und bin also froh, es nur mit halb- anstatt ganzen Franzosen zu tun zu haben.*<sup>13</sup>

Clausewitz war trotz der unbefriedigenden Situation des Verbannten durchaus offen für die Schönheit der Landschaft am Genfersee, die auch heute noch zu den schönsten Gegenden der Schweiz zählt. Bemerkenswerter Weise beurteilt er die Landschaft aus dem Blickwinkel des Landschaftsmalers, der sich mit den Schwierigkeiten der Darstellung auseinandersetzt, und nicht etwa des Offiziers, der das Gelände militärisch beurteilt. Die Beschreibung der Landschaft wirkt

durchaus poetisch, was für einen Autor, der praktisch ausschliesslich Werke über Militär und Krieg verfasste, unerwartet ist. Seine Ausführungen bezeugen das literarische Können, welches auch im "Vom Kriege" durchaus durchschimmert.

Aus dem kurzen Text ist die tiefe Abneigung von Clausewitz gegen die Franzosen klar erkennbar. Die Schweizer bezeichnet er als Halbfranzosen, wobei allerdings nicht ganz klar wird, was er damit meint. Es scheint ihm aber nicht entgangen zu sein, dass sich die französischsprachigen Schweizer oder die Welschen, wie sie auch genannt werden, von den Franzosen durchaus erheblich unterscheiden.

Bemerkenswert ist schliesslich die Erwähnung von Wilhelm Tell, den er mit den Worten "Und wie ein Garten ist das Land zu schauen" zitiert. Offensichtlich hat Clausewitz Friedrich Schillers Schauspiel Wilhelm Tell,<sup>4</sup> welches am 17. März 1804 am Weimarer Hoftheater uraufgeführt und im gleichen Jahr publiziert wurde, bereits gelesen. Das genannte Zitat findet sich in der dritten Szene:

***Walthar nach einigem Besinnen:***

*Gibt's Länder, Vater, wo nicht Berge sind?*

***Tell:***

*Wenn man hinuntersteigt von unsern Höhen,  
Und immer tiefer steigt, den Strömen nach,  
Gelangt man in ein grosses ebnes Land,  
Wo die Waldwasser nicht mehr brausend schäumen,  
Die Flüsse ruhig und gemächlich ziehn,  
Da sieht man frei nach allen Himmelsräumen,  
Das Korn wächst dort in langen schönen Auen,  
Und wie ein Garten ist das Land zu schauen.*

**Anmerkung:** Nicht klar ist allerdings, warum Clausewitz schreibt, Tell habe mit dieser Beschreibung das Elsass gemeint, passt die Beschreibung doch auch auf das schweizerische Mittelland.

In den kurzen Zeilen, die Clausewitz über die Schweiz verfasst hat, finden sich praktisch alle Wesensmerkmale, welche die Schweiz ausmachen: Schönheit der Landschaft mit der Dreiteilung Jura – Mittelland – Alpen, Eigenständigkeit der Kultur und Unabhängigkeitswillen des Volkes.

## Kriegsgeschichte der Schweiz

Clausewitz befasste sich in jungen Jahren auch intensiv mit der Schweizer Kriegsgeschichte. Grundlage seines Studiums war das mehrbändige Werk mit dem Titel "Die Geschichten der Schweizer" von Johanns von Müller (1752 - 1809) aus Schaffhausen. Die erste Fassung des ersten Bandes erschien 1780.<sup>5</sup> Von Müller wurde 1791 von Kaiser Leopold II. (1747 - 1792) in den Adelsstand erhoben. Er kam 1804 als Hofhistoriograf des Hauses Brandenburg nach Berlin und fand Aufnahme in der Berliner Akademie der Wissenschaften.

Clausewitz widmete der Kriegskunst der Schweizer, die er bewunderte, in seinem Frühwerk "Strategie", welches er bereits 1804 verfasste, ein ganzes Kapitel. Er schreibt im Kapitel Geist der Kriegskunst bei den Schweizern folgendes:

*"Im frühen Mittelalter, d.h. vor Erfindung des Feuegewehrs, war die Kriegskunst weit mehr zu Hause bei den Völkern, welche gar keine zu haben schienen, als bei denen, die sich darin erschöpften. Die Bemerkung ist nicht von mir; Johannes Müller hat sie, obgleich mit anderen Worten, dem Machiavelli nachgeschrieben. „Durch nichts mehr wurden die Schweizer, denen die alten Beispiele (griechische und römische Taktik) unbekannt waren, Wiederhersteller der besseren Kriegsmanier, als weil die Lage ihres Landes und ihre Armut sie nötigte zu Fuss und ohne andere Verteidigungswaffen als Heldensinn den Krieg zu führen, und weil die Waldstätten in glücklicher Unwissenheit vieler verkehrter Gewohnheiten anderer Völker durch ihren gesunden Verstand besser unterrichtet wurden.“<sup>6</sup>*

Tatsächlich ist in der Schweizer Armee auch heute noch Pragmatismus und gesunder Menschenverstand vorherrschend. Die akademische Auseinandersetzung mit geschliffenen Kriegstheorien war und ist noch nie Sache des Schweizer Militärkaders gewesen. Die kurzen Dienstzeiten der Milizunteroffiziere und -offiziere lassen es gar nicht zu, dass sich die Kriegstheorie allzu tief in deren Köpfen ingraben kann.

Mit Blick auf das stetig sich ändernde Bedrohungsbild ist dies sogar nicht einmal von grossem Nachteil, wird doch dank der zivilen Ausbildung der Kader die "Kraft des Denkens" als Methode eingesetzt, wie sie Clausewitz ja gerade postuliert. Im "Vom Kriege" hält er ausdrücklich fest, die Theorie soll eine Betrachtung (also Einsatz des Verstandes) und keine Lehre sein.<sup>7</sup>

Auch im "Vom Kriege" anerkennt Clausewitz die kriegerischen Fähigkeiten der Schweizer im Mittelalter ausdrücklich, indem er schreibt:

*"Aber diese Unbrauchbarkeit ist freilich keine absolute, sondern sie bezieht sich nur auf Gegenstände, die von der Kenntnis der genaueren Umstände oder von denjenigen Dingen abhängen, in welchen sich die Kriegführung geändert hat. Wie wenig wir auch von dem Hergang der Schlachten der Schweizer gegen die Österreicher, Burgunder und Franzosen unterrichtet sind, so finden wir doch darin zuerst die Überlegenheit eines guten Fußvolkes gegen die beste Reiterei mit den stärksten Zügen ausgesprochen."<sup>8</sup>*

In einer Denkschrift mit der Überschrift "Über den Nationalgeist der Franzosen" äusserst sich Clausewitz wiederum sehr anerkennend über die (mittelalterlichen) Schweizer:

*"Die Thermopylenschlacht, die Schlacht bei St. Jakob an der Birs, wo von 1500 Schweizern 1450 tot auf dem Platze und nur zehn unverletzt blieben, das sind Wirkungen eines energischen Enthusiasmus."<sup>9</sup>*

Clausewitz setzte sich im Vom Kriege auch mit der militärstrategischen Lage der Schweiz im beispielhaft gewählten Fall eines Angriffskrieges Österreichs, Preussens, des Deutschen Bundes, der Niederlande sowie Englands gegen Frankreich auseinander. Er schreibt dazu:

*"Die Schweiz muß man ihren eigenen Kräften überlassen. Bleibt sie neutral, so hat man am Oberrhein einen guten Anlehnungspunkt; wird sie von Frankreich angegriffen, so mag sie sich ihrer Haut wehren, wozu sie in mehr als einer Hinsicht sehr geeignet ist."<sup>10</sup>*

Clausewitz bringt damit zwei wichtige Aspekte auf den Punkt: Die Schweiz war für ausländische Mächte wegen ihrer zentralen Lage im Zentrum Europas zwischen den Mächten Italien, Deutschland und Frankreich vor allem als Durch- und Aufmarschland von Interesse. Tatsächlich führen die wichtigsten Transversalen über die Alpen durch die Schweiz. Die Neutralität der Schweiz verlangt nach einer starken Bewaffnung. Dank ihrem starken Gelände hat die Schweiz auch heute gute Chancen, Umgehungen gegnerischer Kräfte über ihr Territorium zu verhindern. Der geplante Kauf modernster Kampfflugzeuge ist auch vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Der Vollständigkeit halber sei schließlich noch das Werk "Die Feldzüge von 1799 in Italien und der Schweiz" erwähnt, in welchem Clausewitz den Kampf zwischen den französischen und österreichisch-russischen Truppen insbesondere um Zürich detailliert beschreibt. Bemerkenswert sind dabei seine Ausführungen über den berühmt gewordenen Brückenschlag bei Dietikon (ca. 12 km nordwestlich der Stadt Zürich) am 25. September 1799 durch General André Massena (1758 - 1817). Clausewitz zählt die Gründe für die Wahl des Übergangsortes wie folgt auf:

*"Den Punkt von Dietikon wählte Massena aus folgenden Gründen:*

- 1. Bildet die Limmath dort einen konvexen Bogen, der aus bekannten taktischen Gründe immer dem Uebergange günstig ist.*
- 2. Nähert sich der Fluss dort eben des konvexen Bogens wegen dem Fusse des Gebirgsrückens, wodurch dem Uebergehenden die verdeckte Annäherung erleichtert wird, was bei einem Fluss, der nur 15 Schritte Breite hat, sehr wichtig ist.*
- 3. Kommt an dieser Stelle gerade der Fahrweg von Ober- und Nieder-Urdorf aus dem Gebirge.*
- 4. War der Fluss hier weniger schnell und der Ankergrund gut.*
- 5. War an dem Punkte, wo die Brücke selbst zu liegen kam, das linke Ufer sehr hoch, das rechte ganz flach, also von jenem stark beherrscht."<sup>11</sup>*

Die Übersetzaktion gelang Massena hervorragend, so dass der Name Dietikon auf dem Triumphbogen in Paris aufgeführt wurde, wo er heute noch sichtbar ist.

## **Pestalozzi und Jomini**

Zwei herausragende schweizerische Persönlichkeiten übten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Clausewitz aus: der Pädagoge Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827) sowie der Kriegstheoretiker Antoine-Henri Jomini (1789 - 1869). Clausewitz begegnete während seinem Aufenthalt auf Schloss Coppet 1807 Heinrich Pestalozzi, dessen pädagogisches Institut in Yverdon (Kanton Waadt) er am 17. August 1807 besuchte.<sup>12</sup> Pestalozzi hatte dieses Institut 1804 aus der Deutschschweiz hierher verlegt. Pestalozzi, der von den aufklärerischen, pädagogischen Ideen des Jean-Jacques Rousseau (1712 - 1778) stark beeinflusst war, forderte mit der „Idee der Elementarbildung“ eine naturgemäße Erziehung und Bildung, welche die Kräfte und Anlagen des Kopfs (intellektuelle Kräfte), des Herzens (sittlich-religiöse Kräfte) und der Hand (handwerkliche Kräfte) in Har-

monie entfaltet. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften nahm ihn 1808 als auswärtiges Mitglied auf.<sup>13</sup>

Clausewitz als Anhänger des neuen Bildungsbegriffs, welcher Selbstbildung als Lebensziel und Bildung des Charakters anhand von Ideen, z.B. des klassischen Altertums statt Erziehung für konkretes Handeln postuliert,<sup>14</sup> verfasste nach dem Besuch des Instituts in Yverdon einen Aufsatz, der vom pädagogischen Verständnis Clausewitz' zeugt.<sup>15</sup> Der Aufsatz ist leider nur als Fragment erhalten. Nachfolgend sei dieser im Wortlaut wiedergegeben, da es durchaus lohnenswert ist, einen Text von Clausewitz zu lesen, der sich für einmal nicht mit Krieg, sondern mit Pädagogik befasst:

*"Man müßte mehr Sachkenntniß von der Schulerziehung haben und mehr Beobachtungen damit verbinden, als dies bei mir der Fall ist, um ein definitives Urtheil über Pestalozzi's Methode und seine Unterrichtsanstalt zu fällen. Was ich davon sage, sind Vermuthungen.*

*Er geht von dem Grundsatz aus, zuerst die Kräfte des moralischen Menschen bis zu einem gewissen Grade auszubilden, ehe das Wissen der Zweck des Unterrichts wird. Sein Institut ist fast bloß für den ersten Zweck berechnet, sowie seine Methode mehr diesem Zwecke als dem eines leichten und sicheren Erlernens dient, obgleich dieser letztere dabei gewiß gleichfalls gewinnt.*

*Wenn man also glaubt, daß man es hier mit maschinenmäßig erlernten Kenntnissen oder, nach einem Lieblings-Ausdrucke aller derer, die darüber zu sprechen pflegen, mit Papageien zu thun hat, so irrt man sich sehr. Für die Ausbildung der Geisteskräfte ist unstreitig sehr gesorgt. Aber es läßt sich gleichwohl darüber noch viel bemerken.*

*Ich kann und will mich nicht in das Detail der Methode einlassen und nehme als Resultat an, wovon sich Jeder, der sie ohne Vorurtheil betrachtet, leicht überzeugen wird, daß sie logische Fertigkeit gibt, die Abstraktionskraft, den Scharfsinn, das Erfindungsvermögen, also Summa Summarum die Kraft der Meditation entwickelt. Da die niedere Mathematik für Lehrer und Zögling die wenigsten Schwierigkeiten für diese Geistes-Gymnastik hat, und auch sonst eine ganz gute Reputation als Wissenschaft genießt (ob freilich zu wetten ist, daß die Meisten nicht recht wissen, warum), so hat denn auch Pestalozzi sie als das vorzüg-*

*lichste Mittel gewählt, die Geisteskräfte seiner Zöglinge zu üben und es gilt also, was ich von seiner Methode in Beziehung auf Meditation überhaupt gesagt habe, vorzugsweise von der Mathematik. Daher werden hier gewiß gute Mathematiker oder vielmehr gute mathematische Köpfe gebildet.*

*Man hat der Methode den Vorwurf gemacht, daß die Phantasie durch sie vernachlässigt oder gar erstickt würde. Man thut der Methode Unrecht, aber der Vorwurf trifft das Institut. Ich kenne im Grunde keine Unterrichts-Methode, durch welche die Phantasie besonders befördert würde. Ich denke, die Phantasie, zumal die höhere, die, welche den Künsten dient wächst am liebsten von selbst, wenn sonst der Boden ihrer Natur nicht entgegen ist. Aber Spielraum muß man ihr freilich vergönnen; gegen diese Bedingung aber sündigt das Institut durch zu viele gebundene Beschäftigung der Kinder. Sie haben täglich elf Unterrichtsstunden, und wenn gleich Pestalozzi das merkwürdige Problem gelöst hat, den Kindern diese elf Stunden von der ersten bis zur letzten angenehm zu machen, so verhindert doch diese stete Beschäftigung das Herumschweifen des inneren Auges auf eine Reihe von abwechselnden Gegenständen, deren Mannichfaltigkeit Lebendigkeit erzeugt und den inneren Anschauungen fast das bunte Farbenspiel der äußeren gibt, oder, mit anderen Worten, die Phantasie belebt. Pestalozzi hat das wohl gewußt, denn er hat es sogar gewollt. Eben das unstete Herumschweifen des Geistes in freien Stunden dünkte ihm die Aussaat so vieler moralischer Uebel zu sein - er hat gewiß nicht Unrecht; aber wer könnte auch leugnen, daß in jüngeren Jahren der Umgang des Herzens mit der Phantasie ein sehr gefährlicher Umgang für den ganzen inneren Menschen ist und daß die schönen Früchte der Phantasie nicht ohne Gefahr gebrochen werden können. Eine sorgfältige Leitung des Gemüthes ist das einzige Gegenmittel und diese kann man von einem großen Erziehungsinstitut nicht erwarten.*

*Es ist also nicht die Uebung der Meditations-Kraft, welche die Phantasie hier zurücksetzt, sondern die zu viele Beschäftigung. Newton und Kepler hatten vielleicht keine Kunstphantasie; dann lag aber die Ursache nicht in der gewonnenen Stärke ihrer Denkkraft, sondern in ihren anhaltenden Beschäftigungen. Wer könnte Rousseau oder Fr. Schiller einen hohen Grad von Meditations-Kraft absprechen? Dem Kinde solche Beschäftigungen geben wollen, die seine Phantasie beleben, kommt mir sehr*

*schulmeistermäßig vor; die Phantasie ist kein Stier, der sich in den Pflug spannen läßt, zumal bei einem Kinde; sie verlangt Müßiggang, oder mit einem edleren Ausdruck, Muße.*

*Ein Kind, was einige Jahre in diesem Institute bleibt, etwa vom achten bis zum zehnten Lebensjahre, kann unmöglich in dieser Zeit an Phantasie ganz verdorren; es wird daher den Nutzen einer gut entwickelten Denkkraft, und eine gute Basis für die Wissenschaften mitbringen, ohne etwas eingebüßt zu haben. Dabei wird es zu einer großen Arbeitsamkeit gewöhnt sein. Nichts hindert aber, das Wesen dieser Methode in die häusliche Erziehung, durch sogenannte Institutoren, überzutragen; denn wenn man sieht, daß unter hundert Menschen, die eine sehr sorgsame Erziehung genossen haben, kaum ein einziger ist, welcher z.B. von dem mathematischen Unterrichte, welchen er, bloß zur Bildung seines Verstandes, genossen hat, auch nur ein Minimum von Nutzen gehabt hätte, so muß man wohl glauben, daß die Schuld an der Methode liegt. Das wahre Licht in der niederen Mathematik kämmt erst aus der höheren; wenige Hauslehrer aber sind mit dieser bekannt. Sie würden daher wohl thun, die Formen, in welche man um der Kürze willen in der Mathematik die Wahrheiten einschließt, wieder in ihre Bestandtheile aufzulösen und lieber die Elementarbegriffe beständig beizubehalten; denn mit diesen kann sich der Verstand üben, statt daß jene Formen, ohne das Licht der höheren Mathematik, dem Schüler nie ganz vertraute Vorstellungen werden und meistens in Gedächtnißwerk ausarten. Dies ist Pestalozzi's Verfahren, und ich habe es hier, fast ohne es zu wollen, umschrieben.*

*Ein sehr bemerkenswerther Grundsatz Pestalozzi's ist, daß er die Schritte seiner Schüler möglichst klein einrichtet und alle Sprünge vermeidet. Er hat dabei zwei Absichten. Erstlich die Mühe der Aufmerksamkeit und des Begreifens möglichst klein zu machen, damit sie den Schüler nicht ermüde, und dann auch, weil der gute Kopf zwar, wenn er einen Sprung gemacht hat, auf die Dinge, die er überhüpft hat, zurückkommt und sich selbst hilft, der mittelmäßige aber leicht dunkle und schwankende Begriffe bekommt. Ich bin in beiden Stücken gar sehr seiner Meinung. Denn man hat zwar oft gesagt, daß es ganz falsch sei, den Kindern Alles so leicht zu machen, daß man vielmehr ihre Kräfte üben und sie an Schwierigkeiten gewöhnen müsse u.s.w. Dies sind aber alles höchst schwankende und schielende Begriffe und vermuthlich sagt man etwas Anderes als man eigentlich sagen will. Einen Vortheil des Geistes mit*



*Mühe erkaufen, wenn man ihn wohlfeileren Preises haben kann, ist dem Menschen ganz unnatürlich und ewig würde sein Verstand sich gegen eine solche aberwitzige Politik auflehnen. Es giebt .... "*<sup>16</sup>

Pestalozzi übte auf die preussische Reform in pädagogischer Hinsicht einen starken Einfluss aus.<sup>17</sup> Nicht überraschend setzte sich Clausewitz auch mit diesem Aspekt auseinander. Die Lernmethode von Pestalozzi hat sich offenbar an der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin durchgesetzt. In einem Schreiben vom 1. Oktober 1815 an Gneisenau hält Clausewitz nämlich fest:

*Die Militär Geographie halte ich deswegen für unnöthig, weil die neuere pestalozzische Art die Geographie zu lehren schon einen militärischen Gesichtspunkt in sich fasst. "*<sup>18</sup>

Schliesslich bleibt Antoine-Henri Jomini aus Payerne (Kanton Waadt) zu erwähnen, der neben Clausewitz zu den bedeutendsten Kriegstheoretikern der Neuzeit gehört. Clausewitz hatte bereits früh Kenntnis von den Schriften Jominis, den er im Zusatz von 1808 zu seinem Werk Strategie erstmals erwähnt.<sup>19</sup> Clausewitz kritisierte Jomini wegen dessen doktrinärer und normativer Tendenz,<sup>20</sup> attestierte ihm aber in Strategie, er raisonniere unendlich viel solider als Bülow.

Adam Heinrich Dietrich Freiherr von Bülow (1757 - 1807) war Militärschriftsteller und verfasste das Hauptwerk "Vom Geist des neuern Kriegssystems hergeleitet aus dem Grundsatz einer Basis der Operationen auch für Laien in der Kriegskunst", erschienen 1799. Clausewitz äusserte sich sehr kritisch über dessen Werk und verfasste 1805 (als 25jähriger Offizier) anonym eine Stellungnahme mit dem Titel "Bemerkungen über die reine und angewandte Strategie des Herrn Bülow oder Kritik der darin enthaltenen Ansicht 1805" in der Zeitschrift Neue Bellona".<sup>21</sup> Darin schreibt er:

*"Vermuthlich wird es daher auch der Verfasser sehr übel nehmen, dass sich jemand herausnimmt, allen Ernstes an seinem philosophischen Talent und an der Richtigkeit seiner Grundsätze und Meinungen zu zweifeln."*<sup>22</sup>

Trotz der heftigen Kritik an Bülow empfahl aber Clausewitz 1816 in einer Druckschrift mit dem Titel "Über die künftige Bestimmung der allgemeinen Kriegsschule und über die Erfordernisse der Aufnahme in dieselbe" dessen Schriften wie auch die Schriften Jominis ausdrücklich zum Studium.<sup>23</sup>

1817 äusserst sich dann Clausewitz in seinem Aufsatz "Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst" allerdings wieder recht kritisch über Jomini, indem er schreibt:

*"General Jomini setzt alles in die Vereinigung der Kraft auf einen Punkt, und entwickelt daraus ein dem Bülowischen entgegengesetztes geometrisches System der innern Linien.*

*Dass diese phantastischen oder einseitigen Systeme sich entwickeln konnten, und zum Theil grossen Glauben fanden, während der Krieg selbst gewissermassen auf dem Katheder stand, und täglich praktischen Unterricht gab, muss uns nicht wundern. Der Speculationsgeist wird sehr schnell von den Erscheinungen der wirklichen Welt angeregt, aber begreifen lernt er sie immer erst später; er wird zu stark davon angeregt, wartet ihren ruhigen Verlauf nicht ab, und betrachtet sie nicht von alle Seiten."<sup>24</sup>*

In diesem kurzen Abschnitt bringt Clausewitz das Wesen seiner Methode auf den Punkt: Ablehnung eines festen Systems des Krieges und vorschneller Schlüsse, ohne die Geschichte als Prüfstein aller Betrachtungen ganzheitlich und umfassend zu verwenden.

Im "Vom Kriege" erwähnt Clausewitz Jomini allerdings nur ein einziges Mal. Er schreibt darin:

*Der Krieg mit grossen Entscheidungen ist nicht nur viel einfacher, sondern auch viel naturgemässer, von inneren Widersprüchen freier, objektiver, durch ein Gesetz innerer Notwendigkeit gebundener: darum kann die Vernunft ihm Formen und Gesetze vorschreiben; in diesem Krieg aber scheint uns das sehr viel schwieriger. Selbst die beiden Hauptgrundsätze der erst in unseren Zeiten entstandenen Theorie der grossen Kriegführung, die Breite der Basis bei Bülow und die Stellung auf der inneren Linie bei Jomini haben, wenn man sie auf die Verteidigung eines Kriegstheaters anwendet, sich in der Erfahrung nirgends als durchgreifende, wirkungsvolle Grundsätze gezeigt. Sie sollten aber als bloße Formen gerade hier sich am wirksamsten zeigen, weil Formen immer wirksamer werden, immer mehr das Übergewicht über die anderen Faktoren des Produktes bekommen müssen, je mehr die Handlung sich in Zeit und Raum ausdehnt."<sup>25</sup>*

Clausewitz zielte im zweiten Buch "Vom Kriege", wo er Systemmacher, Methodiker und Verfechter einer positiven Lehre verurteilte, unausgesprochen auch auf Jomini. Clausewitz schreibt darin:

*Innere Linien*

*Als Reaktion gegen diese falsche Richtung ist dann ein anderes geometrisches Prinzip, nämlich das der sogenannten inneren Linien, auf den Thron gehoben worden. Ob nun gleich dies Prinzip sich auf einen guten Grund stützt, auf die Wahrheit, daß das Gefecht das einzige wirksame Mittel im Kriege ist: so ist es doch, eben wegen seiner bloß geometrischen Natur, nichts als eine neue Einseitigkeit, welche nimmermehr dahin gelangen konnte, das wirkliche Leben zu beherrschen.*

*Alle diese Versuche sind verwerflich*

*Alle diese Theorieversuche sind nur in ihrem analytischen Teil als Fortschritte in dem Gebiet der Wahrheit zu betrachten, in dem synthetischen Teil aber, in ihren Vorschriften und Regeln, ganz unbrauchbar. Sie streben nach bestimmten Größen, während im Kriege alles unbestimmt ist und der Kalkül mit lauter veränderlichen Größen gemacht werden mußte." <sup>26</sup>*

Nicht überraschend kritisierte dieser "Vom Kriege" nach Erscheinen heftig, indem er Clausewitz vorwarf, er lehne im ersten (des in drei Bänden erschienen Werk "Vom Kriege") Band jede Theorie des Krieges ab, stelle aber in den beiden weiteren Bänden viele theoretische Grundsätze auf.<sup>27</sup> Die Kritik von Jomini ist nicht ganz unberechtigt.

Abschliessend sei erwähnt, dass sich Clausewitz nach 1821 erfolglos auch als preussischer Gesandter in der Schweiz bewarb.<sup>28</sup>

**Zum Autor:** Matthias Kuster, selbständiger Rechtsanwalt in Zürich ([www.anwaltskuster.ch](http://www.anwaltskuster.ch)), Oberst i Gst, Vorstandsmitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz, und Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London.

## **Anmerkungen:**

- 1 Der Kanton Waadt (franz. Vaud) war bis 1798 Untertanenland der Berner. Am 24. Januar 1798 wurde die Unabhängigkeit der Lemanischen Republik ausgesprochen. Die Berner zogen sich vor den französischen Truppen aus der Waadt zurück. Als die Franzosen 1798 in der Schweiz einmarschierten, wurde der Waadt als Kanton Léman Teil der Helvetischen Republik. Am 19. Februar 1803 schuf Napoleon Bonaparte durch die Mediationsakte die Waadt als eigenständigen Kanton.
- 2 Rhodan ist ein anderer Name für den Fluss Rhône oder Rottu, wie sie von den deutschsprachigen Wallisern genannt wird.
- 3 Carl von Clausewitz, Kleine Schriften, in: Projekt Gutenberg, S. 37 f.
- 4 Text siehe <http://gutenberg.spiegel.de/buch/3332/1>.
- 5 Das Buch ist unter google-books abrufbar.
- 6 Strategie, in: Verstreute kleine Schriften, hrsg. von Werner Hahlweg, Osnabrück 1979, S. 10 f. Clausewitz ergänzte das Werk 1808 und 1809 mit weiteren Kapiteln.
- 7 II/2.
- 8 II/6.
- 9 Carl von Clausewitz, Kleine Schriften, in: Projekt Gutenberg, S. 45. Die Schlacht bei St. Jakob an der Birs fand am 26. August 1444 statt. Rund 40 000 Armagnaken (französische Söldnertruppen) im Auftrag des deutschen Königs Friedrich III. standen lediglich 1500 Eidgenossen gegenüber. Die Armagnaken hatten den Auftrag, in Richtung Zürich vorzustossen, um die Belagerung der Stadt durch die Eidgenossen zu beenden. Im Grenzgebiet der heutigen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, an dem Fluss Birs, stiessen die Kriegsparteien aufeinander, wobei die Armagnaken erhebliche Verluste erlitten. Der Kampfesmut der Eidgenossen hob ihr Ansehen in ganz Europa.
- 10 VIII/9.
- 11 Carl von Clausewitz, Der Feldzug von 1799 in Italien und der Schweiz, 2. A. Berlin 1858, S. 105 (abrufbar unter [books.google.ch](http://books.google.ch), Stichwort Feldzug von 1799).
- 12 Dieter Schössler, Carl von Clausewitz, Hamburg 1991, S. 48; Heinz Stübiger, Pädagogik und Politik in der preussischen Reformzeit, Weinheim und Basel, S. 38.
- 13 [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort "Pestalozzi".
- 14 Reinhard Stumpf (Hrsg.), Kriegstheorie und Kriegsgeschichte, Carl von Clausewitz, Helmuth von Moltke, Frankfurt am Main 1993, S. 810.
- 15 Näheres dazu bei Renate Hinz, Pestalozzi und Preussen, Zur Rezeption der Pestalozzischen Pädagogik in der preussischen Reformzeit (1806/1807 - 1812/13), Frankfurt am Main 1991, 317 ff.
- 16 Abgedruckt bei Heinz Stübiger, Pädagogik und Politik in der preussischen Reformzeit, Weinheim und Basel, S. 50 - 52.

- 17 Siehe dazu Renate Hinz, Pestalozzi und Preussen, Zur Rezeption der Pestalozzi-schen Pädagogik in der preussischen Reformzeit (1806/1807 - 1812/13), Frankfurt am Main 1991; Hinz, a.a.O., S. 325 ff.
- 18 Abgedruckt bei Werner Hahlweg, Carl von Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Zweiter Band, Erster Teilband, Göttingen 1990, S. 190 f. (zit. Hahlweg, Studien).
- 19 Text siehe Werner Hahlweg, Carl von Clausewitz, Verstreute kleine Schriften, Osnabrück 1979, S. 3 - 61.
- 20 Siehe Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 418.
- 21 Text siehe Werner Hahlweg, Carl von Clausewitz, Verstreute kleine Schriften, Osnabrück 1979, S. 65 - 88 (zit. Hahlweg, Schriften).
- 22 Hahlweg, Schriften, S. 88.
- 23 Hahlweg, Studien, S. 18 Fussnote 7.
- 24 Hahlweg, Schriften, S. 229.
- 25 VI/30.
- 26 II/2.
- 27 Schössler, a.a.O., S. 101 f.
- 28 Klaus T. Stark, Carl von Clausewitz, Militärische Kurzbiographie. Befreiungskampf 1806 - 1815, Halle 2010, S. 61.

## Kapitel V

### Aus der Arbeit des Clausewitz Netzwerks für Strategische Studien (CNSS)

Sicherheitspolitische Fragen unserer Zeit im Lichte der Einsichten von Carl von Clausewitz

#### Clausewitz' Theorie des Krieges und aktuelle Konfliktregelung Studie zu einer praxisbezogenen Anwendung seiner Denkmethode

Ulrich C. Kleyser

**Vorbemerkung des Herausgebers:** Die nachfolgende Strategieanalyse ist im Rahmen der Arbeiten des „Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien“ (CNSS) entstanden.

#### Kurzreferat

Ausgehend von Clausewitz' Überlegungen zur „wunderlichen Dreifaltigkeit“ und seiner „Zweck – Ziel – Mittel“-Relation werden Anregungen zum Umgang mit aktuellen Krisen entwickelt. Ziel der Kurzstudie ist es, durch die Übertragung der Gedanken von Clausewitz der Politikberatung Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie diesen Krisen im Vorfeld einer politischen Entscheidung grundsätzlich begegnet werden kann. Neben der Entwicklung eines eigenen nationalen Standpunktes steht eine umfassende, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einschließlich seiner historischen Entwicklung umfassende Analyse des Konflikts im Vordergrund. Wesentlich hierbei bleibt die Erkenntnis von Clausewitz, dass jeder Konflikt eine eigenständige Analyse erfordert. Erst dann lassen sich Handlungsoptionen untersuchen, die insbesondere der Definition eines politischen Zwecks unterliegen und den erwünschten Endzustand berücksichtigen müssen.

Dieser Zweck mit seinen nachgeordneten Zielen muss sodann den eigenen Fähigkeiten gegenübergestellt werden, um zu einer Entscheidung für oder gegen ein Engagement zu gelangen. Empfohlen wird, dieses aus der Ordnung der Gedanken nach Clausewitz entwickelte gedankliche Instrumentarium zur Krisenbewältigung weiter zu entwickeln und politisch zu institutionalisieren.

*„Nichtintervention ist nicht Nichtparteinahme,  
sondern Parteinahme durch Verzicht auf Nichtparteinahme.“<sup>1</sup>*

## **1. Vorbemerkung**

Folgt man im Umgang mit den heutigen weltweiten Krisen den Gedanken von Clausewitz, so können für die Bewältigung jeder dieser Krisen, unabhängig von ihrer regionalen, strukturellen, geographischen, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen oder auch militärischen Besonderheit, bestimmte Vorgehensweisen in Anlehnung an Clausewitz angewandt werden. Diese beginnen mit einer gründlichen Einzelanalyse, welche die Krise nach Vergangenheit, also in ihrer bisherigen Entwicklung („der Krieg entsteht nicht urplötzlich“<sup>2</sup>), nach Gegenwart und nach Zukunft, dem gewünschten Endzustand, untersucht. Schon Clausewitz bezeichnet den heute genutzten Begriff der „Nachhaltigkeit“ als „nachhaltige Wirkung in der Strategie [...], als ein Hauptmittel des endlichen Erfolges“<sup>3</sup>.

Die Analyse der kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenhänge in einem Gesamtbild erleichtert die praktische Bewältigung neuartiger Entscheidungssituationen und kann – zumindest teilweise – mögliche Friktionen vorhersehen und vorab berücksichtigen. Mit der vorliegenden Betrachtung soll gezeigt werden, dass das Gedankengut von Clausewitz durch innovativen geistigen Transfer in die aktuelle Diskussion der weltweiten Krisenbewältigung übertragen werden kann. Hierbei wird Wert darauf gelegt, dass einige seiner Überlegungen zumindest zu einer Eingrenzung von Konflikten beitragen können, wenn nicht gar zu einer Gesamtlösung. Auf dieser Prämisse beruht das folgende Konzept, das helfen kann, die Wirkungszusammenhänge der jeweiligen Krise zu erkennen und daraus Entscheidungen bezüglich eines Engagements abzuleiten:

1. Generische Vorgehensweise bei der Analyse eines Konflikts und Erarbeitung von grundsätzlichen Kriterien für dessen Beilegung.
2. Umsetzung und Prüfung des generischen Ansatzes. Ziel ist hierbei die geistige Durchdringung der jeweiligen politischen, militärischen, wirtschaftlichen, technologischen, strukturellen und historisch-kulturellen Lage eines bestimmten Landes oder gar einer ganzen Region.
3. Folgerungen, Anregungen, Bewertungen und spezifische Lösungsansätze im Rahmen einer Strategieempfehlung unter Berücksichtigung des politischen Zwecks<sup>4</sup> und der Bestimmung eines Endzustands<sup>5</sup>.

Die Mitglieder des CNSS (Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien) Heger, Tettweiler u.a. sind mit ihrem Beitrag<sup>6</sup> zur Analyse des Iran-Konfliktes einen weiteren Schritt zur Anwendung eines methodischen Beratungskonzeptes nach Kriterien von Clausewitz gegangen. Eher philosophisch als pragmatisch orientiert, auf der Grundlage des „Hauptachsensystems“ von Clausewitz mit der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ einerseits und der Triade von „Zweck, Ziel und Mittel“ andererseits, beweist diese Studie die Vielfältigkeit und Realitätsnähe der Interpretationsmöglichkeiten von Clausewitz zur praktischen Anwendung. Darüber hinaus leistet sie einen Beitrag zu der Feststellung, dass jeder Konflikt einer neuen und eigenständigen Analyse bedarf.

Ausgangspunkt für diese Untersuchung soll die eigene nationale Position und Sicht sein, dies auch deshalb, weil Deutschland mehr als andere Staaten der „postheroischen Gesellschaft“<sup>7</sup> unter aus der eigenen Geschichte herleitbaren Zwängen steht. Wichtige rechtliche Vorgaben für den Einsatz der Bundeswehr sind unter anderem das Grundgesetz, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 zu Auslandseinsätzen sowie das 2004 verabschiedete Entsendegesetz (Parlamentsbeteiligungsgesetz). Sie beeinflussen maßgeblich die strenge Normenbindung der nationalen Einsatzregelungen (Rules of Engagement – ROE)<sup>8</sup>, zeigen sich in der Bedingung eines immer angestrebten multinationalen Ansatzes und werden öffentlichkeitswirksam begleitet. Daher kommt einer frühzeitigen Prüfung der Legitimierung eines möglichen Engagements (national wie international) in Verbindung mit Fragen der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit der Mittel eine besondere Bedeutung zu.

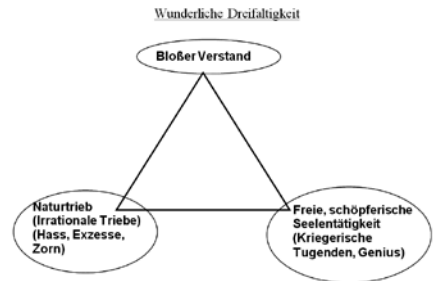
Die konzeptionellen und ressourcenabhängigen Strukturentscheidungen für die Streitkräfte treten ergänzend hinzu. Auch hinsichtlich der unterschiedlichen Interessenbedingten „caveats“ der beteiligten Nationen in der Bewältigung von Krisen – unter anderem durch ein unterschiedliches Rechtsverständnis bedingt – erscheint für die Vorgehensweise daher vorerst nur ein nationaler Ansatz sinnvoll<sup>9</sup>. Zudem ist auch im europäischen und transatlantischen Verbund der Bundesrepublik Deutschland die Berücksichtigung einer eigenen Interessenlage zuzugestehen. Zwingend erforderlich für das weitere Vorgehen ist hierbei die Bestimmung eines eigenen Standpunktes: „Es ist überhaupt nichts so wichtig im Leben, als genau den Standpunkt auszumitteln, aus welchem die Dinge aufgefasst und beurteilt werden müssen, und an diesem festzuhalten; denn nur von einem Standpunkte aus können wir die Masse der Erscheinungen mit Einheit auffassen, und nur die Einheit des Standpunktes kann uns vor Widersprüchen sichern“<sup>10</sup>. Mit einem solchen definierten, formulierten und beharrlich vertre-



tenen Standpunkt und damit auch eines „level of ambition“ im Rahmen einer europäischen und transatlantischen Positionierung sind letztlich auch Transparenz, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit im internationalen Kontext verbunden. Auf diesem Wege kann zusätzlich einer weltweiten Rollenerwartung begegnet werden.

## 2. Generischer Ansatz

Alle Überlegungen müssen auf der Grundlage und Voraussetzung beruhen, dass im Sinne des Clausewitz'schen Bildes des „Chamäleons“<sup>11</sup> der Krieg niemals dem mehr oder weniger stereotypen Bild entspricht, das man sich im allgemeinen von ihm macht und „jede Zeit ihre eigenen Kriege“<sup>12</sup> hat. Dies bedeutet nach Clausewitz, dass jedem Konflikt und Krieg ein ganz eigener Charakter zukommt (unterschiedlich herrschende und wirkende Tendenzen der wunderlichen Dreifaltigkeit: siehe Abbildung 1).



Im Zeitalter (zunehmender) Globalisierung und einer alle Lebensbereiche<sup>13</sup> berührenden Kriegsführung, wie die „Neuen Kriege“<sup>14</sup> der letzten Jahre zeigen, bedeutet dies, dass schon in den Grundüberlegungen ein politikübergreifender „comprehensive approach“ zwingend erforderlich ist, der durch den Begriff „vernetzte Sicherheit“ jedoch nur unzulänglich beschrieben wird.

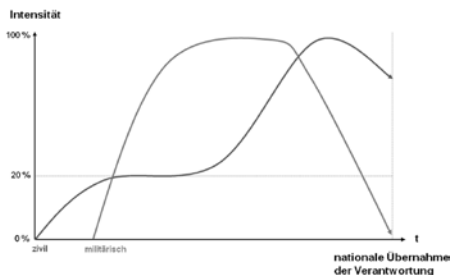
Die Ordnung staatlicher Gewalt bedarf immer eines ganzheitlichen Ansatzes. Diese Sicht wird unter anderem durch die Tatsache gestützt, dass in allen derzeitigen Konflikten trotz des militärischen Einsatzes eine politische Lösung im Vordergrund steht und den größeren Aufwand verlangt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität auf der Zeitachse (siehe Abbildung 2)<sup>16</sup>.

Jede Krisenbewältigung verlangt eine eigenständige Analyse. Der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ folgend, die für alle Kriegsformen gilt, wird jeder Krieg zu einem gesellschaftlichen und damit letztlich politischen Gestaltungsprozess in einem spezifischen äußeren, inneren und mentalen Ordnungsrahmen. Anders ausgedrückt erfordert die Analyse ein dreidimensionales Denken mit der militärisch-klassischen Komponente, der Diplomatie und der „öffentlichen Meinung“ als

neuer Dimension<sup>17</sup>. Dem wiederum entspricht die Analyse der Wechselwirkungen, die eingebunden und damit „gehegt“<sup>18</sup> werden müssen.

Folgt man dem durchaus unscharfen Begriff des Staates als handelndem Organismus bei Clausewitz weiter, dann ist es zulässig, Kriegsparteien nicht auf Grund bestimmter staatlicher Strukturen des Völkerrechts zu definieren, sondern im Sinne Carl Schmitts allein schon nach der Fähigkeit, als „souveräner“ Gesellschaftsverband den „Ausnahmestand“ verantwortlich auszulösen<sup>19</sup>. Damit lassen sich auch innerstaatliche Konflikte oder Staatenzerfallskriege als Auseinandersetzung unterschiedlicher allgemein gesellschaftlicher Gruppierungen in das Denkschema der Dreifaltigkeit einordnen.

„Ideallinie“ des zivil-militärischen Einsatzes



Aus dem bei den derzeitigen Stabilisierungsoperationen verbundenen politischen Zweck des Aufbaus einer funktionierenden Zivilgesellschaft und einer ihr angemessenen politischen Führung nach westlich-demokratischem Muster ergibt sich die Erschwernis, dass sich nicht nur zwei Kriegsparteien, sondern auch zwei

unterschiedliche Kriegsbilder unabhängig von deren möglicher „Asymmetrie“ gegenüberstehen<sup>20</sup>. Clausewitz folgend lässt sich diese Situation durch zwei sich gegenüberstehende Dreifaltigkeiten darstellen, die sich gegenseitig zur „Erfüllung ihres Willens“ zwingen wollen<sup>21</sup> (siehe Abbildung 3).

Die damit verbundenen unterschiedlichen Wirkungen und Tendenzen erzwingen nach der Analyse der Ausgangssituation als iterativer Prozess eine fortlaufende und immer neue Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen und des gewünschten Endzustandes.

### 3. Analyse von Konflikten als Grundlage für eine mögliche Beteiligung

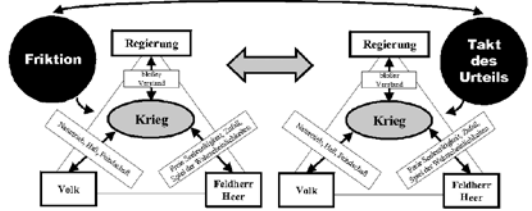
Bei einer Analyse von Konflikten als wesentlich erscheint die Frage nach bestimmten Kriterien und Verfahren, ohne in die Falle einer rein formal abzuarbeitenden und damit in den Einzelkriterien möglicherweise unreflektierten Check-Liste zu geraten. Grundsätzlich müssen zu Beginn sowohl historisch-kulturelles Wissen um die Ursachen<sup>22</sup> sowie umfassende und aktuelle nachrichtendienstliche Erkenntnisse zusammenfallen. Ziel ist es, ein Gesamtbild zu erhalten, das

nicht nur den möglichen Operationsraum umfasst, sondern alle möglichen Akteure einbeziehen muss.

Clausewitz weist hierbei hinsichtlich der Betrachtung von Kriegstheater, Armee oder kämpfenden Kräften und der Art des Kampfes auf die allein schon militärisch schwierige genaue Bestimmung der spezifischen Art des Krieges hin. Bei der Untersuchung kann von Clausewitz' Sicht der Zusammenhänge ausgegangen werden. Es muss also auch geprüft werden, ob es sich um einen oder mehrere miteinander verwobene Kriege/Konflikte handelt<sup>23</sup>.

Dieser theoretische Ansatz als Grundlage einer Beteiligung wird ebenfalls mit Clausewitz' Forderung nach der Untersuchung der Ursachen vor der Prüfung der Mittel<sup>24</sup> gestützt

und mit der Forderung nach einer Betrachtung aus dem „Gesamtüberblick aller Verhältnisse“<sup>25</sup> bestätigt. Ergänzend dazu steht seine Forderung, dass erst aus der Betrachtung der Natur des jeweiligen Krieges allgemeine Folgerungen gezogen werden können<sup>26</sup>. Grundsätzlich bedingt daher dieser Ansatz schon bei der Konfliktanalyse eine ressortübergreifende und alle Aspekte einbeziehende Untersuchung.



Interdependenzen der Dreifaltigkeiten bei opponenten Willen

Für die Untersuchung hinsichtlich der Art oder des Charakters eines Krieges/Konfliktes bietet sich zusätzlich die Analyse der Wechselwirkungen der jeweiligen Konfliktpartner gemäß der oben angesprochenen „wunderlichen Dreifaltigkeit“ an. Als Ergebnis der Analyse und als Grundlage für weiteres Handeln in der aktuellen Konfliktbewältigung sollte eine Antwort auf die für den politischen Zweck wesentliche Frage gegeben werden können: Was will die Bevölkerung im potentiellen Einsatzraum? Dies ist die Schlüsselfrage für das Ziel, die Herzen und Köpfe der Bevölkerung bei einem späteren Engagement zu gewinnen. In diesem Zusammenhang muss aus der Erfahrung der „Mediatisierung“ von Konflikten zusätzlich auch die Meinung sowohl der eigenen Bevölkerung als auch die der Weltöffentlichkeit betrachtet werden. Teil dieses Untersuchungsaspekts muss dabei nicht nur die mögliche Stärke der gegnerischen Willenskraft sein, sondern auch in der direkten Wechselwirkung die eigene unter der Frage, ob und wie lange man gewillt ist, mit welchen Anstrengungen den politischen Zweck zu verfolgen<sup>27</sup>.

Eine weitere wesentliche zu erbringende Leistung entsteht aus der Aufgabe, das jeweilige „center of gravity“ des Konflikts und jeder seiner Parteien zu definieren. Clausewitz sagt hierzu: „Diese Centra gravitatis in der feindlichen Kriegsmacht zu unterscheiden, ihre Wirkungskreise zu erkennen, ist also ein Haupttakt des strategischen Urteils“<sup>28</sup>. Dies gilt nicht nur für den politischen, sondern auch für den geographischen oder den militärischen Schwerpunkt.<sup>29</sup>

Gleichzeitig ist diese Aufgabe mit der Herausforderung verbunden, Nachgeordnetes als solches zu erkennen und dann „die untergeordneten Teile so untergeordnet als möglich zu halten“<sup>30</sup>. In diese Untersuchung gehört auch die Beantwortung der Frage, ob das eigene „center of gravity“ dem oder denen des Konfliktgegners entsprechen muss oder nicht.

#### **4. Untersuchung der eigenen Handlungsmöglichkeiten**

Grundlage aller Überlegungen muss zwingend die Befolgung eines zentralen Gedankens von Clausewitz sein:

*Man fängt keinen Krieg an, oder sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlung hinab*<sup>31</sup>.

Nach der Analyse der Art oder des Charakters des Krieges selbst geht es nunmehr um den Zweck des Krieges aus eigener Sicht, wobei Zweck, Ziel und Mittel nicht nur in Relation gesetzt werden müssen, sondern in ihren Definitionen nicht vermischt werden dürfen. Voraussetzung ist auch hier der Gesamtüberblick über alle Verhältnisse in ihrer Komplexität und Verwobenheit, auch unter der Berücksichtigung, dass ein Urteil hierüber niemals rein objektiv sein kann.<sup>32</sup>

Dieser Ansatz bedingt nach der Analyse der Konfliktursache eine eigene Lagebeurteilung, die im Wesentlichen folgende Aspekte umfassen und zugleich vorherrschende (nationale oder ethnische) Kulturen im Konfliktraum berücksichtigen sollte:

- Definition der eigenen, abgestuften (vitalen) Interessen und Abwägung mit den formulierten oder geschätzten Interessen der europäischen Nachbarn,

der EU, sowie NATO und UN und letztlich der USA, aber auch anderer Mächte im betroffenen Krisen- bzw. Konfliktraum. Für Deutschland sind hierbei Fragen der eigenen öffentlichen Meinung und der Einsatzlegitimierung zu berücksichtigen, insbesondere hinsichtlich der Grundfrage eines militärischen Einsatzes, dem Kampf. Den Interessen sind zusätzlich eingegangene politische oder wirtschaftliche Verpflichtungen sowie Bindungen, auch an Werte, Menschenrechtsforderungen, aber auch Ressourcensicherheit, die Gewährleistung von freiem Welthandel wie auch ökologische Bedingungen, etc., gegenüberzustellen. Dennoch gilt besonders in diesem Zusammenhang Clausewitz' Warnung, dass „in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eines ist [...], die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten [sind]“<sup>33</sup>;

- Isolierungsmöglichkeit des Konfliktes oder von Teilen desselben;
- Definition der möglichen Partner und frühzeitige Abstimmung, vor allem um mit einer Stimme den festgelegten Zweck zu verfolgen und damit abgestimmt und koordiniert handeln zu können. In diesen Zusammenhang gehört die Einheit von Sprechen und Handeln als Glaubwürdigkeits- und Effizienzindikator nach innen und außen. Auch sollte frühzeitig ein besonderes Augenmerk auf die Rolle, Beteiligung und Einbindung, im Sinn einer zentralen Orchestrierung, von GO/NGOs gelegt werden;
- Definition des politischen Zwecks, der sich nach diesen ersten Überlegungen bestimmen lässt, der ggf. aber auch zu einer Nichtbeteiligung Deutschlands führen kann. Dem Zweck müssen dann jedoch Ziele und Mittel in der richtigen Balancierung entsprechen<sup>34</sup>.

Zur Formulierung des Zwecks gehören in einem vernetzten Ansatz sich überschneidender Aufgabenstellungen zum Beispiel nachfolgende Überlegungen:

- Herstellen von Sicherheit allgemein, auch durch militärischen Kampfeinsatz im Rahmen eines stimmigen Einsatzkonzeptes mit anschließender Friedenssicherung als Grundlage politischer Stabilität. Zu dieser „Grund-sicherheit“ gehören u.a. Freedom of Movement, Flüchtlingsrückkehr, aber zumindest auch Rechts- und Verwaltungssicherheit und damit Eigentums-sicherheit. Wesentlich erscheint hierbei, dass im Rahmen einer Stabilisierung die Eigenbeteiligung der dortigen Bevölkerung deutlich und nach innen wie nach außen auch sichtbar wird.
- Durchsetzung von Menschenrechten, auch bei möglicherweise im Widerspruch oder in Konkurrenz stehenden Werten im Konfliktraum, im Zusammenhang mit der Frage, welche Rechtsnorm durchgesetzt und welche

Staatsvorstellung zu Grunde gelegt werden soll. Der Aspekt der Deutungshoheit und damit auch die Durchsetzungsfähigkeit einer möglicherweise neuen Werteordnung gewinnt hier in eine besondere Relevanz.

- Zusammenwirken mit „good or bad governance“<sup>35</sup>, ein Key-Leader Verständnis<sup>36</sup> und der Umgang mit diesen auch im Hinblick auf Kriminalität und/oder Kriegsverbrechen in Zusammenarbeit mit nationaler oder internationaler Gerichtsbarkeit. In diesen Kontext gehört eine frühzeitige Überlegung, mit welcher Gruppierung und ggf. unter welchen Vorbedingungen – auch für die eigene Seite –, mit welchen Inhalten und mit welchen Zuständigkeiten Gespräche angeboten, gesucht oder weiter gepflegt werden sollten<sup>37</sup>. Auch eine mögliche Eigenblockade durch daraus notwendig werdende Zurückhaltung im militärischen Einsatz oder gar durch eine Gefährdung der eigenen Legitimation muss hierbei in Betracht gezogen werden.
- Entwicklung und Begleitung, auch durch militärische Sicherung, der Herausbildung von „Humankapital“, in erster Linie als Förderung von Bildung und Ausbildung und damit wesentliche Grundlage für die Entwicklung einer offenen Gesellschaft. Bildung und Ausbildung sind eben mit die Grundvoraussetzungen für ein nachhaltiges „nation building“. Jeder Ansatz ohne diese Bereiche bliebe unvollständig.
- Bestimmung der Ökonomie der Kräfte<sup>38</sup>, wobei „aus unzureichenden Anstrengungen nicht bloß ein Nichterfolg, sondern positiver Schaden [in der Wechselwirkung als Erfolg für den einen, wenn der andere gerade aus diesem Mangel einen Nichterfolg erleidet, der Verf.] entstehen kann“<sup>39</sup>. Letztlich bestimmen die eingesetzten Kräfte und Mittel, auch hier übergreifend in einem „comprehensive approach“, den Grad der Wirksamkeit, auf den später noch besonders eingegangen wird.
- Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaft über die Deckung der Grundbedürfnisse und über eine bloße Armutsbekämpfung hinaus. Die Umsetzung der Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaft bildet eine wichtige Grundlage für die Bewertung und notwendige Festlegung des strategischen Horizonts der Konfliktlösung. Sie ist oftmals maßgeblich für die Erreichung des erwünschten Endzustands. Insgesamt ist hierzu jedoch neben der Befähigung zu einem „langen Atem“ (Durchhaltefähigkeit) auch die konstante Absicht zwingend erforderlich, den einmal formulierten Zweck nie aufzugeben – es sei denn, dieser sei nicht mehr zu erreichen<sup>40</sup>.
- Frühzeitige Entwicklung einer „Exit-Strategie“ für den worst case, bevor ein Scheitern der gesamten Mission offensichtlich wird.

Weitere Aspekte sind:

- Bestimmung des Maßes der Mittel in ihrer Bedeutung für Eskalation oder Deeskalation, abgestimmt mit dem politischen Zweck<sup>41</sup>. Auch dies erfordert einen „comprehensive approach“ in Bezug auf Kriterien wie Angemessenheit, Ausgewogenheit, Bewertbarkeit, Einsichtigkeit und Nachvollziehbarkeit. Letztere ist hinsichtlich der eigenen Bevölkerung, des eingesetzten Personals und der Bevölkerung im Konfliktgebiet von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang erlangen Rechtsfragen hinsichtlich des Zusammenhangs von innerstaatlichem Recht mit seiner grundrechtlichen Bindung, von Völkerrecht in ihrer Verbindung und Wechselwirkung zu den Erfordernissen der internationalen Gemeinschaft aber auch von Kriegsrecht<sup>42</sup> eine erhöhte Bedeutung.
- Bestimmung des Bedarfs an unterschiedlichen Fähigkeiten und Prüfung ihrer nationalen und/oder multinationalen Verfügbarkeit unter Einbeziehung von Raum und Zeit<sup>43</sup>, einschließlich der Dauer des Engagements. Diese Fähigkeiten, d.h. Kräfte und Mittel, sind sodann festzulegen nach Art und Umfang und nach ihrer politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen Zusammensetzung. Teil dieser Festlegung ist, wer (national wie international) mit welchen Zielen und welchen Mitteln welche Aufgabe übernimmt. Für die militärischen vorab, aber letztlich für alle Mittel gilt, ihnen nicht etwas abzuverlangen, was diese nicht erfüllen können. Clausewitz stellt hierzu fest: „Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst der Politik gegenüber ist hauptsächlich zu verhüten, dass die Politik Dinge fordere, die gegen die Natur des Krieges sind, dass sie aus Unkenntnis über die Wirkungen des Instruments Fehler begeht in dem Gebrauch desselben“<sup>44</sup>. Diese Feststellung gilt übertragen für jedes eingesetzte Instrument. Eine Prüfung der vorhandenen Fähigkeiten in diesem Sinne kann dazu führen, von dem vorgesehenen Engagement Abstand nehmen zu müssen oder aber ein erkanntes Risiko bewusst zu tragen.
- Festlegung des politischen „endstate“ vor einer Beteiligung (vgl. strategischer Horizont). Nach Clausewitz gehört dies zur Analyse, „nicht den ersten Schritt zu tun, ohne an den letzten zu denken“<sup>45</sup>. Dazu gehören auch Überlegungen zu einer politischen sowie militärischen Exit-Strategie, nicht nur als Krisenalternative.
- Frühzeitige Berücksichtigung von möglichen „Friktionen“<sup>46</sup>, aber auch von irrationalen Faktoren<sup>47</sup>, die u.a. in bestimmten Handlungsweisen, in mangelnder Professionalität aber auch im Umschwung einer „öffentlichen Meinung“ begründet sein können. Dies bedingt i.S. der Forderung nach dem

„Takt des Urteils“, sich selbst Flexibilität in der dem Zweck nachgeordneten Zielverfolgung zu schaffen und zu erhalten. Mit dem Begriff der Friktion steht Clausewitz damit auch für den Zwang für eine „Entscheidung im und ins Ungewisse“<sup>48</sup>.

- Die Beantwortung der Frage nach dem Schwerpunkt des eigenen Engagements. In Verbindung mit der Definition eines Schwerpunkts steht die Festlegung von Zielvorgaben auf der Zeitachse, die mit der Bestimmung des gewünschten Wirkungsgrades aller Mittel und seiner Messbarkeit mit der Zielerreichung eng verbunden ist. Besonders die Bestimmung dieser Messbarkeit birgt eine besondere Herausforderung, nicht nur hinsichtlich der Kriterien und Verfahren, sondern insbesondere hinsichtlich der Gefahr von unerwünschten Effekten wie einer Eskalation, einem Umschwung der öffentlichen Meinung in der Konfliktregion und/oder weltweit oder gar von negativen Rückwirkungen auf die eigene nationale Lage im Heimatland. Neben der öffentlichen Meinung kann es dabei vornehmlich um Fragen der Inneren Sicherheit oder der Wirtschaft gehen. Hier lässt sich für die praktische Umsetzung der in den letzten Jahren entwickelte und weitgehend militärisch orientierte „Effects-Based Approach to Operations“ (EBAO) zuordnen, ein Ansatz, der eine wirkungsorientierte Operationsführung in der Wechselbeziehung von Handlung und Wirkung mit der dazu erforderlichen Zuordnung und Optimierung von Mitteln vorsieht<sup>49</sup>. Mit einer an Clausewitz angelehnten in sich verwobenen Dreieckigkeit der Beziehung der Kausalitäten, der Technologie als multiplikatorischem Effekt und einer systematischen wie kontinuierlichen Analyse wird ein Prozess ausgelöst, der schon während der Planungsphase beginnt. In diesem muss dann der einem Engagement zu Grunde liegende Zweck mit dessen konsequenter Umsetzung (Ziel) und dem gewünschten Erreichungsgrad (endstate) übereinstimmen.

Die genannten Aspekte, die noch nicht erschöpfend dargestellt sind und sicher auch nicht alle relevanten Bereiche abdecken, sind geeignet, eine Krise im Einzelfall zu erfassen und Entscheidungsprozesse mit alternativen Lösungen vorzubereiten. Gleichzeitig kann mit ihnen die Komplexität einer Krise in der von Clausewitz geforderten ganzheitlichen Betrachtungsweise beurteilt werden.<sup>50</sup> Daraus lassen sich ebenfalls Parameter entwickeln, die dann bei aller zu berücksichtigender Subjektivität der einzelnen Sichtweisen und gleichzeitigen „gesellschaftlichen Widersprüchen“<sup>51</sup> der Krise selbst in die jeweils aktuellen und für die Krisenbewältigung erforderlichen Szenaruntersuchungen eingehen können.



## 5. Schlussbetrachtung

Diese Kurzstudie konnte zeigen, dass sich eine theoretische, analytische Untersuchung auf der Grundlage der Gedanken von Clausewitz als Angebot für den Handelnden durchaus eignet. Dies gilt auch dann, wenn sich realisierbare Handlungsvorschläge nur schwer entwickeln lassen, und die spezielle Analysefähigkeit für einen Krisenraum nicht immer, und wenn, meist nicht rechtzeitig vorhanden ist.

Als eine weitere grundlegende Notwendigkeit kann festgehalten werden, dass aufbauend auf den Denkkriterien von Clausewitz, militärische Führer und Politiker nicht nur zu einem gemeinsamen Verständnis von Grundlagen und Lösungsansätzen eines Konfliktes gelangen müssen, sondern auch verstehen müssen, diese in einer gemeinsamen Sprache zu behandeln und umzusetzen. Hierbei wurde schon in der konzeptionellen Betrachtung als wesentlich herausgestellt, dass mit der politischen Entscheidung weder die eigene Seite, noch die Partner, noch die gegnerische Seite überfordert werden dürfen. In Verbindung mit aktuellen und zumindest noch mittelfristig andauernden Einsätzen muss immer eine mögliche Überdehnung der eigenen nationalen Fähigkeiten betrachtet werden.

Darüber hinaus lassen sich aus der Untersuchung auch einige grundlegende Erkenntnisse ableiten. Die politische Entwicklung in den Jahren nach Beendigung des Kalten Krieges hat gezeigt, dass zahlreiche alte oder latent bestehende Konflikte neu ausgebrochen sind und sich zudem auch bestimmte Krisenräume herauskristallisiert haben. Wenn also die Masse der Konflikte nicht „ad hoc“ oder, mit Clausewitz, „urplötzlich“<sup>52</sup> entsteht, dann kommt langfristigen, kontinuierlichen und vor allem im Verständnis eines „comprehensive approach“ ressortübergreifenden Detailanalysen eine besondere Bedeutung zu. Denn „die allgemeinen Verhältnisse, aus denen ein Krieg hervorgeht und die natürlich seine Grundlage ausmachen, bestimmen auch seinen Charakter“<sup>53</sup>. Clausewitz spricht also über die „höheren“, die politischen oder gesellschaftspolitischen Verhältnisse, die auf dem Kriegstheater selbst ihren Ursprung haben und deren Unkenntnis zur Unwirksamkeit getroffener Entscheidungen führt. Die Studie hat gezeigt, dass trotz der Unmöglichkeit, „der Mannigfaltigkeit [der Gegenstände eines Krieges] durch bloße schulgerechte Überlegung Herr zu werden“<sup>54</sup>, ein „Gesamtüberblick aller Verhältnisse“ durchaus analytisch erarbeitet werden kann. Die wesentliche Aufgabe, die unterschiedlichen Akteure in einem Konflikt zu identifizieren und unter Berücksichtigung der jeweiligen kulturellen Gegebenheiten und ihrer Interessenlage zu analysieren, kann erfüllt werden<sup>55</sup>.

Für eine generelle Analysefähigkeit der Bundesrepublik erscheint es geboten, das angewandte Arbeitsverfahren nicht nur gedanklich weiterzuentwickeln, sondern auch einschließlich des erforderlichen personellen und materiellen Instru-

*Unabhängig von Art, Ort und Beschaffenheit des jeweiligen Konflikts erscheint es unerlässlich, dass die Bundesrepublik ganz nach Clausewitz aus dem derzeitigen Teufelskreis von unklarem politischen Zweck, kurzfristiger Reaktion, ungeeigneten Zielen und nicht auf den Zweck adaptierten Mitteln ausbricht.*

mentariums als ein System zur Ordnung der Gedanken so zu institutionalisieren und in eine permanente Führungsstruktur einzubauen, dass jeder Konfliktfall angemessen geprüft werden kann. Nur auf dieser Grundlage wird dann eine vorausschauende Krisenprävention ermöglicht und kann dazu beitragen, in diesem dynamischen Prozess die Lücke zwischen erfolgter Frühwarnung und verspätetem oder

gar ausbleibendem Handeln zu schließen. Unabhängig von Art, Ort und Beschaffenheit des jeweiligen Konflikts erscheint es unerlässlich, dass die Bundesrepublik ganz nach Clausewitz aus dem derzeitigen Teufelskreis von unklarem politischen Zweck, kurzfristiger Reaktion, ungeeigneten Zielen und nicht auf den Zweck adaptierten Mitteln ausbricht.

„Das Forschen nach den Ursachen der Erscheinungen und das Prüfen der Mittel nach den Zwecken gehen bei der kritischen Betrachtung eines Aktes immer Hand in Hand, denn das Forschen nach der Ursache bringt erst auf die Dinge, welche es verdienen, ein Gegenstand der Prüfung zu sein“<sup>56</sup>. Dieses Argument gewinnt bei der bisher festzustellenden Langwierigkeit von Stabilisierungs- oder Aufbaumaßnahmen, verbunden mit vielfältigen Ressortüberschneidungen in den Aufgabenstellungen, erhöhte Bedeutung.<sup>57</sup>

Die oben angemahnte kontinuierliche, institutionalisierte und übergreifende Analyse kann damit einem möglichen Vorwurf der Zufälligkeit oder Reaktivität deutscher Eingreifentscheidungen entgegenwirken. Grundsätzlich müssen bei einer Entscheidung verschiedene Fragen und Kriterien berücksichtigt werden, die entweder zu einem Handeln durch Nichthandeln oder aber zu einem aktiven Handeln durch differenziertes Eingreifen führen<sup>58</sup>. Somit folgen wir wieder Clausewitz, wenn er mit dem Akt des Urteils fordert, dass der in der Entscheidungsverantwortung stehende Staatsmann mit Hilfe seiner Berater, militärisch wie ressortübergreifend zivil, den Konflikt, den er politisch bewältigen will, entsprechend analysiert, treffend einschätzt und mögliche Folgen andenkt und bewertet.

**Zum Autor:** Ulrich C. Kleysler, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst

a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbindungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2010 M.A. in Geschichte.

### **Anmerkungen:**

- 1 Dieser Charles Maurice de Talleyrand (1754-1838), dem französischen Diplomaten unter der Revolution, unter Napoleon und der bourbonischen Restauration zugeschriebene Satz erläutert das grundsätzliche Dilemma einer politischen Entscheidungsfindung. Handeln wie Nichthandeln werden gleichermaßen zu einer politischen Aussage.
- 2 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 197.
- 3 Vgl. ebd., S. 396.
- 4 Vgl. ebd., S. 201.
- 5 Ebd. S. 196: „der politische Zustand, welcher ihm [dem Krieg] folgen wird [und] durch den Kalkül schon auf ihn zurückwirkte“.
- 6 Heger, Timo-Christian; Tettweiler, Falk; Helmbold, David; Schubert, Hartwig von, Analysieren mit Clausewitz – Politikberatung in bewaffneten Massenkämpfen, in: Clausewitz-Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 6/2010, Hamburg 2011, S. 194 – 208.
- 7 Vgl. Münkler, Herfried, Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist 2006, S. 310ff. Von Michael Howard 2000 eingeführter Begriff, um die “Erosion [westlicher, der Verf.] patriotischer Opfer- und Leidensbereitschaft“ darzustellen.
- 8 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 955. Unabhängig von der Diskussion über die ROE im Zusammenhang mit dem Luftangriff bei Kundus vom 04.09.2009 sind diese neben der Einbindung in eine multinationale Struktur nach Clausewitz auch danach festzulegen, „daß der Krieg ein Ding sein kann, was bald mehr, bald weniger Krieg ist“.
- 9 Auch hier ließe sich Clausewitz folgen, wenn er sich aus eigener leidvoller Erfahrung kritisch über die divergierenden Interessen von Koalitionspartnern äußert. Vgl. ebd, S. 987 ff.
- 10 Vgl. ebd., S. 992.
- 11 Vgl. ebd., S. 212.
- 12 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 397.
- 13 Vgl. ebd., S. 303.
- 14 Vgl. Münkler, Herfried, Die neuen Kriege, Reinbek 2003. Münkler stellt hier die Neuartigkeit derzeitiger Konflikte dar, die insbesondere durch Entstaatlichung, Asymmetrierung und Autonomisierung kriegerischer Gewalt gekennzeichnet sind

und mit dem Begriff „Neue Kriege“ umschrieben werden, ein Begriff, der sich allgemein durchgesetzt hat.

- 15 „comprehensive approach“, Leitgedanke (NATO-Guidance von 2006) zu einem umfassenden Ansatz eines politischen Krisenmanagements, das ressortübergreifend interagiert und mit zusätzlicher Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen einen „Whole of Government Approach“ noch überschreitet. Ziel ist eine einheitliche Problemwahrnehmung wie Problemlösung bei erhöhter Effektivität (z.B. größere Kohärenz und Verhinderung von Reibungsverlusten) und Legitimität bei zeit- und bedarfsgerechtem Handeln. Nach Comprehensive Approach in: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 42,3. Jahrgang, Zürich 2008.
- 16 So General Egon Ramms am 14. 08. 2010 während der Clausewitz-Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Danach liegen circa 80 Prozent des Aufwandes im politischen Bereich. Vgl. auch Polk, William R., *Aufstand. Widerstand gegen Fremdherrschaft: vom Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Irak*, Bonn 2009, S. 12 und 238ff.
- 17 Diese „Öffentliche Meinung“ muss in der Bedeutung und ihren gegenseitigen Wechselwirkungen von internationaler, nationaler und einsatzlandbezogener öffentlicher oder gezielt veröffentlichter Meinung als besondere Dimension berücksichtigt werden. Clausewitz (*Vom Kriege*, S. 976 f.) sieht in einem Krieg der Volksbewaffnung, also auch in einem dem Bürgerkrieg vergleichbaren Krieg, neben den Hauptführern (key-leader) die öffentliche Meinung als Hauptziele, gegen die ein Stoß gerichtet sein muss.
- 18 Vgl. Schmitt, Carl, *Der Nomos der Erde*, Berlin 1974, S. 120ff., 158f. S. 219. Schmitts Vorstellungen einer „Einhegung“ des Krieges als ordnende Kraft, als rechtliche Normierung (Humanisierung) stehen in engem Zusammenhang mit den durch Clausewitz im Ersten Buch formulierten Gedanken, das in der Natur des Krieges liegende Streben nach dem Äußersten auf ein bestimmtes Maß zurückzuführen. Die Bedeutung der Einhegung elementarer Gewalt bezieht sich nicht nur auf die „Neuen Kriege“, sondern auf das gesamte aktuelle Kriegsbild, wenn z.B. die chinesischen Theoretiker Quiao Liang und Wang Xiangsui, aktive Obersten der Armee, direkt empfehlen, die bisherigen rechtlichen und humanitären Schranken aufzuheben (*La guerre hors limite*, Paris 2003). Aus diesem Grunde könnte allein schon die „Einhegung“ eines Konfliktes als niedrigste Stufe einer Gradualisierung von Zwecken erforderlich werden.
- 19 Vgl. Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen* (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1963), Berlin 1979, S. 39; Vgl. Rothfels, Hans, *Carl von Clausewitz. Politik und Krieg. Eine ideengeschichtliche Studie*. Reprint der 1. Auflage mit einem Nachwort von Joachim Niemeyer, Bonn 1980, S. 103; Vgl. Kondylis, Panajotis, *Theorie des Krieges. Clausewitz – Marx – Engels – Lenin*, Stuttgart 1988, S. 17.

- 20 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 200.
- 21 Vgl. ebd., S. 192.
- 22 Vgl. ebd., S. 196, 316f.
- 23 Clausewitz hebt auf die besondere Schwierigkeit ab, trotz einer unübersehbaren Menge von Gegenständen die wichtigsten durch den Takt des Urteils dennoch herauszufinden. Innerhalb eines Krieges können möglicherweise auch mehrere Kriege mit jeweils eigenen Zielen und unterschiedlichen Aggregatzuständen vorhanden sein. Vgl. ebd., S. 961, 976-977.
- 24 Vgl. ebd., S. 314.
- 25 Vgl. ebd., S. 962.
- 26 Vgl. ebd., S. 974.
- 27 Vgl. ebd., S. 195. Clausewitz' Frage nach der äußersten Anstrengung der Kräfte in der Verbindung von der Größe der Mittel und der Stärke der Willenskraft.
- 28 Vgl. ebd., S. 810.
- 29 Vgl. ebd., S. 766f, 810f, S. 976.
- 30 Vgl. ebd., S. 1018.
- 31 Vgl. ebd., S. 952.
- 32 Vgl. ebd., S. 962.
- 33 Vgl. ebd., S. 192.
- 34 Vgl. Greiner, Gottfried, Die Clausewitz'sche Relation von Zweck, Ziel und Mittel – Streitkräfte als Instrument der Politik, in: Dietmar Schössler (Hg.), Clausewitz-Studien, Jahresband 1977, Neubiberg 1977, S. 5.
- 35 Hier verwendet als Zusammenarbeit auch mit Regierungen, die dem – westlichen - moralischen oder demokratischen Anspruch (bad governance) für ein „nation building“ nicht genügen.
- 36 Erkennen aller Schlüsselfiguren im Konfliktraum und der Versuch, diese, darunter dann auch Warlords oder korrupte Regionalführer in den Friedensprozess einzubinden.
- 37 Vgl. Malhotra, Deepak, Without Conditions, The Case for Negotiating with the Enemy, in: Foreign Affairs, 9/10 2009, New York 2009, S. 84 ff.
- 38 Vgl. ebd., S. 831.
- 39 Vgl. ebd., S. 960.
- 40 Vgl. Rothfels, a.a.O., S. 202.
- 41 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 961 f.
- 42 Die immer noch geführte Diskussion um die Rechtmäßigkeit (grundsätzlich und verfahrenstechnisch) des Luftangriffs auf die beiden Tanklastzüge bei Kundus am 04. 09. 2009 zeigt die Brisanz eines nach Zweck, Ziel und Mitteln politisch nur unzureichend vorbereiteten und militärisch ausgestatteten Einsatzes.
- 43 Vgl. ebd., S. 979. Die Bedeutung von „Zeit“ erhält mit dem Taliban-Satz „You

- have the watches, we have the time“ eine besondere Note.
- 44 Vgl. Clausewitz, Gedanken zur Abwehr. Zwei Briefe des Generals von Clausewitz, in: Sonderheft der Militärwissenschaftlichen Rundschau, 2. Jahrgang 1937, Berlin 1937, S. 8.
- 45 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 959.
- 46 Vgl. ebd., S. 253 ff., S. 262, S. 266.
- 47 Vgl. ebd., S. 976. Auch wenn im Gesamtwerk durchaus widersprüchlich, scheint Clausewitz dem Zufall als höchstem Grad der Irrationalität, also weder planbar noch vorhersehbar, neben den Friktionen eine besondere Rolle zuzuweisen.
- 48 Vgl. Desportes, Vincent, Décider Dans L'Incertitude, Paris 2 2007. Ausgehend von einer eingehenden Analyse von Clausewitz' wunderlicher Dreifaltigkeit, beschreibt Desportes (bis Juli 2010 Kommandeur des CID in Paris) u.a. die Bedeutung von Unkenntnis, Zufall etc. im Hinblick auf die Entscheidungen des militärischen Führers, die dennoch getroffen werden müssen.
- 49 Entwickelt aus einem taktischen Denkmodell der US-Luftwaffe zur Vermeidung von Kollateralschäden bietet EBAO mittlerweile ein Hilfsmittel, um ein ganzheitliches Verständnis zu entwickeln, Kräfte zu bündeln und auf ein Ziel auszurichten, sowie Synergieeffekte zu erzielen. Seine Grundprinzipien sind Wirkungsorientierung, systematische und kontinuierliche Lageaufbereitung und gesamtstaatlicher wie multinationaler Ansatz. Vgl. hierzu Nógrády, Nikolaus, Effects Based Approach to Operations und Transformation, in: Europäische Sicherheit, 12 (2007), S. 51.
- 50 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 962.
- 51 Vgl. Herberg-Rothe, Andreas, Der Krieg. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/Main 2003, S. 90.
- 52 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 197.
- 53 Vgl. ebd., S. 659.
- 54 Vgl. ebd., S. 961 und im Folgenden S. 962.
- 55 Vgl. Tettweiler, Falk, Kann Clausewitz von Nutzen sein?, in: Europäische Sicherheit 2 (2010), S. 58.
- 56 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege, S. 317.
- 57 Vgl. Naumann, Klaus, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008, S. 83 f.
- 58 Dem Eingangszitat nach Talleyrand folgend ist eben auch ein Nichthandeln ein politisches Handeln und damit ein deutliches Zeichen, was zuweilen übersehen wird.

## Strategieanalyse

### „Das Kleine hängt stets vom Großen ab“: Chinas machtpolitische Rolle in Afrika

Carsten Stowasser

#### Kurzreferat

Häufig wird Chinas Rolle in Afrika auf eigennützige Ressourcengewinnung reduziert. Dagegen hat die Volksrepublik in der Realität ein viel breiteres Interessenfeld in Afrika. Eine bereits in der Literatur diskutierte Thematik soll hier erstmals mit Hilfe des Clausewitz'schen Analysemodells Zweck-Ziel-Mitte-Relation aufgeschlüsselt werden.

#### 1. Einleitung

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf die Ressourcenversorgung über den freien Welthandel angewiesen. Es ist daher problematisch, dass einige Staaten deutliche Bestrebungen aufweisen, sich gewisse Ressourcenquellen für den alleinigen Gebrauch zu sichern, statt Rohstoffe auf dem Weltmarkt anzubieten.

Jüngst sind im Zusammenhang mit dem Aufschwung nach der schweren Wirtschaftskrise im vierten Quartal 2010 in der deutschen Industrie Stimmen laut geworden, die vor einem Abwürgen des Wachstums aufgrund eines Engpasses an Seltenen Erden gewarnt haben. Dies gilt insbesondere für die Kommunikationsindustrie. Die Rolle Chinas, gerade auch auf dem afrikanischen Kontinent, ist in diesem übergeordneten Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Chinas tiefgreifender Einfluss

in Afrika manifestiert sich nicht nur in seiner Ressourcenstrategie, sondern auch im weiter wachsenden Handelsvolumen mit dem afrikanischen Kontinent, seiner diplomatischen Präsenz, dem kulturellen Austausch sowie im zunehmenden sicherheitspolitischen Engagement.<sup>1</sup> Ausgehend von der Bedeutung des freien Welthandels für die deutsche Wirtschaft ist ein tieferes Verständnis der chinesischen Rolle in Afrika somit von hoher sicherheitspolitischer Relevanz, um für die Gestaltung der eigenen Politik Anhaltspunkte zu gewinnen.



Shenzhen - Symbol des modernen Chinas

Der vorliegende Beitrag stellt den Versuch dar, die Afrikapolitik Chinas mit Hilfe der methodischen Ansätze des preußischen Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz einzuordnen. Von besonderem analytischem Wert ist die Zweck-Ziel-Mittel-Relation. Anhand dieser drei Kategorien lässt sich untersuchen, welche politischen Zwecke ein Akteur durch ein bestimmtes Handeln verfolgt, welche Wirkung folglich erreicht werden soll. Geht es dem Akteur zum Beispiel um eine Erweiterung seines Einflussbereichs oder aber um den Zugang zu bestimmten natürlichen Ressourcen? Umgekehrt kann der Zweck eines Handelns auch

*Chinas tiefgreifender Einfluss in Afrika manifestiert sich nicht nur in seiner Ressourcenstrategie, sondern auch im weiter wachsenden Handelsvolumen mit dem afrikanischen Kontinent, seiner diplomatischen Präsenz, dem kulturellen Austausch sowie im zunehmenden sicherheitspolitischen Engagement.*

in der Zurückweisung von Ansprüchen durch einen anderen Akteur liegen. In der Hierarchie nachgeordnet beschreibt das Ziel die gewünschte Wirkung bzw. Folge des Handelns. Dabei stehen bei Clausewitz die Begriffe von Zweck und Ziel in einem Kausalverhältnis. Als Hilfsfrage dient, ob die Ziele, die ein Akteur durch sein Handeln erreicht hat, dazu geeignet sind, zur Erreichung des politischen

Zwecks zu führen.<sup>2</sup> Nach Clausewitz ist das Erreichen des Ziels (=Wirkung des Handelns) wertlos, wenn es nicht selbst wiederum den politischen Zweck (=politische Wirkung des Handelns) verursacht.<sup>3</sup> Es verbleiben noch die Mittel, die die Handlung selber beschreiben. Nach Clausewitz besteht diese aus Gefechten, die so geführt und gewonnen werden müssen, dass sie gemeinsam zur Erreichung des militärischen Ziels führen. „Jedes Gefecht, groß oder klein, hat seinen besonderen, dem Ganzen untergeordneten Zweck. Ist dieses der Fall, so ist die Vernichtung und Überwindung des Gegners nur als das Mittel für diesen Zweck zu betrachten“<sup>4</sup>. Losgelöst vom militärischen Anwendungsbereich lassen sich „Gefechte“ auch als politische oder wirtschaftliche Handlungen konzeptualisieren.

Es stellt sich nun die Frage nach Zweck und Ziel der chinesischen Aktivitäten: Ist es nun das Ziel chinesischer Bemühungen, durch außenpolitische Aktivitäten die eigene relative Machtstellung gegenüber anderen Staaten zu bewahren und ggf. auszubauen, dienend dem Zweck, die Versorgung mit Ressourcen für langfristiges Wachstum sicherzustellen? Vielleicht ist es aber auch genau andersherum, dass nämlich der eigentliche Zweck der relative oder absolute Machtzuwachs ist, dem Ressourcenversorgung und Wachstum untergeordnet sind. Bedenkenswert ist außerdem der Zweck, die Machtbasis der kommunistischen Partei nachhaltig zu sichern, da der Regimeerhalt in zunehmendem Maße von andauerndem Wirtschaftswachstum abzuhängen scheint. In diesem Fall dienen



die Ziele nachhaltige Ressourcensicherung, Mehrung des Wohlstands und der Machtstellung vorrangig diesem übergeordneten Zweck. Zu Analyse Zwecken werden zuerst Chinas Handlungen betrachtet, also die eingesetzten Mittel. In den Folgeschritten wird dann der Versuch unternommen, aus den Handlungen Chinas Ziele und den Zweck abzuleiten. Die folgenden Ausführungen gehen detaillierter auf die Kategorien Mittel, Ziel und Zweck ein, bevor der Beitrag mit Schlussfolgerungen endet. Aspekte kultureller Aktivitäten wurden in diesem Artikel nicht näher untersucht. Chinas Vorgehen in Afrika wird dabei im nachfolgenden Text häufig am Beispiel des Sudans veranschaulicht.

*Bedenkenswert ist außerdem der Zweck, die Machtbasis der kommunistischen Partei nachhaltig zu sichern, da der Regimeerhalt in zunehmendem Maße von andauerndem Wirtschaftswachstum abzuhängen scheint.*

## **2. Die Mittel: Investitionen, Handel, Militärhilfe und Diplomatie**

Viele Mittel dienen den Zielen und einem Zweck: Darunter können die chinesischen Auslandsinvestitionen gerechnet werden, die auf Dauerhaftigkeit angelegt sind. Aus dem Westen wird China häufig unkonditionierte Entwicklungshilfe vorgeworfen, aus sudanesischer Sicht bleiben aber als Ergebnisse die Umsetzung von Straßenbauprojekten, Brücken und Schulen, die für alle Einwohner von Nutzen sind.<sup>5</sup>

Weitere Mittel sind Anreize, die China für seine Handelsabkommen den afrikanischen Staaten anbietet: Sie beinhalten Schuldenerlasse, zinslose Kredite bzw. Kredite zu niedrigen Zinsen sowie Rüstungslieferungen. Am stärksten umworben werden all jene Staaten Afrikas, die nicht bereits mit dem euro-atlantischen Raum zusammenarbeiten und die keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan pflegen.<sup>6</sup> Seit Februar 1959 bestehen diplomatische Beziehungen zwischen China und dem Sudan als erstem schwarzafrikanischem Staat. China hat dabei stets die Unterstützung der Ein-China-Politik durch den Sudan zu würdigen gewünscht, unter anderem durch Zahlung hoher Wirtschaftshilfen und Mitarbeit bei wichtigen Infrastrukturprojekten.<sup>7</sup>

Diplomatisches Engagement, verstanden als Förderung der nationalen Repräsentation im Ausland, spielt für Chinas Beziehungen zum afrikanischen Kontinent eine wichtige Rolle. Nicht selten werden architektonische Prestigeobjekte für afrikanische Regierungen errichtet, ebenso wie Eisenbahnstrecken oder Fußballstadien. Als Beispiele für Entwicklungskooperationen dienen Programme zum Wissenstransfer im Bereich Landwirtschaft, Lieferung von Nuklearreakto-

ren oder Telekommunikationsanlagen, Schuldenerlass und Hilfslieferungen. Für das Militär werden Ausrüstung, von Handwaffen bis zu Jagdflugzeugen, sowie Ausbildungsprogramme zur Verfügung gestellt. Aber auch das starke chinesische Engagement als UN-Truppensteller im Sudan darf dazu gerechnet werden.<sup>8</sup> Zu chinesischer Sicherheitspolitik in Afrika wird im Abschnitt „Frieden und Sicher-

*Als derzeit zweitgrößter netto Ölimporteur der Welt importiert China ca. 25% des Bedarfs aus Afrika, Prognosen vermuten ein Anwachsen des Anteils bis auf 40%. 10 Chinesische Unternehmen müssen sich dabei Regionen suchen, in denen westliche Unternehmen noch nicht oder nicht mehr präsent sind, was insbesondere in den sudanesischen Ölfeldern der Fall ist.*

heit“ des chinesischen Weißbuchs vom Januar 2006 lediglich von einer bilateralen militärischen Zusammenarbeit gesprochen. Es geht dort um den Austausch von Technik, technische Zusammenarbeit im Militärbereich, die Ausbildung von Militärpersonal, den Aufbau von Verteidigungseinrichtungen sowie die Unterstützung von Truppen zur Sicherheit dieser Länder. China verpflichtet sich darin auch, Bemühungen zur Lösung von Konflik-

ten durch die AU und andere regionale Organisationen zu unterstützen, sieht aber gerade auch die UN in der Pflicht und sagt die Weiterführung der Unterstützung und Teilnahme an UN-Friedensmissionen in Afrika zu. Dabei bezieht die Zusammenarbeit auch den Kampf gegen Verbrechen im weitesten Sinne, Korruption, illegale Einwanderung und Terrorismus mit ein.<sup>9</sup>

Hinzu kommen Aktivitäten, die auf den Willen zu verstärkter militärischer Projektionsfähigkeit schließen lassen. China baut seine Marine aus, rüstet einen Flugzeugträger auf etc. Da Handels- und Versorgungsrouten über den Indischen Ozean laufen, in dem der zweite große aufstrebende Staat Indien ebenfalls mit seiner Marine präsent ist, sieht China die Notwendigkeit verstärkter maritimer Machtdemonstration.

### **3. Die Ziele: Neue Absatzmärkte, Wachstum, Ressourcensicherung und strategische Partnerschaften**

Aus den aufgeführten Mitteln lassen sich einige Ziele vergleichsweise eindeutig ableiten, andere sind weniger klar zuzuordnen. Aufgrund der vielfältigen außen- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten ist ein Ziel das Knüpfen oder Vertiefen von Partnerschaften mit afrikanischen Ländern, die bei rohstoff- und/oder einflussreichen Staaten strategischen Charakter besitzen.

Auf die Ziele Wachstum, Ressourcensicherung und neue Absatzmärkte soll detaillierter eingegangen werden. Um starkes wirtschaftliches Wachstum aufrecht-

erhalten zu können, ist ein stetig steigender Bedarf an Energie und sonstigen Ressourcen zu befriedigen. Dabei bietet Afrika vergleichbar viel Potenzial. Als derzeit zweitgrößter netto Ölimporteur der Welt importiert China ca. 25% des Bedarfs aus Afrika, Prognosen vermuten ein Anwachsen des Anteils bis auf 40%.<sup>10</sup> Chinesische Unternehmen müssen sich dabei Regionen suchen, in denen westliche Unternehmen noch nicht oder nicht mehr präsent sind, was insbesondere in den sudanesischen Ölfeldern der Fall ist.<sup>11</sup>

Das bekannteste Beispiel ist hierbei die China National Petroleum Corporation (CNPC). 1996 hat die CNPC, nachdem sich westliche Unternehmen aus dem Sudan zurückgezogen haben, 40% der Greater Nile Petroleum Operating Company erworben und diesen Anteil kontinuierlich aufgestockt (inkl. beträchtlicher Investitionen in Darfur), so dass mittlerweile zwei Drittel der sudanesischen Erdölexporte nach China fließen.<sup>12</sup> Es wird davon ausgegangen, dass die chinesischen Beteiligungen im Sudan das größte Überseeinvestment seien (man spricht von 8,5 Milliarden Dollar allein im Ölsektor), wobei darauf geachtet wird, jeweils die gesamte Wertschöpfungskette in chinesischer Hand zu behalten.<sup>13</sup>

Ca. 20% des Öls vom afrikanischen Kontinent kommen aus dem Sudan.<sup>14</sup> Jedoch trägt der Sudan nur geringfügig zum gesamten Energiebedarf Chinas bei. Je nach Quelle stammen zwischen 5% und 7% der Erdölimporte von dort, was jedoch weniger als 1% des Gesamtenergieverbrauchs Chinas ausmacht.<sup>15</sup> Die Ölfördermenge im Sudan wird aber tendenziell noch weiter zunehmen, weswegen China konsequent ein Ölexportembargo als Sanktion des UN-Sicherheitsrates verhindert, da chinesische Schlüsselinteressen berührt werden.<sup>16</sup>

Allerdings muss China sich auch mit den Schattenseiten eines Investments in instabilen Regionen auseinandersetzen. Zum Beispiel wurden chinesisch geführte Ölfördereinrichtungen durch Rebellen Gruppen im Sudan angegriffen. China wurde gewarnt und ermahnt, die Unterstützung der sudanesischen Regierung neu zu bewerten, da China als indirekter Financier der kriegerischen Machenschaften der Zentralregierung in Khartum angesehen wird.<sup>17</sup>

Neben den zuvor beschriebenen Aktivitäten Chinas hinsichtlich einer gezielten Rohstoffextraktion spielt Afrika aber auch als geeigneter Absatzmarkt für chinesische Konsumgüter im unteren Preissegment eine nicht zu unterschätzende Rolle. Außerdem konnten sich chinesische Unternehmen aufgrund der niedrigeren Lohnkosten (und politischer Verbindungen) gegen westliche Firmen bei

Investitionsprojekten durchsetzen. Im Sudan sollen 2005 allein 74.000 chinesische Arbeitskräfte beschäftigt gewesen sein, was wiederum chinesische Interessen in diesem Land verstärkt.<sup>18</sup>

2006 operierten bereits über 700 chinesische Unternehmen in 49 afrikanischen Ländern, von der Textilindustrie über Fischfang bis zur Rohstoffindustrie.<sup>19</sup> Zwischen 2000 und 2008 hat sich das Handelsvolumen zwischen China und Afrika von 10,6 Milliarden auf 106,8 Milliarden US-Dollar verzehnfacht. Pekings

*Da europäische Staaten ihrer Industrie Zurückhaltung auferlegen, die chinesische Regierung aber ihre aktiv unterstützt, wächst Chinas Marktanteil, während der der westlichen Industrieländer zurückgeht. Peking stellt dabei eigene Interessen über andere ordnungspolitische Vorstellungen.*

große Einkäufe im Bereich Öl und anderer Ressourcen haben Afrika zum drittgrößten Handelspartner Chinas aufwachsen lassen. Andererseits werden aber auch fortwährend Absatzmärkte für die chinesische Fertigungsindustrie gesucht (vor allem Motorräder, Maschinen, Fahrzeuge, Stahl, Textilien und Schuhe), unter anderem der Rüstungsindustrie

(seit 2004 ist China der größte Waffenlieferant des Sudan, hauptsächlich Handwaffen, Munition und Minen, aber auch Hubschrauber).<sup>20</sup> Gerne ist man bereit, unter anderem im Sudan den Platz auszufüllen, der durch die Abwendung westlicher Firmen und westlicher Politik entstanden ist. Da europäische Staaten ihrer Industrie Zurückhaltung auferlegen, die chinesische Regierung aber ihre aktiv unterstützt, wächst Chinas Marktanteil, während der der westlichen Industrieländer zurückgeht. Peking stellt dabei eigene Interessen über andere ordnungspolitische Vorstellungen.<sup>21</sup>

#### **4. Der Zweck: Relative Machstellung oder Machterhalt der Elite?**

Mit dem Zweck der Bewahrung oder Erweiterung der relativen Machstellung gegenüber anderen Staaten ist China daran interessiert, über die UN und andere multilaterale Institutionen eigene Interessen zu verfolgen, die häufig von westlichen abweichen.<sup>22</sup> Als aufstrebende Weltmacht in einer angestrebten multilateralen Welt wird amerikanische Hegemonialpolitik von China deshalb mit besonderer Skepsis betrachtet. Aus diesem Grund spielen strategische Partnerschaften eine besonders wichtige Rolle, insbesondere in Bezug auf die Durchsetzung eigener Interessen und der Werbung für den eigenen „friedlichen Aufstieg“. Dabei konzentriert sich China vorzugsweise auf Staaten, die außerhalb der amerikanischen Einflussphäre liegen, wozu viele Staaten Afrikas gezählt werden können. Vertrauensbildend wirkt für afrikanische Staaten, dass China traditionell auf eine Politik der Unterstützung und Interessenvertretung der Ent-

wicklungsländer auf internationaler Ebene setzt. Chinesische Politiker bemühen ferner oft historische Verweise auf die Beziehungen zwischen Afrika und China, die einem subtilen Hinweis auf die Kolonialherrschaft des „Westens“ über weite Teile Afrikas gleichkommen und sich mit den als von politischen Überlegungen unberührt dargestellten kommerziellen Interessen Chinas kontrastieren lassen.<sup>23</sup>

Als Verfechter einer multilateralen Welt wurde die Wichtigkeit der Rolle multilateraler Organisationen, wie z.B. der UNO, zum Schutz und zur Durchsetzung eigener Interessen erkannt. Afrika wiederum hat anteilig die meisten Stimmen in der UNO, und zwar verbunden mit dem Vorteil, dass afrikanische und chinesische Interessen in der Regel nicht kollidieren.<sup>24</sup> Strategische Partnerschaften mit diesen Ländern werden dadurch vereinfacht, dass China auf dem Grundsatz der Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten besteht. Gerade auch mit Blick auf die eigene Situation ist China an einer strengen Auslegung der staatlichen Souveränität interessiert und vertritt die Position, dass wirtschaftliche Entwicklung und Marktwirtschaft unabhängig vom politischen System eines Staates zu betrachten seien. Dies ermöglicht es China, ohne Rücksichtnahme auf die politische Situation im Partnerland selbst dann mit Staaten kooperieren zu können, wenn diese international weitgehend isoliert dastehen. Die Pekinger Führung präsentiert sich damit vor Ort als Alternative zur Führungsmacht USA.

Die Nichteinmischungspolitik diene beispielsweise auch als Begründung für das lange Beharren auf seinem Veto im Weltsicherheitsrat hinsichtlich des Darfur-Konfliktes. Dies wurde als Indiz dafür gewertet, dass China rücksichtslos sein kurzfristiges Interesse an Rohstoffen und Märkten auch gegen den Widerstand der internationalen Gemeinschaft durchsetzt. Eine Trendwende wurde jedoch deutlich, als im März 2007 die Streichung des Sudans von der Liste der Staaten mit bevorzugtem Handelsstatus erfolgte. Als Konsequenz gab es fortan für chinesische Unternehmen keine Investitionsanreize mehr im Sudan. In der Öffentlichkeit wurde dies als Zeichen des chinesischen Unmuts über die fehlende Kooperationsbereitschaft Khartums gewertet. Auch wenn China keinerlei Interesse an Sanktionen gegenüber dem Sudan hat, so ist es doch Pekings Druck auf Khartum mit zu verdanken, dass eine gemischte AU/UNO-Schutztruppe mit erheblichem chinesischem Anteil stationiert werden konnte.<sup>25</sup> Zu den Gründen für diese Veränderung wurde einerseits immer wieder die Angst vor schlechter Publicity angeführt, andererseits aber auch die Tatsache, dass China im an Darfur angrenzenden Tschad Ölexplorationsrechte erworben und den Bau einer Ölraffinerie und eines Zementwerkes zugesagt hat.<sup>26</sup>

Schwierig einzuschätzen ist, ob ein Zuwachs der relativen Machtstellung Chinas als Zweck ausreicht oder vielmehr die politische Elite mit diesem Handeln allein die eigene Position sichern will. Die Diskussion dieser Frage geht über die Intention dieses Artikels jedoch hinaus.

## 5. Schlussfolgerungen

Aus den vorangegangenen Ausführungen wird deutlich, dass dieses Clausewitz'sche Analysemodell beim Verständnis komplexer Verflechtungen hilft. Es dient als Ordnungssystem, welches zu einer Strukturierung zwingt. Ein gewisser Interpretationsspielraum bleibt jedoch immer bestehen, welcher Zweck aus den Mitteln abzuleiten ist. Ebenso gab es immer wieder Diskussionen, welche Mittel bereits Zielcharakter haben und welche Ziele schon einem übergeordneten Zweck gleichkommen.

Inhaltlich sollte in diesem Artikel deutlich werden, dass Chinas Interessen in Afrika nicht nur auf die Ressourcenextraktion, im Sudan nicht nur auf die Förderung von Öl reduziert werden dürfen. Vielmehr zeugt das Engagement im Lichte der Clausewitzschen Zweck-Ziel-Mittel Relation von einer Strategie des (bislang) friedlichen Aufstiegs, der nicht auf kurzzeitige Gewinnmaximierung ausgelegt ist. Für die Zukunft bleibt genau zu beobachten, ob China bereit bleibt, mit wachsendem Einfluss und steigender militärischer Projektionsfähigkeit Interessenskonflikte mit anderen Groß- und Mittelmächten, insbesondere um knappe Ressourcen, weiterhin ohne Muskelspiele zu lösen.

**Zum Autor:** OTL i.G. Carsten Stowasser ist 1995 in die Luftwaffe eingetreten. Er hat am LGAN 2009 an der Führungsakademie der Bundeswehr teilgenommen und ist zur Zeit Dezernent Grundsatz Materialerhaltung im Waffensystemkommando Luftwaffe (WaSysKdoLw). Ab Sommer 2012 wird er an einer einjährigen italienischen Generalstabsausbildung in Rom teilnehmen. Stowasser ist Mitglied im Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien.

### Anmerkungen:

- 1 Vgl. Carlson, Allen: Helping to Keep the Peace (Albeit Reluctantly): China's Recent Stance on Sovereignty and Multilateral Intervention, in: Pacific Affairs 77, (Frühjahr 2004), S. 9 sowie Eisenman, Joshua und Joshua Kurlantzick: China's Africa Strategy, Current History, (Mai 2006) S. 219
- 2 Vgl. auch Beckmann, Rasmus: Clausewitz trifft Luhmann- Überlegungen zur systemtheoretischen Interpretation von Clausewitz' Handlungstheorie, in: Arbeits-

- papiere zur internationalen Politik und Außenpolitik, Lehrstuhl für internationale Politik, Universität zu Köln, Hausdruckerei der Universität zu Köln, 2009, S. 5f.
- 3 Vgl. Clausewitz, Carl von [1832]: Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band, Bonn: Dümmler, 1980, S. 210-212, S. 990-998
  - 4 Vgl. Clausewitz, Carl von [1832], a.a.O., S. 192-195, S. 222-230
  - 5 Vgl. Perthes, Volker: Drei Prinzipien für drei Problemstaaten: über den Umgang mit Syrien, dem Sudan und Iran muss westliche Politik nachdenken, in: Internationale Politik: IP:-63, (2008), H.7/8: Die Ohnmacht der Mächtigen: Zukunftsmodelle für eine multipolare Welt, S. 132f.
  - 6 Im chinesischen Weißbuch von 2006 heißt es dazu: if African states choose to accept the „one China principle as the potential foundation for the establishment and development of China’s relationship with African countries,“ China will “coordinate positions on major international and regional issues and stand for mutual support on major issues concerning state sovereignty, territorial integrity, national dignity, and human rights.”
  - 7 Vgl. Weggel, Oskar: Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, in: China aktuell, (03/1999), S. 254
  - 8 Vgl. Alden, Chris: China in Africa, S. 150ff.
  - 9 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, The Peoples’s Republic of China: „China’s African Policy“, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm> (zuletzt besucht am 04.11.09)
  - 10 Vgl. Shelton, Clifford: The Energy Component of Africa’s Energy Strategy, Vortrag: China’s Energy Strategy Symposium, China Maritime Studies Institute, Naval War College, Newport, 6. Dezember 2006
  - 11 Vgl. Alden, Chris: China in Africa, S. 155
  - 12 Vgl. auch Kleine-Ahlbrandt, Stephanie und Andrew Small: China’s new dictatorship diplomacy: is Beijing partnership with Pariahs, S. 41
  - 13 Vgl. auch Alden, Chris: China in Africa, S. 148f. sowie Prendergast, Jon und Colin Thomas-Jensen: Sudan: A state on the brink?, in: Current history: a journal of contemporary world affairs. – 108, H. 718, (2009), S. 211.
  - 14 Vgl. Lake, Anthony and Christine Todd Whitman: More than Humanitarianism: A Strategic U.S. Approach toward Africa, In: Council on Foreign Relations, (2006) New York, S. 43  
Vgl. auch Pant, Harsh V.: China in Africa: The push continues but all’s not well, in: Defense & Security analysis. -24, H.1, (2008), S. 36
  - 15 Vgl. Marks, Stephen: Chinas Sicherheitspolitik in Afrika, in: Internationale Politik und Gesellschaft: IPG. (2009), S. 82 und Alden, Chris: China in Africa, S. 148
  - 16 Vgl. Alden, Chris: China in Africa, S. 159f.

- 17 Vgl. Pant, Harsh V.: China in Africa: The push continues but all's not well, S. 38f.
- 18 Vgl. Alden, Chris: China in Africa, S. 150
- 19 Vgl. Shelton, Clifford: The Energy Component of Africa's Energy Strategy
- 20 Vgl. Pant, Harsh V.: China in Africa: The push continues but all's not well, S. 34
- 21 Dagegen wird jedoch häufig argumentiert, dass die engsten militärischen Beziehungen zum demokratischen Südafrika bestehen statt zu den Hauptrohstofflieferanten mit autokratischem Regierungssystem. Aber selbst hier stehen wirtschaftliche und diplomatische Verbindungen im Vordergrund. Des Weiteren gibt es Gegenbeispiele, die die These von Militärhilfe (vor allem in Form von Waffenlieferungen) vorrangig an Hauptrohstofflieferanten widerlegen. Beispielsweise erhielt das rohstoffreiche Nigeria nur halb so viel Militärhilfe von China wie Ghana oder Uganda. In dieser Phase wurde außerdem der Sudan trotz wesentlich gravierender Sicherheitsprobleme weniger unterstützt als Angola. Vgl hierzu Marks, Stephen: Chinas Sicherheitspolitik in Afrika, S. 78
- 22 Vgl. Pant, Harsh V.: China in Africa: The push continues but all's not well, S. 35
- 23 Raine, Sarah: China's African Challenges. Abingdon, Routledge, 2009: S. 14.
- 24 Vgl. Alden, Chris: China in Africa, S. 152f.
- 25 In der Sudan-Resolution 1706 vom 31.08.06 wurde eine signifikante Verstärkung der UN-Mission UNMIS im Sudan sowie die Übernahme der AU-geführten AMIS-Operation in der Krisenregion Darfur durch die UN beschlossen. China hat nicht wie erwartet durch sein Veto blockiert, sondern sich wie Russland der Stimme enthalten.
- 26 Vgl. Marks, Stephen: Chinas Sicherheitspolitik in Afrika, S.79f. Generell ist China aber sehr daran interessiert, nicht als Ausbeuter von Bodenschätzen in Afrika gesehen zu werden, sondern als eine Macht, die für Frieden und Stabilität steht. Vgl. hierzu Pant, Harsh: China in Africa: The push continues but all's not well, S. 39

## Abkürzungsverzeichnis

CNPC	China National Petroleum Corporation
AU	Afrikanische Union

## Quellenverzeichnis

*Alden, Chris*: China in Africa, In: Survival: the IISS quarterly. 47, (2005), H. 3

*Beckmann, Rasmus*: Clausewitz trifft Luhmann- Überlegungen zur systemtheoretischen Interpretation von Clausewitz' Handlungstheorie, in: Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Außenpolitik, Lehrstuhl für internationale Poli-



tik, Universität zu Köln, Hausdruckerei der Universität zu Köln (2009)

*Carlson, Allen*: Helping to Keep the Peace (Albeit Reluctantly): China's Recent Stance on Sovereignty and Multilateral Intervention, In: *Pacific Affairs* 77, (Frühjahr 2004)

*Clausewitz, Carl von [1832]*: Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band, Bonn: Dümmler (1980)

*Eisenman, Joshua und Joshua Kurlantzick*: China's Africa Strategy, *Current History*, (Mai 2006)

*Kleine-Ahlbrandt, Stephanie und Andrew Small*: China's new dictatorship diplomacy: is Beijing partnership with Pariahs, In: *Foreign affairs*. – 87 (2008), H. 1

*Lake, Anthony und Christine Todd Whitman*: More than Humanitarianism: A Strategic U.S. Approach toward Africa, In: *Council on Foreign Relations*, (2006) New York

*Marks, Stephen*: Chinas Sicherheitspolitik in Afrika, In: *Internationale Politik und Gesellschaft*: IPG. (2009), S.82 und Alden, Chris: China in Africa Ministry of Foreign Affairs, The People's Republic of China: „China's African Policy“, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm> (zuletzt besucht am 04.11.09)

*Pant, Harsh V.*: China in Africa: The push continues but all's not well, In: *Defense & Security analysis*. -24, H.1, (2008)

*Perthes, Volker*: Drei Prinzipien für drei Problemstaaten: über den Umgang mit Syrien, dem Sudan und Iran muss westliche Politik nachdenken, In: *Internationale Politik*: IP:-63, (2008), H.7/8: Die Ohnmacht der Mächtigen: Zukunftsmodelle für eine multipolare Welt

*Prendergast, Jon und Colin Thomas-Jensen*: Sudan: A state on the brink?, In: *Current history: a journal of contemporary world affairs*. – 108, H. 718, (2009)

*Raine, Sarah*: China's African Challenges. Abingdon, Routledge (2009)

*Shelton, Clifford:* The Energy Component of Africa's Energy Strategy, Vortrag: China's Energy Strategy Symposium, China Maritime Studies Institute, Naval war College, Newport (6. Dezember 2006)

*Weggel, Oskar:* Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, In: China aktuell, (03/1999)

## Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille

Zwischen „Landserikonographie“ und „Postheroischem Habitus“?

### Die visuelle Inszenierung und Repräsentanz der Bundeswehr in den Medien

Sven Kästner

**Vorbemerkung des Herausgebers:** Bei dem nachfolgend veröffentlichten Beitrag handelt es sich um die mit der „Ehrenmedaille Carl von Clausewitz“ ausgezeichnete Jahresarbeit des Lehrgangsteilnehmers Major Sven Kästner des 6. LGAN 2009 der Streitkräfte. Die Medaille wurde im September 2011 verliehen. Mentor der Arbeit war Oberst i.G. Dr. Wolfgang Schmidt.

### Kurzreferat

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Ikonographie des deutschen Soldaten seit 1945 vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels. Ausgangspunkt sind der hohe Stellenwert des Militärs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und eine entsprechende Visualisierung. Mit dem Übergang zur postheroischen Gesellschaft wandelte sich das Soldatenbild vom „Landser“ zum „Verteidigungsbeamten“. Mit der Transformation zur Einsatzarmee veränderte sich diese Darstellung teilweise. Der Prozess gewann durch die Lageentwicklung in Afghanistan an Dynamik. Das Bild des „Entwicklungshelfers in Uniform“ weicht allmählich dem Bild des „Afghanistan-Kämpfers“, für den eine eigene Ikonographie erkennbar ist.

Heroische Bildsprache und Betonung des Kampfes sind jetzt auch im Selbstbild der Bundeswehr nachzuweisen. Gegenseitiges Misstrauen von klassischen Medien und Bundeswehr weicht, im Verständnis aufeinander angewiesen zu sein, einer engeren Kooperation, doch bleibt die journalistische Berichterstattung weiterhin anlassbezogen und neutral.

Die Bundeswehr und ihre Soldaten treten zunehmend selbst als Medienakteure in einer weit gefächerten Medienlandschaft auf und haben das Potential, das Soldatenbild bewusst und unbewusst zu beeinflussen.

## 1. Einleitung

Die Geschichte der Bundeswehr ist zugleich die Chronik einer anhaltenden Diskussion um die Stellung des Soldaten in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die Topoi „Bundeswehr“ und „Soldatenbild“ gewinnen gegenwärtig sowohl in Berichterstattung und veröffentlichter Meinung als auch im wissenschaftlichen Diskurs an Bedeutung. Die Transformation der deutschen Streitkräfte zu einer Einsatzarmee und das zunehmende Bewusstsein der Öffentlichkeit über die Tragweite militärischer Engagements wecken daher auch das Interesse der medienhistorischen Forschung. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Ikonographie des deutschen Soldaten seit 1945 vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels.

In einem ersten Schritt wird die zugrundeliegende Thematik eingegrenzt. Dabei wird der Informationsraum definiert, der den Rahmen für diese Arbeit bildet. Danach wird versucht, die Begriffe „heroisch“ und „postheroisch“ abzugrenzen und zu operationalisieren. In einem weiteren Schritt wird schlaglichtartig die Wechselbeziehung zwischen dem Bild des Soldaten und dem gesellschaftlichen Wandel beleuchtet. Der Abriss wird die wesentlichen Ausprägungen und Entwicklungen in der Zeit der Wiederbewaffnung bis heute zusammenfassen.

Die vorliegende Arbeit muss hierbei auf einem stark verkürzten Diskurs fußen und kann lediglich Ansätze für eine tiefergehende Betrachtung aufzeigen. Der Schwerpunkt liegt in der Auseinandersetzung mit der Frage, ob der Wandel zur Einsatzarmee und die Zunahme an Medienakteuren einen signifikanten Visualisierungswandel innerhalb des medialen Kommunikationsprozesses erkennen lassen. Dabei soll das Augenmerk verstärkt auf die neuen Medien gelenkt werden.

Ins Blickfeld gerieten in den vergangenen Jahren auch „inzwischen offenbar ganz unangefochtene Kooperationsunternehmungen zwischen Bundeswehr und öffentlich-rechtlichen Sendern“<sup>1</sup>. Es steht dabei die These im Raum, dass die kritische Kontrolle staatlicher Gewalt, und mithin der Bundeswehr, zunehmend von den Medien aufgegeben wird.

Gespiegelt an den Charakteristika der heutigen Medienlandschaft will die vorliegende Arbeit auch diese Ansicht beleuchten und wagt in der Schlussbetrachtung den Ausblick auf eine mögliche künftige Entwicklung.

## 2. Eingrenzung und Forschungsstand

Eine umfassende Betrachtung der (visuellen) Darstellung von Soldat und Bundeswehr in den bundesrepublikanischen Medien erfordert die Annäherung von unterschiedlichen Seiten. Die gesamte Bandbreite der Sozialwissenschaften, namentlich die Medien-, Kommunikations-, Kunst- und Politikwissenschaft sowie die Sozialgeschichte, bietet Zugang zur Thematik. Umfang und Komplexität der Themenstellung erfordern jedoch im Rahmen dieser Arbeit eine starke Eingrenzung.

In einem ersten Schritt sollen die Begriffe „Medien“, „heroisch“ und „postheroisch“ definiert werden. Darauf folgt eine knappe Darstellung zur Verwendung des Heldenbegriffs in der postheroischen Gesellschaft und zur Gestalt des Land-sers. Diese Begriffsbestimmungen bilden die Grundlage für die nachfolgenden Betrachtungen.

Die Visualisierung des Soldaten vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland steht im Mittelpunkt der Betrachtung. Freilich ist das Bild dabei stets in seiner Einbettung in das gesprochene oder geschriebene Wort zu betrachten. Daher knüpft die Arbeit an Methoden der Sprachwissenschaften an. Hörfunk und Belletristik finden jedoch nur am Rande eine Berücksichtigung.

Der hiesigen medienhistorischen Forschung fehlt im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika<sup>2</sup> bisher ein umfängliches Werk zur visuellen Inszenierung und Repräsentanz der Streitkräfte in Film und Fernsehen. Vereinzelt wurde dieser Thematik aber in den Sozialwissenschaften bereits Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>3</sup> Interessant ist zudem der Dokumentarfilm „Regie und Regiment. Deutschland und das Militär in dokumentarischen Filmen 1914/1989“ (2010), der versucht, durch mehr als 30 Filme aus dem Bestand des Bundesarchiv-Filmarchivs, „den jeweiligen Stellenwert des Militärs in den verschiedenen deutschen Gesellschaftsordnungen zu taxieren“<sup>4</sup>. Noch immer stehen aber die politische Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und die Diskussion zur Sicherheitspolitik im Vordergrund von Einstellungsforschung und Meinungsumfragen. Auch seitens des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr wird diese Frage bislang nur in diesem Rahmen und zur Analyse des Rollenverständnisses berührt. Die Identifikation der deutschen Bevölkerung mit ihren Soldaten – ein bedeutender Faktor für das Soldatenbild in den Medien – wird dagegen kaum thematisiert.

Ein völliges Desiderat ist eine Untersuchung zum Bild des Bundeswehrsoldaten im Internet – auch mit Blick auf die zunehmende Nutzung dieses Mediums durch die Bundeswehr selbst. Die vorliegende Arbeit kann hier lediglich das Feld für eine tiefergehende Betrachtung abstecken. Allerdings wird gerade dieses Medium in der vorliegenden Arbeit verstärkt als Quelle genutzt, da es leicht die oben aufgeführte Bandbreite der Thematik mit hoher Aktualität erschließt und als Forum pluralistischer Darstellung zahlloser Akteure im Gegensatz etwa zu Tageszeitungen oder Kinofilmen einem nur sehr geringen Selektionsmechanismus nach Anspruch, Konformität und Wirtschaftlichkeit unterliegt.

Es liegt nahe, dass es eine wahrnehmbare Diskrepanz zwischen der Darstellung der Bundeswehr in den Medien und der Realität in den Streitkräften gibt. Dieses Feld muss jedoch zunächst unberücksichtigt bleiben. Ebenso würde eine Untersuchung zur Perzeption der dargebotenen Medieninhalte den Umfang dieser Arbeit weit überschreiten. Inwieweit also das inszenierte Bild der Wirklichkeit entspricht und wie es wahrgenommen wird, soll hier nicht näher betrachtet werden.

## **2.1. Definition „Medien“**

„Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“<sup>5</sup> Jedes Medium, das der Kommunikation und Publikation dient, schafft eine Sphäre der Vermittlung von Inhalten. Die Form der Darstellung kann journalistisch, dokumentarisch oder fiktional sein. Dabei ist für die Massenmedien<sup>6</sup> eine ungebrochen steigende Zahl an Akteuren mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen auszumachen.

War die Veröffentlichung für ein anonymes, räumlich zerstreutes Publikum bisher das Feld öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Unternehmen, so steht diese Möglichkeit über die neuen Medien praktisch jedermann offen und wird immer stärker genutzt (Web 2.0 oder Soziale Netze). Insofern stellt sich auch die Frage, von wem eine kritische Kontrolle staatlicher Gewalt in der heute weitgefächerten und individualisierten Medienlandschaft erwartet werden kann.

Wäre da eine Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen, kommerziellen und nichtkommerziellen, klassischen und neuen Medien zu treffen? Noch scheint sich diese Erwartungshaltung der Öffentlichkeit weitgehend auf die klassischen Massenmedien zu kaprizieren.<sup>7</sup> Die Bundeswehr und ihre Soldaten treten zunehmend selbst als Akteure auf.<sup>8</sup> Ihre Selbstbilder – gleichfalls ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen – und daraus möglicher-

weise resultierende Spannungsfelder können in dieser Arbeit oft nur mitgedacht, nicht aber umfänglich behandelt werden.

## 2.2. Definition „Heroisch“

Das Heroische ist eingefasst in unzählige Mythen verschiedener Kulturen und Epochen. Dabei begünstigen bestimmte Rahmenbedingungen dessen Stellenwert:

*„Heldentaten entspringen oft einer extremen sozialen oder politischen Situation. Der Held übernimmt Verantwortung und handelt als Stellvertreter einer sozialen Gruppe, einer Idee, eines Systems. Daher begünstigen klare ideologische Systeme, Staatsreligionen, scharfe Klassenunterschiede, also starke soziale und politische Polarisierung das Auftreten von Helden.“<sup>9</sup>*

Die Verknüpfung heroischen Handelns mit ethischen, religiösen oder ideellen Werten dient als Richtschnur für makrosoziale Strukturen. „Heroischen Gesellschaften ist der Gedanke des Opfers zentral: Erst die Bereitschaft zur Hingabe auch des eigenen Lebens im Dienst der Gesellschaft erbringt die Fülle des Prestiges für den Helden.“<sup>10</sup> Die Belohnung ist der Heldenruhm. Inbegriff heldischen Verhaltens ist damit die Vorbildfunktion des Handelnden. Das Heroische liegt also im Auge des Betrachters und entzieht sich dem gesellschaftlichen Wandel nicht. In der Kulturgeschichte des Westens ist ein wiederkehrendes Auf und Ab in der Bedeutung des Heroischen zu beobachten.<sup>11</sup> In heroischen Gesellschaften schreibt das aktive Engagement der Gesamtbevölkerung der Opferbereitschaft eine ehrenhaft hohe Bedeutung zu. Dort wird der Soldatentod ausdrücklich als „Heldentod“ wahrgenommen.<sup>12</sup>

Der Soldat von sich aus ist noch kein heroischer Gegenstand, doch stellt der Krieger oder Kämpfer den Prototypen des Helden dar. Gängige Bildsprache einer heroischen Darstellung des Soldaten sind voranstürmende Soldaten, düstere Szenerien, hart und entschlossen blickende und oft geradezu schablonenhafte Gesichter.<sup>13</sup>

Diese Attribuierungen werden insbesondere in Film und Photographie mit einer perspektivischen Untersicht kombiniert, welche Größe und Höhe des Objekts verstärkt und beim Zuschauer Ehrfurcht oder Erregung erweckt.<sup>14</sup> Häufig erfolgt der Rückgriff auf antikisierende Elemente und idealtypische Vorstellungen vom Mittelalter.

### 2.3. Definition „Postheroisch“

Darüber, dass wir in Europa und namentlich in Deutschland in einer postheroischen Gesellschaft leben, herrscht Konsens. Der Wandel zum Postheroismus liegt im Gesellschaftsbild der Moderne: „Heroes [...] do not flourish outside of a network of relations in which personal identity is inseparable from one's social role and in which such concepts as honor, duty and shame are deeply meaningful.“<sup>15</sup> Während in heroischen Gesellschaften der Tod in Form des Selbstopfers eine „eigene Weihe und Würde“ erhält, wird in postheroischen Gesellschaften das Opfer als „bedauerliches Ereignis einer Verknüpfung unglücklicher Umstände“ begriffen.<sup>16</sup> Postheroische (und geburtenschwache) Gesellschaften fokussieren auf das Individuum und die Opfervermeidung. Phasen temporärer Heroisierung in der Moderne – in Deutschland etwa in der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkriegs – endeten stets in einer gegenläufigen Nüchternheit. Postheroisch heißt daher auch, „Kriegertum und Soldatenehre bringen keine Anerkennung“<sup>17</sup>. Der Stellenwert des Militärischen ist gesunken. Dies zeigt sich nicht nur im schwierigen Umgang mit einer Erinnerungskultur für die im Dienst ums Leben gekommenen Bundeswehrsoldaten. Dem postheroischen Habitus fehlen weitgehend auch die „heroischen“ Elemente. Pluralismus und Medienrevolution schaffen zudem die Voraussetzungen für vielfältige Soldatenbilder.

### 2.4. Der Held in der postheroischen Gesellschaft

Ein gänzlicher Verzicht auf Helden ist selbst in der postheroischen Gesellschaft nicht möglich. Genaugenommen ist es nicht der Mangel an Helden, der die Moderne charakterisiert, sondern die Ambivalenz aus Beliebtheit und inflationärer Alltagspräsenz des Heldenbegriffs sowie der diffusen Angst, ein vormoderne und antidemokratisches Konstrukt zu kolportieren.<sup>18</sup> Das wiederkehrende Auf und Ab in der Bedeutung des Heroischen und die Akzeptanz von „Ersatzhelden“ in Gestalt medial inszenierter Figuren zeigen, dass auch im postheroischen Zeitalter die Wiederkehr heldischer Inszenierung möglich ist.<sup>19</sup> „Zeit für Helden“ titelte daher auch das Nachrichtenmagazin FOCUS im Jahr 2002. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Held“ nimmt in Deutschland zu.<sup>20</sup> Ein Blick in den Kerncorpus des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts (DWDS) enthüllt jedoch, dass nach einem kontinuierlichen Rückgang bis in die 1970er Jahre das Wort „Held“ bereits in den 1980er Jahren einen enormen Auftrieb im Sprachgebrauch erfuhr und die Verwendung in den 1990er Jahren sogar die erste Hälfte des Jahrhunderts überflügelt.



Speckmann schreibt unter der Überschrift „Neue Helden“: „Eine essentielle Herausforderung ihrer Sicherheit könnte die europäischen Gesellschaften zu erneutem Heroismus zwingen.“<sup>21</sup> Auch Münkler sieht für Deutschland die Notwendigkeit, den unverzichtbaren heroischen Kern der Gesellschaft zu mobilisieren. Dabei wird das Einsteigen für das Gemeinwesen (oder für eine politische Idee) bis zum Äußersten mit etwas entlohnt, was mit Geld nicht zu erreichen ist, nämlich der Status des Heroen. Dieser bedingt, dass „die als Helden Ausgezeichneten öffentlich geehrt werden und ihrer feierlich gedacht wird“<sup>22</sup>. Es wird zu prüfen sein, ob sich diese Entwicklung bereits auf in der visuellen Inszenierung der Bundeswehr(soldaten) widerspiegelt.

## **2.5. Definition „Landserikonographie“**

In der Kunstgeschichte bezeichnet Ikonographie die Identifikation, Beschreibung und Interpretation von Bildinhalten. Die Inhaltsdeutung fußt auf einer Symbolik der Bildsprache. Unter Landserikonographie<sup>23</sup> lässt sich daher eine typisierende Darstellung zusammenfassen, die den Soldaten als Landser attribuiert. Dabei ist die Bezeichnung „Landser“ vorrangig positiv konnotiert und ebenso landläufig griffig wie semantisch unscharf. Vornehmlich geprägt durch die Kämpfe an der deutschen Ostfront im Zweiten Weltkrieg, beschreibt sie einen Soldatentypus, für den eine ganze Reihe von Kollokationen und Attributen vorstellbar ist: Krieg, Erfahrung (Alter), Kampf, Entbehrung, Mannschaftssoldat, „Frontschwein“, Ausdauer, Zähigkeit, Härte, Schicksal, Wehrmacht, Ostfront. Die Wortallokation des DWDS zeigt auf zugegeben geringer Datenbasis „deutsch“ und „unsere“ als Bigramme<sup>24</sup>. Visualisierungen des Landsers kommunizieren ebenfalls diese Assoziationen, wobei sich besonders propagandistisch motivierte Graphiken der gesamten Bandbreite einer heroisierenden Bildsprache bedienen (Abb. 1).

## **3. Soldatenbild und Bundeswehr im gesellschaftlichen Wandel**

### **3.1. Vergangenheitsbewältigung und Zivilisierung**

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels verändert sich auch das Bild des Soldaten und der Streitkräfte. Deutlich wird dies etwa am unterschiedlichen Stellenwert des Militärischen in den beiden deutschen Staaten. Die wesentlichen Entwicklungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges sollen an dieser Stelle jedoch nur für die Bundesrepublik und in gebotener Kürze beleuchtet werden. Aus einer Zeit der massenhaften Ausbreitung des Soldatenbildes bzw. des Sol-

datischen in der alltäglichen Bildsprache der Populärkultur kommend, führte die totale Niederlage im Zweiten Weltkrieg zu einer tiefgreifenden Zäsur. Das Soldatische verlor im Westen des geteilten Deutschlands nachhaltig an Bedeutung. Deutlich wird dies unter anderem an der abnehmenden Verwendung des Wortes „Soldat“ im Sprachgebrauch der Nachkriegszeit. Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte und dem Soldatsein im Zweiten Weltkrieg fand vor dem Hintergrund der Wiederbewaffnung statt. So entwickelte sich eine bemerkenswerte Ambivalenz im Umgang mit dem Militärischen: Anklage und Inschutznahme der Wehrmacht, Ablehnung und Zustimmung gegenüber der Bundeswehr.

Der Soldatentypus in Kriegsfilmern dieser Zeit verkörperte oft eine unzeitgemäße oder tragische, weniger aber eine heroische Gestalt.<sup>25</sup> Hinzu kamen die „im Gewand von Dokumentationen daherkommenden Kompilationsfilme aus altem Wochenschaumaterial“<sup>26</sup> die eine im Nationalsozialismus geprägte Landserikonographie, in der das Bild des Vaterlandsverteidigers aus dem Ersten Weltkrieg zunehmend vom „heroischen NS-Märtyrer“<sup>27</sup> überlagert wurde. Ohne die rassistisch-politische Konnotation, wohl aber mit der heroisierenden Bildsprache wurde dasselbe Material nun zur Prägung eines von Ehrbegriff und Pflichterfüllung geformten Soldatenbildes verwandt.<sup>28</sup>

Weite Teile der westdeutschen Bevölkerung standen der Wiederbewaffnung jedoch ablehnend gegenüber. Mit kritischer Wachsamkeit verfolgten die Medien die Neuaufstellung der Streitkräfte. Dabei wurde die junge Bundeswehr von staatlicher Seite „als Objekt der Darstellung im Hintergrund gehalten, um das Bild eines friedensbereiten Staates nicht zu gefährden“<sup>29</sup>. Früh und deutlich unterscheidet sich dieser proklamierte Soldatentypus und seine Inszenierung in den Medien vom männlichen Pathos eines „heldischen, Siegeszuversicht ausstrahlenden Soldaten“<sup>30</sup>, wie er dem nationalsozialistischen Ideal entsprach. Die vormals religiöse, später ideologische Überhöhung des Opfertodes und die damit einhergehende Heroisierung des Soldaten fanden angesichts der jüngsten Geschichte weder einen politischen, noch einen breiten gesellschaftlichen Nährboden. Mit Blick auf eine zunehmende nukleare Bedrohung musste ohnehin jede Heroisierung zweifelhaft erscheinen.

Schon für Wolf Graf von Baudissin, einer treibenden Kraft der bundeswehreiigen Führungskonzeption, wurden die Streitkräfte „zum notwendigen Übel einer freiheitlichen Grundordnung“<sup>31</sup>. Das Konzept, mit der Inneren Führung „ohne Anlehnung an die Formen der Wehrmacht [etwas] grundlegend Neues

zu schaffen<sup>32</sup>, wurde positiv, skeptisch, teils auch völlig ablehnend aufgenommen. Kontroversen, wie die „Schnez-Studie“<sup>33</sup>, wurden von den Medien kritisch verfolgt. Diese Wechselwirkung zwischen Selbst- und Fremdbild in einer sich demokratisierenden, individualisierenden und unter dem Eindruck von totaler Niederlage, Blockkonfrontation und Atomkriegsgefahr zunehmend pazifizierten Gesellschaft machte die Bundeswehr zu einem erklärten „Spiegel der Gesellschaft“ und ließ die Bedeutung tradierter Soldatenbilder im raschen Fluss der Generationseinheiten<sup>34</sup> verblassen.

Das neue Soldatenbild hielt mit der Meldung „Erfreulich zivil“ (Frankfurter Rundschau) bei der Aushändigung der Ernennungsurkunden an die ersten Freiwilligen am 12. November 1955 seinen Einzug und setzte sich fort über Beiträge wie „Berufsschule Bundeswehr“ (ARD 1978), „Zivilberuf mit Schulterstücken“ (Hörfunk NWDR I 1978) oder „Von der Berufung zum Job“ (Hörfunk HR I 1979).<sup>35</sup> Das Spezifische des Soldatenberufs trat zurück. Vielmehr trifft die Charakterisierung von Greiner zu: „Sie erlernten das Handwerk des Krieges mit dem erklärten Vorsatz, es nie oder allenfalls zur Abwehr des Äußersten praktizieren zu müssen. Dieser Kriegertyp residierte nicht auf dem Feld, sondern hinter dem Schreibtisch.“<sup>36</sup> Eine Landserikonographie in der bildlichen Darstellung ist dabei schlechterdings nicht vorstellbar, allenfalls Lagerfeuerromantik. Birk spricht zu Recht vom „schmucklosen Verteidigungsspezialisten“<sup>37</sup>. Die Öffnung der Bundeswehr unter Bundesminister der Verteidigung Helmut Schmidt stellte dabei eine besonders ambitionierte Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung dar. Sie prägte das Soldatenbild sowohl kurzzeitig (Haarnerlass) als auch nachhaltig (Öffnung des Sanitäts- und Militärmusikdienstes für Frauen, Aufstellung der Big Band der Bundeswehr).

Dieses gesellschaftlich und politisch dominierende, betont zivile Soldatenbild wurde durch die Bundeswehr sowohl intern als auch extern verbreitet und visualisiert (Abb. 2). Es prägte eine Soldatengeneration ohne eigene Kampferfahrung und formte schließlich auch die Selbstwahrnehmung der Soldaten. Das nach außen wirksame Selbstbild der Bundeswehr und die Wahrnehmung in den Medien liefen weitgehend gleichgerichtet und in einer der Forschung kaum zugänglichen Wechselwirkung zueinander. In der fiktionalmedialen Darstellung von Soldaten wird ein subjektiviertes und differenziertes Bild gezeichnet.<sup>38</sup> Da Identitäten „innerhalb und durch spezifische gesellschaftliche Bedingungen konstituiert [werden]“<sup>39</sup>, verwundert es kaum, dass die neue Auftragslage der Bundeswehr nach Ende des Ost-West-Konfliktes zu einem Wandel in Selbst- und Fremdbild führte.

Im pluralistischen Nachkriegsdeutschland war und ist die totale Ablehnung des Militärischen eine weitere Facette des Soldatenbildes in der Öffentlichkeit.<sup>40</sup> Besondere mediale Aufmerksamkeit erlangte die Diskussion um den Ehrenschutz der Soldaten in Bezug auf die Verwendung des Zitats „Soldaten sind Mörder“.<sup>41</sup> Visualisiert werden dergleichen Bekundungen meist durch einschlägige Symbolik oder Typographie, seltener aber mit Darstellungen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten. Heute verlagert sich die Kritik zunehmend in das Internet, verzichtet aber noch immer weitgehend auf eine Visualisierung des Soldaten. So bleibt dieser Teilaspekt in der Gesamtschau von geringer Bedeutung für das Soldatenbild in Deutschland.

### **3.2. Wandel zur Einsatzarmee – Rückkehr zur Landserikonographie?**

Dem bisherigen Soldatenbild in seinem sicherheitspolitischen Kontext genügte ein knappes Visualisierungsrepertoire. Die Darstellungen beschränkten sich entsprechend oft auf angetretene Truppenteile oder Szenen aus der Allgemeinen Grundausbildung. In einem politisch dominierten Feld wird der Soldat an sich nur mittelbar thematisiert. Löffelholz attestiert: „Beiträge, in denen das Leben eines Soldaten [...] oder andere Aspekte beschrieben werden, tauchen in der Berichterstattung [...] nur selten auf.“<sup>42</sup> Entgegen dieser Feststellung gibt es mittlerweile tatsächlich eine Reihe solcher Dokumentationen. Darin wird bevorzugt über die Herausforderungen berichtet, die Soldaten in ihrem Dienst zu meistern haben.<sup>43</sup> Schwerpunktthemen sind Frauen in den Streitkräften, Spezialkräfte und Auslandseinsätze. Gelegentlich sind diese Beiträge im Format einer Doku-Soap gehalten. Kümmel attestiert „in der jüngeren Vergangenheit [...] ein etwas stärkeres Interesse am soldatischen Individuum“<sup>44</sup> und führt diese Entwicklung auf den gesellschaftlichen Wandel zurück, welcher individuellen Biographien einen höheren Stellenwert einräumt. Zugleich müssen der neuen Bundeswehr als Einsatzarmee aber auch ein höherer Nachrichtenwert in der Berichterstattung und mehr Zugkraft und Marktfähigkeit im Unterhaltungswert bescheinigt werden. Daher nimmt das Interesse am Individuum gerade vor diesem Hintergrund zu. Maßgebend hierfür (und letztlich auch das anhaltend hohe Vertrauen, dass die Bundeswehr in der Bevölkerung genießt) ist gerade der Umstand, dass der Großteil der Bevölkerung nur noch mediale Berührung mit den Streitkräften hat.<sup>45</sup>

Bis zum Sommer 2009 dominierte unter dem Zeichen eines „freundlichen Desinteresses“<sup>46</sup> weiterhin ein Soldatenbild, welches durch Berichterstattung über Hilfeleistungen oder Besondere Vorkommnisse und seit dem militärischen En-

agement in Somalia 1993 zunehmend von aktuellen Einsätzen geprägt wurde. Zunächst wurde die Qualität dieser militärischen Einsätze auf dem Balkan oder in Afghanistan kaum hinterfragt. Zumindest folgten sicherheitspolitische Diskussion und Berichterstattung in ihrer bildlichen Untermauerung dem Duktus des humanitären Hilfseinsatzes. Bildhaft bezeichnet Birk diesen Typus als „studierten, uniformtragenden Entwicklungshelfer“<sup>47</sup>. Die klassischen Medien folgten dem von der politischen Leitung vermittelten Bild des „Brunnenbohrers in Uniform“, welcher der Bevölkerung in seinem Einsatzland mit Malbüchern, Teddybären oder Pioniergerät begegnete (Abb. 3).

Die neuen Betrachtungswinkel in den Medien wurden bereits durch die Verschärfung der Sicherheitslage im Einsatzraum des deutschen Afghanistan-Kontingents eingenommen. Immerhin konstatiert Kümmel den neuerdings „von außen“ an die Bundeswehr herangetragenen „Ruf nach dem archaischen Kämpfer“<sup>48</sup>, wie ihn auch Hans-Otto Budde Anfang 2004 in seiner Funktion als Inspekteur des Heeres forderte<sup>49</sup>. Dynamik erhielt der zunächst eher schleichende Wandel des Soldatenbildes vom humanitären Helfer hin zum Kämpfer durch die mediale Wirkung des Luftangriffs auf zwei von Insurgenten entführte Tanklastzüge bei Kunduz im September 2009. Mit dem Paradigmenwechsel unter Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg und der nunmehr gewollten Transparenz in der Öffentlichkeit<sup>50</sup> kommuniziert die Bundeswehr ihrerseits die Gefahren und Einsatzumstände weitaus klarer.

Die Vielzahl der Akteure in der medialen Selbstdarstellung der Bundeswehr führt aber zu einem heterogenen Selbstbild, in dem der postheroische, friedensdienstbetonte Habitus (Abb. 8) neben einer deutlich kämpferischen (Bild-)Sprache existiert (Abb. 9). Die Internetpräsenz der Bundeswehr dokumentiert die dort noch zögerliche Integration des Kämpfers in eine bis dato humanitäre Einsatzarmee. Zeigt eine Bildergalerie noch ein Soldatenbild, das vom Techniker, Helfer und Wächter gekennzeichnet ist, so lautet der Titel einer ebenfalls dort eingestellten Reportage „Vom Kriege“<sup>51</sup>. Das Selbstbild der Bundeswehr wandelt sich. Auf den Titelseiten der Zeitschrift „Y. – Das Magazin der Bundeswehr“ wird die kämpfende Bundeswehr unter moderater Verwendung heroischer Bildsprache deutlich artikuliert.<sup>52</sup> Die Terminologie unterstreicht die Visualisierung. Das Septemberheft 2010 mit einem Beitrag über ein Einsatzkamerateam (EKT) in Afghanistan, dessen Aufnahmen von Gefechtshandlungen im Raum Kunduz später im ZDF veröffentlicht wurden, ist mit dem Titel „Bilder von der Front“ überschrieben. Im Internetauftritt des Magazins lautet die Überschrift des Beitrags „Bilder aus dem Krieg“<sup>53</sup>.

Visuell prägen längst Bilder aus den Einsatzgebieten die Medienlandschaft, neuerdings auch im Gefeucht.<sup>54</sup> In der Bildsprache ist durchaus ein zaghaftes Wiederaufleben einer Landserikonographie zu entdecken. Dabei kapriziert die Darstellung auf den Bundeswehrosoldaten als Kämpfer. Allmählich, so scheint es, generiert sich daraus auch ein eigener Typus: der Afghanistan-Kämpfer<sup>55</sup>. „Wüstentarn“<sup>56</sup>, „Palästinensertuch“<sup>57</sup>, Sonnenbrille, Staub, dominante Bewaffnung und in wachsender Zahl ein bärtiges Gesicht prägen sein Aussehen. Diese Ikonographie entwickelt sich analog und mit Schnittmengen zur Landserikonographie des Zweiten Weltkrieges. In dieses Soldatenbild fließen – wenngleich in eher geringem Umfang – Elemente mit heroischer Signatur ein.<sup>58</sup> Dabei erfolgt der Rückgriff auf diese Bildsprache sowohl in offiziellen Darstellungen der Bundeswehr (Abb. 4, Abb. 5) als auch in der Berichterstattung (Abb. 6). Das Bild des Wehrpflichtigen oder Zeitsoldaten in einer „behaglichen Friedensarmee“ weicht dem Bild des Afghanistan-Kämpfers, der Tod und Verwundung im Feuerkampf erlebt hat. Das Soldatenbild wird in diesem Zuge durch ein weiteres Phänomen ergänzt: den Veteranen.<sup>59</sup>

Zum Helden wird der Kämpfer erst in einem heroischen Kontext, welcher der gegenwärtigen Diskussion weitgehend fehlt. Doch wird in Krisenzeiten der Ruf nach Helden laut. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn in einer Zeit der Umbrüche seit den 1990er Jahren auch in der postheroischen und militärskeptischen deutschen Gesellschaft vermehrt eine Auseinandersetzung mit dem – mittlerweile zivil konnotierten und stellenweise inflationär gebrauchten – Heldenbegriff<sup>60</sup> einsetzt. In diesem Diskurs nimmt der Bundeswehrosoldat bisher noch eine Randstellung ein.<sup>61</sup> Für den Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg war der Heldenbegriff durch den Nationalsozialismus erheblich belastet, doch erschien ihm „[der] Schritt hin zu einem rationalen Umgang mit dem Begriff Held oder Heldentum“ möglich.<sup>62</sup> Allmählich wird der Bundeswehrosoldat auch zu einem Teil der „Heldendiskussion“. War der Titel einer Hörfunksendung aus dem Jahr 1979 noch „Helden nicht gefragt - Alltag eines Berufssoldaten“, so belegt die 2010 ausgestrahlte Gesprächsrunde „Beruf: Soldat – Helden ohne Anerkennung“ einen deutlichen Wandel des Soldatenbildes im bürgerlichen Lager. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt die Wortwahl anderer Medienprodukte.<sup>63</sup> Bereits 2002 führte das Nachrichtenmagazin FOCUS eine Umfrage durch. Immerhin 17% der Befragten wählten unter den 20 vorgegebenen Antworten „deutsche Soldaten in Afghanistan“ als Helden.<sup>64</sup> Die euphemistische Bezeichnung der im Einsatz durch gegnerische Kräfte getöteten Soldaten als Gefallene markiert die semantische Rückkehr zu einer Idealisierung des Soldaten. Zusammen mit dem 2009 eingeweihten Ehrenmal der Bundes-

wehr<sup>65</sup> und den medial inszenierten Tapferkeitsauszeichnungen sind die von Münkler benannten Voraussetzungen für eine Zuerkennung des Heldenstatus<sup>66</sup> erreicht, doch wird über diese Vorgänge durchaus kontrovers in den Medien berichtet.<sup>67</sup>

### 3.3. Kooperation und Zunahme massenwirksamer Medienakteure

Die oft postulierte Unterrepräsentanz der Bundeswehr in den Medien stellt ein nur schwer qualifizierbares und quantifizierbares Phänomen dar. Während eine nachrichtliche Berichterstattung naturgemäß ereignisbezogen geschieht, lässt sich für fiktionale Produkte kaum ein „normales Maß“ an Repräsentanz statuieren. Seit Mitte der 1990er Jahre wuchs das gegenseitige Verständnis von (klassischen) Medien und Bundeswehr. „Aus dem anfänglichen Gegeneinander zwischen Bundeswehr und Medien [...] ist wirklich weitgehend ein Miteinander geworden.“<sup>68</sup> Besonders in der enger werdenden Kooperation zwischen Bundeswehr und Produzenten aus Film und Fernsehen wird gelegentlich eine „Remilitarisierung“ der Unterhaltungsmedien gesehen. Die Medien – so die Kritik – sind in Kriegs- und Krisenzeiten unkritischer und „geben partiell sogar ihre Wächterfunktion auf“<sup>69</sup>, sollen aber sachkundige Zeugen sein, die wahrheitsgemäß und vollständig unterrichten.<sup>70</sup> Allerdings bedienen sich Unterhaltungsprogramme eines von Einschaltquoten gesteuerten Werkzeugkastens der medialen Verarbeitung. Beide Produkte, Berichterstattung und Unterhaltung, werden insbesondere im Fernsehen verschachtelt und nicht selten in vermischter Form veröffentlicht. Dabei ist das Unterhaltungsprogramm das marktorientierte Zugpferd der Sendeanstalten, von dem aber keine kritische Kontrolle staatlicher Institutionen erwartet werden kann. Es darf nicht außer acht gelassen werden, dass es genauso wenig „die Medien“ gibt wie es „die Produzenten und Journalisten“ gibt. So wie die Gesellschaft vorläufig ihr Auskommen mit der Bundeswehr gefunden hat, unzählige Male zitiert als „freundliches Desinteresse“, so fand und findet auch in der Medienlandschaft ein Generationenwechsel statt. Die Neuen haben keine Berührungsängste und finden eine etablierte Bundeswehr vor, die sie in Produkten verarbeiten. Verschwunden ist dagegen weitgehend der Einfluss der „45er“-Generation, die eine „entscheidende Rolle bei der Herausbildung einer diskursiven, kritischen Öffentlichkeit“<sup>71</sup> hatte.

Die journalistische Berichterstattung über die Bundeswehr erfolgt weiterhin anlassbezogen.<sup>72</sup> Damit ergibt sich auch in Zeiten engerer Kooperation ein weitgehend neutrales, in der Wahrnehmung der Bundeswehr(soldaten) gelegentlich leicht negatives Bild. Bundeswehr und Journalisten sind aufeinander angewie-

sen. Der gelegentlich noch auf beiden Seiten gepflegte Antagonismus zahlt sich langfristig nicht aus. Dies gilt gerade für Berichterstatter als Begleitung deutscher Soldaten in Auslandseinsätzen.<sup>73</sup>

Das sich zugunsten der neuen Medien verändernde Kommunikationsverhalten wird dabei künftig zweifellos einen bedeutenden Einfluss auf das Soldatenbild haben. Erst in der Gegenwart steht dem verbrieften Recht auf freie Meinungsäußerung durch das Internet ein Forum der Veröffentlichung zur Verfügung, in dem bei zunehmend aktiver Nutzung als Kommunikationsplattform (Web 2.0 oder Soziale Medien) ein viel facettenreicheres Soldatenbild als in der Vergangenheit entstehen kann. War es bis Mitte der 1990er Jahre technisch und im Nationalsozialismus darüber hinaus politisch gar nicht denkbar, in breiter Öffentlichkeit ein Gegenbild zum inszenierten Soldaten zu entwerfen, so kann heute und künftig ein dominierendes Bild, wenn überhaupt, nur durch die Interaktion der zahllosen Akteure innerhalb einer weitgefächerten Medienlandschaft entstehen. Möglicherweise werden Bundeswehr und Soldat durch ihre Beiträge in diesem neuen Forum zu einem wesentlichen Prägungsfaktor, beschränken doch die neuen Rahmenbedingungen (Aussetzen der Wehrpflicht, Reduzierung in Umfang und Fläche, Verlagerung der Aktivitäten in ferne Einsatzländer) ein ungefiltertes Erleben des Militärs durch andere produzierende und konsumierende Medienakteure.<sup>74</sup>

Die Publikationsdynamik im Internet und die Fülle der Informationen erschweren eine eingehende Analyse. Aus diesem Grund können hier nur Entwicklungen skizziert werden. Das Medium Internet wirkt so global wie kein anderes Medium zuvor und erlaubt eine nie dagewesene Interaktion über Raum und Zeit hinweg. Kern der gegenwärtigen Entwicklung ist die Möglichkeit, Informationen individuell auszuwählen und ebenso individuell zu veröffentlichen. Soldaten beteiligen sich aktiv an dieser Kommunikation und tragen heute wesentlich zur Repräsentanz des Militärs und seiner Inszenierung bei (Abb. 7).<sup>75</sup> In Foren<sup>76</sup> oder Beiträgen für elektronische Angebote etablierter Medienunternehmen<sup>77</sup> veröffentlichen Soldaten ihre Eindrücke und Gedanken. Hier wird das Soldatenbild durch ein individuell gefärbtes und massenmedial wirksames Selbstbild der Soldaten ergänzt. Von Soldaten und militärraffinen Akteuren wird auf Plattformen zunehmend Bildmaterial eingestellt, das die Rolle des Kämpfers betont und gelegentlich auch heroisierende Konnotationen besitzt.<sup>78</sup> Die mitgezählten Aufrufe dieser Beiträge und die von Nutzern hinterlegten Kommentare erlauben einen Einblick in die Perzeption solcher Darstellungen.



#### 4. Schlussbetrachtung

Eine breite Heroisierung in der (bildlichen) medialen Darstellung der Bundeswehr und ihrer Soldaten, wie sie typisch für die offizielle Darstellung der Wehrmacht war, hat sich bisher nicht entwickelt. Der politische Rahmen und besonders die Berichterstattung über das militärische Engagement in Afghanistan setzen jedoch einen neuen Kontext für die Visualisierung der Bundeswehr als kämpfende Truppe. Es ist daher nicht verwunderlich, eine Zunahme kämpferischer Attribute in der Darstellung zu finden. Sehr deutlich zeichnet sich in der Inszenierung aber auch eine eigene Ikonographie des Afghanistan-Kämpfers ab, zu der sich der Veteran als neues Phänomen für das demokratische Nachkriegsdeutschland gesellt.

Diese Entwicklung wird begleitet von einem sich wandelnden Verhältnis zwischen journalistischen Medienvertretern und Bundeswehr. Gegenseitiges Misstrauen weicht im Wechsel der Generationen und im Bewusstsein wechselseitiger Abhängigkeiten einem kooperativen Umgang. Dieser Wandel wirkt sich auch auf fiktionale Medienprodukte aus. Nach den Heimkehrer-Dramen<sup>79</sup> sind mit dem Fernsehfilm „Kongo“ erste Ansätze einer Aufarbeitung der kämpfenden Bundeswehr zu erkennen.<sup>80</sup> Wie werden sich visuelle Inszenierung und Repräsentanz der Bundeswehr in den Medien künftig entwickeln? Und was bedeutet das für die Bundeswehr?

Die zuvor aufgezeigten Entwicklungslinien werden sich weiter fortsetzen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Grenzen zwischen klassischen und neuen Medien weiter auflösen, zugleich aber die Bedeutung der Online-Inhalte zunimmt. Das dominierende Soldatenbild wird dynamischer sein und stärker durch die Soldaten selbst geprägt werden. Es muss das Interesse der Bundeswehr sein, an diesem Prozess teilzuhaben.

Die neuerdings umfangreichere Bereitstellung von Bild- und Videomaterial durch die Streitkräfte kommt diesem Ziel entgegen. In ihrer Medienstrategie müssen die Streitkräfte ein authentisches Soldatenbild aktiv vertreten. Dies ist besonders wichtig für die Binnenkommunikation und führt möglicherweise zu einem Spannungsfeld mit der Kommunikationsstrategie zur Nachwuchsgewinnung. Die gegenwärtige Diversifikation der hauseigenen Medienprodukte kann für Akzentuierungen genutzt werden, doch bedarf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in ihrer Gesamtheit eines übereinstimmend inszenierten Selbstbildes. Die medienhistorische Forschung und eine intensivere Untersuchung des

Soldatenbildes in der Medienanalyse können hier einen wertvollen Beitrag leisten. Kooperationen zwischen Bundeswehr und Medien sollten zum Zweck der beiderseitigen Versierterheit gefestigt werden. Sie fördert nicht zuletzt auch die Glaubwürdigkeit der eigenen Medienpräsenz; denn auch künftig setzt der Kontext, setzt das Wort das Bild.

**Zum Autor:** Major i.G. Dipl.-Päd. Sven Kästner war von Oktober 2009 bis September 2011 Angehöriger des 6. nationalen Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabdienst der Streitkräfte. Geboren 1978 in Thüringen, wurde er von 1996 bis 1999 zum Jägeroffizier ausgebildet, studierte von 1999–2003 Pädagogik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg und war von 2005–2008 Kompaniechef einer Jägerkompanie. In dieser Verwendung war er 2007 im Kosovo eingesetzt. Seit Oktober 2011 ist er G3 im Taktik-Zentrum des Heeres in Dresden.

### Abbildungen:



Abb. 1: Offizielle Darstellungen des Wehrmachtssoldaten greifen oft auf Grafiken im Stil des heldischen Realismus zurück. So wird dem kämpferischen Habitus des Landsers eine heroische Prägung verliehen. Der Betrachter sieht drei in kämpferisch-straffer Körperhaltung im Sturmschritt nach rechts (Osten) vorrücken.

ckende Mannschaftssoldaten. Der feste Griff an der Waffe und der entschlossene Blick in den harten, von scharfen Zügen begrenzten Gesichtern sind typisch für die heroisierende Landserikonographie in der Zeit des Nationalsozialismus. Entsprechende Darstellungen der anderen kriegführenden Staaten ähneln diesem Typus.



Abb. 2: Werbeplakate der Bundeswehr 1962 (links) und 1972 (rechts). Offene, lachende Gesichter, im Fall des Werbeplakats aus dem Jahr 1962 gar mit fast kindlichen Zügen, unterscheiden sich bewusst und auffallend vom soldatischen Habitus der Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie bedeuten eine Abkehr von Landserikonographie und heroischer Überhöhung des Soldaten und inszenieren den neuen, postheroischen Soldaten. (Loch, Thorsten: Das Gesicht der Bundeswehr: Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 1989. München : R. Oldenbourg 2008, Abb. 27 bzw. Abb. 85)



Abb. 3: Spielzeugübergabe (Quelle: Bundeswehr/René Marco Frank). Lange Zeit beschränkte sich der Einsatzsoldat in der offiziellen Darstellung und der im Kontext der Berichterstattung generierten Visualisierung auf das Umfeld der humanitären Hilfeleistung. Akzente werden in solchen Bildern oft durch (hilfebedürftige) Kinder oder ältere Menschen gesetzt. Soldaten in dieser Form sind leicht bewaffnet, die Waffe selbst wirkt defensiv. Den Inszenierungen fehlen kämpferische Attribute. Der Soldat erscheint als Sympathieträger (Helfer, Wächter, Geber) und steht bildhaft für ein postheroisches Militär, das nur mehr in friedensunterstützende Missionen entsandt wird.



Abb. 4: „Scharfschütze in der Polizeistation in Chahar Darreh“ (Quelle: PIZ Kunduz/US Navy/PO 2nd Class Walter Wayman). Die Darstellung scheint nur wenige Berührungspunkte mit dem „Staatsbürger in Uniform“ zu haben. Das Gesicht des Soldaten ist zu dessen Schutz im Schatten liegend anonymisiert. Die kaum mehr als Uniform zu erkennende Bekleidung, die Bewaffnung und der tätowierte Unterarm wecken Assoziationen wie Kampf, Veteran, Profi, Härte, Entschlossenheit oder Souveränität. In Untersicht aufgenommen stehen die lockere Körperhaltung und der feste Griff zur Waffe in einem Spannungsfeld zueinander. Das Bild war Teil einer Reportage im Bundeswehr-Magazin Y.: Przewdzick, Alexander ; Jüttner, Björn: Bereit zum Schuss. In: Y. Das Magazin der Bundeswehr (2010) H. 11, S. 26-27.



Abb. 5: „Konzentriert vor dem Abmarsch: Mit dabei, das G82“ (Quelle: PIZ Kunduz/US Navy/PO 2nd Class Walter Wayman). Die Abbildung zeigt einen Scharfschützen der Bundeswehr. Das Bild folgt der Ikonographie des Afghanistan-Kämpfers und erinnert an Gefechte im Orts- und Häuserkampf. Es war Teil einer Reportage in einem Bundeswehr-Magazin: Przewdzick, Alexander ; Jüttner, Björn: Bereit zum Schuss. In: Y. Das Magazin der Bundeswehr (2010) H. 11, S. 28.



Abb. 6: „German Bundeswehr army snipers with the International Security Assistance Force (ISAF) take up position at a shooting range in Kunduz October 7, 2008. [...] REUTERS/Fabrizio Bensch (AFGHANISTAN).“ Das Portfolio des Bildautors weist eine Reihe ähnlicher Aufnahmen auf, welche unter Verwendung aussagekräftiger Bildsprache die kämpferischen Attribute einer in fremden Ländern entschlossen und professionell auftretenden Truppe transportieren. (<http://www.flickr.com/photos/volksgrenadiers/3385246940/in/set-72157615888195220/>, Zugriff am 3.10.2010)

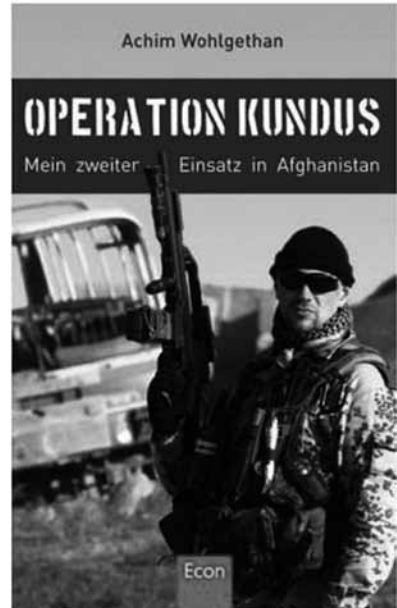
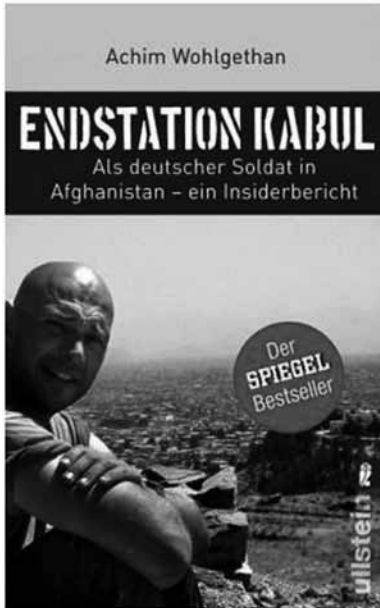


Abb. 7: Der Buchtitel „Endstation Kabul. Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht“ (2008) zeigt den Autor, einen ehemaligen Soldaten, vor der Kulisse Kabuls. Nur ausschnittsweise sind Teile der Uniform zu erkennen. Das Bild wurde wahrscheinlich als persönliche Erinnerung aufgenommen. Die Darstellung und der Begriff „Endstation“ assoziieren Begriffe wie Abenteuer und Reise. Dagegen stellt der Buchtitel „Operation Kundus. Mein zweiter Einsatz in Afghanistan“ (2009) denselben Soldaten – und wohl ebenfalls unter Verwendung eines Erinnerungsphotos – mit demonstrativ erhobener Waffe, Sonnenbrille und in voller Ausrüstung dar. Die Gestalt des Soldaten und das Fahrzeugwrack im Hintergrund sowie der Begriff „Operation“ assoziieren diese Szene mit Kampf. Das sonnenverkniffene Lächeln ist einem überlegenen Blick in die Kamera gewichen. In seiner visuellen Selbstdarstellung betont der Autor nun kämpferische Elemente.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Bleicher, Joan ; Hicketier, Knut: Der Blick des Fernsehens auf die Bundeswehr. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München : R. Oldenbourg 2007, S. 269 290, S. 290
- 2 Suid, Lawrence H. ; Haverstick, Dolores A.: Stars and Stripes on Screen. A



Comprehensive Guide to Portrayals of American Military on Film. Lanham: The Scarecrow Press 2005.

- 3 Der Forschungsstand kann hier nur sehr eingeschränkt besprochen werden. Unter dem Titel: „Die Bundeswehr und die Medien: Material zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen“ veröffentlichte Joachim Kannicht 1982 eine umfassende Darstellung zur Medienlandschaft der damaligen Bundesrepublik und sammelte Belege für die durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung gesteuerten Repräsentanz der Bundeswehr. Eine Fortschreibung dieser Arbeit in neuerer Zeit liegt nicht vor. Auch die Untersuchungen zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in Deutschland des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr werten Medienprodukte nicht nach dem darin enthaltenen Soldatenbild aus. Das Selbstbild der Bundeswehr betrachteten in jüngerer Zeit Thorsten Loch (Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr) und Katja Protte (Mediale Selbstvermittlung der Streitkräfte durch die Bundeswehr-Filmschau). Beide Arbeiten setzen jedoch den Rahmen ihrer Betrachtung vor 1990. Etwas weiter reicht die Arbeit von Joan Bleicher und Knut Hickethier zum Blick des Fernsehens auf die Bundeswehr. Doch beschränkt sich der Aufsatz weitgehend auf ausgewählte fiktionale Produkte. Die Verarbeitung des Sujets in Dokumentationen und Doku-Soaps wird nicht thematisiert. Das Feld von Medienrepräsentanz und Medienrezeption mit Blick auf die Bundeswehr und ihre Soldaten entwickelt sich mit Annäherung an die Gegenwart zunehmend zu einem Desiderat.
- 4 <http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/02054/index.html>. de (Zugriff am 30.10.2010). Die Behandlung des Films auf dem 53. Internationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm vom 19. bis 24. Oktober 2010 gibt für sich Aufschluss darüber, welchen Stellenwert das Militärische in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft hat. So schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung, der Film musste „innerhalb und zugleich außerhalb des Programms laufen – ein dialektisches Formulierungskunststück, weil man um keinen Preis mit dem beteiligten Militärischen Institut der Bundeswehr [gemeint ist das Militärhistorische Museum in Dresden, d.V.] in Verbindung gebracht werden wollte.“ Rother, Hans-Jörg: Filmer, hört die Signale! In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. Oktober 2010
- 5 Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. VS Verlag für Sozialwissenschaften : Wiesbaden 2004, S. 9
- 6 Unter Massenmedien werden hier die Kommunikationsmittel zusammengefasst, die eine Weitergabe von Informationen (Schrift, Bild oder Ton) an ein anonymes und räumlich verstreutes Publikum ermöglichen. Vgl. Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 2002. S. 169–172. Bis

Mitte der 1990er Jahre konnte für die Kommunikationsstruktur der Massenmedien trotz steigender Anbieterzahl das Prinzip „einer sendet, viele empfangen“ gelten. Das Internet ist ein Teil der Massenmedien. Formen der Internetkommunikation werden in der vorliegenden Arbeit in Abgrenzung zu den Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Plakate etc.) und klassischen elektronischen Medien (Hörfunk, Film und Fernsehen) aufgrund ihrer abweichenden Kommunikationsstruktur („viele senden, viele empfangen“) punktuell als „neue Medien“, „Soziale Netze“ oder „Web 2.0“ bezeichnet.

- 7 Der Deutsche Presserat hat im März 2008 die Ausweitung des Pressekodex auf den Online-Bereich angekündigt. Dies kann nach Auffassung des Deutschen Presserats „die Glaubwürdigkeit der einzelnen Online-Medien enorm stärken“. Voraussetzung dafür ist weiterhin eine Selbstverpflichtungserklärung des Verlagsunternehmens.
- 8 Der Internetauftritt der Bundeswehr unter <http://www.bundeswehr.de> nahm am 8. November 1996 seine Arbeit auf. Seit 30. April 2008 gibt es einen eigenen RSS-Feed, und seit 2. August 2010 unterhält die Bundeswehr unter der Adresse <http://www.youtube.com/bundeswehr> einen eigenen YouTube-Kanal mit 3081 Abonnenten (Stand: 10. August 2010).
- 9 Voigt, Mira (2003): Helden und Heldenbilder im Medienzeitalter, Diplomarbeit Kunsthochschule Berlin-Weißensee. [www.mira-voigt.de/heldenbilder/Der Held, illustriert.pdf](http://www.mira-voigt.de/heldenbilder/Der_Held_illustriert.pdf) (Zugriff am 15.9.2010)
- 10 Münkler, Herfried: Heroische und postheroische Gesellschaften. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. (2007) H. 8/9. S. 742-752, S. 742
- 11 Vgl. Hein, David: The Death of Heroes, the Recovery of the Heroic. In: Christian Century 110 (1993), S. 1298-1303.
- 12 Vgl. Januschke, Eugen: Symbolisches Desaster. In: junge Welt v. 8. September 2009
- 13 Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Photographie diese Elemente aufgriff, in der Darstellung die graphische Umsetzung heroischer Elemente aber allein aus technischen Gründen eine weitaus größere Rolle spielte als heute. Wenngleich auch die Photographie und der Filmbeitrag einen heroischen Typus abzubilden vermochten, ließ sich mit Feder, Stift, Pinsel und Gravur der Held noch wesentlich aussagekräftiger herausarbeiten. Zahlreiche dieser Darstellungen sind allerdings nicht das Ergebnis einer Sicht von außen auf den Soldaten, sondern staatliche bzw. staatlich kontrollierte Auftragswerke.
- 14 Die Entwicklung einer Siegerikonographie wird von Christine Walther für die Sport-Photographie zwischen 1895 und 1920 beschrieben. Darin wird die zunehmend heroisierende Darstellung des Siegers beschrieben, die in der Illustration des deutschen Soldaten gerade unter den Vorzeichen des Nationalsozialismus eine

- Parallele findet. Vgl. dazu Walther, Christine: Siegertypen. Zur fotografischen Vermittlung eines gesellschaftlichen Selbstbildes um 1900. Würzburg : Königshausen und Neumann, 2007
- 15 Hein, David (a.a.O), S. 1298
  - 16 Münkler, Herfried: Der Asymmetrische Krieg: Das Dilemma der postheroischen Gesellschaft, In: Der Spiegel (2008) H. 44, S. 176 177
  - 17 Böhm, Andrea: Kein Held, nirgendwo. In: Die Zeit v. 29. Juni 2006
  - 18 Vgl. Tetzlaff, Sven: Wie Jugendliche heute Helden sehen. Über den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. (2009) H. 724/725, S. 813 820, S. 813f.
  - 19 Dass einem jungen Fußballtorwart nach dessen Selbsttötung ein Totengedenken zuteil wurde, wie es in Deutschland seit dem Tod des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, nicht mehr zu sehen war und diese Veranstaltung gleichsam Volkstrauertag und aktuelle Tagespolitik in den Hintergrund treten ließ, führte nur vereinzelt zu kritischen Kommentaren.
  - 20 So stand der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2008/09 unter dem Motto „Helden: verehrt – verkannt – vergessen“.
  - 21 Speckmann, Thomas: Neue Helden. In: Süddeutsche Zeitung v. 11. November 2009
  - 22 Münkler, Herfried: „Heroismus ist unverzichtbar“. In: Focus (2002) H. 9, S. 68
  - 23 Vgl. Schmidt, Wolfgang (a.a.O), S. 183
  - 24 Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts: [http://www.dwds.de/?statistik=1&corpus=1&qu=Landser&cs\\_sort=f12](http://www.dwds.de/?statistik=1&corpus=1&qu=Landser&cs_sort=f12) (Zugriff am 3.10.2010)
  - 25 Beispielhaft sind Kriegsfilme wie „08/15“ (1954) oder „Haie und kleine Fische“ (1957). Derartige Filme werden gelegentlich als Antikriegsfilme bezeichnet. Eine solche Wertung ist jedoch – ganz unabhängig von der Intention des Films – sehr subjektiv und oft genug der Versuch, dem Spannungsfeld zu begegnen, das sich öffnet zwischen der gesellschaftlich opportunen Ablehnung des Krieges und der ungebrochenen Faszination für aktionsreiche und gewalthaltige Unterhaltung sowie die Verarbeitung historischer Themen.
  - 26 Schmidt, Wolfgang: Westdeutsche Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der medialen Öffentlichkeit und politischen Kommunikation. Eine Einführung. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München : R. Oldenbourg 2007, S. 181 194, S. 183
  - 27 Spies, Carola: Soldatenbilder 1914 - 1945: Kontinuität und Wandel in der öffentlichen Darstellung des Soldaten. [http://www.ub.uni-duesseldorf.de/home/ueber\\_uns/pr/ausstellungen/ausstellungsarchiv/2009/aus\\_09\\_01](http://www.ub.uni-duesseldorf.de/home/ueber_uns/pr/ausstellungen/ausstellungsarchiv/2009/aus_09_01) (Zugriff am 14.8.2010)
  - 28 Vgl. Zimmermann, John: Vom Umgang mit der Vergangenheit. Zur historischen

- Bildung und Traditionspflege in der Bundeswehr. In: Nägler, Frank: Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven, München : R. Oldenbourg 2007, S. 115-130, S. 118
- 29 Bleicher, Joan ; Hicketier, Knut (a.a.O), S. 274
- 30 Schmidt, Wolfgang (a.a.O.), S. 182
- 31 Bundesministerium für Verteidigung (Hrsg.): Handbuch der Inneren Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe. Bonn 1957, S. 639
- 32 Rautenberg, Hans-Jürgen ; Wiggershaus, Norbert: Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung. Karlsruhe : Braun 1977, S. 53
- 33 Im Dezember 1969 wurde eine vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez, in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres“ bekannt. Damit wurde offenkundig, dass zumindest ein Teil der Bundeswehr die Innere Führung als zu eng, die parlamentarische Kontrolle als zu stark und den Verteidigungswillen in der Bevölkerung als zu schwach beurteilte. Die Studie forderte eine Reform an Bundeswehr und Gesellschaft. Das Militär sollte sich auf die „Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft“ rückbesinnen und innerhalb der Gesellschaft einen größeren Einfluss ausüben.
- 34 Vgl. Mannheim, Karl: Das Problem der Generation. In: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Hg. von Kurt H. Wolff. Neuwied/Berlin : Luchterhand 1964, S. 509–565
- 35 Vgl. Kannicht, Joachim: Die Bundeswehr und die Medien. Material zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen. Regensburg : Walhalla 1982, S. 273ff
- 36 Greiner, Bernd: Zwischen „Totalem Krieg“ und „Kleinen Kriegen“. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges. In: Mittelweg 36 (2003) H. 2, S. 7
- 37 Birk, Eberhard: Abschied vom Bild des Offiziers? In: Birk, Eberhard (Hrsg.): Einsatzarmee und Innere Führung. Gneisenau-Blätter 6, Fürstenfeldbruck : Gneisenau-Gesellschaft 2007, S. 62 70, S. 62
- 38 Fliegerfilme westlicher Prägung, die typischerweise Stereotype des männlichen Helden bedienen, portraituren seit den 1980er Jahren auch Konflikte und starkes Konkurrenzdenken innerhalb dieser Gruppen. Damit wird mit einem stark die Kameradschaft betonenden Bild gebrochen. Da das Genre des Fliegerfilms nach dem Zweiten Weltkrieg keine deutschen Produktionen hervorbrachte, ist die Spiegelung dieser These am Kampfpiloten der Luftwaffe nicht möglich. Diese Tatsache unterstreicht aber einmal mehr die fehlende Attraktivität dieses Topos. Vgl. Verständig, Dan ; Brücher, Thomas: Filmgeschichte Fliegerfilme. <http://www.e.uni-magdeburg.de/verstaen/fliegerfilme/fazit.html> (Zugriff am 12.8.2010)

- 39 Seiffert, Anja: Soldatische Identitäten und neue Auftragslage. <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1380> (Zugriff am 2.10.2010)
- 40 Diese Haltung war besonders während des Höhepunkts der Friedensbewegung in der Berichterstattung durchgängig präsent, jedoch durchgängig das Metier einer Minderheit.
- 41 Vgl. hierzu ausführlich Perger, Tilmann: Ehrenschutz von Soldaten in Deutschland und anderen Staaten. Inauguraldissertation Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München : Köln 2002
- 42 Löffelholz, Martin: Oberflächliche Aufmerksamkeit. Die Bundeswehr in den Medien. In: Loyal. Das deutsche Wehrmagazin (2005), H. 12, S. 16 19, S. 18
- 43 Z.B.: Keiner sieht sie kommen. Die geheime Elitetruppe der Bundeswehr (ARD 2001), Feldtagebuch – Allein unter Männern (SWR 2001), Papa kämpft in Kabul. Bundeswehr im Auslandseinsatz (SWR 2007), Frauen am Ruder (ARTE/WDR 2002), Blond und schwer bewaffnet – Sonja wird eingezogen (RTL 2006) – Deutsche Soldatinnen im Überlebenskampf (NDR 2007).
- 44 Kümmel, Gerhard: Eine schwierige Melange. Das Bild des Soldaten der Bundeswehr im Wandel. In: if. Zeitschrift für Innere Führung (2007), H. 1, S. 13 16, S. 13
- 45 Ein eher geringer sachlicher Informationsstand über die Institution und kaum unmittelbare Berührung generieren dennoch hohes Vertrauen, wenn „das Individuum eine grobe Vorstellung von der Institution und ihren grundlegenden Merkmalen hat“. Fiebig, Rüdiger ; Pietsch, Carsten: Die Deutschen und ihre Streitkräfte. Aus Politik und Zeitgeschichte (2009) H. 48 , S. 41
- 46 Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede „Einsatz für Freiheit und Sicherheit“ bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn am 10.10.2005
- 47 Birk, Eberhard (a.a.O.), S. 62
- 48 Kümmel, Gerhard (a.a.O.), S. 14
- 49 Vgl. Winkel, Wolfgang: Bundeswehr braucht archaische Kämpfer. In: Die Welt v. 29. Februar 2004. Darin wird Budde wie folgt zitiert: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“
- 50 Vgl. etwa die Rede des Bundesministers der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg vor dem Deutschen Bundestag im Rahmen der Regierungserklärung am 10. November 2009, [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/service/redenundinterviews/redendesministers?yw\\_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27XPL2D-755INFODE/content.jsp](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/service/redenundinterviews/redendesministers?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27XPL2D-755INFODE/content.jsp) (Zugriff am 9.9.2010)
- 51 [http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/missionen/isaf?yw\\_contentURL=/C1256EF4002AED30/W28ACBJM179INFODE/content.jsp](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/missionen/isaf?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/W28ACBJM179INFODE/content.jsp)
- 52 Die Zeitschrift „Y. – Das Magazin der Bundeswehr“ erscheint im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung und des Generalinspektors der Bundeswehr

im Rahmen der Truppeninformation, wird jedoch auch außerhalb der Truppe vertrieben.

- 53 Y. - Das Magazin der Bundeswehr: [http://www.y-punkt.de/portal/a/ypunkt/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKLNzKL9wnzB8lB2ab6kXDRoJRUFw99X4\\_83FT9AP2C3IhyR0dFRQCGLQWI/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjZfTTEy?yw\\_contentURL=%2F01DB131000000001%2FW288MCL3443INFODE%2Fcontent.jsp](http://www.y-punkt.de/portal/a/ypunkt/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKL9wnzB8lB2ab6kXDRoJRUFw99X4_83FT9AP2C3IhyR0dFRQCGLQWI/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjZfTTEy?yw_contentURL=%2F01DB131000000001%2FW288MCL3443INFODE%2Fcontent.jsp) (Zugriff am 9.9.2010)
- 54 Vgl. Heute journal (ZDF) v. 14. Dezember 2009, <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/#/beitrag/video/927744/Deutsche-Soldaten-unter-Beschuss/> (Zugriff am 4.1.2010)
- 55 Auch im offiziellen Sprachgebrauch der Bundeswehr hat die Bezeichnung „Afghanistan-Kämpfer“ Einzug gehalten. So findet sich auf der Internetpräsenz des Heeres u.a. ein Artikel unter der Überschrift „Afghanistankämpfer zurück in Hessen“ ([http://www.deutschesheer.de/portal/a/dlo/aktuelles/nachrichten/jahr2010/mai2010?yw\\_contentURL=/C1256F870054206E/W285VDSP923INFODE/content.jsp](http://www.deutschesheer.de/portal/a/dlo/aktuelles/nachrichten/jahr2010/mai2010?yw_contentURL=/C1256F870054206E/W285VDSP923INFODE/content.jsp), Zugriff am 30.10.2010)
- 56 So die landläufige Bezeichnung für den Dreifarben-Tarndruck mit der offiziellen Bezeichnung „Tarndruck trockene Gebiete mit Restbewuchs“, wie er etwa in Afghanistan verwendet wird.
- 57 Die Kufiya, umgangssprachlich auch als „Palästinensertuch“ und in Militärkreisen als Shemag bekannt, gehört mittlerweile zur persönlichen Ausrüstung der deutschen Soldaten in Afghanistan. Sie wird von den Arabern zum Schutz vor der Sonne auf dem Kopf, von den Soldaten aber meist als Halstuch zum Schutz vor Staub getragen.
- 58 Ein Beispiel für diese Entwicklung ist das Portfolio von Fabrizio Bensch, der die Nachrichtenagentur Reuters bedient. Hier finden sich zahlreiche Bilder, die mit dem Typus des männlichen Kämpfers in einem fernen Land aufwarten. <http://www.flickr.com/photos/volksgrenadiers/sets/72157615888195220/with/3385244168/>
- 59 Im August 2010 wurde in Berlin der Bund Deutscher Veteranen gegründet. Er kooperiert mit der Oberst Schöttler Versehrten-Stiftung, die seit 2007 finanzielle Unterstützung für in Auslandsmissionen schwerverwundete Soldaten, Polizisten und zivile Helfer leistet.
- 60 Harald Martenstein merkt dazu an: „Wir haben uns in Deutschland Mühe gegeben, für die Begriffe ‚Held‘ und ‚Heldentum‘ einen Ersatz zu finden. Dabei hat der Begriff ‚Zivilcourage‘ Karriere gemacht, ein Wort, das in deutschen Ohren großartig klingt – erstens, weil ‚zivil‘ darin vorkommt, das Gegenteil von militärisch, zweitens, weil auch der ‚Mut‘ durch seine französische Übersetzung ersetzt wurde. Zur Zivilcourage gibt es allerdings kein Subjekt. Für Menschen mit Zivilcoura-

ge haben wir kein Wort. Vielleicht muss man doch das Wort ‚Held‘ benutzen.“  
Martenstein, Harald: Wertvoller als das eigene Wohlergehen. In: Tagesspiegel v. 2. Oktober 2005

- 61 Zu nennen wären hier u.a. die Tagung „Die Helden-Maschine. Zur Tradition und Aktualität von Helden-Bildern“ vom 24. bis zum 26.9.2008 auf der Zeche Zollern in Dortmund, ausgerichtet vom LWL-Industriemuseum, Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur oder der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2008/09, der unter dem Motto stand „Helden: verehrt – verkannt – vergessen“.
- 62 Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg äußerte sich wie folgt: „Der Begriff des Heldentums ist durch den Missbrauch in der Nazi-Zeit erheblich belastet. Das erschwert einen rationalen Umgang. Wenn man ihn aber davon entkoppelt, stellt man schnell fest, dass der Umgang individuell ganz unterschiedlich ist. Meine Kinder benutzen den Begriff Held ganz zwanglos, bei anderen löst er sofort Nesselausschlag oder Entsetzen aus. Genauso unterschiedlich wird von jedem beantwortet, ob sich jemand tapfer, sehr tapfer oder wie ein Held verhalten hat. Grundsätzlich aber gilt, dass wir den Schritt hin zu einem rationalen Umgang mit dem Begriff Held oder Heldentum nur mit der gebotenen Sensibilität und im Bewusstsein der Geschichte tun können.“ Backhaus, Michael ; Eichinger, Roman: Was ist für Sie ein Held, Herr Minister? Interview mit Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg. In: Bild am Sonntag v. 15. Mai 2010
- 63 Beispielsweise titelte die Thüringische Landeszeitung am 12. Juli 2010: „Helden ohne Status: Ansehen der Bundeswehrsoldaten sinkt“. Auch die veröffentlichte Meinung einzelner Medienakteure muss Berücksichtigung finden. Unter [http://www.myvideo.de/watch/3196428/Unsere\\_Helden](http://www.myvideo.de/watch/3196428/Unsere_Helden) (Zugriff am 6.10.2010) etwa findet sich ein Kompilationsvideo, das der Autor den „Helden der Bundeswehr“ gewidmet hat. Ein Kommentator in der „Welt“ forderte am 6. März 2008 schließlich mit Blick auf die deutschen Soldaten „Unsere Helden haben das Eiserne Kreuz verdient“. In einer beigestellten, Anforderungen der empirischen Sozialforschung aber sicher nicht genügenden Online-Umfrage votierten 81% für die Tapferkeitsauszeichnung, dabei immerhin 48% „weil Helden geehrt werden müssen“ ([http://www.welt.de/debatte/article1764839/Unsere\\_Helden\\_haben\\_das\\_Eiserne\\_Kreuz\\_verdient.html](http://www.welt.de/debatte/article1764839/Unsere_Helden_haben_das_Eiserne_Kreuz_verdient.html), Zugriff am 6.10.2010) den Im Gegenzug setzt sich utopia, die „Jugendzeitung für eine herrschaftslose & gewaltfreie Gesellschaft“, (<http://www.jugendzeitung.net/>) unter dem Titel „Die Bundeswehr muss Helden produzieren“ kritisch mit dem Ehrenmal der Bundeswehr und den Tapferkeitsauszeichnungen für die deutschen Soldaten auseinander.
- 64 Vgl. Jacobs, Claudia ; Krischer, Markus ; Wittlich, Susanne: Rückkehr der Helden. In: Focus (2002) H. 9, S. 58
- 65 Ein ausführlicher Pressespiegel zum Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr findet

sich unter Zeitgeschichteonline: Pressespiegel zum geplanten Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr, [http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/\\_rainbow/documents/pdf/presse\\_bwe.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/presse_bwe.pdf) (Zugriff am 18.8.2010)

- 66 Vgl. Münkler, Herfried: „Heroismus ist unverzichtbar“. In: Focus (2002) H. 9, S. 68
- 67 Im Unterschied zum „klassischen Helden“ scheint sich dieser neue „neue Held“ aber nicht durch Gleichmut gegenüber Tod und Verwundung auszuzeichnen. Vielmehr ist es der Umgang mit dem Risiko und der persönlichen Krise, die es zu überwinden gilt. Dieses fast tragische und in hohem Maße subjektivierte Heldentum kennt und integriert eher untypische Elemente wie Angst, Ausgrenzung und Ablehnung. In das Blickfeld der Berichterstattung rückte daher auch das Schicksal (meist psychisch) verwundeter Soldaten nach ihrer Rückkehr. Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) wurden, obgleich schon lange bekannt, erst in jüngster Vergangenheit diskutiert und fiktional aufgearbeitet. Einen starken Einfluss auf das Soldatenbild in der Öffentlichkeit hatte dabei sicher der Fernsehfilm „Willkommen zuhause“ (ARD 2008). Er regte eine öffentliche Diskussion über PTBS an, die gewöhnlich eine Verknüpfung zu den politischen Rahmenbedingungen der Einsatzarmee herstellt.
- 68 Aussage von Michael Groth (Deutschlandradio Berlin), zitiert nach: Auslandseinsätze – Was die Medien wahrnehmen, S. 105 In: Kampfeinsätze, Polizeiaufgaben, Aufbauhilfe. Neue Aufgaben in der internationalen Gemeinschaft – Auftrag und Selbstverständnis der Bundeswehr. Transkripte einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung, 2004, <http://www.bpb.de/files/64W7OD.pdf> (Zugriff am 13.10.2010). Ergänzend sei hier auch die Aussage von Johannes Kaul (WDR/ARD-Aktuell) genannt: „Die ersten Anzeichen einer Veränderung waren in der Amtszeit von Volker Rühle, und das hat sich dann fortgesetzt bei seinen Nachfolgern. Heute ist es ein offenes Fairplay miteinander. Ich habe das Gefühl, dass sich beide Seiten nicht nur respektieren, sondern dass auch so viel Offenheit da ist, wie wir sie für unsere Arbeit brauchen. Gestellte Situationen, gestellte Gespräche – das ist mittlerweile Vergangenheit.“, Ebenda, S. 104.
- 69 Bleicher, Joan ; Hickethier, Knut (a.a.O), S. 290, vgl. auch Löffelholz, Martin (a.a.O.), S. 19
- 70 Wobei gerade der Anspruch der Vollständigkeit ein nur schwer zu realisierendes Ziel ist, das in der Wahrnehmung beider Seiten möglicherweise auch unterschiedlich beurteilt wird. Von Medienvertretern wird der Bundeswehr gelegentlich attestiert, dass sie das facettenreiche Aufgabenfeld des Soldaten möglichst umfassend dargestellt haben möchte. Ein solcher Wunsch verkennt den Umstand, dass journalistische Arbeit nur ein in allen Dimensionen verdichtetes Bild der Wirklichkeit



bieten kann.

- 71 Protte, Katja: „APO in der Bundeswehr?“ Mediale Selbstvermittlung der Streitkräfte durch die Bundeswehr-Filmschau in den späten 60er und frühen 70er Jahren. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München : R. Oldenbourg 2007, S. 231-267, S. 237f. Dazu passt auch das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Mai 2010: „Auf die Frage ‚Wenn Sie auf der Straße einen Bundeswehrsoldaten in Uniform sehen, gefällt Ihnen das, oder gefällt Ihnen das nicht?‘ antwortet die Bevölkerung heute tendenziell positiv: 37 Prozent sagen, es gefalle ihnen, 14 Prozent meinen, es gefalle ihnen nicht, die übrigen Befragten sind unentschieden oder sagen, sie bekämen nie Soldaten zu Gesicht. Dabei reagieren die jungen Leute bis 30 Jahre deutlich positiver als die Generation ihrer Eltern. Sie sagen zu 42 Prozent, es gefalle ihnen, wenn sie einen Bundeswehrsoldaten in Uniform sähen. Ebenso viele sind es bei den Befragten über 60 Jahre. Die Bürger zwischen 30 und 44 Jahren geben dagegen nur zu 31 Prozent diese Antwort.“; Petersen, Thomas (a.a.O.)
- 72 Bei diesen Anlässen handelt es sich beispielsweise um Vorfälle im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen, Skandale, Rüstungsvorhaben und politisch Entscheidungen mit Auswirkung auf die Bundeswehr.
- 73 Zwar verfolgt die Bundeswehr offiziell nicht das Konzept des eingebetteten Journalisten (embedded journalist), wie er seit 2003 für die US-Streitkräfte typisch ist, doch ist das Ergebnis der die Bundeswehr im Einsatz begleitenden Medienvertreter besonders in gefahrenreichen Situationen im Grunde identisch.
- 74 In einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben immerhin 49% der Befragten an, sie würden im Straßenbild keine Soldaten in Uniform zu Gesicht bekommen. Petersen, Thomas: Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt? In: FAZ.NET v. 26. Mai 2010, <http://www.faz.net/00m0hy> (Zugriff am 10.8.2010) Vgl. auch Bulmahn, Thomas (2010): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009, S. 18ff. Hinzu kommt, dass eine überwältigende Mehrheit den Soldaten im Einsatz naturgemäß nur über die Medien wahrnehmen kann. Die in Umfragen gemessene „öffentliche Meinung“ über Soldaten und Bundeswehr ist vor diesem Hintergrund in einzelnen Facetten nichts anderes als ein Spiegel der zuvor selektiv veröffentlichten, verarbeiteten und selektiv wahrgenommenen Wirklichkeit.
- 75 Die sich mit der Lageentwicklung verändernde Berichterstattung über den Militäreinsatz in Afghanistan und das Erscheinen entsprechender Bücher gehen Hand in Hand. „Insiderberichte“ von ehemaligen und aktiven Soldaten sowie „Experten“ erreichen eine bemerkenswerte Resonanz. So war das Buch „Endstation Kabul“

Bestseller auf der Liste des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. Die Buchtitel zeigen seit 2009 vermehrt kämpferische Elemente in Wort und Bild. Bezeichnend sind etwa Titel wie „Unter Soldatinnen: Ein Frontbericht“ (Jasna Zajcek, 2010), „Das ist auch euer Krieg: Deutsche Soldaten berichten von ihren Einsätzen“ (Heike Groos, 2010), „Wenn der Krieg nicht endet: Schicksale von traumatisierten Soldaten und ihren Angehörigen“ (Leah Wizelman, 2009), „Ein schöner Tag zum Sterben: Als Bundeswehrärztin in Afghanistan“ (Heike Groos, 2009) oder „Deutsche Soldaten im Krieg: Die Bundeswehr in Afghanistan. Eine Bilddokumentation“ (Stefan Kornelius, 2010)

76 Z.B. <http://www.soldatentreff.de/modules.php?name=eBoard>

77 Z.B. Cihar, Jan: E-Mail aus Kundus – Todesangst im Feuergefecht. In: WELT ONLINE v. 5. August 2010, <http://www.welt.de/politik/ausland/article8815338/E-Mail-aus-Kundus-Todesangst-im-Feuergefecht.html> (Zugriff am 10.8.2010)

Hauptmann Jan C. schreibt auf WELT ONLINE vom Leben in Afghanistan. In Teil 4 der Serie berichtet er über ein Gefecht mit Aufständischen.

78 Unter den Filmbeiträgen befinden sich Mitschnitte aus Fernsehberichten, Amateuraufnahmen und kompilierte Videos. Musikalische Untermalung und Bildkomposition folgen gerade bei letzteren oft heroisierenden Gestaltungsmustern, etwa untersichtige Aufnahmen und gelegentlich eine entindividualisierende Darstellungsform. Ergänzende Texte zu den Videos unterstreichen die Aussage („Zu Ehren der verstorbenen Soldaten.. wir trauern mit euch.. Auftrag Frieden Ihr seid Helden!!!“ oder „Gedenken an die gefallenen Bundeswehr Soldaten [sic!] in Afghanistan im Kampf für den Frieden.“). Die Beiträge suggerieren Stärke, Präzision und Entschlossenheit.

79 Zu nennen sind hier der a.a.O bereits zitierte Film „Willkommen zuhause“ (SWR 2008) und „Bloch: Tod eines Freundes“ (ARD 2009), der die Thematik Bundeswehr und Soldat nach durchaus gängigem Muster in die Handlung eines Krimis stellt.

80 Das ZDF strahlte am 18.10.2010 den Fernsehfilm „Kongo“ aus. Die Produktion wird vom Sender als „Kriegs-Drama über einen fiktiven Bundeswehreininsatz“ beschrieben. In der Darstellung heißt es: „Die Sicht, aus der diese Einsatzrealität beschrieben wird, ist die Sicht einer Soldatin. Diese Perspektive wurde in bisherigen Produktionen zu dem Thema ‚Bundeswehr im Einsatz‘ regelmäßig ausgeblendet. Aus dem Drehbuch zu ‚Kongo‘ wurde ein beeindruckender Film produziert, welcher dem Zuschauer eine neue Perspektive zu dieser sensiblen Thematik eröffnet.“ (<http://fernsehfilm.zdf.de/ZDFde/inhalt/9/0,1872,8114089,00.html>, Zugriff am 20.10.2010)

Die Rezension des Filmes fiel sehr heterogen aus. Sie reichte von der Anerkennung,

sich der Thematik zu stellen bis hin zur völligen Ablehnung. Aus den Reihen der Bundeswehr gab es kritische Stimmen zur Handlung, da die dargestellten Soldaten in Kriegsverbrechen verstrickt sind. (Heinemann, Phillip: Bundeswehr ballert gegen ZDF-Kriegsfilm, In: <http://www.bz-berlin.de/kultur/fernsehen/bundeswehrballert-gegen-zdf-kriegsfilm-article1006340.html>, Zugriff am 6.11.2010) Die Rezeption war eher gering: „Die Presse-Berichte haben dem umstrittenen ZDF-Thriller „Kongo“ nicht wirklich geholfen. Nur 3,96 Mio. Leute schalteten den spannenden Film um 20.15 Uhr ein - der Marktanteil lag mit 11,9% unter den ZDF-Normalwerten.“ (Schröder, Jens: Umstrittener ZDF-Film „Kongo“ ohne Chance, In: [http://meedia.de/empfehlen/article/umstrittener-zdf-film-kongo-ohne-chance\\_100030986.html](http://meedia.de/empfehlen/article/umstrittener-zdf-film-kongo-ohne-chance_100030986.html), Zugriff am 6.11.2010)

### **Abkürzungsverzeichnis:**

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
DWDS	Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts
HR	Hessischer Rundfunk
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
PTBS	Posttraumatische Belastungsstörung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

### **Quellenverzeichnis:**

#### **Elektronische Quellen**

Anonym: Afghanistankämpfer zurück in Hessen, In: [http://www.deutschesheer.de/portal/a/dlo/aktuelles/nachrichten/jahr2010/mai2010?yw\\_contentURL=/C1256F870054206E/W285VDSP923INFODE/content.jsp](http://www.deutschesheer.de/portal/a/dlo/aktuelles/nachrichten/jahr2010/mai2010?yw_contentURL=/C1256F870054206E/W285VDSP923INFODE/content.jsp) (Zugriff am 30.10.2010)

Anonym: Präsenz in der Gesellschaft zeigen, In: [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg?yw\\_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27HUG69612INFODE/content.jsp.html](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27HUG69612INFODE/content.jsp.html) (Zugriff am 7.11.2010)

Buß, Christian: Schwarz-Rot-Gold in grüner Hölle, In: <http://www.spiegel.de/>

kultur/tv/0,1518,723658,00.html (Zugriff am 6.11.2010)

Cihar, Jan: E-Mail aus Kundus – Todesangst im Feuergefecht. In: WELT ONLINE v. 5. August 2010, <http://www.welt.de/politik/ausland/article8815338/E-Mail-aus-Kundus-Todesangst-im-Feuergefecht.html> (Zugriff am 10.8.2010)  
Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts: <http://www.dwds.de/> (Zugriff am 2.10.2010)

Heinemann, Phillip: Bundeswehr ballert gegen ZDF-Kriegsfilm, In: <http://www.bz-berlin.de/kultur/fernsehen/bundeswehr-ballert-gegen-zdf-kriegsfilm-article1006340.html> (Zugriff am 6.11.2010)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Gefallener>

[http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/service/redenundinterviews/redendesministers?yw\\_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27XPL2D-755INFODE/content.jsp](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/service/redenundinterviews/redendesministers?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27XPL2D-755INFODE/content.jsp) (Zugriff am 9.9.2010)

<http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/02054/index.html.de> (Zugriff am 30.10.2010)

<http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/multimedia/bildergalerien/einsaetze>  
<http://fernsehfilm.zdf.de/ZDFde/inhalt/9/0,1872,8114089,00.html>, Zugriff am 20.10.2010

<http://www.flickr.com/photos/volksgrenadiers/sets/72157615888195220/with/3385244168/> (Zugriff am 3.10.2010)

<http://www.flickr.com/photos/25160380@N07/2388705165/> (Zugriff am 3.10.2010)

<http://www.jugendzeitung.net/nationalismus-und-patriotismus/%E2%80%99Die-bundeswehr-muss-helden-produzieren%E2%80%9C/> (Zugriff am 6.10.2010)

<http://linksunten.indymedia.org/de/node/1334> (Zugriff am 31.10.2010)  
[http://www.myvideo.de/watch/3196428/Unsere\\_Helden](http://www.myvideo.de/watch/3196428/Unsere_Helden) (Zugriff am 6.10.2010)  
<http://www.soldatentreff.de/modules.php?name=eBoard> (Zugriff am 12.8.2010)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/tapferkeitsmedaillen-fuer-muetigen-einsatz-verliehen/1552230.html> (Zugriff am 31.10.2010)

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/#/beitrag/video/927744/Deutsche-Soldaten-unter-Beschuss/> (Zugriff am 4.1.2010)

Kampfeinsätze, Polizeiaufgaben, Aufbauhilfe. Neue Aufgaben in der internationalen Gemeinschaft – Auftrag und Selbstverständnis der Bundeswehr. Transkripte einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung, 2004, <http://www.bpb.de/files/64W7OD.pdf> (Zugriff am 13.10.2010).

Naumann, Klaus: Schlachtfeld & Geselligkeit - Die ständische Bürgerlichkeit des Bundeswehroffiziers. <http://www.his-online.de/veranstaltungen/595.html> (Zugriff am 15.8.2010)

Petersen, Thomas: Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt? In: FAZ.NET v. 26. Mai 2010, <http://www.faz.net/00m0hy> (Zugriff am 10.8.2010)

Posener, Alan: Unsere Helden haben das Eiserne Kreuz verdient!, [http://www.welt.de/debatte/article1764839/Unsere\\_Helden\\_haben\\_das\\_Eiserne\\_Kreuz\\_verdient.html](http://www.welt.de/debatte/article1764839/Unsere_Helden_haben_das_Eiserne_Kreuz_verdient.html) (Zugriff am 6.10.2010)

Schmitz, Tobias: Knallharter Alltag, knallharter Film, In: <http://www.stern.de/kultur/tv/zdf-film-kongo-knallharter-alltag-knallharter-film-1613543.html> (Zugriff am 30.10.2010)

Schröder, Jens: Umstrittener ZDF-Film „Kongo“ ohne Chance, In: [http://meedia.de/empfehlen/article/umstrittener-zdf-film-kongo-ohne-chance\\_100030986.html](http://meedia.de/empfehlen/article/umstrittener-zdf-film-kongo-ohne-chance_100030986.html) (Zugriff am 6.11.2010)

Seiffert, Anja: Soldatische Identitäten und neue Auftragslage. <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1380> (Zugriff am 2.10.2010)

Spies, Carola: Soldatenbilder 1914 1945: Kontinuität und Wandel in der öffentlichen Darstellung des Soldaten. [http://www.ub.uni-duesseldorf.de/home/ueber\\_uns/pr/ausstellungen/ausstellungsarchiv/2009/aus\\_09\\_01](http://www.ub.uni-duesseldorf.de/home/ueber_uns/pr/ausstellungen/ausstellungsarchiv/2009/aus_09_01) (Zugriff am 14.8.2010)

Verständig, Dan ; Brücher, Thomas: Filmgeschichte Fliegerfilme. <http://www-e>

uni-magdeburg.de/verstaen/fliegerfilme/fazit.html (Zugriff am 12.8.2010)

Voigt, Mira (2003): Helden und Heldenbilder im Medienzeitalter, Diplomarbeit Kunsthochschule Berlin-Weißensee. [www.mira-voigt.de/heldenbilder/DerHeld\\_illustriert.pdf](http://www.mira-voigt.de/heldenbilder/DerHeld_illustriert.pdf) (Zugriff am 15.9.2010)

Waibel, Ambros: „Glaubwürdiger Abzugsplan muss her“: Interview mit Thomas Gebauer zur Lage in Afghanistan, <http://www.taz.de/1/leben/koepfe/artikel/1/glaubwuerdiger-abzugsplan-muss-her/> (Zugriff am 30.10.2010)

Y. - Das Magazin der Bundeswehr: [http://www.y-punkt.de/portal/a/ypunkt/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKLNzKL9wnzB8lB2ab6kXDRoJRUFw99X4\\_83FT9AP2C3lhyR0dFRQCGLQWI/delta/base64xml/L2dJQS EVUUt3QS80SVVFLzZfMjZfTTEy:yw\\_contentURL=%2F01DB13100000001%2FW288MCL3443INFODE%2Fcontent.jsp](http://www.y-punkt.de/portal/a/ypunkt/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKL9wnzB8lB2ab6kXDRoJRUFw99X4_83FT9AP2C3lhyR0dFRQCGLQWI/delta/base64xml/L2dJQS EVUUt3QS80SVVFLzZfMjZfTTEy:yw_contentURL=%2F01DB13100000001%2FW288MCL3443INFODE%2Fcontent.jsp) (Zugriff am 9.9.2010)

Zeitgeschichteonline: Pressespiegel zum geplanten Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr, [http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/\\_rainbow/documents/pdf/presse\\_bwe.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/presse_bwe.pdf) (Zugriff am 18.8.2010)

Ziegler, Hanna: Der Kampf mit der Angst. Deutsche Soldaten im Einsatz, In: [sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) v. 12. Juni 2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/deutsche-soldaten-im-einsatz-der-kampf-mit-der-angst-1.954907> (Zugriff am 20.10.2010)

### **Periodika/Zeitschriften/Zeitungen**

*Backhaus, Michael ; Eichinger, Roman:* Was ist für Sie ein Held, Herr Minister? Interview mit Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg. In: Bild am Sonntag v. 15. Mai 2010

*Birk, Eberhard:* Abschied vom Bild des Offiziers? In: Birk, Eberhard (Hrsg.): Einsatzarmee und Innere Führung. Gneisenau-Blätter 6, Fürstenfeldbruck: Gneisenau-Gesellschaft 2007, S. 62-70

*Böhm, Andrea:* Kein Held, nirgendwo. In: Die Zeit v. 29. Juni 2006

*Fiebig, Rüdiger ; Pietsch, Carsten:* Die Deutschen und ihre Streitkräfte. Aus Politik und Zeitgeschichte (2009) H. 48, S. 41

*Fröhlich, Christian:* Helden ohne Status: Ansehen der Bundeswehrsoldaten sinkt. In: Thüringische Landeszeitung v. 12. Juli 2010

*Greiner, Bernd:* Zwischen „Totalem Krieg“ und „Kleinen Kriegen“. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges. In: Mittelweg 36 (2003) H. 2  
*Hein, David:* The Death of Heroes, the Recovery of the Heroic. In: Christian Century 110 (1993), S. 1298-1303

*Jacobs, Claudia ; Krischer, Markus ; Wittlich, Susanne:* Rückkehr der Helden. In: Focus (2002) H. 9, S. 58

*Januschke, Eugen:* Symbolisches Desaster. In: junge Welt v. 8. September 2009  
*Löffelholz, Martin:* Oberflächliche Aufmerksamkeit. Die Bundeswehr in den Medien. In: Loyal. Das deutsche Wehrmagazin (2005), H. 12, S. 16 19

*Löwenstein, Stephan:* Bundestag und deutsche Soldaten. Helden im Geplänkel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16. Oktober 2008

*Martenstein, Harald:* Wertvoller als das eigene Wohlergehen. In: Tagesspiegel v. 2. Oktober 2005

*Münkler, Herfried:* „Heroismus ist unverzichtbar“. In: Focus (2002) H. 9, S. 68

*Münkler, Herfried:* Heroische und postheroische Gesellschaften. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. (2007) H. 8/9. S. 742 752

*Münkler, Herfried:* Der Asymmetrische Krieg: Das Dilemma der postheroischen Gesellschaft, In: Der Spiegel (2008) H. 44, S. 176 177

*Przewdzick, Alexander ; Jüttner, Björn:* Bereit zum Schuss. In: Y. Das Magazin der Bundeswehr (2010) H. 11, S. 26 33

*Rother, Hans-Jörg:* Filmer, hört die Signale! In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. Oktober 2010

*Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hrsg.):* Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2008 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 90 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Strausberg 2010.

*Speckmann, Thomas*: Neue Helden. In: Süddeutsche Zeitung v. 11. November 2009

*Tetzlaff, Sven*: Wie Jugendliche heute Helden sehen. Über den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. In: Merkur (2009) H. 724/725, S. 813 820

*Winkel, Wolfgang*: Bundeswehr braucht archaische Kämpfer. In: Die Welt v. 29. Februar 2004

### **Literatur:**

*ARD/ZDF-Medienkommission (Hrsg.)*: Internet zwischen Hype, Ernüchterung und Aufbruch: 10 Jahre ARD/ZDF-Onlinestudie. Baden-Baden 2007.

*Bleicher, Joan ; Hickethier, Knut*: Der Blick des Fernsehens auf die Bundeswehr. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München : R. Oldenbourg 2007, S. 269 290

*Burkart, Roland*: Kommunikationswissenschaft. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag 2002

*Dörfler-Dierken, Angelika ; Kümmerl, Gerhard (Hrsg.)*: Identität, Selbstverständnis, Berufsbild: Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr. Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 10 VS Verlag für Sozialwissenschaften : Wiesbaden 2010

*Kannicht, Joachim*: Die Bundeswehr und die Medien: Material zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen. Regensburg : Walhalla 1982

*Loch, Thorsten*: Das Gesicht der Bundeswehr: Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 1989. München : R. Oldenbourg 2008

*Luhmann, Niklas*: Die Realität der Massenmedien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004

*Mannheim, Karl*: Das Problem der Generation. In: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Hg. von Kurt H. Wolff. Neuwied/Berlin : Luchterhand 1964, S. 509–565



*Münkler, Herfried:* Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Weilerswist: Velbrück 2006

*Perger, Tilmann:* Ehrenschatz von Soldaten in Deutschland und anderen Staaten. Inauguraldissertation Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München: Köln 2002

*Protte, Katja:* „APO in der Bundeswehr?“ Mediale Selbstvermittlung der Streitkräfte durch die Bundeswehr-Filmschau in den späten 60er und frühen 70er Jahren. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München: R. Oldenbourg 2007, S. 231-267

*Rautenberg, Hans-Jürgen ; Wiggershaus, Norbert:* Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung. Karlsruhe: Braun 1977

*Schmidt, Wolfgang:* Westdeutsche Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der medialen Öffentlichkeit und politischen Kommunikation. Eine Einführung. In: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. München : R. Oldenbourg 2007, S. 181-194

*Suid, Lawrence H. ; Haverstick, Dolores A.:* Stars and Stripes on Screen. A Comprehensive Guide to Portrayals of American Military on Film. Lanham: The Scarecrow Press 2005.

*Walther, Christine:* Siegertypen. Zur fotografischen Vermittlung eines gesellschaftlichen Selbstbildes um 1900. Würzburg : Königshausen und Neumann, 2007

*Zimmermann, John:* Vom Umgang mit der Vergangenheit. Zur historischen Bildung und Traditionspflege in der Bundeswehr. In: Nägler, Frank: Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven, München : R. Oldenbourg 2007, S. 115-130

## Schwerpunkte 2012

Die Mitgliederversammlung hat im August 2011 den mit der Führungsakademie der Bundeswehr abgestimmten Vorschlag des Vorstands gebilligt, ab 2012 die Sicherheitspolitische Informationstagung und die Mitgliederversammlung nicht mehr in der lehrgangsfreien Zeit sondern, danach durchzuführen. Sie wird damit erstmals in diesem Jahr am 7. und 8. September stattfinden. Da diese Tagung weiter in den Herbst rückt, um mehr junge Lehrgangsteilnehmer der FüAkBw, insbesondere der Generalstabs- und Admiralstabsausbildung, zu erreichen, werden wir 2012 kein Forum durchführen. In den kommenden Monaten wird zu prüfen sein, ob und in welcher Art und Weise ab 2013 eine dritte Veranstaltung, ggf. zwischen Mitte Juni und Anfang Juli, sinnvoll geplant werden kann.

Unser Berliner Colloquium 2012 vom 20. – 22. März gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik stand unter dem Thema „Europas Platz im asiatisch-pazifischen Jahrhundert – Ziele, Strategien und Handlungsoptionen“. Wir haben in unserem Colloquium den Blick auf diesen Raum und seine geopolitischen Herausforderungen gerichtet und dabei Antworten gesucht oder Anregungen gegeben: Wie können die Europäer in der nächsten Zukunft ein beachteter und wirksamer Mitspieler werden und dann auch bleiben? Welche Ziele und Strategien eröffnen Handlungsoptionen, die verhindern können, zum bloßen Spielball der begonnenen geotektonischen Verschiebungen zu werden?

Unsere 46. Sicherheitspolitische Informationstagung am 7. und 8. September gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg steht unter dem Thema: „Europa – allein zu Haus“. Dabei sollen Chancen, Grenzen und Schwächen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Leistungsfähigkeit der EU in den Blickpunkt rücken. In Europa beeinflussen auf absehbare Zukunft verschiedene Trends, Vorstellungen und Fakten die bereits jetzt begrenzten sicherheitspolitischen und militärischen Fähigkeiten. Dies war auch bei den Diskussionen zu „smart defense“ während der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2012 deutlich geworden. Deshalb harren kritische Fragen auf zukunftsweisende Antworten. Wenn die SWP kürzlich einen Beitrag unter die Überschrift gestellt hat: „Europa ohne Verteidigung“, kann das niemanden gleichgültig lassen. Denn wie rasch die gefühlte „Persistenz des Angenehmen“ sich als trügerisch herausstellt, erleben wir ja seit zwei Jahren in der Banken-, Finanz- und Schuldenkrise.

Neben diesen beiden zentralen Tagungen verlangen bisherige Aufgaben weiter die Aufmerksamkeit und die tätige Mitwirkung unserer Mitglieder. Dazu gehören

- das Gewinnen geeigneter Persönlichkeiten als neue Mitglieder,
- die Bemühungen, unsere internationale Präsenz zu verbessern und zu verstärken sowie insbesondere
- das Aufgreifen aktueller und breiter sicherheitspolitischer Themen durch unsere Regionalkreise, eine immer wichtiger werdende Komponente unserer Arbeit als Clausewitz Gesellschaft e.V.

Unsere ehrenamtlichen Leiter der Regionalkreise und unsere Freunde der Schweizer Sektion haben bereits mit einigen eindrucksvollen Veranstaltungen für 2012 Zeichen gesetzt. Ich bin überzeugt, dass sie mit vielen Mitwirkenden auch aus dem Kreis unserer Mitglieder diese wichtigen Maßnahmen fortsetzen und ausbauen. Denn ihre vielfältigen Vorhaben von Hamburg und Bremen bis München und Bern, von Berlin bis Bonn und Mannheim formen und stärken die Identität unserer Clausewitz Gesellschaft e.V. und sind deshalb unverzichtbar.

## Bildnachweis

Quelle	Seite	Bemerkungen
Bundeswehr IMZ	9	Foto: Sebastian Wilke
Bundeswehr SKA/IMZ/	91	Foto: Sandra Elbern
Bundeswehr StOKdo Berlin	26, 30, 33	
ddp images/AP	22	
Clausewitz-Gesellschaft e.V.	37, 41, 46, 49, 61, 73,	
Offizierschule des Heeres	77, 79. 83, 85	Fotos: Andrea Ulke
Wikimedia Commons	110, 113, 125, 140, 183	Gemeinfrei

**Anmerkung:** Für die auf den Seiten 210 bis 216 abgedruckten Fotos, die integraler Bestandteil der Arbeit sind, ist der Bildnachweis unter den Abbildungen aufgeführt.